

Geschäftsbericht 2009/2010

Inhalt

Brief des Vorstandsvorsitzenden	6
Bericht des Aufsichtsrats	8
Tätigkeit des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2009/10	8
Tätigkeit der Ausschüsse des Aufsichtsrats	9
Corporate Governance	10
Prüfung und Billigung von Jahres- und Konzernabschluss und Abhängigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 2009/10	10
Personalien – Aufsichtsrat	10
Personalien – Vorstand	11
Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate Governance	15
Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG	15
Relevante Angaben zu Unternehmensführungspraktiken	17
Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat	17
Zusammensetzung und Arbeitsweise der Vorstandsausschüsse	20
Zusammensetzung und Arbeitsweise der Aufsichtsratsausschüsse	20
Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat	22
Aktienbesitz von Organmitgliedern	22
Aktionsoptionsprogramme und ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme	22
Konzernlagebericht	23
1. Rahmenbedingungen	24
Rahmenbedingungen für das Kerngeschäft	24
Strategische Positionierung der IKB	25
Segmente	26
2. Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum	27
Kernkapitalstärkung durch Lone Star	27
Garantien des SoFFin	27
Einlagensicherung	28
Debt Issuance Programme	28
Stand der Umsetzung der EU-Auflagen	28
Veränderungen im Konzern	30
Weitere wichtige Transaktionen	31
Rechtlich relevante Ereignisse	31
Gerichtliche Bestellung eines Sonderprüfers	31
Personalien	32
Ordentliche Hauptversammlung am 27. August 2009	32
Aktuelle Ratingsituation	33
3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	34
Geschäftliche Entwicklung	34
Ertragsentwicklung	34
Entwicklung der Segmente	37
Vermögenslage	38
Finanzlage	39
Gesamtaussage	39

4. Risikobericht	40
Risikomanagement-Organisation	40
Regulatorische Kapitalausstattung und Risikotragfähigkeit	42
Risikostrategie	47
Adressenausfallrisiken	47
Liquiditäts- und Marktpreisrisiken	61
Operationelle Risiken	63
Rechtsrisiken	64
Risiken im Zusammenhang mit Auflagen des SoFFin	68
IT-Risiken	69
Compliance-Risiken	69
Personalrisiken	70
Strategische Risiken und Reputationsrisiken	71
Geschäftsrisiken	71
Beteiligungsrisiko	72
Gesamtaussage zur Risikosituation	73
5. Wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	75
Anzuwendende Rechtsvorschriften, Rechnungslegungsstandards und Erstanwendung	75
Verantwortlichkeiten bezüglich des IKSR	75
Organisation des Rechnungswesens	75
Ziele und Grenzen des IKSR	76
Organisation und Funktionsweise	76
6. Ereignisse nach dem 31. März 2010 (Nachtragsbericht)	80
Stand der Umsetzung der EU-Auflagen	80
Rechtlich relevante Ereignisse	80
7. Prognosebericht	81
Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen	81
Chancen der zukünftigen Entwicklung	82
Vermögenslage	83
Liquiditätssituation	83
Ertragslage	83
8. Vergütungsbericht	85
Das Vergütungssystem des Vorstands	85
Das Vergütungssystem des Aufsichtsrats	90
9. Sonstige Finanzinformationen	92
Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB	92
Bericht des Vorstands zu den Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB	95
Konzernabschluss nach International Financial Reporting Standards zum 31. März 2010	96
Konzern-Gesamtergebnisrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2009 bis 31. März 2010	97
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	97
Ergebnis je Aktie	97
Gesamtergebnisrechnung	98
Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2010	99
Eigenkapitalveränderungsrechnung	99
Kapitalflussrechnung vom 1. April 2009 bis 31. März 2010	100
Grundlagen der Konzernrechnungslegung	101
Übersicht Rechnungslegungsvorschriften	101
Erstmals im Geschäftsjahr angewandte Rechnungslegungsvorschriften	102
Zukünftig anzuwendende Rechnungslegungsvorschriften	104
Sondersachverhalte	106
(a) Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)	106
(b) Emission einer Pflichtwandelanleihe	106
(c) Namensschuldverschreibungen	106
(d) Restrukturierungsmaßnahmen	107

Änderungen gemäß IAS 8	108
(a) Anpassungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	108
(b) Schätzungsänderungen	108
(c) Fehlerkorrektur zum 30. September 2009	109
(d) Übersicht der IAS-8-Änderungen zum 30. September 2009.....	110
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	112
(1) Grundsätze	112
(2) Schätzungen und Beurteilungen des Managements	112
(3) Konsolidierungskreis	114
(4) Konsolidierungsgrundsätze	115
(5) Währungsumrechnung.....	116
(6) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung.....	116
(7) Klassenbildung von Finanzinstrumenten nach IFRS 7	125
(8) Barreserve	126
(9) Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten/Kunden...	126
(10) Risikovorsorge im Kreditgeschäft.....	126
(11) Handelsaktiva/-passiva	127
(12) Finanzanlagen.....	127
(13) At equity bilanzierte Unternehmen	128
(14) Immaterielle Anlagewerte.....	128
(15) Sachanlagen	129
(16) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen/Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen.....	129
(17) Sonstige Aktiva/Passiva	130
(18) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte/Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen.....	130
(19) Verbriefte Verbindlichkeiten	131
(20) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	131
(21) Sonstige Rückstellungen.....	132
(22) Nachrangkapital	133
(23) Eigenkapital.....	133
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	135
(24) Zinsüberschuss	135
(25) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	136
(26) Provisionsüberschuss	136
(27) Fair-Value-Ergebnis	136
(28) Ergebnis aus Finanzanlagen.....	137
(29) Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	138
(30) Verwaltungsaufwendungen	138
(31) Sonstiges betriebliches Ergebnis	140
(32) Restrukturierungsaufwand	140
(33) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.....	140
Erläuterungen zur Aktivseite	142
(34) Barreserve	142
(35) Forderungen an Kreditinstitute	142
(36) Forderungen an Kunden	142
(37) Risikovorsorge im Kreditgeschäft.....	143
(38) Handelsaktiva.....	144
(39) Finanzanlagen.....	145
(40) At equity bilanzierte Unternehmen	145
(41) Immaterielle Vermögenswerte.....	146
(42) Sachanlagen	146
(43) Laufende Ertragsteueransprüche	146
(44) Latente Ertragsteueransprüche	146
(45) Sonstige Aktiva	147
(46) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	147

Erläuterungen zur Passivseite	149
(47) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	149
(48) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.....	149
(49) Verbriefte Verbindlichkeiten	149
(50) Handelspassiva.....	150
(51) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	150
(52) Sonstige Rückstellungen.....	153
(53) Laufende Ertragsteuerverpflichtungen.....	154
(54) Latente Ertragsteuerverpflichtungen	154
(55) Sonstige Passiva.....	155
(56) Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	155
(57) Nachrangkapital	155
(58) Eigenkapital.....	157
Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung	161
(59) Kapitalflussrechnung	161
Erläuterungen zur Segmentberichterstattung	162
(60) Segmentberichterstattung	162
Erläuterungen zu Finanzinstrumenten	166
(61) Ergebnis nach Haltekategorien und Überleitung zur Gewinn- und Verlustrechnung	166
(62) Klasseneinteilung von Finanzinstrumenten nach IFRS 7	167
(63) Beizulegende Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	168
(64) Derivative Geschäfte.....	171
(65) Kreditrisikoangaben	172
Sonstige Erläuterungen	175
(66) Erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen.....	175
(67) Eventualforderungen/-verbindlichkeiten und andere Verpflichtungen.....	175
(68) Sonstige finanzielle Verpflichtungen.....	175
(69) Leasing	176
(70) Angaben zu Sicherheiten	177
(71) Wertpapierpensionsgeschäfte	178
(72) Anlagespiegel.....	179
(73) Restlaufzeitgliederung	180
(74) Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten.....	180
(75) Liquiditätsrisiko.....	181
(76) Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.....	183
(77) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen	184
(78) Bezüge und Kredite der Organe.....	186
(79) Corporate Governance Kodex.....	187
(80) Angaben über Ereignisse nach dem 31. März 2010.....	187
(81) Organe	187
(82) Konsolidierungskreis zum 31. März 2010.....	191
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	196
Versicherung der gesetzlichen Vertreter nach § 297 Abs. 2 Satz 4 HGB, § 315 Abs. 1 Satz 6 HGB	198

Brief des Vorstandsvorsitzenden

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,
sehr geehrte Geschäftspartner der IKB,

im Kalenderjahr 2009 verzeichnete die deutsche Wirtschaft den stärksten Einbruch der Nachkriegszeit. Auch wenn die Finanzmärkte ab Mitte 2009 in Teilbereichen eine Erholung vorwogen, sind sie seit Mai 2010 wieder in einen Krisenzustand mit unverkennbaren Auswirkungen zurückgefallen. Die deutlich verschlechterten Rahmenbedingungen verursachen hohe Risikokosten auch bei der IKB und verzögern die Rückkehr in die Gewinnzone.

Für das Geschäftsjahr 2009/10 weist die IKB einen Verlust von knapp unter 1 Mrd. € aus. Etwa die Hälfte dieses negativen Ergebnisses ist auf verschiedene Sondereffekte zurückzuführen: Die größte Auswirkung auf das Ergebnis haben dabei mit 859 Mio. € Fair-Value-Verluste, die sich aus einer Höherbewertung der Verbindlichkeiten der IKB aufgrund einer verbesserten Bonitätseinschätzung ergeben und auch nicht durch erhebliche Bewertungsgewinne auf der Aktivseite ausgeglichen werden konnten.

Der um Sondereffekte bereinigte Konzernverlust liegt bei 510 Mio. €. Einen Großteil davon erklärt die Risikovorsorge von 494 Mio. € im Kreditgeschäft. Sie liegt zwar niedriger als im vorherigen Geschäftsjahr, bleibt jedoch angesichts des Konjunkturinbruchs weiterhin erheblich über dem langjährigen Mittel. Der Zinsüberschuss als bisher wichtigste Ertragsssäule wird zudem durch ein rückläufiges Bilanzvolumen, u. a. um den EU-Auflagen zu entsprechen, und höhere Finanzierungskosten belastet.

Diesen absehbaren Entwicklungen, die teils der Krise und teils der – auch auflagengetriebenen – Restrukturierung der Bank geschuldet sind, tragen wir mit der zügigen Umgestaltung unseres Geschäftsmodells Rechnung. Der bisherige Fokus auf das Kreditgeschäft mit mittelständischen Firmen wird um Kapitalmarkt- und Beratungsdienstleistungen (u. a. M&A, Restrukturierungsberatung, Derivate und Platzierungen) für unsere Kunden ergänzt. Durch ein breiteres Produktportfolio und eine intensivere Ausschöpfung des Kundenpotenzials wird die IKB in die Lage versetzt, die Finanzierungsthemen ihrer Kunden anzugehen, mit ihren Lösungen Wert zu schaffen und daraus nachhaltig Erträge zu erzielen.

Das Umfeld für die weitere Restrukturierung der IKB bleibt herausfordernd: In einem von Unsicherheit und Volatilität geprägten Marktumfeld ist die IKB auch weiterhin Risiken durch unerwartete Kreditausfälle und dramatische Marktpreisbewegungen, sowie Liquiditäts- und Rechtsrisiken ausgesetzt. Zudem ist offen, welche zusätzlichen Regelungen der Gesetzgeber dem Bankenbereich auferlegen wird. Der sich derzeit abzeichnende Aufschwung der wirtschaftlichen Entwicklung bleibt fragil. So sind die Auswirkungen der europäischen Verschuldungskrise auf das Adressenausfallrisiko derzeit nur schwer abschätzbar.

Unser Fokus gilt der weiteren Verbesserung der Situation der Bank in diesem anhaltend schwierigen Umfeld. Wir haben Volatilitätsrisiken und Risiken aus strukturierten Kreditprodukten abgebaut und dadurch die Risikotragfähigkeit der Bank sichergestellt. Für Adressenausfallrisiken ist zudem eine hohe Risikovorsorge getroffen worden. Die Liquidität ist durch die SoFFin-garantierten Anleihen aus heutiger Sicht für die nächsten 18 bis 24 Monate gesichert.

Unsere Kernkapitalquote liegt weiter bei 10 %. Dazu beigetragen haben die weitere Kapitalverstärkung durch unseren Großaktionär Lone Star und der Abbau von Risikoaktiva. Wir gehen davon aus, dass wir sowohl die gesetzlichen Mindestanforderungen als auch die vom SoFFin und dem Prüfungsverband deutscher Banken e. V. auferlegten Mindestanforderungen (u. a. Kernkapitalquote von 8 %) einhalten können werden.

Die Erfüllung der EU-Auflagen bindet erhebliche Ressourcen der Bank und kostet viel Geld. Sie wird aller Voraussicht nach termingerecht bis September 2011 erfolgen. Mit einer Konzernbilanzsumme von aktuell noch 35,7 Mrd. € sind wir auf einem guten Weg, die geforderten 33,5 Mrd. € im Herbst nächsten Jahres zu erreichen. Die IKB Capital Corporation in New York wurde geschlossen. Nach der verbleibenden Schließung von Luxemburg und dem Abbau

bestimmter Aktiva werden wir uns mit einer schlankeren Organisation und verringerten Kosten noch stärker auf das Mittelstandsgeschäft konzentrieren können.

Obwohl die Umstrukturierung Aufwand verursacht, konnten wir die Verwaltungskosten reduzieren. Sozialplan und Interessenausgleich unterstützen den Umbau der Bank in Richtung einer stärkeren Dienstleistungsorientierung. Die Sachkosten wurden um 30 % gesenkt. Eine spezielle Initiative soll helfen, den Aufwand an ein verringertes Mengengerüst anzupassen.

Das wichtigste Element bei der Kalibrierung des Geschäftsmodells ist die Ausrichtung an den Anforderungen unserer Geschäftspartner, verbunden mit einem Ausbau der Zusammenarbeit. Der Zuspruch unserer Kunden bestärkt uns darin, die Kreditvergabe auch unter Nutzung von Fördermitteln als traditionelle Stärke der IKB intensiv fortzusetzen. Um unsere Kunden möglichst umfassend bei der Erreichung ihrer unternehmerischen Ziele zu unterstützen, erweitern wir unser Angebot sukzessive um Beratungs-, Underwriting- und Handelsdienstleistungen. Wir bauen die dafür benötigten Personalkapazitäten sukzessive aus.

Diese neue Geschäftsausrichtung wird zukünftig auch in unserer Segmentberichterstattung zum Ausdruck kommen. Statt nach Kundengruppen werden wir nach Marktaktivitäten berichten:

Das Kredit- und das Leasinggeschäft werden im Segment „Kreditprodukte“ abgebildet. Das Beratungsgeschäft der Bank – in den Bereichen M&A, Restrukturierung, Struktur-/Ertragsoptimierung und Private Equity – fließt in das Segment „Beratung und Capital Markets“ ein. Hier wird auch das Teilsegment Capital Markets einbezogen, das das Angebot von Kapitalmarkt- und Risikomanagement-Lösungen, das Management von Kundeneinlagen sowie das Verbriefungsgeschäft für Kunden der Bank umfasst. Die Handelsaktivitäten der Bank sind ebenfalls hier angesiedelt.

Das Segment „Treasury und Investments“ weist die Ergebniskomponenten und Vermögenspositionen aus dem Aktiv-Passiv-Management, den strukturierten Investments sowie den verbliebenen Portfolioinvestments der Bank aus. Die nicht zum strategischen Bestand gehörenden Kreditengagements werden ebenfalls diesem Segment zugeordnet.

Die Bank hat sich eine nachhaltige Schlankheits- und Fitnesskur verordnet, die trotz der anhaltend schwierigen Wirtschaftslage umgesetzt wird. Die grundlegenden organisatorischen Änderungen sind auf den Weg gebracht. Die Bank wurde rekapitalisiert, das Risikomanagement ausgebaut sowie Risiken reduziert und die Liquidität gesichert. Auf dieser Basis und mit der Unterstützung unserer Aktionäre, Geschäftspartner und Mitarbeiter gehen wir die zukünftigen Herausforderungen für die Bank optimistisch an.

Düsseldorf, im Juni 2010



Hans Jörg Schüttler
Vorstandsvorsitzender

Bericht des Aufsichtsrats

Das zurückliegende Geschäftsjahr 2009/10 war geprägt von der Neuausrichtung des Geschäftsmodells der Bank, der Umsetzung der Auflagen der EU-Kommission, die der Bank im Rahmen des Verfahrens über staatliche Beihilfen der Bundesrepublik Deutschland für die IKB gemacht wurden, die Sicherung der Liquidität durch Garantien des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) einschließlich der damit verbundenen Auflagen, sowie internen Umstrukturierungen, Personalmaßnahmen und Rechtsthemen. Der Aufsichtsrat hat die wirtschaftliche Entwicklung der Bank in einem weiterhin schwierigen Umfeld intensiv begleitet.

Tätigkeit des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2009/10

Der Aufsichtsrat hat in dem am 31. März 2010 endenden Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er erörterte den Geschäftsverlauf des Konzerns in fünf Sitzungen.

Der Aufsichtsrat hat sich regelmäßig und intensiv vom Vorstand über die aktuelle wirtschaftliche Lage der Bank und des Konzerns sowie insbesondere über die Risikosituation der Bank und des Konzerns informieren lassen. Gegenstand regelmäßiger Beratungen im Aufsichtsratsplenium waren vor allem aktuelle wirtschaftliche Maßnahmen, die Liquiditäts- und Finanzlage der Bank, die Fortentwicklung des Risikomanagements, rechtliche Themen sowie die Ergebnisentwicklung der Bank, ihrer Geschäftsbereiche und des Konzerns. Weiter unterrichtete der Vorstand regelmäßig und umfassend über die strategische Entwicklung, den Gang der Geschäfte und die aktuelle Lage des Konzerns.

In den Sitzungen des Geschäftsjahres 2009/10 wurde dem Aufsichtsrat detailliert über die Liquiditätssituation der Bank berichtet. In diesem Zusammenhang wurden im Aufsichtsrat insbesondere Maßnahmen zur Liquiditätssicherung und Verbesserung der Liquiditätssituation, beispielsweise in Gestalt weiterer durch den SoFFin garantierter Mittelaufnahmen, einer deutlichen Steigerung der Kundeneinlagen, einer Reduzierung der Bilanzsumme der Bank sowie weiterer Asset-Verkäufe diskutiert. Aufgrund anderweitiger Verpflichtungen konnte das Mitglied des Aufsichtsrats Herr Dr. Thomas Rabe nur an einer Sitzung des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2009/10 teilnehmen.

In der Sitzung vom 20. August 2009 hat der Aufsichtsrat die Fünf-Jahresplanung des Vorstands unter besonderer Berücksichtigung der EU-Auflagen und der Auswirkungen der SoFFin-Garantien erörtert.

Ebenfalls regelmäßig unterrichtet wurde der Aufsichtsrat über den Stand der Umsetzung der EU-Auflagen, die der Bank im Rahmen des Verfahrens über staatliche Beihilfen der Bundesrepublik Deutschland gemacht worden sind.

Auch über die bankinternen Umstrukturierungs- und Personalmaßnahmen wurde der Aufsichtsrat informiert und hat diese beraten. In der Sitzung vom 14. Juli 2009 wurde ausführlich über den für das Inland ausgehandelten Interessenausgleich berichtet, der den Abbau von 341 Arbeitsplätzen in einem gestuften Verfahren regelt.

Der Aufsichtsrat hat im abgelaufenen Geschäftsjahr die Effizienz seiner Tätigkeit überprüft, indem seine Mitglieder zu verschiedenen Aspekten ihrer Tätigkeit im Aufsichtsratsplenium und den Ausschüssen befragt wurden. Die Ergebnisse dieser Effizienzprüfung werden bei der weiteren Arbeit des Aufsichtsrats berücksichtigt werden.

Weiterhin hat sich der Aufsichtsrat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr mit der Aufarbeitung der Krise der Gesellschaft beschäftigt. Dabei hat er das Interesse des Unternehmens, insbesondere im Rahmen der etwaigen Geltendmachung etwaiger Schadensersatzforderungen, zu berücksichtigen. So gibt es verschiedene Anspruchsteller, die vermeintliche Forderungen gegen die Gesellschaft in beträchtlicher Höhe in mehreren Gerichtsverfahren geltend machen. Es ist nicht auszuschließen, dass weitere Personen vergleichbare Verfahren zukünftig anhängig machen. Durch die Verfolgung etwaiger Ersatzansprüche der Gesellschaft gegen

vor der Krise der Bank amtierende Organmitglieder entstünde nach der Einschätzung des Aufsichtsrats das erhebliche Risiko, diesen Dritten die Mittel an die Hand zu geben, um selbst unbegründete Forderungen zu behaupten und geltend zu machen. Bereits dadurch würde die Gesellschaft hohen Risiken ausgesetzt, zumal sie selbst im Fall des Obsiegens nicht annähernd den ihr entstehenden Verteidigungsaufwand ersetzt verlangen könnte. Unterläge die Gesellschaft in solchen Verfahren, wäre ein Regress bei etwaigen Verantwortlichen unter den gegebenen Umständen weitgehend illusorisch. All dies widerspricht dem Unternehmensinteresse. Daher scheidet jedenfalls derzeit eine Verfolgung etwaiger Ersatzansprüche im Zusammenhang mit der Krise der Bank aus. In diesem Zusammenhang war Gegenstand der Sitzung des Aufsichtsrats vom 4. März 2010 unter anderem der Beschluss des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 9. Dezember 2009. In diesem Beschluss wies das Oberlandesgericht die sofortige Beschwerde der Bank gegen die auf Antrag mehrerer Aktionäre ergangene Entscheidung des Landgerichts Düsseldorf zur Bestellung von Herrn Dr. Ring als Sonderprüfer zurück. Das Landgericht hat Herrn Dr. Ring zum Sonderprüfer bestellt, um zu prüfen, ob damalige Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Bank Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit der Krise der Bank begangen haben.

Der Aufsichtsrat wird sich auch im laufenden Geschäftsjahr mit der etwaigen Verfolgung von Schadensersatzansprüchen unter Berücksichtigung des Unternehmensinteresses zu beschäftigen haben und die Interessenlage des Unternehmens regelmäßig überprüfen, um festzustellen, ob sie die Verfolgung etwaiger Ersatzansprüche im Zusammenhang mit der Krise der Gesellschaft zulässt.

Tätigkeit der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat verfügte im Geschäftsjahr 2009/10 über ein Aufsichtsratspräsidium, über einen Finanz- und Prüfungsausschuss und über einen Nominierungsausschuss.

Das Aufsichtsratspräsidium tagte im Geschäftsjahr 2009/10 insgesamt sechsmal. Im Aufsichtsratspräsidium wurden im Wesentlichen die Sitzungen des Aufsichtsrats vorbesprochen. Es beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der Geschäftsentwicklung (einschließlich der etwaigen Zustimmung zu zustimmungsbedürftigen Geschäften) und beriet insbesondere mit dem Vorstand über die Lage der Bank und des Konzerns. Am 5. Februar 2010 beriet das Aufsichtsratspräsidium über die Reduzierung der SoFFin-Garantien und stimmte der vom Vorstand beschlossenen Rückgabe von SoFFin-Garantien in Höhe von 2 Mrd. € zu. Ferner bereitete das Aufsichtsratspräsidium im abgelaufenen Geschäftsjahr Personalentscheidungen vor.

Der Finanz- und Prüfungsausschuss tagte im Geschäftsjahr 2009/10 viermal. Die Arbeit des Finanz- und Prüfungsausschusses konzentrierte sich auf die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements und des internen Revisionssystems sowie der Abschlussprüfung, insbesondere der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen. So wurden die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses, die prüferische Durchsicht des Halbjahresfinanzberichtes sowie die Bestellung eines Abschlussprüfers beraten. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses holte die Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers gemäß Ziffer 7.2.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex ein und erteilte den Prüfungsauftrag an den Abschlussprüfer. Er vereinbarte mit dem Abschlussprüfer die Prüfungsschwerpunkte und traf mit ihm die Honorarvereinbarung.

Der Nominierungsausschuss tagte am 14. Juli 2009 und erörterte die Vorschläge an den Aufsichtsrat bzw. den Beschlussvorschlag an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern durch die ordentliche Hauptversammlung am 27. August 2009.

Die Mitglieder der Ausschüsse berieten sich darüber hinaus untereinander mehrfach und hatten außerhalb der Ausschusssitzungen laufend Kontakt mit dem Vorstand und den vom Aufsichtsrat mandatierten Beratern.

Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichteten dem Plenum jeweils über die Arbeit der Ausschüsse.

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

Eine Aufstellung der Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse mit den wesentlichen Gegenständen der Beratung ist diesem Bericht beigelegt.

Corporate Governance

Die Entsprechenserklärung vom 30. Juni 2010 sowie weitere Ausführungen zu diesem Thema finden sich im Kapitel „Corporate Governance“ in diesem Geschäftsbericht.

Bei den Beratungen des Aufsichtsrats traten im Geschäftsjahr 2009/10 und bis zum heutigen Tag keine Interessenkonflikte auf.

Prüfung und Billigung von Jahres- und Konzernabschluss und Abhängigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 2009/10

Der Vorstand hat den Jahres- und den Konzernabschluss mit den Lageberichten für die AG und den Konzern aufgestellt. Der Jahres- und der Konzernabschluss mit den Lageberichten für die AG und den Konzern sind vom Abschlussprüfer PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) geprüft und jeweils mit einem [uneingeschränkten] Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Jahresabschluss der AG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der vom Vorstand vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2009/10 war ebenfalls Gegenstand der Prüfung durch den Abschlussprüfer. Der Abhängigkeitsbericht wurde mit folgendem [uneingeschränkten] Bestätigungsvermerk versehen: „Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind, bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war, bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentliche andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Mit den Jahresabschlüssen haben sich die Mitglieder des Aufsichtsrats in der Sitzung am 30. Juni 2010 befasst. Die Abschlussprüfer nahmen an den Beratungen des Aufsichtsrats sowie des Finanz- und Prüfungsausschusses über den Jahres- und Konzernabschluss am 30. Juni 2010 teil. Dabei berichteten die Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfungen unter Einbeziehung von im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess etwa festgestellten Schwächen der internen Kontroll- und Risikomanagementsysteme der Bank, beantworteten Fragen und gaben ergänzende Auskünfte. Zudem informierten die Abschlussprüfer den Aufsichtsrat und den Finanz- und Prüfungsausschuss über Umstände, die ihre Befangenheit besorgen ließen, sowie über alle von ihnen zusätzlich zur Abschlussprüfung erbrachten Leistungen. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung durch den Finanz- und Prüfungsausschuss und der eigenen Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie der Lageberichte erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat stimmt daher dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu.

Den vom Vorstand mit Beschluss vom 8. Juni 2010 aufgestellten Jahresabschluss und mit Beschluss vom 24. Juni 2010 aufgestellten Konzernabschluss hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 30. Juni 2010 gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts wurden keine Einwendungen erhoben. Die Berichte des Abschlussprüfers hat der Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Personalia – Aufsichtsrat

Herr Dr.-Ing. E.h. Eberhard Reuther hat sein Aufsichtsratsmandat mit Wirkung vom 27. April 2009 niedergelegt. Durch Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf wurde Herr Dr. Thomas Rabe, Berlin, Mitglied des Vorstands der Bertelsmann AG, mit Wirkung zum 23. Juni 2009 zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt.

Herr Dr. Thomas Rabe sowie die Herren Dr. Karsten von Köller und Dr. Claus Nolting, deren Amtszeiten jeweils mit Ablauf der Hauptversammlung vom 27. August 2009 endeten, wurden

durch Beschluss der Hauptversammlung am 27. August 2009 wieder in den Aufsichtsrat gewählt. Seitens der Arbeitnehmer wurden Herr Wolfgang Bouché wieder und Frau Carmen Teufel neu in den Aufsichtsrat gewählt, während das Mandat von Frau Dr. Carola Steingraber mit Ablauf der Hauptversammlung am 27. August 2009 turnusgemäß endete.

Im Anschluss an die Hauptversammlung am 27. August 2009 ist der Aufsichtsrat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten, in der Herr Dr. Karsten von Köller zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt wurde.

Der Finanz- und Prüfungsausschuss trat am 27. August 2009 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Herr Dr. Karsten von Köller wurde zum Vorsitzenden des Finanz- und Prüfungsausschusses wiedergewählt.

Der Aufsichtsrat dankt allen ausgeschiedenen Mitgliedern des Aufsichtsrats für ihre Mitarbeit.

Personalia – Vorstand

Im laufenden Geschäftsjahr wurde der Vorstand der Bank auf vier Mitglieder verkleinert, nachdem Herr Dr. Reinhard Grzesik mit Wirkung zum 3. Juli 2009 auf eigenen Wunsch und aus persönlichen Gründen aus dem Vorstand ausgeschieden war. Die Aufgabengebiete von Herrn Dr. Grzesik (Finanzen, Steuern, Immobilien und IT) übernahm Herr Dr. Dieter Glüder. Die im Vorstand der Bank bis dahin von Herrn Dr. Glüder wahrgenommenen Aufgaben wurden auf die Vorstandsmitglieder Herren Hans Jörg Schüttler und Dr. Michael Wiedmann verteilt, die diese Aufgaben nunmehr zusätzlich zu ihren bisherigen Aufgabenbereichen wahrnehmen.

In der Sitzung des Aufsichtsrats vom 9. Oktober 2009 wurde jeweils mit Wirkung ab dem 15. Oktober 2009 Herr Hans Jörg Schüttler bis zum Ablauf des 31. Oktober 2013, Herr Dr. Dieter Glüder bis zum Ablauf des 15. Oktobers 2013 sowie Herr Dr. Michael Wiedmann bis zum Ablauf des 29. Februar 2014 wiederbestellt. Herr Schüttler wurde erneut zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt. Mit Beschluss vom 17. November 2009 ist Herr Claus Momburg als Mitglied des Vorstands bis zum 10. November 2015 wiederbestellt worden.

Der Aufsichtsrat beriet im abgelaufenen Geschäftsjahr auch über die aufgrund der Maßnahmen des SoFFin gebotene Begrenzung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands auf jeweils 500.000 € p. a. Die amtierenden Mitglieder des Vorstands, die Herren Hans Jörg Schüttler, Dr. Dieter Glüder, Claus Momburg sowie Dr. Michael Wiedmann, haben gemäß den Vorgaben des SoFFin für die Zeit vom 3. Juli 2009 bis zum 31. Dezember 2010 auf Zahlungen verzichtet, die den Betrag von 500.000 € p. a. (exklusive Nebenleistungen) übersteigen. Dies betraf auch die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2008/09.

Der Aufsichtsrat dankt den im Geschäftsjahr 2009/10 amtierenden Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren persönlichen Einsatz und die geleistete Arbeit.

Düsseldorf, den 30. Juni 2010
Der Aufsichtsrat



Bruno Scherrer
Vorsitzender

Sitzungen des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2009/10

Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
14. Juli 2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB AG ▪ Jahres- und Konzernabschluss vom 31. März 2009 und Abhängigkeitsbericht ▪ Dashboard Konzernrisiko per 31. März 2009 ▪ Bericht der Konzernrevision für das Geschäftsjahr 2008/09 ▪ Bericht der Abschlussprüfer über die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses mit den Lageberichten über die IKB AG und den Konzern sowie des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2008/09 ▪ Bericht des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses mit den Lageberichten für die IKB AG und den Konzern sowie des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2008/09 ▪ Billigung des Jahresabschlusses mit dem Lagebericht und Billigung des Konzernabschlusses mit dem Konzernlagebericht sowie Billigung des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2008/09 ▪ Bericht des Aufsichtsrats ▪ Corporate-Governance-Bericht nebst Entsprechenserklärung ▪ Vorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung am 27. August 2009 ▪ Änderung der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat zur Anpassung an neue Regelungen ▪ Neu- bzw. Wiederbestellung des Beraterkreises ▪ Vorstandsangelegenheiten <ul style="list-style-type: none"> – Vorstandspersonalia (Anpassung der Vorstandsvergütung gemäß SoFFin-Zusage) – Forensik ▪ Verschiedenes <ul style="list-style-type: none"> – Information zur Strafrechtsschutzversicherung – Neuer Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand – Verpflichtungserklärung SoFFin
20. August 2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aktuelle Entwicklung der IKB ▪ Vorbereitung der Hauptversammlung am 27. August 2009 ▪ Neubestellung eines Beraterkreismitglieds ▪ Zustimmung zur Verpflichtungserklärung des Vorstands betreffend SoFFin-Garantie ▪ Vorstandsangelegenheiten <ul style="list-style-type: none"> – Anpassung der Vorstandsverträge
27. August 2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats ▪ Wahl je eines Mitglieds des Finanz- und Prüfungsausschusses aus dem Kreis der Anteilseignervertreter und aus dem Kreis der Arbeitnehmervertreter ▪ Wahl von zwei Mitgliedern aus dem Kreis der Anteilseignervertreter für den Nominierungsausschuss
9. Oktober 2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeine Entwicklung der Bank ▪ Vorstandspersonalia ▪ Verschiedenes <ul style="list-style-type: none"> – Anfrage aus dem Aufsichtsrat – Versicherungen – Termine 2010

Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
4. März 2010	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeine Entwicklung der Bank ▪ Aktuelle Geschäfts- und Risikostrategie ▪ Dashboard Konzernrisiko per 31. Dezember 2009 ▪ Konzernzwischenabschluss zum 31. Dezember 2009 und Segmentberichterstattung ▪ BilMoG ▪ Änderungen der Geschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat ▪ Forensische Untersuchung ▪ Effizienzprüfung des Aufsichtsrats ▪ Verschiedenes <ul style="list-style-type: none"> – Änderung bei der D&O-Versicherung des Vorstands

Sitzungen des Aufsichtsratspräsidiums im Geschäftsjahr 2009/10

Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
11. Mai 2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorstandsangelegenheiten <ul style="list-style-type: none"> – Festsetzung der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2008/09 ▪ Verschiedenes <ul style="list-style-type: none"> – Anfechtungsklagen gegen außerordentliche Hauptversammlung vom 25. März 2009
14. Juli 2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB AG ▪ Bericht der Konzernrevision für das Geschäftsjahr 2008/09 ▪ Vorbereitung der Aufsichtsratsitzung am 14. Juli 2009 ▪ Vorstandsangelegenheiten <ul style="list-style-type: none"> – Vorstandspersonalia – Forensik ▪ Verschiedenes <ul style="list-style-type: none"> – Neuer Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand – Strafrechtsschutzversicherung
20. August 2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorbesprechung der Hauptversammlung ▪ Vorbesprechung der Aufsichtsratsitzung ▪ Vorstandsangelegenheiten <ul style="list-style-type: none"> – Anpassung der Vorstandsverträge
25. Januar 2010	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtsfragen im Zusammenhang mit kapitalmarktrechtlichen Klagen
5. Februar 2010	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Liquiditätslage und Liquiditätsbeschaffung
4. März 2010	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Allgemeine Entwicklung der Bank ▪ Aktuelle Geschäfts- und Risikostrategie ▪ Änderung der Geschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat ▪ Forensische Untersuchung ▪ Effizienzprüfung des Aufsichtsrats ▪ Verschiedenes <ul style="list-style-type: none"> – Änderung der D&O-Versicherung des Vorstands

Sitzungen des Finanz- und Prüfungsausschusses im Geschäftsjahr 2009/10

Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
14. Juli 2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Jahres- und Konzernabschluss zum 31. März 2009 und Abhängigkeitsbericht ▪ Dashboard- Konzernrisiko per 31. März 2009 ▪ Bericht der Abschlussprüfer ▪ Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2009/10 sowie des Abschlussprüfers für die prüferische Durchsicht des verkürzten Abschlusses und des Zwischenlageberichtes für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2009/10 ▪ Ermächtigung des Vorsitzenden des Finanz- und Prüfungsausschusses zur Beauftragung der Abschlussprüfer
27. August 2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wahl des Vorsitzenden des Finanz- und Prüfungsausschusses
9. Dezember 2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Accounting 2.0 ▪ Konzernzwischenabschluss per 30. September 2009 ▪ Bericht der Abschlussprüfer über die prüferische Durchsicht des Konzernzwischenabschlusses per 30. September 2009 ▪ Prüfungsschwerpunkte der Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2009/10 ▪ Dashboard Konzernrisiko per 30. September 2009 ▪ Verschiedenes
4. März 2010	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dashboard Konzernrisiko per 31. Dezember 2009 ▪ Konzernzwischenabschluss zum 31. Dezember 2009 und Segmentberichterstattung ▪ BilMoG ▪ Verschiedenes

Sitzungen des Nominierungsausschusses im Geschäftsjahr 2009/10

Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
14. Juli 2009	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorschläge an den Aufsichtsrat zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern durch die ordentliche Hauptversammlung am 27. August 2009 ▪ Verschiedenes

Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate Governance

In der nachstehenden Erklärung berichtet der Vorstand – zugleich auch für den Aufsichtsrat – gemäß § 289a HGB über Unternehmensführung sowie gemäß Ziff. 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) über die Corporate Governance des Unternehmens.

Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG

Vorstand und Aufsichtsrat der IKB erklären jährlich, dass den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex – im Text des Kodex gekennzeichnet durch die Verwendung des Worts „soll“ – entsprochen wurde und wird oder welche Empfehlungen aus welchen Gründen nicht angewendet wurden oder werden (§ 161 Abs. 1 Satz 1 AktG). Die letzte Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat datiert vom 30. Juni 2010. Ebenso wie die Entsprechenserklärungen früherer Jahre ist sie auf der Internetseite der IKB (www.ikb.de, dort unter Investor Relations/Corporate Governance/Entsprechenserklärung) dauerhaft öffentlich zugänglich (§ 161 Abs. 2 AktG). Sie hat folgenden Wortlaut:

„Vorstand und Aufsichtsrat der IKB Deutsche Industriebank AG erklären gemäß § 161 AktG, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers am 8. August 2008 bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Kodexfassung vom 6. Juni 2008 seit Abgabe der letzten Erklärung am 14. Juli 2009 bis zum Inkrafttreten der neuen Kodexfassung am 5. August 2009 mit folgenden Ausnahmen entsprochen wurde:

- Ziff. 4.2.1 S. 2: Regelung der Ressortzuständigkeit der Vorstandsmitglieder in der Geschäftsordnung

Die Ressortzuständigkeit der Vorstandstandsmitglieder der IKB ist nicht in der Geschäftsordnung für den Vorstand, sondern in einem separaten Geschäftsverteilungsplan geregelt. Dieser wird vom Vorsitzenden des Vorstands vorgeschlagen und durch einstimmigen Beschluss des Gesamtvorstands erlassen, geändert und aufgehoben. Wir halten diese Regelung für flexibler.

Ferner erklären Vorstand und Aufsichtsrat der IKB Deutsche Industriebank AG gemäß § 161 AktG, dass den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Kodexfassung vom 18. Juni 2009 seit deren Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger am 5. August 2009 mit folgenden Ausnahmen entsprochen wurde:

- Ziff. 3.8 Abs. 3: Vereinbarung eines Selbstbehalts von mindestens 10 % des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung bei Abschluss einer D&O-Versicherung für den Aufsichtsrat

Für die Mitglieder des Aufsichtsrats besteht eine D&O-Versicherung, die einen Selbstbehalt nicht vorsieht. Verantwortungsvolles Handeln ist für alle Organmitglieder der Gesellschaft selbstverständliche Pflicht: eines Selbstbehaltes für den Aufsichtsrat bedarf es deshalb nicht.

- Ziff. 4.2.1 S. 2: Regelung der Ressortzuständigkeit der Vorstandsmitglieder in der Geschäftsordnung

Die Ressortzuständigkeit der Vorstandstandsmitglieder der IKB ist nicht in der Geschäftsordnung für den Vorstand, sondern in einem separaten Geschäftsverteilungsplan geregelt. Dieser wird vom Vorsitzenden des Vorstands vorgeschlagen und durch einstimmigen Beschluss des Gesamtvorstands erlassen, geändert und aufgehoben. Wir halten diese Regelung für flexibler.

- Ziff.6.3 S. 2: Zurverfügungstellung sämtlicher neuer Tatsachen, die Finanzanalysten und vergleichbaren Adressaten mitgeteilt worden sind, an Aktionäre

In Einzelfällen wurden Kennziffern, die im Halbjahresfinanzbericht 2009/10 veröffentlicht wurden, auf 9-Monatsbasis aktualisiert und Finanzanalysten bzw. vergleichbaren Adressaten vertraulich mitgeteilt. Aufgrund der reduzierten 9-Monatsberichterstattung wurden diese Kennziffern nicht in der 9-Monatszwischenmitteilung zum 31. Dezember 2009 veröffentlicht; sie sind jedoch – wiederum aktualisiert zum 31. März 2010 – im Geschäftsbericht 2009/10 enthalten. Ferner wurden in Gesprächen mit Ratingagenturen, die unmittelbar das Rating der Bank betreffen, aufgrund der Bedeutung des Ratings für die Kapitalmarktfähigkeit der IKB und der besonderen Restrukturierungssituation der Bank neue, nicht öffentliche Tatsachen vertraulich mitgeteilt.

- Ziff. 7.1.2 S. 2: Erörterung der Halbjahres- und Quartalsfinanzberichte durch den Aufsichtsrat oder seinen Prüfungsausschuss vor der Veröffentlichung mit dem Vorstand

Die Gesellschaft hat im Zusammenhang mit dem Halbjahresfinanzbericht 2009/10 und der 9-Monatszwischenmitteilung aus terminlichen Gründen dieser Empfehlung nicht entsprochen und die Zwischenabschlüsse erst nach der Veröffentlichung im Aufsichtsrat bzw. im Prüfungsausschuss erörtert.

- Ziff. 7.1.2 S. 4: Veröffentlichung des Konzernabschlusses binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende und von Zwischenberichten binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums

Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2009/10 ist nicht binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende veröffentlicht worden. Die Zwischenmitteilung zum 30. Juni 2009 (erstes Quartal) ist am 24. August 2009, der Halbjahresfinanzbericht 2009/10 ist erstmals am 26. November 2009 und die Zwischenmitteilung zum 31. Dezember 2009 (drittes Quartal) ist am 26. Februar 2010 veröffentlicht worden. Aufgrund einer notwendigen Änderung wurde der Halbjahresfinanzbericht 2009/10 erneut als Geänderter Halbjahresfinanzbericht 2009/10 am 5. Februar 2010 veröffentlicht. Grund für diese Verschiebungen waren die besondere Lage der IKB seit Eintritt der Krise Ende Juli 2007 und die damit verbundenen besonderen Anforderungen an die Bilanz- und Rechnungslegung.

Vorstand und Aufsichtsrat erklären weiter, dass die IKB Deutsche Industriebank AG den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 18. Juni 2009 – mit Ausnahme der Ziffern 3.8 Abs. 3, 4.2.1 S. 2, 6.3 S. 2 sowie 7.1.2 S. 4 Var. 2 aus den vorstehend genannten Gründen – entsprechen wird.

Düsseldorf, den 30. Juni 2010

Für den Aufsichtsrat
der IKB Deutsche Industriebank AG



Bruno Scherrer

Für den Vorstand
der IKB Deutsche Industriebank AG



Hans Jörg Schüttler

Relevante Angaben zu Unternehmensführungspraktiken

Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Die IKB erfüllt grundsätzlich alle Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex – im Text des Kodex gekennzeichnet durch die Verwendung von Begriffen wie „sollte“ oder „kann“ – und weicht lediglich in folgenden Punkten ab:

- Die von der IKB bestellten Vertreter für die weisungsgebundene Ausübung des Stimmrechts der Aktionäre sind während der Hauptversammlung nur für anwesende Aktionäre erreichbar (Ziff. 2.3.3 Satz 3 Halbs. 2 DCGK). Für Aktionäre, die nicht an der Hauptversammlung teilnehmen, besteht die Möglichkeit, die Stimmrechtsvertreter vor der Hauptversammlung mit ihrer Vertretung zu beauftragen.
- Die Hauptversammlung wird nur auszugsweise, nämlich bis zur Beendigung der Eröffnungsreden des Versammlungsleiters und des Vorstandsvorsitzenden, über die Internetseite der IKB (www.ikb.de) live übertragen (Ziff. 2.3.4 DCGK).

Code of Conduct

Der Code of Conduct ist ein Verhaltenskodex für alle Mitarbeiter des IKB-Konzerns. Er bildet die Wertvorstellungen und Überzeugungen der IKB ab. Um stets ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit, Integrität, Verlässlichkeit und Leistungsorientierung bei sämtlichen Aktivitäten zu gewährleisten, wurde der Code of Conduct als verbindlicher Orientierungsrahmen für das Tagesgeschäft entwickelt. Die Grundsätze enthalten Mindestanforderungen an das Verhalten jedes Einzelnen. Der Code of Conduct ist auf der Webseite der IKB (www.ikb.de) in seiner jeweils aktuellen Fassung unter Investor Relations/Corporate Governance veröffentlicht.

Im Übrigen bestehen bei der IKB keine relevanten Unternehmensführungspraktiken im Sinne des § 289a Abs. 2 Nr. 2 HGB, die über die gesetzlichen Anforderungen hinaus angewandt werden.

Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Gemäß dem deutschen Aktienrecht verfügt die IKB mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat über eine zweigeteilte Führungs- und Kontrollstruktur. Die Unternehmensführung basiert auf einer engen, konstruktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat sowie einem intensiven und stetigen Informationsfluss. Dies entspricht dem gemeinsamen Verständnis guter Corporate Governance von Vorstand und Aufsichtsrat.

Leitung des Unternehmens

Der Vorstand entwickelt die Geschäfts- und Risikostrategie, sorgt in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat für deren Umsetzung und führt die Geschäfte der Gesellschaft in eigener Verantwortung. Dabei beachtet er die Vorschriften der Gesetze, der Satzung, der vom Aufsichtsrat erlassenen Geschäftsordnung, des Geschäftsverteilungsplans und der jeweiligen Dienstverträge. Außerdem ist er an das Unternehmensinteresse gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet. Die Geschäftsordnung des Vorstands wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr sowohl an die geänderten Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex als auch an die geänderten bankaufsichtrechtlichen Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht angepasst. Es gilt der Grundsatz der Gesamtverantwortung, d. h. die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsführung. Jedem Vorstandsmitglied ist jedoch die Zuständigkeit für bestimmte Ressorts zugewiesen.

Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt. Er besteht derzeit aus vier Mitgliedern. Nähere Angaben zu den einzelnen Vorstandsmitgliedern und ihren konkreten Ressortzuständigkeiten finden Sie unter anderem im Konzernlagebericht im Kapitel „Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum“ bzw. im Konzernanhang unter Note 81.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der Geschäftsentwicklung, der Strategie, der Unternehmensplanung, der Ertragslage, der Rentabilität, der Compliance, der Risikolage, des Risikomanagements und des Risikocontrollings zu informieren. Er geht auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein. Darüber hinaus berichtet der Vorstand dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats gegebenenfalls aus sonstigen wichtigen Anlässen. Geschäfte von grundlegender Bedeutung wie z. B. die Emission von Anleihen oder der Abschluss von Unternehmensverträgen werden in einer vom Aufsichtsrat erlassenen Geschäftsordnung für den Vorstand an die Zustimmung des Aufsichtsrats gebunden.

Im Geschäftsjahr 2009/10 und bis zum heutigen Tag sind keine Interessenkonflikte in der Person von Mitgliedern des Vorstands mit der Gesellschaft aufgetreten. Die Mandate der Vorstandsmitglieder sowie die Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Personen sind im Konzernanhang dargestellt.

Für den Fall, dass eine AG eine Versicherung zur Absicherung eines Vorstandsmitglieds gegen Risiken aus dessen beruflicher Tätigkeit abschließt, sieht das Aktiengesetz seit dem 5. August 2009 vor, dass ein Selbstbehalt von mindestens 10 % des Schadens bis mindestens zur Höhe des 1,5-Fachen der festen jährlichen Vergütung des Vorstandsmitglieds vorzusehen ist. Nach dem maßgeblichen Übergangsrecht gilt dies ab dem 1. Juli 2010 auch für solche Versicherungsverträge, die vor dem 5. August 2009 abgeschlossen worden sind. Die IKB hat für die bei ihr bestehenden Altversicherungsverträge fristgerecht mit Wirkung zum 1. Juli 2010 entsprechende Selbstbehalte vereinbart.

Kontrolle des Unternehmens

Der Aufsichtsrat berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung der Bank und der Konzernunternehmen. Er erfüllt seine Aufgaben nach den Vorschriften der Gesetze, der Satzung der IKB und seiner Geschäftsordnung.

Gemäß dem deutschen Drittelbeteiligungsgesetz besteht der Aufsichtsrat zu zwei Dritteln aus Vertretern der Anteilseigner und zu einem Drittel aus Arbeitnehmervertretern. Die Anteilseignervertreter werden von der Hauptversammlung im Wege der Einzelwahl gewählt. Konkret setzt der Aufsichtsrat sich aus zehn Anteilseignervertretern und fünf Arbeitnehmervertretern zusammen. Einzelheiten zur personellen Besetzung des Aufsichtsrats und den diesbezüglichen Veränderungen im vergangenen Geschäftsjahr finden sich im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung sowie im Konzernanhang unter Note 81.

Der Aufsichtsrat tagt mindestens zweimal je Kalenderhalbjahr und nach Möglichkeit mindestens einmal je Kalendervierteljahr. Er ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und mehr als die Hälfte seiner Mitglieder, aus denen er nach der Satzung insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnehmen. Soweit nicht Gesetz oder Satzung etwas anderes bestimmen, entscheidet der Aufsichtsrat mit einfacher Stimmenmehrheit. Die Arbeitsweise des Aufsichtsrats ist im Einzelnen in einer von ihm selbst erlassenen Geschäftsordnung geregelt. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr sowohl an die Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) und des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) als auch an die geänderten Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und die geänderten bankenaufsichtsrechtlichen Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht angepasst. Zur effizienten Gestaltung seiner Arbeit hat der Aufsichtsrat eine Reihe von Ausschüssen eingerichtet, über deren konkrete Zusammensetzung und Arbeitsweise weiter unten in einem selbständigen Abschnitt dieser Erklärung zur Unternehmensführung berichtet wird. Nähere Informationen zur konkreten Arbeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse im vergangenen Geschäftsjahr sind aus dem Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung ersichtlich.

Dem Aufsichtsrat gehört eine ausreichende Anzahl von Mitgliedern an, die unabhängig im Sinne der Ziff 5.4.2 DCGK sind, d. h. die in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zur Gesellschaft oder deren Vorstand stehen. Allerdings steht ein Teil der im vergangenen Geschäftsjahr amtierenden Aufsichtsratsmitglieder anderen Unternehmen nahe, mit de-

nen die IKB Geschäftsbeziehungen unterhält. Geschäfte zwischen der IKB und diesen Unternehmen erfolgen stets zu marktgerechten Bedingungen wie unter fremden Dritten. Diese Transaktionen hatten bzw. haben nach unserer Einschätzung keinen Einfluss auf die Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder, die diesen Unternehmen nahe stehen. Die Mandate der Aufsichtsratsmitglieder sowie die Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Personen sind im Konzernanhang dargestellt. Zustimmungspflichtige Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge zwischen Aufsichtsratsmitgliedern und der IKB oder einem Konzernunternehmen bestanden und bestehen nicht.

Bei den Beratungen des Aufsichtsrats traten im Geschäftsjahr 2009/10 und bis zum heutigen Tag keine Interessenkonflikte auf.

In seiner Sitzung vom 4. März 2010 hat der Aufsichtsrat im Einklang mit der Empfehlung aus Ziff. 5.6 DCGK die Durchführung einer Effizienzprüfung beschlossen. Im Nachgang zur Sitzung wurden den Aufsichtsrats- sowie den Ausschussmitgliedern entsprechende Fragebögen zugesandt, die ausgefüllt zurückgesandt und ausgewertet wurden. Die Vorstellung der Ergebnisse soll in der Aufsichtsratssitzung am 30. Juni 2010 erfolgen.

Umgang mit Risiken

Für das Risikomanagement der IKB zeichnet der Vorstand verantwortlich. Ausgehend von der Geschäfts- und Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit legt er die risikopolitischen Grundsätze fest, die zusammen mit der Limitstruktur in den Risikostrategien der IKB verankert sind. Bei seinen Festlegungen berücksichtigt der Vorstand auch die Qualität der Prozesse, insbesondere der Kontrollen, des Risikomanagements. Der Finanz- und Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats hat sich im vergangenen Geschäftsjahr 2009/10 intensiv mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagementsystems befasst.

Der Aufsichtsrat sowie der Finanz- und Prüfungsausschuss ließen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr vom Vorstand regelmäßig über die Risikosituation der IKB sowie des Gesamtkonzerns informieren. Daneben erörterte der Finanz- und Prüfungsausschuss auch Fragen der Rechnungslegung, insbesondere eine Fortentwicklung bzw. die Erneuerung der im Rechnungswesen eingesetzten Software-Plattformen und -Tools sowie die Umsetzung neuer regulatorischer Vorgaben.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung des IKB-Konzerns erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS); der Jahresabschluss der IKB AG wird gemäß den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuchs aufgestellt. Die Wahl des Abschlussprüfers erfolgt gemäß den aktienrechtlichen Bestimmungen durch die Hauptversammlung. Der Finanz- und Prüfungsausschuss hat den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2009/10 sowie des Abschlussprüfers für die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und Konzernzwischenlageberichts für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2009/10 vorbereitet. Außerdem hat er von dem vorgesehenen Abschlussprüfer die vom Deutschen Corporate Governance Kodex empfohlene Erklärung über eventuell bestehende Ausschluss- und Befangenheitsgründe eingeholt (Ziff. 7.2.1 Abs. 1 DCGK) und sämtliche im Rahmen der Erteilung des Prüfungsauftrags geforderten Vereinbarungen mit ihm getroffen (Ziff. 7.2.1 Abs. 2, Ziff. 7.2.3 Abs. 1 und 2 DCGK).

In der Hauptversammlung der IKB am 27. August 2009 ist auf Vorschlag des Aufsichtsrats die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, zum Abschlussprüfer des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2009/10 sowie zum Abschlussprüfer für die prüferische Durchsicht des verkürzten Abschlusses und des Zwischenlageberichts für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2009/10 gewählt worden.

Transparenz

Die IKB befolgt den Grundsatz der Gleichbehandlung. Über die Internetseiten der IKB (www.ikb.de) können sich auch Privatanleger zeitnah über wesentliche Termine sowie aktuelle Entwicklungen (einschließlich Ad-hoc-Mitteilungen) im Konzern informieren. Darüber hinaus werden wesentliche Vorgänge innerhalb des Unternehmens über Pressemitteilungen bekannt gemacht, die ebenfalls auf den Internetseiten publiziert werden. Die Gesellschaft bietet allen Interessenten an, einen elektronischen Newsletter zu abonnieren, der über aktuelle Finanzberichte sowie Ad-hoc- und Pressemitteilungen informiert.

Compliance als wesentliche Leitungsaufgabe des Vorstands

Compliance im Sinne von Maßnahmen zur Einhaltung von Recht, Gesetz, aufsichtsrechtlichen Anforderungen und unternehmensinternen Richtlinien ist bei der IKB eine wesentliche Leitungsaufgabe. Der Vorstand hat ein Compliance-Konzept für die Mitarbeiter eingeführt, das regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst wird.

Die Umsetzung und Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex werden von einem Corporate-Governance-Beauftragten überwacht, der vom Vorstand im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats bestimmt wird. Im Zeitraum vom 6. Februar 2008 bis einschließlich 31. März 2010 war Corporate-Governance-Beauftragter Herr Marcus Jacob, Leiter Vorstandsstab, Gesellschafts- und Konzernrecht, Compliance. Mit Wirkung zum 1. April 2010 wurde Frau Christina Wolff, Leiterin Vorstandsstab, Bankrecht und Compliance, zur neuen Corporate-Governance-Beauftragten bestellt.

Die Hauptversammlung

Die Entscheidung über Fragen der Geschäftsführung ist grundsätzlich dem Vorstand vorbehalten, der durch den Aufsichtsrat beraten und überwacht wird. Die Hauptversammlung kann über Fragen der Geschäftsführung nur entscheiden, wenn der Vorstand es verlangt (§ 119 Abs. 2 AktG). Allerdings entscheidet die Hauptversammlung unter anderem über die Bestellung der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat, über die Verwendung des Bilanzgewinns, über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats und über die Bestellung des Abschlussprüfers. Auch die Entscheidung über Änderungen der Satzung, die für Vorstand und Aufsichtsrat verbindliche Regeln enthält, fällt in die alleinige Zuständigkeit der Hauptversammlung. Im Rahmen der Hauptversammlung nehmen die einzelnen Aktionäre der IKB ihre Rechte wahr und üben insbesondere das Stimmrecht aus. Durch einen Finanzkalender, der auf den Internetseiten der IKB (www.ikb.de) veröffentlicht wird, werden die Aktionäre im Einklang mit der Empfehlung aus Ziff. 6.7 DCGK über wesentliche Termine unterrichtet. Die Aktionäre haben die Möglichkeit, ihr Stimmrecht in der Hauptversammlung selbst auszuüben oder durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl oder einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft (Ziff. 2.3.3 Satz 3 Halbs. 1 DCGK) ausüben zu lassen.

Zusammensetzung und Arbeitsweise der Vorstandsausschüsse

Der Vorstand der IKB hat keine Ausschüsse gebildet.

Zusammensetzung und Arbeitsweise der Aufsichtsratsausschüsse

Der Aufsichtsrat der IKB hat zur Erledigung seiner Aufgaben Ausschüsse gebildet, über deren Zusammensetzung und Arbeitsweise im Folgenden berichtet wird.

Aufsichtsratspräsidium

Das Aufsichtsratspräsidium erteilt gemäß der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats die Zustimmung zu verschiedenen Geschäften, zu deren Vornahme der Vorstand der Zustimmung des Aufsichtsrats bedarf, z. B. – gegebenenfalls unter weiteren Voraussetzungen – zum Erwerb und der Veräußerung von Immobilien, zur Beteiligung an oder der Gründung von Unternehmen, zur Gewährung von Großkrediten oder zur Veräußerung eigener Aktien. Außerdem entscheidet das Aufsichtsratspräsidium kraft der ihm verliehenen Eilkompetenz anstelle des

Gesamtaufsichtsrats in allen Fällen, in denen ein Aufschub der erforderlichen Maßnahmen zur Abwendung wesentlicher Nachteile für die Gesellschaft bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrats nicht vertretbar erscheint und eine Entscheidung des Aufsichtsrats nicht innerhalb der gebotenen Frist herbeigeführt werden kann. Das Aufsichtsratspräsidium tagte im Geschäftsjahr 2009/10 insgesamt sechsmal.

Dem Aufsichtsratspräsidium gehörten im abgelaufenen Geschäftsjahr folgende Mitglieder an:

- Bruno Scherrer (Vorsitzender)
Head of European Investments, Lone Star Management Europe Ltd., wohnhaft in London
- Dr. Karsten von Köller
Geschäftsführer der Lone Star Germany GmbH, wohnhaft in Frankfurt am Main
- Dr. Andreas Tuczka
Head of European Financial Institutions, Lone Star Management Europe Ltd., wohnhaft in London
- Ulrich Wernecke
Betriebsrat IKB Deutsche Industriebank AG, wohnhaft in Rommerskirchen

Finanz- und Prüfungsausschuss

Zu den Aufgaben des Finanz- und Prüfungsausschusses gehört es unter anderem, die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses vorzubereiten, dem Aufsichtsrat eine Empfehlung hinsichtlich der Wahl des Abschlussprüfers auszusprechen, dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag zu erteilen und seine Vergütung zu vereinbaren. Darüber hinaus befasst sich der Finanz- und Prüfungsausschuss mit der Überwachung der Rechnungslegung, der Wirksamkeit der internen Kontroll- und Revisionssysteme, dem Risikomanagement und Fragen der Compliance. Der Vorsitzende des Finanz- und Prüfungsausschusses informiert den Aufsichtsrat spätestens in der nächsten Sitzung über für den Aufsichtsrat unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen, die dem Ausschuss vom Vorstand zugeleitet worden sind. Der Vorsitzende des Finanz- und Prüfungsausschusses ist überdies berechtigt, unter Einbeziehung des Vorstandsvorsitzenden Auskünfte unmittelbar vom Leiter der Konzernrevision einzuholen. Der Finanz- und Prüfungsausschuss tagte im Geschäftsjahr 2009/10 viermal.

Dem Finanz- und Prüfungsausschuss gehörten im abgelaufenen Geschäftsjahr folgende Mitglieder an:

- Dr. Karsten von Köller (Vorsitzender)
Geschäftsführer der Lone Star Germany GmbH, wohnhaft in Frankfurt am Main
- Wolfgang Bouché
Betriebsrat IKB Deutsche Industriebank AG, wohnhaft in Rheinberg
- Dr. Claus Nolting
Vorsitzender des Vorstands der Corealcredit Bank AG, wohnhaft in München
- Bruno Scherrer
Head of European Investments, Lone Star Management Europe Ltd., wohnhaft in London

Nominierungsausschuss

Der Nominierungsausschuss hat die Aufgabe, dem Aufsichtsrat geeignete Kandidaten für ein Aufsichtsratsmandat im Hinblick auf die der Hauptversammlung zu unterbreitenden Wahlvorschläge vorzuschlagen. Der Nominierungsausschuss tagte im Geschäftsjahr 2009/10 einmal.

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

Dem Nominierungsausschuss gehörten im abgelaufenen Geschäftsjahr folgende Mitglieder an:

- Bruno Scherrer (Vorsitzender)
Head of European Investments, Lone Star Management Europe Ltd., wohnhaft in London
- Dr. Karsten von Köller
Geschäftsführer der Lone Star Germany GmbH, wohnhaft in Frankfurt am Main
- Dr. Claus Nolting
Vorsitzender des Vorstands der Corealcredit Bank AG, wohnhaft in München

Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Vergütungsbericht als Element des Corporate-Governance-Berichts ist in Kapitel 8 des Konzernlageberichts dargestellt. Im Einklang mit Ziff. 4.2.5 DCGK finden sich dort auch allgemeinverständliche Erläuterungen des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder sowie Angaben zur Art der von der Gesellschaft erbrachten Nebenleistungen. Ferner wird dort gemäß Ziff. 5.4.6 Abs. 3 Satz 1 DCGK die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder individualisiert und aufgliedert nach Bestandteilen ausgewiesen.

Aktienbesitz von Organmitgliedern

Personen mit Führungsaufgaben, insbesondere Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der IKB sowie mit diesen in einer engen Beziehung stehende Personen, sind gemäß § 15a WpHG gesetzlich verpflichtet, Geschäfte mit Aktien der IKB oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten offenzulegen, soweit der Wert der von dem Mitglied und ihm nahestehenden Personen innerhalb eines Kalenderjahrs getätigten Geschäfte die Summe von 5.000 € erreicht oder übersteigt. Im Berichtsjahr sind keine entsprechenden Mitteilungen erfolgt. Auch mitteilungspflichtiger Besitz gemäß Ziff. 6.6 DCGK lag bis zum 31. März 2010 nicht vor.

Aktionsoptionsprogramme und ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme

Bei der IKB bestehen keine Aktionsoptionsprogramme oder ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme.

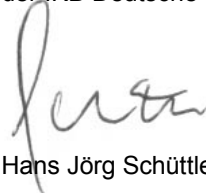
Düsseldorf, den 30. Juni 2010

Für den Aufsichtsrat
der IKB Deutsche Industriebank AG



Bruno Scherrer

Für den Vorstand
der IKB Deutsche Industriebank AG



Hans Jörg Schüttler

Konzernlagebericht

1. Rahmenbedingungen

Im Kalenderjahr 2009 verzeichnete die deutsche Wirtschaft den stärksten Einbruch in der Nachkriegszeit. Zwar hat sich das konjunkturelle Umfeld seit dem Sommer letzten Jahres verbessert und die Rezession konnte gestoppt werden. Dennoch belief sich der Rückgang der Wirtschaftsleistung für das Gesamtjahr aufgrund des starken Einbruchs zum Anfang des Jahres 2009 auf 5 %. Im ersten Quartal 2010 konnte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zulegen. Damit hat sich die Aufwärtstendenz der Wirtschaft trotz des vergleichsweise harten und langen Winters weiter fortgesetzt.

Rahmenbedingungen für das Kerngeschäft

Im Zuge der weltweiten Rezession wurde die deutsche Wirtschaft insbesondere aufgrund ihrer hohen Exportabhängigkeit hart getroffen. Die Ausfuhren sanken im Kalenderjahr 2009 um fast 15 %. Zudem belasteten die mit der Finanzkrise einhergehenden restriktiven Finanzierungsbedingungen die Nachfrage nach Investitionsgütern erheblich. Die Ausrüstungsinvestitionen – ein für das Kreditgeschäft der IKB bedeutender Indikator – brachen um 20 % ein und fielen damit annähernd auf das im Jahr 2005 erreichte Niveau zurück. Das schwierige Umfeld spiegelte sich ebenfalls in der angespannten wirtschaftlichen Lage vieler Unternehmen wider, was unter anderem die laut Creditreform um +16 % auf 34.300 gestiegene Zahl der Unternehmensinsolvenzen belegt.

Auch die wichtigen Auslandsmärkte der IKB verzeichneten 2009 einen erheblichen Einbruch des Bruttoinlandsproduktes (Großbritannien -4,9 %, Frankreich -2,2 %, Italien -5,0 %, Spanien -3,6 %). Im Zuge der weltweiten Rezession fiel die Auslastung der Produktionskapazitäten in vielen Ländern auf ein Rekordtief. Darüber hinaus waren die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen überall in Europa schwierig. Vor diesem Hintergrund zeigten sich die Anlageinvestitionen in allen wichtigen Auslandsmärkten schwach.

Insbesondere für Deutschland gab es die Befürchtung, dass eine nicht ausreichende Kreditversorgung ein Anziehen der Konjunktur beeinträchtigen könnte. Nach Einschätzung der Forschungsinstitute sind Anzeichen für eine allgemeine „Kreditklemme“ bisher zwar nicht zu erkennen. Dennoch hat sich in Deutschland das Kreditvolumen seit dem vierten Quartal 2009 rückläufig entwickelt, nachdem es im Jahr 2008 noch mit zweistelligen Zuwachsraten expandiert war. Die Forschungsinstitute führen dies hauptsächlich auf die schwache Konjunktur-entwicklung zurück. Andere Faktoren, wie der eingeschränkte Zugang zum Kreditmarkt, werden eher mit der Verschlechterung der Kreditwürdigkeit begründet.

Die Situation an den Finanzmärkten hatte ab dem Sommerhalbjahr 2009 begonnen, sich zunehmend zu entspannen, blieb aber sehr fragil. Von der Entspannung haben wesentlich der Markt für Unternehmensanleihen und der Aktienmarkt profitiert. Für Banken haben sich die Risikoprämien ebenfalls zurückgebildet – aber unterproportional. Während sich die Lage am Geldmarkt etwas normalisierte, bleiben für Banken die Möglichkeiten für eine mittelfristige Mittelaufnahme begrenzt. Andere Kapitalmärkte, die wie der Verbriefungsmarkt von hoher Bedeutung für die Kreditversorgung sind, haben sich bislang nur wenig bewegt.

Schübe von Vertrauensverlusten gegenüber Währungen und Staatspapieren europäischer Länder, auch in Mittel- und Osteuropa, haben die Finanz- und Wirtschaftskrise bereits seit dem Jahr 2008 begleitet. Die überraschende Erhöhung der Defizitprognose durch die griechische Regierung im Oktober 2009 und das notwendige Rettungspaket des IWF und der EU zur Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit Griechenlands im Mai 2010 haben allerdings wieder zu einer starken Verunsicherung der Finanzmärkte geführt. Nicht nur die Finanzierungskosten für Griechenland sind drastisch gestiegen; auch eine Reihe anderer Mitgliedstaaten des Euroraums musste höhere Risikoaufschläge bei der Verzinsung von Staatsanleihen hinnehmen. Die Finanzinvestoren sehen offenbar auch für diese Länder Insolvenzrisiken. Dadurch litt auch das Vertrauen in die Stabilität der Gemeinschaftswährung: Der Euro hat seit Oktober 2009 gegenüber dem US-Dollar deutlich an Wert eingebüßt. Die heftigen, krisenglei-

chen Marktreaktionen sind auch nach der Ankündigung eines voluminösen Rettungsschirms für Länder der Euro-Währungsunion nicht abgeklungen.

Die hohe Verschuldung vieler Staaten wird als Bedrohung für den Erhalt des Euros gesehen. Die von den Euro-Mitgliedsländern angekündigten umfassenden Projekte zur Haushaltskonsolidierung können den wirtschaftlichen Aufschwung genauso belasten wie die vorhersehbare enorme staatliche Mittelaufnahme in den nächsten Jahren. Ein Rückzug aus der expansiven Geldpolitik und aus den staatlichen Rettungsprogrammen bleibt ebenfalls ein Unsicherheitsfaktor.

Auch für das Kreditangebot der Banken ergeben sich weiterhin verschiedene, teils strukturelle Belastungsfaktoren. Dazu gehören – aufgrund des Wirtschaftseinbruchs – weitere Ausfälle und negative Ratingmigrationen in den Kreditportfolien der Banken, die im laufenden Kalenderjahr zu höheren Eigenkapitalbelastungen bei den Banken führen. Hinzu kommt eine erhebliche Unsicherheit über die Auswirkungen einer Flut von Regulierungsvorhaben, die sukzessive in Kraft treten bzw. treten werden. Diese Vorhaben sind auf eine Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen, eine Verschärfung der Liquiditätsanforderungen, eine Begrenzung des Bilanzvolumens bei gegebenem Eigenkapital (Leverage) sowie eine erweiterte Regulierung des Derivateinsatzes und des Handelsbuchs gerichtet. Hinzu kommen Überlegungen zu Bankenabgabe und Finanzmarkttransaktionsteuer.

Strategische Positionierung der IKB

Die IKB Deutsche Industriebank AG ist eine Spezialbank für Unternehmensfinanzierung in Deutschland und Europa. Zielgruppen sind der Mittelstand sowie internationale Unternehmen; die IKB arbeitet dabei auch mit Private-Equity-Häusern zusammen. Bei langfristigen Unternehmenskrediten an das deutsche Verarbeitende Gewerbe hatte die Bank zum 31. März 2010 einen Marktanteil von 8 %. Wesentliche Wettbewerber der IKB sind größere Kreditinstitute im In- und Ausland in einem Markt, der stark im Umbruch ist.

Die bei Weitem größte wirtschaftliche Bedeutung für den IKB-Konzern hat die IKB AG (Bank); wichtige Tochtergesellschaften sind darüber hinaus die IKB Leasing GmbH, die IKB International S.A., die IKB Private Equity GmbH und die IKB Data GmbH.

Im Oktober 2008 hat die EU-Kommission unter strengen Auflagen die staatlichen Beihilfen für die IKB genehmigt. Die Auflagen beinhalten einen drastischen Einschnitt in die Geschäftsaktivitäten der IKB, so die Aufgabe des Segmentes Immobilienfinanzierung und die Schließung von einigen ausländischen Standorten. Nach Umsetzung der EU-Entscheidung verbleiben die Niederlassungen London, Madrid, Mailand und Paris als wesentliche operative ausländische Standorte sowie die IKB Leasing GmbH, die IKB Private Equity GmbH und die IKB Data GmbH als wesentliche Tochtergesellschaften im Konzern. Die Bilanzsumme des Konzerns soll bis September 2011 auf 33,5 Mrd. € reduziert werden. Die Erfüllung der Auflagen ist mit erheblichen Kosten verbunden.

Die EU-Auflagen und das bei sich ausweitender Finanz- und Wirtschaftskrise veränderte Umfeld waren Anlass zur Überprüfung und Neuausrichtung des Geschäftsmodells der Bank.

Die IKB hat sich über viele Jahre ein Fundament von Kundenverbindungen insbesondere im Mittelstand erarbeitet. Im Zuge der neuen strategischen Ausrichtung der IKB wurde der bisherige Fokus – Kreditgeschäft mit mittelständischen Firmen – um Kapitalmarkt- und Beratungsdienstleistungen (u. a. M&A, Restrukturierungsberatung, Derivate und Platzierungen) ergänzt. Durch ein breiteres Produktportfolio und eine intensivere Ausschöpfung des Kundenpotenzials wird die IKB in die Lage versetzt, die Finanzierungsthemen ihrer Kunden anzugehen und mit ihren Lösungen Wert zu schaffen.

Die strategische Neuausrichtung zielt auf die mittelfristige Erreichung eines risikoadäquaten operativen Gewinns. Hierzu sollen eine Steigerung der Erträge bei sorgfältigem Risikomanagement, eine Senkung der Kosten und die Stärkung der Eigenkapitalbasis durch einen Abbau von Risikoaktiva beitragen.

Die strategische Positionierung spiegelt sich im Geschäftsjahr 2009/10 in den folgenden Segmenten wider:

Segmente

Das Segment Firmenkunden umfasst die inländische Unternehmensfinanzierung, insbesondere die Vergabe von Krediten, das Mobilienleasing sowie das Private-Equity-Geschäft. Die Gewährung von Krediten an den deutschen Mittelstand erfolgt von sieben Standorten im Bundesgebiet aus. Besondere Kompetenz besitzt die Bank in der Durchleitung öffentlicher Förderprogramme. Das Mobilienleasing-Geschäft betreibt die IKB über ihre Leasing-Tochtergesellschaften auf nationaler und internationaler Ebene. Der besondere Fokus liegt auf dem Maschinenleasing. Im Ausland ist die IKB-Leasing-Gruppe in Mittel- und Osteuropa sowie in Frankreich tätig. Die IKB-Private-Equity-Gruppe hat sich sowohl über Eigenkapitalbeteiligungen als auch über verschiedene Formen des Mezzanine-Kapitals engagiert. Über die IKB International S.A., Luxemburg, (IKB S.A.) – bzw. aufgrund der EU-Auflagen ab dem 1. Dezember 2010 über die IKB AG – werden den Firmenkunden Derivate und Fremdwährungskredite zur Verfügung gestellt.

Die Produkte der Strukturierten Finanzierung umfassen die Akquisitions- und Projektfinanzierung. Dabei agiert die IKB als Arranger oder beteiligt sich an entsprechenden Finanzierungen. In New York war die IKB über ihre Tochtergesellschaft IKB Capital Corporation, New York, (IKB CC) aktiv. Die Geschäftsaktivitäten der IKB CC wurden bereits zum 31. März 2010 aufgegeben.

Das Segment Immobilienkunden ist im Rahmen der EU-Auflagen bezüglich der erhaltenen staatlichen Hilfsmaßnahmen aufzugeben. Im Segment Immobilienfinanzierung bot die IKB ihren Kunden Finanzierungen und Beratungsdienstleistungen rund um die gewerbliche Immobilie an. Das Immobilienleasing, das unter dem Dach der Movesta Lease and Finance GmbH, Düsseldorf, (Movesta) – einem Gemeinschaftsunternehmen von KfW IPEX Bank und IKB – angesiedelt war, wurde aufgrund der EU-Auflagen mit Datum 18. Dezember 2009 an Dritte veräußert.

Im Geschäftsjahr 2009/10 wurden der Abbau und die Wertsicherung der strukturierten Wertpapierportfolios, die schwerpunktmäßig im Segment Portfolio Investments abgebildet sind, weiter vorangetrieben.

Die bisherige Aufteilung der Segmente wird zum 1. April 2010 aufgegeben. Die neue Segmentierung orientiert sich an den Produkten der Bank. Künftig basiert die Berichterstattung auf den Segmenten Kreditprodukte, Beratung und Capital Markets sowie Treasury und Investments.

Das Segment Kreditprodukte weist die Ergebniskomponenten und Vermögenspositionen aus dem Kredit- und Leasinggeschäft der Bank aus.

Das Segment Beratung und Capital Markets umfasst das Beratungsgeschäft der Bank in den Bereichen M&A, Restrukturierung, Struktur-/Ertragsoptimierung und Private Equity. Des Weiteren wird das Teilsegment Capital Markets einbezogen, das das Angebot von Kapitalmarkt- und Risikomanagement-Lösungen, das Management von Kundeneinlagen sowie das Verbriefungsgeschäft für Kunden der Bank umfasst. Die Handelsaktivitäten der Bank sind ebenfalls hier angesiedelt.

Das Segment Treasury und Investments weist die Ergebniskomponenten und Vermögenspositionen aus dem Aktiv-Passiv-Management, den strukturierten Investments sowie den Portfolioinvestments der Bank aus. Die nicht mehr zum strategischen Bestand gehörenden Kreditengagements sowie die Aktiva der Bank, die keinerlei Kundenbezug besitzen und wie Investments gemanagt werden, werden ebenfalls diesem Segment zugeordnet.

Die Umstellung der Segmentberichterstattung wird im Geschäftsjahr 2010/11 erfolgen, Für das Geschäftsjahr 2009/10 werden in den Konzern-Notes jedoch bereits nachrichtlich Angaben auf Basis der neuen Segmentierung publiziert.

2. Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum

Kernkapitalstärkung durch Lone Star

Die von LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, (einer Gesellschaft des US-amerikanischen Finanzinvestors Lone Star) im November und Dezember 2008 übernommenen Nachrangschuldverschreibungen der IKB AG im Gesamtnennbetrag von 101,5 Mio. € wurden am 4. Juni 2009 auf die LSF6 Europe Financial Holdings, L.P., Delaware, Dallas/USA (LSF6 Europe), eine weitere Gesellschaft von Lone Star und Mehrheitsaktionärin der IKB AG, übertragen. Durch eine Verzichts- und Besserungsvereinbarung zwischen der LSF6 Europe und der IKB AG vom 5. Juni 2009 hat die LSF6 Europe als Inhaberin der Nachrangschuldverschreibungen auflösend bedingt für den Eintritt des Besserungsfalles auf ihren Rückzahlungsanspruch und künftige Zinszahlungsansprüche gegen die IKB AG aus diesen Schuldverschreibungen verzichtet und dadurch eine Zuzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von 101,5 Mio. € gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB erbracht. Der Forderungsverzicht führt nach IFRS zu keiner Veränderung der Kapitalrücklage, sondern ist mit dem gemäß IAS 39 AG8 ermittelten geschätzten Barwert im Nachrangkapital bilanziert. Der Besserungsfall tritt ein, soweit die IKB AG einen Jahresüberschuss ausweisen könnte und sofern die IKB AG auf Einzelinstitutsebene eine bankaufsichtsrechtliche Eigenkapitalquote von mindestens 9,0 % einhält.

Am 11. Dezember 2008 hatte die IKB AG Schuldverschreibungen im Gesamtvolumen von 123,7 Mio. € mit bedingter Wandlungspflicht und bedingtem Wandlungsrecht ausgegeben. Davon hatte die LSF6 Rio S.à.r.l. alle Wandelschuldverschreibungen, die nicht von anderen Aktionären der IKB AG gezeichnet wurden, übernommen (123,5 Mio. €) und am 2. Juli 2009 in vollem Umfang von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch gemacht. Mit Ausgabe der Bezugsaktien (48.250.350 Stück) am 14. Juli 2009 an LSF6 Rio S.à.r.l. wurde das Grundkapital der IKB AG um 123,5 Mio. € erhöht.

Ab dem 14. Juli 2009 beträgt das Grundkapital der IKB AG 1.621 Mio. € (vorher: 1.498 Mio. €), eingeteilt in 633.326.261 (vorher: 585.075.911) nennwertlose Stückaktien. Der Anteil der Lone-Star-Gruppe am Grundkapital der IKB AG hat sich nach Abschluss der Wandlung auf 91,5 % erhöht.

Garantien des SoFFin

Aufgrund der drastischen Verwerfungen an den Kapitalmärkten im Herbst 2008 (insbesondere infolge der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers) hatte die IKB eine Garantie des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) in Höhe von 5 Mrd. € beantragt, um Emissionen zur eigenen Refinanzierung begeben zu können. Mit der Begebung einer staatlich garantierten Emission über 1 Mrd. € im April 2009 wurde der im Dezember 2008 gewährte Garantierahmen des SoFFin schließlich vollständig ausgenutzt.

Am 3. Juli 2009 hatte der SoFFin auf Wunsch der IKB seine Absicht erklärt, den Garantierahmen der IKB für neu zu begebende Schuldverschreibungen um 7 Mrd. € auf dann 12 Mrd. € zu erweitern. Nach Genehmigung durch die EU-Kommission wurde der entsprechende Vertrag am 18. August 2009 unterzeichnet. Damit verfügte die IKB über einen Garantierahmen von zunächst 12 Mrd. €.

Bedingung des Garantierahmenvertrages ist die Erfüllung bestimmter Auflagen, die im Risikobericht (Risiken im Zusammenhang mit Auflagen des SoFFin) detailliert dargestellt sind.

Die staatsgarantierten Schuldverschreibungen aus dem erweiterten Rahmen dürfen über maximal 4 Mrd. € eine Laufzeit von bis zu 36 Monaten und über maximal 3 Mrd. € eine Laufzeit von bis zu 60 Monaten haben, müssen jedoch spätestens am 31. Dezember 2014 fällig sein. Die an den SoFFin zu zahlenden Garantiegebühren sind unter dem erweiterten Rahmen insgesamt erhöht worden. Auf den Betrag der am 30. Juni 2013 noch ausstehenden SoFFin-garantierten IKB-Anleihen müsste die IKB zusätzlich zu den vereinbarten Garantiegebühren 2 % bei Fälligkeit an den SoFFin zahlen.

Am 4. Februar 2010 hat die IKB die Reduzierung des Garantierahmens um 2 Mrd. € beantragt, da sich die Liquiditätslage der Bank stabilisiert hat. Hierbei haben sich insbesondere der Abbau von Aktiva und die Entwicklung der Kundeneinlagen positiv ausgewirkt. Mit Wirkung zum 17. Februar 2010 hat der SoFFin entschieden, den Garantierahmen für die IKB von insgesamt 12 Mrd. € auf 10 Mrd. € zu reduzieren.

Die Rückgabe von Garantien betrifft die Erweiterung des Garantierahmens. Von diesem erweiterten Rahmen hat die IKB im September 2009 Garantien für Emissionen in Höhe von 2 Mrd. € mit dreijähriger Laufzeit genutzt; im Februar 2010 sind zudem staatsgarantierte Emissionen von 2 Mrd. € mit fünfjähriger Laufzeit und von 1 Mrd. € mit dreijähriger Laufzeit begeben worden.

Insgesamt wurden von der IKB staatsgarantierte Schuldverschreibungen in Höhe von 10 Mrd. € begeben. Die Laufzeitstruktur der SoFFin-garantierten Anleihen stellt sich folgendermaßen dar:

- 1 Mrd. € mit Fälligkeit 29. April 2011
- 2 Mrd. € mit Fälligkeit 27. Januar 2012
- 2 Mrd. € mit Fälligkeit 13. März 2012
- 2 Mrd. € mit Fälligkeit 10. September 2012
- 1 Mrd. € mit Fälligkeit 1. Februar 2013
- 2 Mrd. € mit Fälligkeit 2. Februar 2015

Damit ist der Garantierahmen ausgeschöpft. Die IKB hält zwei Emissionen von 3 Mrd. € als Liquiditätsreserve im eigenen Bestand. Die IKB hat keine SoFFin-Leistungen für Rekapitalisierung oder Risikoübernahme beantragt.

Einlagensicherung

Im Zusammenhang mit der Erweiterung des SoFFin-Garantierahmens wurde vom Prüfungsverband Deutscher Banken e. V. in seiner Eigenschaft als Dienstleister für den Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes zur Aufrechterhaltung der Einlagensicherung die Begrenzung der geschützten Kundeneinlagen auf ein Volumen von maximal 11 Mrd. € (vorher 9 Mrd. € bis zum 30. September 2011) für die Laufzeit der SoFFin-Garantien festgelegt.

Debt Issuance Programme

Zum 16. Februar 2010 wurde das Debt Issuance Programme auf den aktuellen Stand gebracht. Damit hat die IKB wieder einen gültigen Basisprospekt, unter dem flexibel Emissionen der Bank begeben werden können. Hierdurch ist die Palette der möglichen Refinanzierungsinstrumente erweitert worden.

Stand der Umsetzung der EU-Auflagen

Am 21. Oktober 2008 hatte die EU-Kommission im Verfahren über staatliche Beihilfe der Bundesrepublik Deutschland für die Umstrukturierung der IKB bekannt gegeben, dass die staatlichen Hilfsmaßnahmen, die die IKB seit Beginn der Krise im Juli 2007 erhalten hat, unter Auflagen und Bedingungen genehmigt worden sind.

Die Auflagen beinhalten eine deutliche Reduktion der Geschäftsaktivitäten der IKB, die Aufgabe des Segmentes Immobilienfinanzierung, die Schließung von einigen ausländischen Standorten und die partielle Einstellung des Neugeschäfts. Die Konzernbilanzsumme soll bis 30. September 2011 um rund 47 % auf 33,5 Mrd. € (von 63,5 Mrd. € per 31. März 2007, vor Beginn der IKB-Krise) reduziert werden. Von der IKB ist ein vereinbarter Restrukturierungsplan einzuhalten. Die ursprüngliche Fassung des Restrukturierungsplans wurde in der Zwischenzeit in Abstimmung mit der EU-Kommission modifiziert. Die Bundesrepublik Deutschland hatte im Zusammenhang mit der Entscheidung der EU-Kommission vom 17. August 2009 über die Zulässigkeit der Erweiterung des SoFFin-Garantierahmens der EU-Kommission zugesichert, einen modifizierten Restrukturierungsplan anzumelden. Dies ist fristgerecht erfolgt. Der aktualisierte Plan bleibt in seinem Grundgerüst unverändert, reflektiert

aber u. a. die Anpassung an die seit der Lehman-Insolvenz deutlich verschlechterten Rahmenbedingungen. Nach Analyse des modifizierten Restrukturierungsplans teilte die EU-Kommission mit, dass sie derzeit keinen Handlungsbedarf sehe.

Mit Entscheidung vom 15. Mai 2009 hatte die EU-Kommission einer Änderung des Zeitplans für die Abwicklung am Standort Luxemburg zugestimmt.

Im Einzelnen bedeuten die Auflagen:

- Aufgabe des Segmentes Immobilienfinanzierung (Einstellung Neugeschäft; aktiver Abbau von mindestens 20 % des Portfolios bis 30. September 2010; Abbau von weiteren 40 % bis 30. September 2011; Restbestand über planmäßige Tilgung); betroffene Tochtergesellschaften: IKB Immobilien Management GmbH, IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG, IKB Projektentwicklungsverwaltungs GmbH,
- Verkauf des 50%-IKB-Anteils an der Movesta bis 30. September 2011,
- Abwicklung oder Verkauf der IKB CC bis 30. September 2011 (aktiver Abbau von 25 % des Portfolios bis 30. September 2010) und Einstellung des Neugeschäfts zum 31. Dezember 2008,
- Abwicklung der IKB S.A. bis 1. April 2011 (das Derivategeschäft und der Kreditbestand bis zu einer Maximalhöhe von 3,2 Mrd. € dürfen zur IKB AG nach Düsseldorf verlagert werden) und Einstellung des Neugeschäfts zum 1. Dezember 2010,
- Einstellung und Abwicklung der Geschäftstätigkeiten der IKB in Amsterdam bis 30. März 2010 sowie
- Verkauf nicht strategischer Aktivpositionen bis 30. September 2011.

Im Falle unvorhersehbarer Umstände, insbesondere bei anhaltender Finanzmarktkrise oder Unmöglichkeit der Veräußerung bestimmter Aktivpositionen, können die Auflagen durch die EU-Kommission geändert oder ersetzt werden, oder es kann eine Fristverlängerung gewährt werden.

Der Stand der Umsetzung der EU-Auflagen stellt sich aktuell wie folgt dar:

- Das Kreditvolumen der Immobilienfinanzierung wurde zum 31. März 2010 um mehr als 26 % abgebaut (von der EU-Kommission vorgegebenes Zwischenziel bis 30. September 2010: Abbau um 20 %); die Abwicklung bzw. der Verkauf betroffener Tochtergesellschaften sind angelaufen. Das Neugeschäft ist eingestellt.
- Der 50%ige Anteil der IKB an der Movesta wurde mit Wirkung zum 18. Dezember 2009 verkauft. Vollzugsbedingung des Kaufvertrages war u. a. die Herauslösung der Movesta Development GmbH sowie einzelner Sondergesellschaften aus der Movesta, die anteilig bei den Alteigentümern verblieben sind.
- IKB CC: Zum 31. März 2010 ist das Kreditportfolio durch Verkauf vollständig abgebaut worden. Zwischenzeitlich wurde zudem die Liquidation der Gesellschaft eingeleitet.
- IKB S.A.: Zur Abwicklung der IKB S.A. und zur Übernahme bestimmter Aufgaben durch die Muttergesellschaft werden zurzeit umfangreiche konzeptionelle und praktische Vorbereitungen getroffen, um fristgerecht zum 1. April 2011 die EU-Auflage erfüllen zu können.
- Die Geschäftstätigkeiten der IKB in Amsterdam wurden eingestellt.
- Durch aktiven Abbau wurde das Kreditvolumen in nicht strategischen Aktivpositionen per 31. März 2010 im Vergleich zum 31. März 2007 von 1,7 Mrd. € auf 0,4 Mrd. € reduziert.
- Die Bilanzsumme des Konzerns wurde per 31. März 2010 auf 35,7 Mrd. € reduziert.

Darüber hinaus gibt es weitere Verhaltenspflichten für die IKB aus der Entscheidung der EU-Kommission vom 17. August 2009 bezüglich der Erweiterung des SoFFin-Garantierahmens:

- Zum einen sieht die Entscheidung Einschränkungen im Eigenhandel vor. Diese sind mit den Zielsetzungen der IKB vereinbar.
- Zum anderen darf die IKB gemäß dieser EU-Entscheidung nur sehr eingeschränkt eigene Verbindlichkeiten zurückkaufen.

Die IKB hat organisatorische Vorkehrungen zur Einhaltung dieser Verhaltenspflichten getroffen.

Veränderungen im Konzern

Der Wertpapierbestand der IKB AG umfasste zum Geschäftsjahresbeginn von ELAN Ltd., Jersey, emittierte strukturierte Schuldverschreibungen, die im Geschäftsjahr veräußert wurden. Infolge des Verkaufs wurden die beiden Zellen der Zweckgesellschaft entkonsolidiert.

Zur Liquiditätsbeschaffung hat die IKB AG im September 2008 an die Zweckgesellschaft REPV-DS Finance 2008-1 GmbH, Frankfurt am Main, (REPV-DS) Forderungen zu einem Kaufpreis in Höhe ihres Nennwerts von 215 Mio. € verkauft. Die Zweckgesellschaft wurde durch ein erstrangiges Schuldscheindarlehen einer anderen Bank in Höhe von 163 Mio. € und ein Nachrangiges Darlehen der IKB AG in Höhe von 52 Mio. € finanziert. Da die wesentlichen Kreditrisiken bei der IKB AG verblieben, wurde REPV-DS von der IKB AG konsolidiert. Die Transaktion war auf ein Jahr angelegt und endete planmäßig im September 2009. Mit Beendigung der Transaktion wurde REPV-DS entkonsolidiert.

Die Havenrock Limited und die Havenrock II Limited mit Sitz in Jersey wurden zum 31. Dezember 2009 aus Gründen der Unwesentlichkeit für den Konzernabschluss entkonsolidiert. In der Gewinn- und Verlustrechnung führte die Entkonsolidierung zu keinem wesentlichen Effekt.

Die IKB investierte im Geschäftsjahr 2009/10 über zwei Tochtergesellschaften, die Erste Equity Suporta GmbH, Düsseldorf, und die Zweite Equity Suporta GmbH, Düsseldorf, insgesamt 566 Mio. € in einen kurzfristig liquidierbaren Investmentfonds (IKB Partner Fonds). Dieser ist integrativer Bestandteil der Liquiditätsvorsorge der Bank und dient dazu, die vorhandenen Mittel unter Nutzung externer Expertise eines erfahrenen Asset Managers mit geringen Kredit- und Marktrisiken liquide anzulegen. Der Fonds wies zum 31. März 2010 einen Marktwert von 566 Mio. € aus.

Die IKB Dritte Equity Suporta GmbH wurde als übertragender Rechtsträger mit Vertrag vom 30. März 2010 auf die IKB Equity Capital Fund GmbH, die zuvor die Rechtsform von einer KG in eine GmbH gewechselt hatte (Handelsregistereintrag: 7. Dezember 2009), rückwirkend zum 1. Januar 2010 zu Buchwerten verschmolzen. Die Verschmelzung wurde bei der übernehmenden Gesellschaft am 14. April 2010 eingetragen. Die Dritte Equity Suporta GmbH ist damit erloschen.

Nach dem Verkauf der Movesta (s. o.) wurde zum 31. Dezember 2009 die MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, als at equity bilanziertes Unternehmen von der IKB AG erstmalig als unmittelbare Beteiligung geführt. In der Gesellschaft sind die Projektentwicklungen aus der Movesta-Gruppe zusammengefasst, die im Zusammenhang mit der Veräußerung der Anteile an der Movesta nicht auf den Erwerber übertragen wurden.

Die IKB Equity Finance GmbH wurde mit Vertrag vom 30. März 2010 rückwirkend zum 1. Januar 2010 auf die IKB Private Equity GmbH zu Buchwerten verschmolzen. Die Verschmelzung wurde bei der übernehmenden Gesellschaft am 16. April 2010 eingetragen. Die IKB Equity Finance GmbH ist damit erloschen.

Weitere wichtige Transaktionen

Im Zusammenhang mit der Umsetzung von Auflagen der Europäischen Kommission zur Restrukturierung der IKB wurden am 5. Oktober 2009 alle Rechte und Pflichten aus dem Stillen Beteiligungsvertrag zwischen der IKB S.A. und der BNP Paribas Luxembourg S.A. (BNP S.A.) vom 8. November 1999 im Wege der Vertragsübernahme von der IKB S.A. auf die IKB AG übertragen. Zuvor hatte die Versammlung der Inhaber der durch die BNP S.A. auf treuhänderischer Basis emittierten Stillen Beteiligungsscheine der Übertragung mit einer Mehrheit von 93,88 % zugestimmt. Die am 31. März 2009 beendete Stille Beteiligung (nominal 100 Mio. €) wurde nach Verlustbeteiligungen am 17. November 2009 in Höhe von 19 Mio. € vertragsgemäß zurückgezahlt.

Zwei von der IKB gehaltene synthetische Collateralized-Debt-Obligation-(CDO)-Transaktionen mit sechs Tranchen und gemischten Referenzaktiva (Unternehmen und ABS) im Gesamtvolumen von nominal 0,20 Mrd. € sind im Mai 2009 zu einfachen Credit Linked Notes mit Unternehmen und Staaten als Referenzaktiva umstrukturiert worden.

Rechtlich relevante Ereignisse

Zu den Einzelheiten der wichtigen rechtlich relevanten Ereignisse wird auf das Kapitel „Rechtsrisiken“ im Risikobericht verwiesen.

Gerichtliche Bestellung eines Sonderprüfers

In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurden auf Beschlussantrag der LSF6 Europe die von der Hauptversammlung am 27. März 2008 gefassten Beschlüsse zur Durchführung einer aktienrechtlichen Sonderprüfung zur Untersuchung möglicher Pflichtverletzungen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der IKB AG aufgehoben und die Bestellung des Sonderprüfers widerrufen. Nach Ansicht von LSF6 Europe gibt es keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass Vorstand und Aufsichtsrat pflichtgemäß prüfen, ob ehemalige Organmitglieder Pflichtverletzungen begangen haben. Da eine angemessene gesellschaftsinterne Befassung mit derartigen Angelegenheiten unter Wahrung der Vertraulichkeit möglich sei, liege es nicht im Interesse der Gesellschaft, dass gesellschaftsinterne Sachverhalte im Rahmen einer Sonderprüfung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Gegen die Beschlüsse der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 zu TOP 3 und 4 (Aufhebung der Sonderprüfung bezüglich des Vorstands und des Aufsichtsrats) wurden Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen eingereicht.

Im August 2009 hat das Landgericht Düsseldorf auf Antrag von Aktionären beschlossen, einen Sonderprüfer zu bestellen, der bei der IKB AG überprüfen soll, ob Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit den Ursachen der IKB-Krise begangen haben. Das Landgericht hat den Auftrag zur Durchführung der Sonderprüfung Herrn Dr. Harald Ring, Mitglied des Vorstandes der Treuhand- und Revisions-Aktiengesellschaft Niederrhein, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft, Krefeld, erteilt. Herr Dr. Ring war bereits von der Hauptversammlung vom 27. März 2008 zum aktienrechtlichen Sonderprüfer bestellt worden und hat bis zum Widerruf seiner Bestellung am 25. März 2009 Prüfungshandlungen durchgeführt.

Hiergegen von Seiten der IKB eingelegte Rechtsmittel, zuletzt beim Bundesgerichtshof, blieben ohne Erfolg. Die landgerichtliche Anordnung der Sonderprüfung ist somit bestandskräftig, und Herr Dr. Ring hat seine Tätigkeit als nunmehr gerichtlich bestellter Sonderprüfer aufgenommen.

Personalia

Mit Wirkung vom 27. April 2009 hat Herr Dr.-Ing. E.h. Eberhard Reuther sein Aufsichtsratsmandat bei der IKB AG niedergelegt. Durch Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf wurde Herr Dr. Thomas Rabe, Berlin, Mitglied des Vorstands der Bertelsmann AG, mit Wirkung zum 23. Juni 2009 zum Mitglied des Aufsichtsrats der IKB AG bestellt.

Herr Dr. Thomas Rabe sowie die Herren Dr. Karsten von Köller und Dr. Claus Nolting, deren Amtszeiten jeweils mit Ablauf der Hauptversammlung vom 27. August 2009 endeten, wurden durch Beschluss der Hauptversammlung am 27. August 2009 wieder in den Aufsichtsrat gewählt. Aufgrund einer Neuwahl der Arbeitnehmervertreter schied Frau Dr. Carola Steingraber mit Ablauf der Hauptversammlung der IKB AG am 27. August 2009 aus dem Aufsichtsrat aus. Frau Carmen Teufel wurde an ihrer Stelle zur Arbeitnehmervertreterin in den Aufsichtsrat gewählt und ist seit dem 27. August 2009 Mitglied im Aufsichtsrat der IKB AG.

Herr Dr. Reinhard Grzesik ist auf eigenen Wunsch und aus persönlichen Gründen zum 3. Juli 2009 aus dem Vorstand der IKB AG ausgeschieden. Der Vorstand der IKB AG wurde auf vier Mitglieder verkleinert. Die Aufgabengebiete von Herrn Dr. Grzesik, Finanzen, Steuern, Immobilien und IT, übernahm Herr Dr. Dieter Glüder, bislang im IKB-Vorstand verantwortlich für Produkte, Treasury und Volkswirtschaft. Zusätzlich zu ihren bisherigen Aufgaben übernahmen der Vorstandsvorsitzende, Herr Hans Jörg Schüttler, das Treasury und der Vertriebsvorstand, Herr Dr. Michael H. Wiedmann, den Produktbereich und den Bereich Volkswirtschaft. Herr Claus Momburg ist im Vorstand der IKB AG weiterhin für Risikomanagement, Credit Operations sowie Personal zuständig.

Die Bestellung der Herren Hans Jörg Schüttler, Dr. Dieter Glüder sowie Dr. Michael Wiedmann zu Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft wurde mit Wirkung zum Ablauf des 14. Oktober 2009 aufgehoben. Jeweils mit Wirkung ab dem 15. Oktober 2009 wurden Herr Hans Jörg Schüttler bis zum Ablauf des 31. Oktober 2013, Herr Dr. Dieter Glüder bis zum Ablauf des 15. Oktober 2013 sowie Herr Dr. Michael Wiedmann bis zum Ablauf des 29. Februar 2014 jeweils zum Mitglied des Vorstands der Gesellschaft wiederbestellt. Herr Schüttler wurde zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt.

Herr Claus Momburg wurde zudem bereits für die Zeit vom 11. November 2010 bis 10. November 2015 wieder zum Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft bestellt.

Aufgrund der Auflagen des SoFFin im Zusammenhang mit der Garantiegewährung wurden die Vorstandsverträge angepasst und das Jahresgrundgehalt der Vorstandsmitglieder ab dem 1. Juli 2009 auf jeweils 500.000 € festgesetzt. Zudem haben die Vorstandsmitglieder auf Tantiemezahlungen (einschließlich der vormals vereinbarten Mindesttantieme) ab dem Geschäftsjahr 2008/09 bis zum 31. Dezember 2010 verzichtet. Damit übersteigt die Vergütung der Vorstandsmitglieder nicht die mit dem SoFFin vereinbarte Obergrenze. Zu weiteren Einzelheiten wird auf den Vergütungsbericht verwiesen.

Für die Festlegung künftiger Tantiemen wurden im Zuge der Vertragsverlängerungen die Regelungen zur Festlegung der Tantieme entsprechend den neuen gesetzlichen Vorgaben des VorstAG angepasst. Das Ergebnis und die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft sowie die Leistungen des Vorstandsmitglieds sollen nach pflichtgemäßem Ermessen des Aufsichtsrats berücksichtigt werden. Die Festsetzung soll unter Berücksichtigung einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung im Rahmen einer mehrjährigen Betrachtung erfolgen. Tantiemen werden insoweit unter Berücksichtigung einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung im Rahmen einer mehrjährigen Betrachtung festgelegt.

Ordentliche Hauptversammlung am 27. August 2009

Die ordentliche Hauptversammlung der IKB AG für das Geschäftsjahr 2008/09 fand am 27. August 2009 in Düsseldorf statt. Die Hauptversammlung hat allen Vorschlägen der Verwaltung mit großer Mehrheit zugestimmt. Die einzelnen Abstimmungsergebnisse finden sich im Internet unter www.ikb.de. Gegen einzelne Beschlüsse der Hauptversammlung sind Klagen rechtshängig, die im Risikobericht unter „Rechtsrisiken“ dargestellt sind.

Aktuelle Ratingsituation

Die Ratingagentur Moody's hat am 17. September 2009 folgende Einschätzungen in Bezug auf die IKB bestätigt: long-term Rating: Baa3, short-term Rating: Prime-3, Financial-Strength-Einzelrating: E, Ausblick: negativ.

Die Ratingagentur Fitch hat am 31. Juli 2009 ihre Einschätzung der Ratingsituation bestätigt: long-term Rating: BBB-, short-term Rating: F3, Financial-Strength-Einzelrating: D/E, Ausblick: negativ.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Geschäftliche Entwicklung

Das Neugeschäftsvolumen belief sich im Geschäftsjahr 2009/10 in den drei Marktsegmenten auf 3,0 Mrd. € (Vorjahr: 5,9 Mrd. €), mit dem Schwerpunkt auf Firmenkunden mit 2,5 Mrd. €.

Ertragsentwicklung

Die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ist im Geschäftsjahr 2009/10 erneut in starkem Maße durch die Krise der Bank, die allgemeine Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie die Umsetzung der EU-Auflagen beeinflusst.

Waren in den letzten Geschäftsjahren vor allem auf die Portfolioinvestments hohe Abschreibungen erforderlich, haben sich im Geschäftsjahr 2009/10 die Märkte teilweise beruhigt, mit der Folge, dass bei den Portfolioinvestments wieder Zuschreibungen erfolgen konnten. Dagegen verblieb die Risikovorsorge vor dem Hintergrund der allgemeinen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise weiterhin auf hohem Niveau.

Positiv wirkten sich Marktwertgewinne aus langfristigen Anlagen und Derivaten auf die Ergebnisbeiträge aus. Letztere ergaben sich vor allem aufgrund der Einengung bonitätsinduzierter Spreads bei öffentlichen und sonstigen Emittenten, was zu Marktwertgewinnen führte. Umgekehrt ging damit auch die Einengung der IKB-Spreads bei den zum Fair Value bewerteten Passivinstrumenten einher. Dies führte zu hohen Bewertungsverlusten, die aus einer verbesserten Bonitätseinschätzung der IKB am Markt entstanden. Damit haben sich erhebliche Bewertungsgewinne in vorherigen Geschäftsjahren, die im Zuge der Krise der IKB aufgrund einer massiven Spread-Ausweitung entstanden waren, teilweise umgekehrt. Die hieraus entstandenen Verluste überstiegen die positiven Effekte auf der Aktivseite bei Weitem. Ursächlich hierfür war neben den unterschiedlichen Volumina vor allem der Umstand, dass die Spread-Einengung der IKB wesentlich größer war als bei den meisten anderen Emittenten.

Sonderfaktoren

Die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Konzernfehlbetrag von 974 Mio. € aus (Vorjahr: Konzernfehlbetrag in Höhe von 580 Mio. €). Auch in diesem Jahr ist das Ergebnis beeinflusst durch Sonderfaktoren, von denen in der folgenden Tabelle die wesentlichen außerordentlichen Sachverhalte mit Auswirkungen auf das Operative Ergebnis des Konzerns sowie auf die verschiedenen Positionen der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt werden:

Angaben in Mio. €	Unbereinigte GuV 1.4.2009 - 31.3.2010	davon Sonderfaktoren						Bereinigte GuV 1.4.2009 - 31.3.2010
		Portfolio Invest- ments	Langfr. Anlagen und Derivate	Passiv- bewert. bonitäts- induziert	Passiv- bewert. IAS 39 AG 8	Rückkauf Eigen- emis- sionen	IFRS 1 IG 60A	
Zinsüberschuss	178,5				-55,0		-65,0	298,5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	493,9							493,9
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	-315,4				-55,0		-65,0	-195,4
Provisionsüberschuss	-51,5						-76,7	25,2
Fair-Value-Ergebnis	-598,9	136,9	133,2	-858,9				-10,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	159,2	182,9	12,5					-36,2
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	-0,7							-0,7
Verwaltungsaufwendungen	301,5						12,8	288,7
Sonstiges betriebliches Ergebnis	163,9	-7,0			127,0	25,1		18,8
Restrukturierungsaufwendungen	6,4						6,4	0,0
Operatives Ergebnis	-951,3	312,8	145,7	-858,9	72,0	25,1	-65,0	-487,1
Steuern	22,8							22,8
Konzernfehlbetrag	-974,1	312,8	145,7	-858,9	72,0	25,1	-65,0	-509,9

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Portfolioinvestments. Die Portfolioinvestments haben für die Gewinn- und Verlustrechnung per saldo einen positiven Beitrag von 313 Mio. € erbracht.

- Der positive Ergebnisbeitrag aus der Bewertung der Portfolioinvestments der konsolidierten Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Limited, Dublin/Irland, (Rio Debt Holdings) beläuft sich am Bilanzstichtag per saldo auf 245 Mio. €. In diesem Betrag sind Bewertungsgewinne auf die durch die Zweckgesellschaft gehaltenen Wertpapiere von 441 Mio. € enthalten, denen Bewertungsverluste von 196 Mio. € aus der Fair-Value-Bewertung der konzernfremden Verbindlichkeiten der Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings gegenüberstehen. Die Bewertungsgewinne von 441 Mio. € verteilen sich mit 258 Mio. € auf das Fair-Value-Ergebnis und mit 183 Mio. € auf das Ergebnis aus Finanzanlagen.
- Die Bewertungsgewinne aus der Fair-Value-Bewertung der sonstigen Portfolioinvestments ohne Rio Debt Holdings belaufen sich auf 75 Mio. €.
- Im Sonstigen betrieblichen Ergebnis sind Kosten in Höhe von 7 Mio. € für Rechtskostenerstattungen und die Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit Rechtsauseinandersetzungen enthalten.

Marktwertgewinne auf langfristige Anlagen und Derivate. Die IKB hält unter anderem zur Eigenmittelanlage Staatsanleihen, Anleihen anderer öffentlicher Gläubiger, deutsche und europäische Pfandbriefe, Schuldscheine von Unternehmen sowie Derivate zur Absicherung von Zinsrisiken. Die Anlagen haben überwiegend lange Laufzeiten. Während der Berichtsperiode sind GuV-wirksame positive Marktwerteffekte in Höhe von 133 Mio. € angefallen, die vor allem auf die Einengung der Creditspreads der Emittenten zurückzuführen sind. Darüber hinaus ist aus dem Verkauf einer Beteiligung ein Ertrag von 12 Mio. € angefallen.

Passivbewertung bonitätsinduziert. Die IKB bewertet einen erheblichen Teil ihrer Verbindlichkeiten zum Fair Value. Die krisenhafte Situation der IKB hatte in den vergangenen beiden Geschäftsjahren zu starken bonitätsinduzierten Wertverlusten ihrer Eigenemissionen und entsprechenden Bewertungsgewinnen geführt. Die deutlich verbesserte Markteinschätzung der Bonität der IKB führte wie erwartet im abgelaufenen Geschäftsjahr zu einer teilweisen Umkehr dieses Sondereffekts. Bonitätsinduzierte Wertzuwächse der zum Fair Value bewerteten Verbindlichkeiten führten im Berichtszeitraum zu entsprechenden Bewertungsverlusten von insgesamt 859 Mio. €. Damit erhöhte sich der Marktwert der entsprechenden Verbindlichkeiten insgesamt um diesen Betrag.

Passivbewertung nach IAS 39 AG8. Die Passivbewertung nach IAS 39 AG8 umfasst die beiden Besserungsabreden im Zusammenhang mit den ursprünglich von der KfW ausgesprochenen Forderungsverzichten auf zuvor gewährte Darlehen, die Besserungsabrede im Zusammenhang mit dem Forderungsverzicht von LSF6 Europe auf eine Nachrangschuldverschreibung sowie Teile der Genussscheine und Stillen Einlagen. Diese sind mit dem Barwert geschätzter künftiger Zahlungen zu bewerten. Insgesamt hat die Bewertungsveränderung zu einem Ergebnis von 72 Mio. € geführt:

- Der Barwert der erwarteten künftigen Zahlungen auf diese Instrumente wurde auf Basis einer überarbeiteten Geschäftsplanung zum Ende des Geschäftsjahres niedriger angesetzt, woraus sich ein Bewertungsgewinn von 127 Mio. € ergab.
- Die zu früheren Zeitpunkten durch Schätzungen der künftigen Zahlungen ermittelten Barwerte müssen in den Folgeperioden durch Aufzinsung auf den Bewertungsstichtag fortgeschrieben werden (sogenanntes Unwinding). Aus dem Unwinding ergab sich in diesem Geschäftsjahr ein Zinsaufwand von 55 Mio. €.

Sonstige Sonderfaktoren:

- Die IKB hat zu Beginn des Geschäftsjahres Eigenemissionen unter Nominalwert zurückgekauft und dabei einen Ertrag von 25 Mio. € erzielt, der im Sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten ist.
- Das Zinsergebnis wurde mit 65 Mio. € durch die Amortisation des Ausgleichspostens für aufgelöste Sicherungsbeziehungen zum Zeitpunkt der Umstellung auf die IFRS (IFRS 1 IG 60A) belastet.
- Die Aufwendungen zur Bewältigung der Krise betragen insgesamt 96 Mio. € und beinhalten Aufwendungen von 77 Mio. € für an den SoFFin gezahlte Garantieprovisionen sowie 19 Mio. € für externe Rechts- und Beratungskosten und Restrukturierungsaufwendungen.

Entwicklung des bereinigten Ergebnisses

Die Veränderungen über die erläuterten Sonderfaktoren hinaus lassen sich wie folgt beschreiben:

Der **Zinsüberschuss** ist, bereinigt um die Sonderfaktoren, um 114 Mio. € auf 299 Mio. € zurückgegangen. Bei dem durch Volumensrückgänge geprägten Geschäft lassen sich die wesentlichen Veränderungen wie folgt erläutern:

- Rückgang des Ergebnisbeitrages aus der wirtschaftlichen Eigenmittelanlage um 139 Mio. € resultierend aus einer geringeren Verzinsung bei gleichzeitigem Abbau der Bestände, der zur Reduzierung von Marktpreis- und Volatilitätsrisiken vorgenommen wurde,
- Erhöhung des Zinsüberschusses im Segment Portfolio Investments um 22 Mio. € aufgrund zunehmender Zinszahlungen, nachdem im Vorjahr vermehrt Zinszahlungen ausgeblieben waren,
- Anstieg des Zinsüberschusses anderer Bereiche um per saldo 7 Mio. €.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** blieb wegen der anhaltend schlechten konjunkturellen Lage im Rahmen der Erwartungen auf einem hohen Niveau. Im Vergleich zum Vorjahresvergleichszeitraum wurde sie um 96 Mio. € auf 494 Mio. € reduziert. Eine detaillierte Beschreibung der Risikoentwicklung findet sich im Risikobericht.

Der bereinigte **Provisionsüberschuss** lag bei 25 Mio. €. Der Rückgang um 8 Mio. € steht dabei im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem insgesamt rückläufigen Neugeschäft der Bank.

Das bereinigte negative **Ergebnis aus Finanzanlagen** von per saldo 36 Mio. € ist fast vollständig auf die negative Wertentwicklung bei Wertpapieren außerhalb des Segments Portfolio Investments zurückzuführen.

Die bereinigten **Verwaltungsaufwendungen** wurden durch Kostensenkungsmaßnahmen um 30 Mio. € auf 289 Mio. € reduziert. Der Rückgang betraf sowohl die Anderen Verwaltungsaufwendungen als auch die Personalaufwendungen. Die Anderen Verwaltungsaufwendungen konnten um 14 Mio. € auf 125 Mio. € gesenkt werden. Die durchschnittliche **Mitarbeiterzahl** ging im Geschäftsjahr um 136 auf 1.613 zurück. Die Personalaufwendungen sanken gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum um 15 Mio. € auf 164 Mio. €.

Das bereinigte **Sonstige betriebliche Ergebnis** von 19 Mio. € ist insbesondere durch Erträge aus dem Verkauf von Gebäuden sowie dem Konzernertrag aus dem Verkauf der at equity bilanzierten Beteiligung an der Movesta geprägt.

Der **Steueraufwand** von 23 Mio. € setzt sich aus den Steuern vom Einkommen und Ertrag von 19 Mio. € und den Sonstigen Steuern von 4 Mio. € zusammen. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag enthalten neben dem laufenden Steueraufwand von 39 Mio. € einen Ertrag aus latenten Steuern von 20 Mio. €.

Die um die zuvor genannten Sonderfaktoren bereinigte Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung weist einen bereinigten Konzernfehlbetrag von 510 Mio. € aus.

Insgesamt ergibt sich aus bereinigtem Ergebnis und den Sonderfaktoren ein **Konzernfehlbetrag** von 974 Mio. € (Vorjahr: Konzernfehlbetrag in Höhe von 580 Mio. €).

Das **Ergebnis pro Aktie** betrug unter Berücksichtigung der von 308 Mio. auf 621 Mio. gestiegenen durchschnittlichen Anzahl der ausgegebenen Stückaktien im Geschäftsjahr 2009/10 -1,57 € (-1,88 €).

Das **Gesamtergebnis**, bestehend aus Konzernfehlbetrag und erfolgsneutral im Eigenkapital zu erfassenden Ergebnissen, beträgt -949 Mio. €. Positive erfolgsneutrale Ergebnisbeiträge wurden insbesondere mit Bewertungsgewinnen aus zur Veräußerung verfügbaren Finanzanlagen (37 Mio. €) erzielt. Ergebnisneutrale Belastungen ergeben sich aus Veränderungen aus versicherungsmathematischen Verlusten bei Pensionsverpflichtungen (-10 Mio. €) und latenten Steuern (-10 Mio. €).

Entwicklung der Segmente

Die IKB hat im Segment Firmenkunden, das die inländische Unternehmensfinanzierung, die Private-Equity-Aktivitäten und das Mobilienleasing umfasst, im Berichtszeitraum 2,5 Mrd. € (Vorjahr: 3,5 Mrd. €) ausgezahlt. Der Rückgang erklärt sich insbesondere aus einer nachlassenden Kreditnachfrage, gestiegenen Refinanzierungskosten und einer geänderten Kalkulation der IKB.

Auf das inländische Kreditgeschäft entfielen 1,7 Mrd. € (Vorjahr: 2,5 Mrd. €) des Neugeschäfts. Die Neugeschäftsmarge verbesserte sich hier, gemessen an den durchschnittlichen Refinanzierungskosten der Bank (einschließlich der Kosten für die SoFFin-garantierten Anleihen), auf 1,41 % (Vorjahr: 1,03 %). Der überwiegende Teil dieses Neugeschäfts entfiel auf Unternehmen mit Umsatzerlösen von über 50 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2009/10 erreichte der Anteil langfristiger Kredite aus öffentlichen Förderprogrammen und Globaldarlehen 75 % (Vorjahr: 60 %) des Neukreditvolumens.

Die IKB-Leasing-Gruppe, die national und international im Mobilienleasing tätig ist, hat ein Neugeschäftsvolumen von 0,7 Mrd. € (Vorjahr: 1,0 Mrd. €) erreicht, obwohl es aufgrund des Wirtschaftseinbruchs in dem für die IKB-Leasing-Gruppe relevanten Bereich des Maschinenbaus zu einem starken Rückgang der Nachfrage gekommen ist. Gut zwei Drittel dieses Neugeschäfts entfallen auf Deutschland. Die IKB-Leasing-Gruppe ist mit 14 Leasinggesellschaften in neun Ländern (Deutschland, Frankreich, Österreich, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn) tätig.

Die IKB-Private-Equity-Gruppe hat im Berichtszeitraum Kapitalabrufe für Private-Equity-Fonds und Nachfinanzierungen von 6 Mio. € (Vorjahr: 30 Mio. €) vorgenommen.

Das Segment **Firmenkunden** erzielte einen Operativen Verlust in Höhe von -86 Mio. € (Vorjahr: -103 Mio. €). Der Zinsüberschuss konnte auf 213 Mio. € nach 206 Mio. € im Vorjahr gesteigert werden, insbesondere aufgrund eines höheren Zinsergebnisses aus der IKB Leasing. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft lag mit 166 Mio. € um 39 Mio. € über Vorjahresniveau. Im Berichtszeitraum sanken die Verwaltungsaufwendungen auf 137 Mio. € (152 Mio. €). Der Rückgang ist insbesondere auf den geringeren Mitarbeiterbestand zurückzuführen. Die Eigenkapitalrendite lag bei -10,5 % (-10,6 %); die Kosten-Ertrags-Relation betrug 63,3 % (87,4 %).

Im Segment **Strukturierte Finanzierung**, d. h. in der Akquisitions- und Projektfinanzierung sowie der Exportfinanzierung, ging das Neugeschäftsvolumen im Geschäftsjahr 2009/10 auf

0,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,8 Mrd. €) deutlich zurück. Bei diesem Rückgang spielte die Marktentwicklung eine entscheidende Rolle. Die Aktivitäten bei Unternehmensübernahmen in Europa verharrten auf einem sehr niedrigen Niveau, sodass fast keine Akquisitionsfinanzierungen neu zu vergeben waren. Im Projektfinanzierungsgeschäft hat sich die IKB aufgrund der langen Laufzeiten zurückgehalten. Es wurden vor allem Geschäfte mit Einsatz von Fördermitteln und mit Hermesdeckungen für bestehende Kundenbeziehungen getätigt. In den USA wurden von der IKB CC das Portfolio an Leveraged Loans sowie gehaltene CDO-Tranchen komplett verkauft. Die Aktivitäten als Asset Manager für Dritte sind dort eingestellt worden.

Die Neugeschäftsmarge stieg auf 3,39 % (Vorjahr: 2,19 %). Das Segment erzielte ein negatives Operatives Ergebnis von -150 Mio. € (-266 Mio. €). Der Zinsüberschuss lag mit 102 Mio. € aufgrund des rückgängigen Kreditvolumens leicht unter Vorjahresniveau. Die Risikovorsorge verringerte sich um 130 Mio. € auf 194 Mio. €. Die Verwaltungsaufwendungen gingen um 15 Mio. € auf 55 Mio. € zurück. Die Eigenkapitalrendite im Geschäftsfeld betrug -37,0 % (-52,8 %), die Cost-Income-Ratio belief sich auf 57,1 % (55,6 %).

Das Segment **Immobilienkunden**, das gemäß den EU-Auflagen vom Oktober 2008 das Neugeschäft eingestellt hat, weist im Geschäftsjahr 2009/10 noch ein Neugeschäftsvolumen von 0,1 Mrd. € (Vorjahr: 0,6 Mrd. €) auf, insbesondere aufgrund von Inanspruchnahmen aus vorjährigen Kreditzusagen. Die Neugeschäftsmarge stieg auf 1,40 % (0,83 %). Das Segment hat ein Operatives Ergebnis von -48 Mio. € erzielt (Vorjahr: -47 Mio. €). Der Zinsüberschuss lag mit 50 Mio. € unter dem Vorjahreswert (61 Mio. €). Die Risikovorsorge wurde auf 71 Mio. € erhöht. Die Eigenkapitalrendite des Geschäftsfeldes betrug -21,4 % (-17,1 %), die Kosten-Ertrags-Relation 53,8 % (71,4 %).

Das Segment **Portfolio Investments**, in dem die bei der IKB verbliebenen Portfolioinvestments abgebildet werden, erzielte ein Operatives Ergebnis von 302 Mio. € (Vorjahr: -179 Mio. €). Aufgrund von Wertaufholungen haben sich das Fair-Value-Ergebnis auf 137 Mio. € (Vorjahr: 64 Mio. €) und das Ergebnis aus Finanzanlagen auf 183 Mio. € (Vorjahr: -188 Mio. €) verbessert. Die Verwaltungsaufwendungen im Segment sanken auf 22 Mio. € (25 Mio. €).

Weitere Details zur Segmentberichterstattung finden sich in den Notes.

Vermögenslage

Die **Bilanzsumme** lag am 31. März 2010 bei 35,7 Mrd. € und ist im Geschäftsjahr um 9,0 Mrd. € zurückgegangen. Dieser Rückgang basiert im Wesentlichen auf dem Abbau der Forderungen an Kunden aufgrund der EU-Auflagen sowie dem Abbau der Finanzanlagen und der Handelsaktiva. Auf der Passivseite verminderte sich vor allem der Bestand der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, der Verbrieften Verbindlichkeiten und der Handelspassiva.

Die **Forderungen an Kunden** haben deutlich um 4,3 Mrd. € auf 23,7 Mrd. € abgenommen. Grund hierfür ist vor allem der Abbau weiterer Risikoaktiva gemäß der EU-Auflagen, so z. B. der Verkauf von Krediten bei der IKB CC. Das Neugeschäftsvolumen des Kreditgeschäfts lag im Geschäftsjahr deutlich unter dem des entsprechenden Vorjahres und auch unter den Tilgungen des Bestands.

Der **Bestand an Risikovorsorge** im Kreditgeschäft liegt mit 1,1 Mrd. € leicht über dem Wert des Bilanzstichtages zum 31. März 2009 von 1,0 Mrd. €.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** reduzierten sich überwiegend bei kurzfristigen Anlagen um 0,5 Mrd. € auf 2,5 Mrd. €. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die Entkonsolidierung der Havenrock-Gesellschaften zurückzuführen.

Der Bestand der **Handelsaktiva** reduzierte sich um 2,4 Mrd. € auf 1,3 Mrd. €, was im Wesentlichen auf die Entkonsolidierung der Havenrock-Gesellschaften und damit auf den Abgang des Bestandes an Kreditderivaten um 2,1 Mrd. € zurückzuführen ist.

Die **Finanzanlagen** sanken aufgrund von Fälligkeiten und Verkäufen um 1,9 Mrd. € auf 8,3 Mrd. €. Auf den Verkauf der ELAN-Wertpapiere ist ein Rückgang von 0,6 Mrd. € zurückzuführen.

Die **Verbrieften Verbindlichkeiten** werden mit 10,8 Mrd. € deutlich unter dem Vorjahreswert (14,0 Mrd. €) ausgewiesen. Vom Emissionsvolumen von 6,0 Mrd. € unter Garantie des SoFFin wurden 3 Mrd. € in den eigenen Bestand übernommen und innerhalb der Verbrieften Verbindlichkeiten saldiert ausgewiesen. Diesem Zugang standen Tilgungen und Bewertungseffekte von insgesamt 6,2 Mrd. € gegenüber.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** reduzierten sich um 3,3 Mrd. € auf 12,0 Mrd. €. Wesentliche Gründe für den Rückgang sind verminderte Geldaufnahmen am Interbankenmarkt und bei der Europäischen Zentralbank.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** haben um 1,7 Mrd. € auf 7,5 Mrd. € zugenommen. Der Zuwachs resultiert aus neuen Kundentermineinlagen sowie aus bonitäts- und zinsinduzierten Wertaufholungen bei den zum Fair Value bewerteten Schuldschein-Emissionen.

Die **Handelsspassiva** gingen um 3,0 Mrd. € auf 2,5 Mrd. € zurück. Auch hier ist die Entwicklung maßgeblich bestimmt durch die Entkonsolidierung der Havenrock-Gesellschaften, was zu einem Abgang der Handelsspassiva von 2,8 Mrd. € führte.

Das **Nachrangkapital** ging um 0,1 Mrd. € auf 1,2 Mrd. € zurück. Hinter dieser Entwicklung steht im Wesentlichen, dass LSF6 Rio S.à.r.l. eine Nachrangige Schuldverschreibung in Höhe von 123,5 Mio. € mit bedingter Wandlungspflicht hielt und diese am 2. Juli 2009 vorzeitig gewandelt hat. LSF6 Europe hatte daneben im Rahmen einer Verzichts- und Besserungsvereinbarung auf die Rückzahlung verzichtet. Bestandserhöhend wirkten sich Bewertungseffekte bei zum Fair Value bilanzierten Stillen Einlagen und Preferred Securities aus.

Das **Eigenkapital** sank im Wesentlichen wegen des Konzernfehlbetrages von 974 Mio. € auf 930 Mio. €. Hierbei erhöhte sich das Gezeichnete Kapital aufgrund der Ausgabe neuer Aktien wegen der vorzeitigen Wandlung der von LSF6 Rio S.à.r.l. gehaltenen Wandelanleihe um 124 Mio. €. Der nach HGB in die Kapitalrücklage gebuchte Forderungsverzicht aus der Nachrangschuldverschreibung gegen Besserungsabrede von LSF6 Europe führt nach IFRS zu keiner Veränderung der Kapitalrücklage, sondern ist im Nachrangkapital mit dem gemäß IAS 39 AG8 ermittelten geschätzten Barwert bilanziert.

Die **Kernkapitalquote** der IKB-Gruppe lag am 31. März 2010 bei 10,4 % (Vorjahr: 8,1 %). Die **Gesamtkennziffer** betrug 14,9 % (12,5 %).

Finanzlage

Die Liquiditätslage der IKB hat sich stabilisiert. Dazu beigetragen haben die Nutzung der SoFFin-Garantien, der erhebliche Abbau von Bilanzvolumen und eine erhöhte Hereinnahme von Kundeneinlagen. Die IKB hat SoFFin-Garantien in Höhe von 2 Mrd. € zurückgegeben. Nach wie vor bleibt zu beachten, dass die Geld- und Kapitalmärkte nur eingeschränkt funktionieren. Insoweit sind als Finanzierungsmöglichkeiten vor allem besicherte Mittelaufnahmen möglich. Mit Blick auf eine zukünftig positivere Entwicklung der Märkte hat die IKB ihre Emissionsplattform, das Debt Issuance Programme, im Februar 2010 aktualisiert, um auch auf unbesicherter Basis im Kapitalmarkt emittieren zu können.

Gesamtaussage

Insgesamt sind die Geschäftsentwicklung und die Lage im Geschäftsjahr 2009/10 weiterhin stark durch die Nachwirkungen der IKB-Krise einschließlich der EU-Auflagen sowie die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Das bereinigte Ergebnis ist vor allem rezessionsbedingt durch die hohe Risikovorsorge belastet. Zur Stabilisierung der Bank haben die Kapitalverstärkung durch Lone Star und der Abbau von Risikopositionen beigetragen.

4. Risikobericht

Die IKB hat die Risikosysteme und -prozesse im Rahmen des Risikomanagements seit dem Ausbruch der Krise im Jahr 2007 grundlegend überarbeitet und verbessert. Hierzu zählten insbesondere die Stärkung des Chief Risk Officers (CRO) nicht zuletzt über die Zusammenführung der Verantwortung für die Marktfolgefunktionen, die Weiterentwicklung der Risikotragfähigkeitskonzeption und die Verbesserung der Berichterstattung an den Aufsichtsrat. Parallel hat die Bank ihre Risikoposition – mit Blick auf ihre Risikotragfähigkeit – im Zeitablauf signifikant abgebaut.

Folgende Maßnahmen waren im laufenden Geschäftsjahr von besonderer Bedeutung:

Risikoüberwachung. Im Zuge der Neuausrichtung der Bank wurde auch die Aufgabenstellung der Marktfolge überarbeitet. Wesentliche Aufgaben der Kreditbearbeitung, Einzelkreditüberwachung und Vertragsabwicklung, wurden aus dezentralen Marktbereichen auf die beiden Zentralbereiche Kreditrisikomanagement und Credit & Treasury Operations übertragen. Gleichzeitig wurde durch das Zusammenführen des Kreditrisikocontrollings (vormals Teil des Bereichs Kreditrisikomanagement und -controlling) und des Marktpreisrisikocontrollings ein übergreifendes Risikocontrolling geschaffen.

Risikoabbau. Durch geeignete Maßnahmen hat die Bank ihr Marktpreisrisiko sowohl aus regulatorischer als auch ökonomischer Sicht deutlich reduziert. Auch im Kreditrisiko ist im Vergleich zum Vorjahr regulatorisch wie ökonomisch ein Rückgang zu verzeichnen.

Risikomanagement-Organisation

Die Abgrenzung der Aufgaben und Verantwortungsbereiche ist in einem Risikomanagement-Regelwerk dokumentiert, das unter Berücksichtigung gesetzlicher Anforderungen sowie spezifischer Organisationsanweisungen die Grundsätze des Risikomanagement-Systems der IKB festlegt. Im Zuge der Neuausrichtung der Geschäftstätigkeit der IKB wurden die Geschäftsstrategie als auch die mit ihr verbundenen Risikostrategien überarbeitet und in eine integrierte Geschäfts- und Risikostrategie zusammengeführt.

Aufsichtsrat. Der Vorstand erörtert mit dem Aufsichtsrat in seinen Sitzungen regelmäßig und detailliert die Risikolage, die Geschäfts- und Risikostrategie und das Risikomanagement der Bank.

Vorstand. Für das IKB-Risikomanagement ist der Vorstand der IKB AG verantwortlich. Ausgehend von der strategischen Geschäftsausrichtung und der Risikotragfähigkeit, legt er die risikopolitischen Grundsätze fest, die zusammen mit der Limitstruktur in der Geschäfts- und Risikostrategie der IKB verankert sind. Bei seinen Festlegungen berücksichtigt der Vorstand auch die Qualität der Prozesse, insbesondere der Kontrollen, des Risikomanagements.

Die Ressortverantwortung für die Marktfolgefunktionen im Kreditgeschäft, insbesondere die einzelgeschäftsbezogene Risikoüberwachung, die Intensivbetreuung sowie die Problemerkreditbearbeitung, für das portfoliobezogene Kreditrisikocontrolling, für das Marktpreisrisikocontrolling, für Verbriefungsengagements sowie für die Risikoüberwachung operationeller Risiken liegt beim Risikovorstand. Die Überwachung der Ergebnissteuerung und der Kapitalausstattung ist dem Finanzvorstand zugeordnet. Die wesentlichen Rechtsrisiken sowie das Compliance-Risiko liegen im Verantwortungsbereich des Vorstandsvorsitzenden. Das Management der Risiken der geschäftsstrategischen Ausrichtung und der Reputationsrisiken obliegt dem Gesamtvorstand.

Risiko-Ausschüsse. Spezielle Ausschüsse zur Steuerung und Überwachung risikorelevanter Entscheidungen unterstützen den Vorstand bei der Risikosteuerung und der Entscheidungsfindung. Der bedeutendste davon ist der Risiko- und Kapital-Ausschuss, der die Planung des Risikoprofils und die Entwicklung der Kapitalausstattung, die laufende Überwachung der Kapitalauslastung sowie die Optimierung der Refinanzierung zur Aufgabe hat. Der Ausschuss setzt sich aus den Mitgliedern des Vorstandes sowie den Bereichsleitungen Volkswirtschaft,

Kreditrisikomanagement, Risikocontrolling, Finanzen und Financial Markets & Treasury zusammen. Der Risikovorstand ist Vorsitzender und der Finanzvorstand stellvertretender Vorsitzender dieses Ausschusses.

Der Risiko- und Kapital-Ausschuss wird in einzelnen Sachverhalten durch Unterausschüsse unterstützt. Diese Ausschüsse setzen sich wiederum aus Mitgliedern des Vorstandes sowie Vertretern der operativen Geschäftsfelder und Vertretern der zuständigen Zentralbereiche zusammen.

Kreditrisikomanagement. Zu den wesentlichen Aufgaben des Bereichs Kreditrisikomanagement zählen neben der Entwicklung und Überwachung der konzernweiten Standards für das Kreditgeschäft vor allem die marktunabhängig durchzuführenden Aufgaben des Kreditgenehmigungsprozesses. Darüber hinaus obliegt dem Bereich die Mitwirkung bei der Kreditportfoliosteuerung.

Die Betreuung von erhöht risikobehafteten Engagements sowie Sanierungs- und Abwicklungsfällen erfolgt in gesonderten Betreuungseinheiten innerhalb des Bereichs Kreditrisikomanagement. Darüber hinaus wurde die kreditsachliche Betreuung aller Immobilienengagements zum 1. November 2009 auf ein spezialisiertes Team im Bereich Kreditrisikomanagement übertragen.

Risikocontrolling. Dem Bereich Risikocontrolling obliegen die Berechnung und Analyse der Adress-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken im Anlage- und Handelsbuch, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand vorgegebenen Limite sowie die Berichterstattung über die Risikopositionen auf Konzernebene.

Darüber hinaus erfolgen die Überprüfung und die Weiterentwicklung der zur Bewertung von Finanzinstrumenten eingesetzten Modelle und Verfahren sowie die Betreuung und Weiterentwicklung der eingesetzten Ratingsysteme.

In gesonderten Einheiten liegen die zeitnahe und kontinuierliche Überwachung, Analyse und Berichterstattung des Gesamtrisikos der Bank und die Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die Validierung der für die Risikoquantifizierung und die Bonitätsbeurteilung eingesetzten Modelle.

Die konzernweite Überwachung des operationellen Risikos ist ebenfalls zentral im Risikocontrolling angesiedelt. Hierzu gehören neben der Identifikation, Analyse und Berichterstattung auch die Entwicklung und Festlegung der Methoden zur Messung des operationellen Risikos im Konzern. Unterstützt wird das zentrale Operational Risk Management von dezentralen Operational-Risk-Verantwortlichen in den Geschäftsfeldern, Tochtergesellschaften und Zentralbereichen.

Die Compliance-Funktionen wurden in den Bereich Recht integriert. Die Koordination dieser Funktionen erfolgt durch den Chief Compliance Officer, der diese Funktionen neben den Aufgaben als Leiter des Rechtsbereichs ausübt.

Überwachung von Risiken aus Verbriefungen und Strukturierten Kreditprodukten. Die Überwachung der strukturierten Kreditprodukte erfolgt durch den Marktfolgebereich Management Verbriefungsstrukturen. Zu den wesentlichen Aufgaben des Bereichs zählt unter anderem die marktunabhängige Durchführung des Kreditgenehmigungs- und Impairmentprozesses für strukturierte Kreditprodukte. Darüber hinaus obliegt dem Bereich neben der Erfüllung der umfangreichen vertraglichen Verpflichtungen der IKB im Zusammenhang mit dem Conduit Rhineland Funding („Rhineland Funding“)¹ sowie den Zweckgesellschaften Havenrock

¹ Hierbei handelt es sich um die Rhineland Funding Capital Corporation LLC, Delaware, (RFCC) sowie diverse Ankaufsgesellschaften mit Sitz in Jersey und Delaware. Diese rechtlich selbstständigen Zweckgesellschaften sind nicht mehr im Markt aktiv. Sie investierten in strukturierte Wertpapiere. Für RFCC und die Ankaufsgesellschaften agiert die IKB u. a. als Berater.

Limited und Havenrock II Limited² die Administration der Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings. Der Bereich ist zudem für die Berichterstattung über diese Geschäfte im Rahmen des Gesamtrisikomanagements der IKB verantwortlich.

Überwachung der Ergebnisentwicklung und Kapitalausstattung. Der Bereich Finanzen erstellt im Rahmen des Ergebniscontrollings monatlich Bestandsergebnis- und Neugeschäftsrechnungen und legt dem Vorstand wöchentlich Management-Reports vor, in denen laufend Abweichungen der Ertrags- und Vermögenslage von den Planwerten identifiziert und analysiert werden. Dies stellt die kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung des Geschäftsrisikos sicher. Der Vorstand ist damit in der Lage, auch kurzfristig auf negative Entwicklungen zu reagieren.

Zusätzlich obliegen dem Bereich Finanzen das Kapitalcontrolling und die integrierte Kapitalplanung und -überwachung innerhalb der IKB unter Berücksichtigung regulatorischer und ökonomischer Aspekte.

Interne Revision. Der Bereich Konzernrevision ist als prozessunabhängiger Teil des Risikomanagement-Systems und der internen Kontrollverfahren nach Maßgabe der MaRisk organisiert. Die Konzernrevision arbeitet im Auftrag des Gesamtvorstands weisungsfrei als prozessunabhängige Instanz und berichtet unmittelbar an den Vorstandsvorsitzenden. Auf Basis prozessorientierter Prüfungen werden konzernweit grundsätzlich sämtliche Aktivitäten und Prozesse untersucht. Dabei erfolgt die Schwerpunktsetzung auf die besonders risikosensitiven Prozessabläufe und quantitativen Methoden sowie die EDV-technischen Abläufe des Kredit- und Handelsgeschäftes. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den einzelfallbezogenen Kreditprüfungen. Darüber hinaus führt die Konzernrevision im Auftrag des Vorstandes anlassbezogen Sonderprüfungen durch. Über die Prüfungsergebnisse wird der Vorstand laufend unterrichtet. In ihrem Jahresbericht informiert die Konzernrevision den Vorstand in zusammenfassender Form über die wesentlichen und schwerwiegenden Prüfungsfeststellungen und deren Abarbeitungsstände. Der für die Konzernrevision zuständige Vorstand unterrichtet wiederum den Aufsichtsrat mindestens einmal jährlich über die aktuellen Entwicklungen und Ergebnisse.

Regulatorische Kapitalausstattung und Risikotragfähigkeit

Regulatorische Kapitalausstattung. Die Bank ermittelt die regulatorische Kapitalausstattung für das Kreditrisiko nach dem Kreditrisikostandardansatz, für das operationelle Risiko nach dem Basisindikatoransatz und für das Marktpreisrisiko nach Standardmethoden (Zinsrisiken: Jahresbandmethode, Optionsrisiken: Delta-Plus-Methode).

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die aufsichtsrechtlichen Risikopositionen, Eigenkapitalausstattung und -quoten:

² Diese zwei rechtlich selbstständigen Zweckgesellschaften sicherten 25 % des Liquiditätsrisikos für zwei Liquiditätsgeber an Rhineland Funding und deren gesamtes Kreditrisiko ab, das sich bei einer Inanspruchnahme der Liquiditätslinien ergibt. Für die Havenrock-Gesellschaften agiert die IKB als Administrator.

Tabelle: Regulatorische Kapitalsituation auf Institutsgruppenebene (§ 10a KWG)

Regulatorische Kapitalsituation in Mio. €	zum 31.3.2010	zum 31.3.2009	zum 31.3.2008
Risikoaktiva	19.265	24.718	30.269
Marktrisikoäquivalent	313	613	795
Operationelles Risiko	1.100	1.324	1.330
Risikoposition	20.678	26.655	32.394
Kernkapital (TIER I)	2.257	2.276	1.941
Ergänzungskapital (TIER II)	1.030	1.245	1.191
Drittangmittel	0	35	45
Abzugsposition¹⁾	-216	-236	-18
Eigenmittel	3.071	3.320	3.159
Kernkapitalquote in %	10,4	8,1	6,0
Gesamtkennziffer in %	14,9	12,5	9,8

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) In den Abzugspositionen befinden sich überwiegend Verbriefungspositionen sowie Beteiligungen gemäß § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 KWG.

Mit 10,4 % auf Gruppenebene liegt die Kernkapitalquote über der regulatorischen Mindest-Kernkapitalquote von 4,0 %. Die Gesamtkennziffer liegt mit 14,9 % auf Gruppenebene ebenfalls über der regulatorischen Mindest-Gesamtkennziffer von 8,0 %.

Der Vorstand geht davon aus, dass sowohl die gesetzlichen Mindestanforderungen als auch die von dem SoFFin und dem Prüfungsverband deutscher Banken e. V. auferlegten Mindestanforderungen (u. a. Kernkapitalquote von 8 %) in Zukunft eingehalten werden können. Mittelfristig bleibt unsicher, wie sich die zahlreichen Regulierungsvorhaben der nationalen und internationalen Bankenaufsicht auf die Eigenkapitalzusammensetzung und die Eigenkapitalanforderungen insgesamt auswirken werden. Hinzu kommen Überlegungen zu Finanzmarktsteuern und zur Bankenabgabe.

Der Rückgang der Risikoaktiva zum 31. März 2010 resultiert zum einen aus der Bilanzsummenreduktion gemäß den von der EU verhängten Auflagen und zum anderen aus den planmäßigen Tilgungsabläufen bei gleichzeitig limitiertem Neugeschäft.

Risikotragfähigkeit. Basis der Risikosteuerung sind die Risikotragfähigkeit und der Einsatz der Kapitalressourcen mit dem Ziel einer adäquaten Risiko-Rendite-Relation auf Konzernebene. Zur Überwachung der Risikotragfähigkeit wird neben der Überwachung der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalausstattung bzw. angestrebter Kennziffern für die regulatorische Kapitalausstattung zusätzlich auch eine ökonomische Betrachtung angestellt. Hierbei wird einer ökonomisch definierten Risikodeckungsmasse ein mit betriebswirtschaftlichen Methoden abgeleiteter Kapitalbedarf gegenübergestellt, der erforderlich ist, um das unerwartete Risiko abzudecken.

Ergänzend zur regulatorischen Betrachtung, die den Fortbestand eines Instituts sichern soll, wird bei der ökonomischen Betrachtung zwischen der Sicht eines Eigenkapitalgebers (Going-Concern-Sicht) und der Sicht eines Fremdkapitalgebers (Liquidationssicht) unterschieden. Aus Eigenkapitalgebersicht soll sichergestellt werden, dass ein für den Fortbestand des Bankbetriebs erforderliches Mindestkapital (Benchmarkkapital) nicht angegriffen wird, selbst wenn in der Betrachtungsperiode aus dem laufenden Geschäft sowohl die erwarteten als auch die unerwarteten Verluste eintreten würden. Aus der Sicht eines nicht Nachrangigen Fremdkapitalgebers soll sichergestellt sein, dass auch bei Eintritt aller erwarteten und unerwarteten Risiken das von der Bank aufgenommene nicht Nachrangige Fremdkapital in voller Höhe zurückgezahlt werden kann. Anders als in der Eigenkapitalgebersicht wird hierbei aber ein deutlich höheres Sicherheitsniveau (Konfidenzniveau) zugrunde gelegt.

Risikodeckungsmasse. Aus Eigenkapitalgebersicht dienen als Risikodeckungsmasse lediglich die Kapitalbestandteile, die über ein von der Bank in Abhängigkeit von den Risikoaktiva festgelegtes Benchmarkkapital hinausgehen. Im Benchmarkkapital werden abweichend vom

aufsichtsrechtlichen Kernkapital hybride Kapitalbestandteile wie Genussrechte und Stille Einlagen aus Vorsichtsgründen nur mit einem Abschlag einbezogen, um eine möglicherweise geringere Haftungsqualität zu berücksichtigen. Obgleich der Risikohorizont der Risikotragfähigkeitssrechnung die nächsten zwölf Monate umspannt, reserviert die Bank des Weiteren aus Vorsichtsgründen Teile des Kernkapitals für zinsinduzierte Stille Lasten, die sich in den kommenden fünf Jahren realisieren können oder die aus geschlossenen Positionen resultieren, und bezieht diese nicht in die Risikodeckungsmasse ein. Spread-induzierte Stille Lasten für Wertpapiere des Anlagevermögens bleiben aufgrund der langfristigen Halteabsicht weitgehend unberücksichtigt. Soweit im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Auflagen Verluste auf zu veräußernde Wertpapiere entfallen können, werden diese bereits in der Ergebnisplanung berücksichtigt. Die Risikodeckungsmasse wird zudem bereits im Vorhinein um das für die Betrachtungsperiode angenommene negative operative Jahresergebnis gekürzt.

Aus der Sicht eines nicht Nachrangigen Fremdkapitalgebers stehen als Risikodeckungsmasse sämtliche Kapitalkomponenten, inklusive Stiller Einlagen, Genussscheine und Nachrangverbindlichkeiten, zur Verfügung. Gleichzeitig werden hier allerdings nahezu alle zins-, volatilitäts- und Spread-induzierten Stillen Lasten in den Wertpapierbeständen die Risikodeckungsmasse mindernd berücksichtigt. Lediglich Credit-Spread-induzierte Stille Lasten aus kreditbuchähnlichen Strukturen wie z. B. Schuldscheindarlehen bleiben unberücksichtigt. Auch hier kürzt die Bank die Deckungsmasse um das für die Betrachtungsperiode angenommene negative operative Jahresergebnis.

Komponenten der Risikodeckungsmasse					
Eigenkapitalgebersicht			Fremdkapitalgebersicht		
	31.3.2010	31.3.2009		31.3.2010	31.3.2009
„Core Capital“ ⁽¹⁾	1.037	1.634	„Core Capital“	542	823
Anteilige Genussrechte und Stille Einlagen	366	386	Genussrechte und Stille Einlagen	554	621
Benchmarkkapital	-1.005	-1.333	Nachrangkapital	995	535
Risikodeckungsmasse	398	687	Risikodeckungsmasse	2.091	1.979

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Zum „Core Capital“ gehören Grundkapital, Rücklagen, Bilanzgewinn/-verlustvortrag und das operative Planergebnis der kommenden zwölf Monate. Stille Lasten sind deckungsmassenmindernd angesetzt.

Die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse hat sich gegenüber dem Geschäftsjahresbeginn im Wesentlichen aufgrund folgender Entwicklungen geändert:

- Rückgang des „Core Capitals“ durch die derzeitige Verlustsituation der Bank und Anstieg der in der Eigenkapitalgebersicht vorweg abgezogenen Stillen Lasten,
- Reduktion des im Rahmen der Eigenkapitalgebersicht für das Gesamtbankrisiko mindestens vorzuhaltenden Benchmarkkapitals aufgrund der Reduktion der risikogewichteten Aktiva (siehe auch Tabelle „Regulatorische Kapitalsituation“),
- Verzicht auf Rückkauf eigener Nachrangdarlehen, deren Rückkauf in der Risikodeckungsmasse per 31. März 2009 bereits antizipiert war.

Der ökonomische Kapitalbedarf auf Konzernebene zur Abdeckung des „unerwarteten“ Adressenausfallrisikos, Marktpreisrisikos sowie allgemeinen Geschäftsrisikos und operationellen Risikos wird mittels bankeigener Modelle bestimmt. Für Liquiditäts-, Reputations- und Beteiligungsrisiken wird kein ökonomisches Kapital berechnet; sie unterliegen jedoch ebenfalls einer laufenden Überwachung. Dasselbe gilt auch für die Rechtsrisiken (siehe Abschnitt „Rechtsrisiken“).

Zur Berechnung des „unerwarteten“ Adressenausfallrisikos – dem „erwarteten“ Adressenausfallrisiko wird im Rahmen der Risikovorsorgeplanung Rechnung getragen – setzt die Bank ein eigenentwickeltes Kreditportfoliomodell ein (vgl. hierzu auch „Quantifizierung des Kreditrisiko-

kos“). Die hier einfließenden statistischen Parameter werden erforderlichenfalls zur Berücksichtigung von zu erwartenden Veränderungen (z. B. konjunkturelle Einflussgrößen) durch entsprechende Zu- oder Abschläge risikoadäquat angepasst.

Das Marktpreisrisiko wird als integrierter Value at Risk (VaR) mit einer Haltedauer von einem Jahr für das gesamte Portfolio der Bank unter Berücksichtigung aller relevanten Risikofaktoren (Zinsen, Wechselkurse, Credit Spreads, Volatilitäten) über „Historische Simulation“ ermittelt. Der Möglichkeit für Steuerungseingriffe und Managementintervention wird durch einen Abschlag in Höhe von 20 % auf den ermittelten Value at Risk Rechnung getragen.

Die IKB betrachtet die Marktentwicklung zwischen der Lehman-Insolvenz im September 2008 und dem Ende des Kalenderjahres 2008 als außergewöhnliches Stressszenario und geht in ihrem Base Case davon aus, dass es nicht zu einem weiteren Bankenzusammenbruch ähnlichen Ausmaßes und damit zu vergleichbaren Marktverwerfungen kommen wird. Aus diesem Grund ermittelt die IKB für die Risikotragfähigkeit den VaR des Marktpreisrisikos unter Abschluss des oben genannten Zeitraums auf Basis von 430 Geschäftstagen.

Credit-Spread-Risiken aus Krediten sowie Corporate Schuldscheindarlehen im Anlagevermögen werden aufgrund ihrer Kreditähnlichkeit und der langen Halteabsicht der Bank in der Marktrisikoberechnung für die Risikotragfähigkeit sowohl in der Eigenkapital- als auch in der Fremdkapitalgebersicht ausgeschlossen. Credit-Spread-Risiken von Wertpapieren im Anlagevermögen werden lediglich in der Eigenkapitalgebersicht nicht berücksichtigt, da die Bank diese Positionen grundsätzlich über den Risikohorizont der Risikotragfähigkeitsberechnung zu halten beabsichtigt.

Das operationelle Risiko wird mittels einer Monte-Carlo-Simulation auf Basis einer Verlustverteilung quantifiziert (VaR).

Die Ermittlung des Geschäftsrisikos basiert auf der historischen Beobachtung der vierteljährlichen Abweichungen zwischen den geplanten und den tatsächlich erzielten Zins- und Provisonerträgen sowie der beobachteten Abweichungen bei den Verwaltungsaufwendungen.

Nachfolgend werden für die Eigenkapitalgeber-Sicht und die Sicht eines nicht Nachrangigen Fremdkapitalgebers die für einen Risikohorizont von einem Jahr quantifizierten Risiken der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse gegenübergestellt.

Eigenkapitalgeber-Sicht. Die nachstehende Tabelle zeigt den ökonomischen Kapitalbedarf aus Sicht des Eigenkapitalgebers bei einem Konfidenzniveau von 90 %.

Tabelle: Ökonomischer Kapitalbedarf – Eigenkapitalgeber-Sicht

	31.3.2010		31.3.2009	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Adressenausfallrisiko	226	54	321	60
Marktpreisrisiko ¹⁾	89	21	115	22
Operationelles Risiko	29	7	30	6
Geschäftsrisiko	75	18	67	12
Summe	419	100	533	100
abzgl. Diversifikationseffekte	-108		-121	
Gesamtrisikoposition	311		412	
Risikodeckungsmasse	398		687	

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Marktrisiko ohne Berücksichtigung der extremen Marktentwicklung von Mitte September 2008 bis Ende 2008 und Credit-Spread-Risiken der Wertpapiere im Anlagevermögen. Bei Berücksichtigung beider Positionen erhöht sich das Marktpreisrisiko um 102 Mio. €.

Die deutliche Reduktion der Gesamtrisikoposition um insgesamt 25 % (nach Diversifikationseffekten) gegenüber dem Vorjahr auf 311 Mio. € geht sowohl auf einen deutlichen Rückgang des Kreditrisikos als auch auf den Abbau der Marktpreisrisiken zurück. Der Rückgang des

Kreditrisikos ist zum einen Ergebnis des fortgesetzten Abbaus von Risikoaktiva und resultiert zum anderen aus der für 2010 erwarteten Konjunkturerholung, die sich in einer reduzierten Ausfallerwartung ausdrückt. Der Rückgang des Marktpreisrisikos spiegelt die bereits im letzten Geschäftsjahr begonnenen Maßnahmen zur Risikoreduzierung wider.

Der Anstieg des allgemeinen Geschäftsrisikos ist Ergebnis der in den letzten beiden Jahren zu verzeichnenden gestiegenen Volatilität der Aufwands- und Ertragsentwicklung.

Die Risikodeckungsmasse reicht nach wie vor mit Abstand aus, um den ökonomischen Kapitalbedarf aus unerwarteten Risiken über den Risikohorizont abzudecken. Der Auslastungsgrad der über der Benchmarkkapitalisierung liegenden Risikodeckungsmasse beläuft sich auf 78 % zum 31. März 2010 (60 % zum 31. März 2009). Ohne den Vorwegabzug der jenseits des Risikohorizonts ablaufenden und nicht aus geschlossenen Positionen stammenden Stillen Lasten wäre die Risikodeckungsmasse zu 57 % (Vorjahr: 48 %) ausgelastet.

Fremdkapitalgebersicht. Die nachstehende Tabelle zeigt den ökonomischen Kapitalbedarf aus Sicht eines nicht Nachrangigen Fremdkapitalgebers auf einem dem aktuellen Rating von „BBB-“ adäquaten Konfidenzniveau von 99,76 %.

Tabelle: Ökonomischer Kapitalbedarf – Fremdkapitalgebersicht

	31.3.2010		31.3.2009	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Adressenausfallrisiko	821	56	1.141	58
Marktpreisrisiko ¹⁾	391	27	609	31
Operationelles Risiko	84	6	84	4
Geschäftsrisiko	165	11	129	7
Summe	1.462	100	1.964	100
abzgl. Diversifikationseffekte	-166		-243	
Gesamtrisikoposition	1.296		1.720	
Risikodeckungsmasse	2.091		1.979	

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Marktrisiko ohne Berücksichtigung der extremen Marktentwicklung von Mitte September 2008 bis Ende 2008. Bei Berücksichtigung dieser Marktentwicklung erhöht sich das Marktpreisrisiko um 163 Mio. €.

Auch die Gesamtrisikoposition aus Sicht eines nicht Nachrangigen Fremdkapitalgebers sank um 25 % auf 1.296 Mio. € als Folge des Risikoabbaus sowohl beim Adressenausfall- als auch beim Marktpreisrisiko.

Gleichzeitig ist – trotz der derzeitigen Verlustsituation der Bank – die Risikodeckungsmasse aus der Sicht eines Fremdkapitalgebers gegenüber dem Geschäftsjahresbeginn angestiegen. Dieser Anstieg resultiert aus der Wiederberücksichtigung der ursprünglich zum Rückkauf vorgesehenen Nachrangdarlehen. Dieser noch im letzten Jahr geplante Rückkauf wird seitens der Bank nicht mehr verfolgt.

Damit sank die Auslastung der Risikodeckungsmasse mit 62 % deutlich unter das Vorjahresniveau (87 %).

Prognoserechnungen und Stresstests. Angesichts der großen Unsicherheit der Kapitalmärkte mit Blick auf die weitere Entwicklung einiger Staaten in der Eurozone führt die Bank neben verschiedenen Prognoserechnungen auch Stresstests durch. Basis für diese Berechnungen sind neben dem Business-Plan der Bank makroökonomische Stressszenarien und potentielle Stress-Events.

Als Ergebnis ist hieraus festzuhalten, dass in den Prognoserechnungen für die beiden nächsten Geschäftsjahre auf Basis des Businessplans der Bank die Risikodeckungsmasse durchgehend die Gesamtrisikoposition sowohl in der Eigen- als auch in der Fremdkapitalgebersicht übersteigt. Dies unterstreicht die Risikotragfähigkeit.

Die Analyse der wirtschaftlichen – auch extremen – Stressszenarien zeigt, dass in der Fremdkapitalgebersicht auch bei unter dem Businessplan liegenden Geschäftsverläufen die Risikodeckungsmasse in der Lage ist, die Gesamtrisikoposition abzudecken.

Aus Eigenkapitalgebersicht ist die Risikodeckungsmasse lediglich in extremen Stressszenarien nicht ausreichend.

Risikostrategie

Die einzelnen Risikostrategien sind Bestandteil der integrierten Geschäfts- und Risikostrategie. Sie setzen den Rahmen für die Ausrichtung der Geschäftstätigkeit der IKB. Im Geschäftsjahr 2009/10 wurden alle Risikostrategien im Hinblick auf die neue Geschäftsausrichtung und die konjunkturelle Lage überarbeitet.

Kreditrisikostategie. Im Kreditgeschäft will die Bank, bezogen auf ihr Kreditportfolio, das Gesamtrisiko und damit auch die Risikovorsorge der nächsten Geschäftsjahre weiter senken. Neben der Beschränkung der Bonitäten im Neugeschäft, um die durchschnittliche Bonität im Zeitablauf wieder deutlich zu verbessern, gehört hierzu auch die Begrenzung von Konzentrationsrisiken auf Einzelkreditnehmer- und Kreditnehmergruppenebene. Aufgrund ihres Kerngeschäfts wird auch künftig der regionale Schwerpunkt in der Bundesrepublik Deutschland liegen. Im Ausland beschränken sich die Aktivitäten (mit Ausnahme im Leasinggeschäft) auf Westeuropa, insbesondere Frankreich, Italien und Spanien. Mit Blick auf die Zielkunden im gehobenen deutschen Mittelstand ist zudem die Branchendiversifikation von hoher Bedeutung. Bei der Bemessung der Limite orientiert sich die Bank sowohl an der Bedeutung der Branche für die gesamtdeutsche Wirtschaft als auch an der Einschätzung der Branche im Hinblick auf ihre erwartete Entwicklung.

Marktpreisrisikostategie. Im Kundengeschäft liegt der Schwerpunkt in der Bereitstellung von Zins- und Währungsderivaten zur Unterstützung des Zins- und Währungsmanagements unserer Kunden. Ergänzt wird dies durch den Aufbau eines Brokerage-Modells, indem für die bestehende Kundschaft von dieser emittierte Wertpapiere im Handelsbuch mit dem Ziel eines zeitnahen Weiterverkaufs an Drittinvestoren hereingenommen werden. Für Geschäfte im Handelsbuch beschränkt sich die Bank weitgehend auf hochliquide Produkte in den Währungen Euro und US-\$, wobei die hiermit verbundene maximale Risikoposition sehr gering gehalten wird.

Liquiditätsstrategie. Die gegenwärtige Liquiditätssicherung basiert auf SoFFin-garantierten Emissionen, der Hereinnahme von durch den Einlagensicherungsfonds garantierten Kundeneinlagen und der Ausgabe von Schuldscheinen. Mittelfristig ist es das Ziel der Bank, die Kapitalmarktfähigkeit und darauf aufbauend eine fristenkongruente Refinanzierung mittels Erst-rang-Emissionen wiederherzustellen. Als Liquiditätsreserve dient ein diversifiziertes Portfolio EZB-fähiger liquider Wertpapiere mit geringen Marktrisiken, dessen maximales Volumen in Abhängigkeit des Liquiditätsanlagebedarfs im Risiko- und Kapitalausschuss festgelegt wird.

Adressenausfallrisiken

Die IKB unterscheidet beim Adressenausfallrisiko das Kreditrisiko und das Kontrahentenrisiko. Ein Kreditrisiko liegt vor, wenn durch den Ausfall eines Vertragspartners die vertragskonforme Rückzahlung eines Kredites nicht oder nicht vollständig erfolgt. Das Kontrahentenrisiko umfasst bei der IKB neben dem Wiedereindeckungsrisiko im Zusammenhang mit Derivaten, das sich bei Ausfall des Vertragspartners ergeben kann, auch das Emittentenrisiko und das Erfüllungsrisiko. Das Emittentenrisiko spiegelt den potenziellen Verlust beim Ausfall des Emittenten eines von der IKB gehaltenen Wertpapiers wider, während das Erfüllungsrisiko das Risiko eines Nichtleistens des Kontrahenten nach Vorleistung der IKB im Rahmen des Settlement-Prozesses darstellt. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Kreditgeschäftes als Kerngeschäft der Bank steht das Kreditrisiko im Mittelpunkt der Betrachtung.

Ausgangspunkt für den Risikomanagement-Prozess im Kreditgeschäft ist der Planungsprozess. Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeit, Neugeschäfts- und Ergebniszielen wird das Risiko explizit in die Planung einbezogen. Die abgeleiteten Zielgrößen umfassen somit nicht

nur Neugeschäftsvolumen, Zins- und Provisionserträge sowie Sach- und Personalkosten, sondern auch den erwarteten Risikovorsorgebedarf.

Kreditgenehmigungsprozess und Einzelengagementüberwachung. Wesentliche Aufgaben im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses (marktunabhängige Kreditanalyse, Votum, Intensivbetreuung, Problemerkreditbearbeitung) werden durch den Bereich Kreditrisikomanagement durchgeführt und damit – wie aufsichtsrechtlich gefordert – von den Marktfunktionen (Akquisition und Geschäftsinitiierung) getrennt.

Nach Votierung durch die Marktbereiche werden alle Kreditentscheidungen im Rahmen der Kompetenzregelung in Abhängigkeit von der Größenordnung des bestehenden Konzern-Kreditengagements, der Bonität des Kreditnehmers, der Besicherung, der Laufzeit und nicht zuletzt der bestehenden und geplanten Portfoliostruktur entweder zentral durch Kompetenzträger innerhalb des Bereichs Kreditrisikomanagement oder durch Gremien unter Einbindung des Vorstands getroffen.

Auch die Erstellung von Kredit- und Sicherheitenverträgen sowie deren spätere Anpassungen erfolgen durch die vom Markt unabhängig agierenden Mitarbeiter des Bereiches Credit & Treasury Operations, bei komplexen Kreditverträgen unter Einbindung des Bereiches Recht.

Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Kreditanalyse, die die für die Entscheidung relevanten Informationen aufzeigt, bewertet und in einer Entscheidungsvorlage nachvollziehbar dokumentiert. In diesem Zusammenhang wird zur Portfoliosteuerung im Entscheidungsprozess sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch Engagementebene ein eigenentwickeltes Instrument – der „Portfolio Adviser“ – eingesetzt. Aus Kundenbonität und transaktionsspezifischen Merkmalen wie Laufzeit und Besicherung sowie portfoliobezogenen Kennzahlen werden verschiedene Risikofaktoren ermittelt, um bereits bei der Neugeschäftsakquisition wichtige Impulse im Rahmen der Portfoliosteuerung zu setzen. Gleichzeitig wird hoher Wert auf die Mobilität – also die Ausplatzierbarkeit – von Krediten gelegt, da die synthetische Verbriefung von Kreditforderungen eine wichtige Rolle bei der Portfoliosteuerung spielt.

Die Kreditentscheidungen über Verbriefungen, Portfolioinvestments und sonstige strukturierte Kreditprodukte werden im Rahmen der bestehenden Kompetenzregelungen entweder durch den Kompetenzträger des Bereichs Management Verbriefungsstrukturen oder durch den Vorstand getroffen.

Bestehende Kreditengagements werden grundsätzlich alle zwölf Monate mit den dazugehörigen Prozessen und Genehmigungsverfahren analog zu den Neukreditentscheidungen überprüft. Darüber hinaus werden im Rahmen von Jahresgesprächen zwischen dem Kreditrisikomanagement und den Geschäftsfeldern die einzelnen Teilportfolien sowie wesentliche Einzelengagements im Hinblick auf deren Risikolage analysiert und Engagementstrategien abgeleitet. Die regelmäßige Bestandsanalyse und -bewertung aller Verbriefungen, Portfolioinvestments und sonstigen strukturierten Kreditprodukte wird durch den Bereich Management Verbriefungsstrukturen durchgeführt.

Ratingprozess und Ratingverfahren. Zentrales Element des gesamten Kreditprozesses ist die Bonitätsbeurteilung der Kunden und Investments. Die Auswahl der Geschäftspartner und Investments wird durch Anforderungen an die Bonität und die Besicherung der Engagements in den Kreditleitlinien operationalisiert.

Zur Bonitätsbeurteilung verfügt die IKB über EDV-gestützte, auf das jeweilige Kundensegment bzw. die spezifische Finanzierungsart zugeschnittene Ratingverfahren. Den einzelnen Bonitätsstufen werden auf Basis der Analyse historischer Ausfälle sowie konjunktureller Erwartungen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugewiesen.

Im Juli 2009 wurde in der IKB eine neue IKB-Masterskala eingeführt, die statt der bisher neun Bonitätsstufen nunmehr 15 Stufen für nicht ausgefallene Kreditnehmer aufweist. Die erhöhte Differenzierung der neuen IKB-Masterskala erlaubt eine genauere Bewertung der Ausfallrisiken der einzelnen Kreditnehmer auf Basis des zugrunde liegenden Ratingscores.

Da die Bonitätsnote eines Kunden letztlich die aktuell erwartete Einjahres-Ausfallwahrscheinlichkeit widerspiegelt, wurde die erwartete künftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung als ein Bestimmungspunkt für die Ausfallwahrscheinlichkeit in das Rating integriert. Trotz der wieder anziehenden Konjunktur geht die Bank davon aus, dass die Ausfallwahrscheinlichkeiten im Geschäftsjahr 2010/11 zwar unter denen des abgelaufenen Geschäftsjahres 2009/10, jedoch nach wie vor deutlich über dem Durchschnitt der letzten Jahre liegen werden. Dies zeigt sich unmittelbar in den Ratings der neuen Masterskala, die unter Berücksichtigung der Konjunkturannahme meist um eine Stufe schwächer ausfallen als in einer durchschnittlichen konjunkturellen Situation.

Die erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls im Rating angepasst. Dies hat zur Folge, dass sich mit verändernden Konjunkturerwartungen auch die Bonitäten der Kunden verändern werden.

Auf die Einstufung als Problemengagement hat die neue Ratingskala keine Auswirkung, da sich die Kriterien an den nach Basel II als Ausfall definierten Sachverhalten (1. Restrukturierung; 2. Verzug; 3. Risikovorsorge; 4. Insolvenz) orientieren. Im Rahmen der Einführung der neuen Masterskala wurde auch die Anzahl der Stufen für ausgefallene Kreditnehmer von bisher zwei auf vier erhöht, um diese Kriterien zukünftig einzeln abbilden und besser analysieren zu können.

Bei Unternehmensfinanzierungen setzt die Gesellschaft das „IKB-Mittelstandsrating“ ein, das die wirtschaftliche Situation des Kreditnehmers auf Basis finanzwirtschaftlicher Kennziffern mit mathematisch-statistischen Verfahren beurteilt. Individuelle Kunden- und Branchenmerkmale (qualitative Faktoren) werden durch Experteneinschätzungen berücksichtigt.

Den Besonderheiten der Projekt- und Spezialfinanzierungen wird durch spezielle Ratingverfahren Rechnung getragen. Da hier Höhe und Nachhaltigkeit des Cashflows zur Bedienung der während der Projektlaufzeit anfallenden Zins- und Tilgungszahlungen im Mittelpunkt stehen, setzt die IKB Modelle ein, die durch unterschiedliche Szenarien und Simulationen eine Aussage über die Schuldendienstfähigkeit ermöglichen. Ergänzt wird diese quantitative Beurteilung durch zusätzliche qualitative Berücksichtigung von Sponsoren, Betreibern, Absatz- und Beschaffungsmärkten sowie Transaktionsspezifika. Allerdings beabsichtigt die Bank, diese Form der Finanzierungen aus strategischen Überlegungen heraus nicht mehr fortzusetzen, sodass eine Weiterentwicklung dieses Modells bis auf Weiteres nicht mehr vorgenommen wird.

Für Akquisitionsfinanzierungen hat die Bank bisher ein auf Basis des „IKB-Mittelstandsratings“ weiterentwickeltes Ratingverfahren eingesetzt. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen und Validierungsergebnisse im Nachgang der jüngsten Rezession, die in besonderem Maße Spuren bei Akquisitionsfinanzierungen hinterlassen hat, hat sich die Bank entschieden, ab Mitte 2010 ein neues Ratingmodell für diese Finanzierungsform einzuführen.

Das im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung eingesetzte Immobilienrating bewertet die Bonität auf Basis einer Vielzahl spezifischer Objektdaten und Investoreninformationen. Hierzu zählen nicht nur detaillierte Informationen zur Lage und Beschaffenheit des Objekts, sondern auch Informationen zur Mieterstruktur und -bonität, zur Kapitaldienstfähigkeit des Objekts aus dem erwirtschafteten Cashflow sowie zur individuellen Bonität des Investors unter Berücksichtigung von Vermögen und Liquidität. Da Immobilienfinanzierungen nicht mehr zum strategischen Fokus gehören und keine Neugeschäfte mehr erfolgen, wird auch dieses Ratingverfahren von der Bank nicht mehr weiter entwickelt.

Länderrisiken. Die Bestimmung der Länderbonität erfolgt anhand von Wirtschaftsdaten und Kennziffern über die ökonomische Entwicklung des Landes und seine Zahlungsfähigkeit in Verbindung mit einer qualitativen Bewertung der politischen und gesellschaftlichen Situation des Landes. Als Quellen dienen internationale Datenbanken, Länderberichte und andere externe Quellen.

Quantifizierung des Kreditrisikos. Zur Quantifizierung des Adressenausfallrisikos wird für das traditionelle Kreditgeschäft ein eigenentwickeltes Modell eingesetzt, das unter Berücksichtigung

sichtigung von Schwankungsbreiten der statistischen Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Verteilung möglicher Kreditverluste generiert. In dieses Modell fließen neben den Einzelkredit-/Investmentinformationen (Kredit-/Investmentbetrag, Besicherung, Laufzeit, Branchenzugehörigkeit, Konzernzugehörigkeit, Rating) eine Vielzahl von statistischen Größen ein, wie z. B. Ausfallwahrscheinlichkeiten, Sicherheitenerlösraten und Branchen-/Assetkorrelationen, die auf bankinternen Erfahrungen oder externen Referenzgrößen beruhen.

Im Rahmen von Validierungs- und Benchmarkingprozessen werden sowohl die Systeme zur internen Bonitätsbeurteilung als auch die Genehmigungs-, Überwachungs- und Steuerungsprozesse im Kreditgeschäft regelmäßig auf den Prüfstand gestellt.

Portfolioüberwachung und -steuerung. Bei der Bestandsüberwachung steht die Betrachtung des gesamten Kreditportfolios im Mittelpunkt. Die zeitnahe Beobachtung von Branchen- und Marktveränderungen erfolgt durch den Bereich Volkswirtschaft. Dessen umfangreiches Branchen-Know-how ist wichtiger Bestandteil der im Rahmen der Risikosteuerung durchgeführten Clusteranalysen. Hiermit wird das Ziel verfolgt, die Sektorrisiken im Kreditgeschäft unter Berücksichtigung der erwarteten Entwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und zu limitieren.

Ausgangspunkt für die Festlegung von Konzentrationslimiten, die sich an den geschäftspolitischen Zielgrößen und den risikopolitischen Leitlinien orientieren, ist die regelmäßige Überprüfung durch das Limitkomitee, welches sich aus Vertretern der Bereiche Volkswirtschaft, Kreditrisikomanagement und Risikocontrolling sowie der Geschäftsfelder zusammensetzt. Auf Basis der bestehenden Strukturen werden unter Berücksichtigung identifizierter Branchenrisiken und Konjunktoreinflüsse auf die einzelnen Wirtschaftszweige Volumens- und Risikobeitragslimite festgelegt. Zusätzlich werden Obergrenzen für Einzelkredite bzw. Kredite an Unternehmensgruppen definiert, um Konzentrationsrisiken zu vermeiden. Aufgrund der aktuellen Lage an den Finanzmärkten wurde insbesondere zur Begrenzung des Ausfallrisikos eine Positivliste von Kontrahenten beschlossen, mit denen weiterhin Geschäfte getätigt werden dürfen.

Bei allen Ländern wird das Gesamtengagement durch Länderrisikolimiten begrenzt. Die Limite werden vom Limitkomitee festgelegt und gelten für alle Geschäfte in diesen Ländern. Die Ausnutzung der festgelegten Limite wird zeitnah überwacht und berichtet.

Struktur des Adressenausfallrisikos. Die Bank hat für ihre interne Berichterstattung das Kreditvolumen zum 31. März 2010 im Vergleich zum 31. März 2009 wie folgt ermittelt:

Kreditvolumen in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009	Veränderung
Kredite an Kreditinstitute	14	23	-9
Kredite an Kunden	21.815	25.678	-3.863
Portfolioinvestments sowie Corporate und Government Bonds	4.018	4 201	-183
Operating- und Finanzierungsleasing-Verträge	1.959	2.101	-142
Eventualverbindlichkeiten, CDSs ¹⁾ und Garantien	1.004	1.283	-279
Summe Kreditvolumen	28.810	33.286	-4.476
Weitere wesentliche Adressenausfallrisiken außerhalb des Kreditvolumens			
Forderungen an Kreditinstitute	2.504	2.957	-453
Handelsaktiva	1.311	3.680	-2.369
Finanzanlagen	4.353	6.088	-1.735
Unwiderrufliche Kreditzusagen	2.266	2.932	-666

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Credit Default Swaps

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

Insgesamt ist das Kreditvolumen seit Geschäftsjahresbeginn um rund 4,5 Mrd. € zurückgegangen.

Der Rückgang bei den Forderungen an Kunden betrifft insbesondere die Marktsegmente Immobilienkunden und Strukturierte Finanzierungen. Im Segment Firmenkunden war ein deutlich moderaterer Rückgang zu verzeichnen.

Die rückläufigen Portfolioinvestments sowie Corporate und Government Bonds resultieren insbesondere aus der Veräußerung und Abwicklung von Portfolioinvestments.

Die Verminderung der Eventualverbindlichkeiten, CDSs und Garantien beruht überwiegend auf der Rückgabe von Bürgschaften.

Die Adressenausfallrisikopositionen, die nicht dem Kreditvolumen zugeordnet sind, entfallen im Wesentlichen auf kurzfristige Forderungen an Kreditinstitute, Schuldverschreibungen – meist Hypothekenpfandbriefe – sowie unwiderrufliche Kreditzusagen.

Struktur des Kreditvolumens.

Größenklassen ¹⁾ in Mio. €	31.3.2010		31.3.2009		
	Kreditvolumen	Anzahl ¹⁾	Kreditvolumen		
kleiner 5 Mio. €	4.582	16 %	18.826	5.666	17 %
5 Mio. € bis unter 10 Mio. €	2.995	10 %	429	3.748	11 %
10 Mio. € bis unter 20 Mio. €	4.380	15 %	331	5.195	16 %
20 Mio. € bis unter 50 Mio. €	3.538	12 %	123	4.414	13 %
50 Mio. € und größer	3.427	12 %	32	3.124	9 %
Summe	18.921	66 %	19.741	22.147	67 %
Risikoausplatzierungen ²⁾	8.576	30 %		9.811	29 %
Marktsegmente gesamt	27.497	95 %		31.957	96 %
bis 50 Mio. €	458	2 %		586	2 %
50 Mio. € bis unter 100 Mio. €	390	1 %		294	1 %
100 Mio. € und größer	466	2 %		449	1 %
Segment Portfolio Investments	1.313	5 %		1.329	4 %
Konzern gesamt	28.810	100 %		33.286	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Kreditnehmereinheiten nach § 19 KWG

2) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

In der Größenklasse 50 Mio. € und größer stieg die durchschnittliche Engagementhöhe der Marktsegmente von 100,8 Mio. € auf 107,1 Mio. € an.

Das Volumen der Risikoausplatzierungen hat sich durch Tilgungen um 1.235 Mio. € auf 8.576 Mio. € reduziert.

Das mit 1,3 Mrd. € nahezu unveränderte Kreditvolumen im Segment Portfolio Investments besteht aus

- 0,57 Mrd. € auf die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings übertragenen Assets von nominal 1,85 Mrd. € mit einem Restrisiko für die IKB von 0,19 Mrd. €,
- 0,58 Mrd. € nicht an Rio Debt Holdings veräußerten, sich überwiegend in Abwicklung befindlichen Portfolioinvestments, die keine Subprime-Risiken mehr beinhalten sowie
- 0,17 Mrd. € von KfW abgesicherten Risiken.

Sicherheiten, Risikoausplatzierungen und Verbriefungen. Für das traditionelle langfristige Kreditgeschäft der IKB hat die Absicherung durch klassische Sicherheiten (Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und Bürgschaften) nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert. Die Wertansätze der zur Besicherung im klassischen Kreditgeschäft herangezogenen Sicherheiten werden kontinuierlich überprüft und aktualisiert.

Sicherheiten in Mio. €	31.3.2010		31.3.2009	
	Kreditvolumen		Kreditvolumen	
Grundpfandrechte	6.327	22 %	7.191	22 %
Sicherungsübereignung	2.440	8 %	2.562	8 %
Sonstige Sicherheiten ¹⁾	5.496	19 %	7.172	22 %
Blankokredite	4.658	16 %	5.222	16 %
Summe	18.921	66 %	22.147	67 %
Risikoausplatzierungen ²⁾	8.576	30 %	9.811	29 %
Marktsegmente gesamt	27.497	95 %	31.957	96 %
Segment Portfolio Investments	1.313	5 %	1.329	4 %
Konzern gesamt	28.810	100 %	33.286	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) z. B. Forderungsabtretungen, Partizipationsrechte, Abtretung Geschäftsanteile, Ownership-Erklärung, Rangrücktritt, Fixed and Floating Charges, Mortgage over Shares
 2) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Aufgrund des Rückgang des Kreditvolumens insgesamt reduzierte sich auch das mit Sicherheiten unterlegte Kreditvolumen gegenüber dem Geschäftsjahresbeginn um rund 2,7 Mrd. €. Davon entfällt bedingt durch die überproportionale Reduzierung des Kreditvolumens im Segment Strukturierte Finanzierung mit 1,7 Mrd. € der überwiegende Teil des Rückgangs auf die Sonstigen Sicherheiten.

Unterstützt wird die Risikominderung mittels Sicherheiten durch Risikoausplatzierung. Insgesamt wurden seit 2001 rund 22 Mrd. € durch synthetische Verbriefungen ausplatziert. Unter den aktuellen Risikoausplatzierungen in Höhe von 8,6 Mrd. € werden Kredite, für die andere Banken und öffentliche Stellen das Kreditrisiko übernommen haben, sowie synthetische Ausplatzierungen von Kreditforderungen ausgewiesen. Durch die synthetischen Ausplatzierungen ist die Bank gegen die Adressenausfallrisiken aus den Engagements abgesichert, obwohl diese nach wie vor in der Bilanz ausgewiesen und weiterhin seitens der IKB betreut werden. Zum Bilanzstichtag betrug die Inanspruchnahme dieser Kredite 5,4 Mrd. €, davon entfallen 4,4 Mrd. € auf Kredite, für die die Bank lediglich Erstverlustrisiken in Höhe von 14 Mio. € zurückbehalten hat. Kredite in einem Volumen von 1,0 Mrd. € entfallen auf Risikoausplatzierungen, bei denen lediglich der erwartete und Teile des unerwarteten Verlustes in Höhe von insgesamt 39 Mio. € ausplatziert sind. Diese Subordination wird derzeit auf Basis von Erwartungswerten auch unter Rezessionsbedingungen noch als ausreichend angesehen.

Geographische Struktur. Nach Regionen teilt sich das Gesamtkreditvolumen zum 31. März 2010 wie folgt auf:

Regionen in Mio. €	31.3.2010 Kreditvolumen		31.3.2009 Kreditvolumen	
Inland	11.873	41 %	13.407	40 %
Alte Bundesländer	9.934	34 %	11.258	34 %
Neue Bundesländer	1.940	7 %	2.149	6 %
Ausland	7.048	24 %	8.739	26 %
Westeuropa	5.918	21 %	6.516	20 %
Osteuropa	685	2 %	720	2 %
Nordamerika	184	1 %	1.180	4 %
Sonstige Länder	261	1 %	323	1 %
Summe	18.921	66 %	22.147	67 %
Risikoausplatzierungen ¹⁾	8.576	30 %	9.811	29 %
Marktsegmente gesamt	27.497	95 %	31.957	96 %
Segment Portfolio Investments	1.313	5 %	1.329	4 %
Konzern gesamt	28.810	100 %	33.286	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Der Rückgang des Kreditvolumens entfällt innerhalb der Marktsegmente insbesondere auf die alten Bundesländer (-1.324 Mio. €) und das nordamerikanische Ausland (-996 Mio. €). Letztgenannter steht im Zusammenhang mit der Einstellung des Geschäfts der IKB CC. Ansonsten ist die regionale Struktur des Kreditgeschäfts im Vergleich zum Vorjahr weitgehend konstant geblieben.

Aufgliederung des Länderobligos nach dem Länderrating der IKB:

Länderbonitäten ¹⁾ Kreditvolumen in Mio. €	31.3.2010 Gesamt ²⁾	Länderbonitäten				
		1 - 4	5 - 7	8 - 10	11 - 13	14 - 15
Ausland	7.048	6.493	286	228	41	0
Westeuropa	5.918	5.768	150	0	0	0
Osteuropa	685	426	79	178	2	0
Nordamerika	184	180	5	0	0	0
Sonstige Länder	261	120	53	49	39	0

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) ohne Risikoausplatzierungen; steigendes Risiko bei steigender Ratingklasse

2) Absicherungen durch ECA (Export Credit Agencies)-Deckungen sind betragsmindernd berücksichtigt; sonstige Sicherheiten bleiben unberücksichtigt.

92 % des auf das Ausland entfallenden Kreditvolumens waren den besten Länderrisikoklassen 1 bis 4 zuzuordnen. Zusätzlich entfielen Risikoausplatzierungen (z. B. durch Hermes abgesichert) von 1,0 Mrd. € auf ausländische Kreditnehmer.

Die Inanspruchnahme der Kredite der Risikoklassen 11 bis 13 betrifft im Wesentlichen die Türkei (25 Mio. €) und die Philippinen (9 Mio. €).

Innerhalb von Westeuropa verteilen sich die Risiken auf folgende Staaten:

in Mio. €	Kreditvolumen	davon Unternehmen	davon unmittelbares Staatenrisiko	nachr.: sonstiges Adressenausfallrisiko ¹⁾
Großbritannien	1.213	1.213	-	729
Frankreich	1.205	1.157	48	781
Italien	1.103	471	632	70
Spanien	901	829	73	415
Niederlande	403	361	42	101
Irland	234	234	-	20
Schweiz	162	162	-	62
Griechenland	150	-	150	-
Luxemburg	118	118	-	45
Belgien	115	56	59	20
Sonstige	314	251	62	361
Westeuropa gesamt	5.918	4.852	1.066	2.605

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) nicht im Kreditvolumen enthaltene Geldmarktgeschäfte, Bankschuldverschreibungen und Marktwerte Derivate

Darüber hinaus hält die Bank vier sogenannte First-to-default-Wertpapiere in Höhe von insgesamt 0,2 Mrd. €, deren Rückzahlung im Falle eines Staatsdefaults in Form von Staatsanleihen dieses Landes erfolgt. Als Referenz dienen u. a. auch die Länder Griechenland, Irland, Italien, Spanien und Portugal.

Seit Ende des Jahres 2009 führten die Verschuldungen einiger EU-Staaten zu massiven Vertrauensverlusten in die Europäische Währungsunion. Um eine weitere Ausdehnung dieser Vertrauenskrise zu verhindern und damit die Stabilität des Euro zu sichern, haben sich mittlerweile die gesamten Euro-Staaten auf einen Stabilitätspakt verständigt, der die Zahlungsfähigkeit der EU-Staaten sicherstellen soll. Aufgrund dieser Stützungsmaßnahmen der EU sieht die Bank derzeit keine erhöhten Adressenausfallrisiken hinsichtlich dieser Staaten.

Die Länderrisiken werden implizit im Ratingverfahren der Bank und bei der Berechnung der Wertminderungen für signifikante Forderungen berücksichtigt. Eine separate Länderrisikovor-sorge auf der Grundlage der Länderobligen wird nicht gebildet.

Branchenstruktur. Zur Bewertung des Branchenrisikos führt die IKB für rund 370 Branchen regelmäßig einen Ratingprozess durch, der im abgelaufenen Geschäftsjahr unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung in einzelnen Branchen zu zum Teil deutlichen Bonitätsanpassungen einzelner Kreditnehmer führte. Das Verfahren basiert auf einem ökonomischen Modell, das sowohl die makroökonomischen nationalen und internationalen Entwicklungen als auch Branchenzusammenhänge berücksichtigt. Hierbei wird die Expertise der Branchenspezialisten der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Bank genutzt.

Branchen in Mio. €	31.3.2010 Kreditvolumen		31.3.2009 Kreditvolumen	
	Industriebranchen	13.094	45 %	15.791
Maschinenbau	1.257	4 %	1.365	4 %
Energieversorgung	1.105	4 %	1.267	4 %
Hilfs-/Nebentätigkeit für den Verkehr	773	3 %	850	3 %
Einzelhandel ohne Kfz	767	3 %	817	2 %
Dienstleistungen	747	3 %	813	2 %
Sonstige Industriebranchen	8.445	29 %	10.679	33 %
Immobilien	2.631	9 %	3.256	10 %
Finanzsektor	569	2 %	989	3 %
Öffentlicher Sektor/Banken	2.627	9 %	2.110	6 %
Summe	18.921	66 %	22.147	67 %
Risikoausplatzierungen ¹⁾	8.576	30 %	9.811	29 %
Marktsegmente gesamt	27.497	95 %	31.957	96 %
Segment Portfolio Investments	1.313	5 %	1.329	4 %
Konzern gesamt	28.810	100 %	33.286	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Der Diversifizierungsgrad in den Industriebranchen ist unverändert hoch. Auf keine Industriebranche entfällt ein Portfolioanteil von mehr als 5 %. Der Anstieg des Kreditvolumens im Bereich „Öffentlicher Sektor/Banken“ ist auf die verstärkte Anlage von Pufferliquidität in Staatsanleihen zurückzuführen. Rund 60 % der Immobilienfinanzierungen entfallen auf Büro- und Handelsimmobilien. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Immobilienarten.

Um im Sinne der Risikofrüherkennung und des aktiven Risikomanagements Maßnahmen zur Risikoreduzierung einleiten zu können, werden anlassbezogen Sonderanalysen über das Portfolio in unseres Erachtens kritisch einzuwertenden Branchen initiiert. So wurden im Berichtsjahr insbesondere Früherkennungsmaßnahmen für den von der abgeschwächten Konjunktur besonders betroffenen Automobilsektor eingeleitet. Den hierbei identifizierten erhöhten Risiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge Rechnung getragen.

Bonitätsstruktur Marktsegmente. Das Gesamtkreditvolumen ohne das Segment Portfolio Investments verteilt sich auf die internen Ratingklassen wie folgt:

Bonitätsstruktur ¹⁾ in Mio. €	31.3.2010 Kreditvolumen		31.3.2009 Kreditvolumen	
	1 - 4	1.842	7 %	1.444
5 - 7	3.312	12 %	4.084	13 %
8 - 10	5.130	19 %	6.366	20 %
11 - 13	4.588	17 %	5.949	19 %
14 - 15	1.279	5 %	1.571	5 %
Problemengagements ²⁾	2.770	10 %	2.732	9 %
Summe	18.921	69 %	22.147	69 %
Risikoausplatzierungen ³⁾	8.576	31 %	9.811	31 %
Marktsegmente gesamt	27.497	100 %	31.957	100 %

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Sinkende Bonität bei steigender Ratingklasse

2) Buchwerte, d. h. nach Abzug von Verlusten wertgeminderter Finanzanlagen (31. März 2010: 98 Mio. €; 31. März 2009: 156 Mio. €)

3) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Die Kreditvolumina und Anteile am Gesamtportfolio in den mittleren Bonitätsklassen 5 bis 13 haben einhergehend mit dem Rückgang des Kreditvolumens insgesamt abgenommen. Der Anstieg des Kreditvolumens in der besten Bonitätsklasse ist auf die verstärkte Anlage von Pufferliquidität in Staatsanleihen zurückzuführen. Der Anstieg der Problemengagements ist der rezessiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geschuldet. Für das Geschäftsjahr 2010/11 erwartet die Bank eine Stabilisierung der Bonitätsstruktur.

Identifikation und Betreuung von Problemengagements. Alle kreditrisikobehafteten Positionen werden ständig überwacht. Die Betreuung von Problemengagements erfolgt in spezialisierten Betreuungseinheiten. Ziel dieser Sonderbetreuung ist es, durch eine enge Begleitung rechtzeitig tragfähige Maßnahmen zu ergreifen, um die Überlebensfähigkeit der Unternehmen zu erreichen oder im Falle eines Scheiterns dieser Bemühungen den wirtschaftlichen Schaden zu reduzieren. Angesichts der aktuellen konjunkturellen Lage stehen nicht nur die Non-performing Loans, sondern auch alle Engagements, für die zwar keine nachhaltigen Wertminderungen erwartet werden, die jedoch aufgrund der vorliegenden Informationen einer speziellen Betreuung durch die auf Abwicklung oder Sanierung spezialisierten Einheiten bedürfen, in einem besonderen Fokus.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Problemengagements:

Tabelle: Problemengagements¹⁾ Marktsegmente

Kreditvolumen	31.3.2010 in Mio. €	31.3.2009 in Mio. €	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Wertgemindert (Non-performing Loans)	2.172	2.138	34	+1,6 %
Nicht wertgemindert	696	751	-55	-7,3 %
Gesamt	2.869	2.889	-20	-0,7 %
In % des Kreditvolumens der Marktsegmente	10,4 %	9,0 %		

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Buchwerte inklusive Verluste wertgeminderter Finanzanlagen (31. März 2010: 98 Mio. €; 31. März 2009: 156 Mio. €)

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die in den Marktsegmenten als Non-performing Loans eingestuften Forderungen:

Tabelle: Non-performing Loans Marktsegmente

Kreditvolumen	31.3.2010 in Mio. €	31.3.2009 in Mio. €	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Inland	1.561	1.245	316	+25,4 %
Alte Bundesländer	953	763	190	+24,9 %
Neue Bundesländer	608	482	126	+26,1 %
Ausland	407	472	-65	-13,8 %
Wertgeminderte Kredite	1.968	1.717	251	+14,6 %
Wertpapiere (wertgeminderte Finanzanlagen) ¹⁾	204	421	-217	-51,5 %
Wertgemindert (Non-performing Loans) gesamt	2.172	2.138	34	+1,6 %
In % des Kreditvolumens der Marktsegmente	7,9 %	6,7%		

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) Buchwerte zuzüglich Verluste wertgeminderter Finanzanlagen (31. März 2010: 98 Mio. €; 31. März 2009: 156 Mio. €)

Der Anstieg der Non-performing Loans entfällt ausschließlich auf inländische Unternehmensfinanzierungen. Dem steht aufgrund des Assetverkaufs bei der IKB CC ein geringfügiger Rückgang der Problemengagements im Ausland gegenüber. Ebenfalls rückläufig waren die dauerhaft wertgeminderten Finanzanlagen in den Marktsegmenten. Dies ist im Wesentlichen begründet durch First-to-default-Wertpapiere auf Länderebene, die auf Grundlage der aktuellen Markt-Spreads nicht mehr als nachhaltig wertgemindert eingestuft wurden.

Risikovorsorge. Für Risiken aus dem Kreditgeschäft wird bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung des Kredits eine Risikovorsorge in Form einer Wertberichtigung gebildet. Für Eventualverbindlichkeiten wird bei drohender Inanspruchnahme eine Rückstellung gebildet.

Bei der Bemessung der erforderlichen Wertberichtigung berücksichtigt die IKB sowohl die Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Cashflows als auch den Wert der jeweiligen Besicherung. Verantwortlich für die Festsetzung der Wertberichtigungen in der IKB AG und der IKB S.A. ist der Bereich Kreditrisikomanagement, der jeden Fall einzeln beurteilt, die Sanierungsstrategie bewertet und die Schätzung der erwarteten Zahlungseingänge vornimmt. Die Festsetzung von Wertberichtigungen bei den Tochtergesellschaften IKB Leasing GmbH, IKB CC und der IKB Private Equity erfolgt durch die Tochtergesellschaften.

Im Berichtszeitraum 1. April 2009 bis 31. März 2010 lag die Risikovorsorge im Kreditgeschäft mit 494 Mio. € deutlich unter dem Vorjahresniveau von 590 Mio. €. Insbesondere im Segment Strukturierte Finanzierungen (2009/10: 194 Mio. €; 2008/09: 324 Mio. €) war bei Akquisitionsfinanzierungen sowohl im In- als auch im Ausland ein signifikanter Rückgang der Risikovorsorge zu verzeichnen. Die Berücksichtigung der negativen Konjunkturauswirkungen erfolgte in Form einer starken Erhöhung der Portfoliowertberichtigungen bereits im vergangenen Geschäftsjahr, sodass im Berichtszeitraum kaum Portfoliowertberichtigungen zusätzlich gebildet werden mussten (2009/10: 2 Mio. €; 2008/09: 100 Mio. €). Zudem war ein Anstieg der Auflösung von Einzelwertberichtigungen um rund 43 Mio. € sowie der Direktabschreibungen um 39 Mio. € zu verzeichnen.

Tabelle: Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	1.4.2009 - 31.3.2010 in Mio. €	1.4.2008 - 31.3.2009 in Mio. €	Veränderung
Zuführung zu EWB/Rückstellungen	554,6	549,0	+1 %
Direktabschreibungen	50,5	11,9	+324 %
Eingänge aus abgeschrieben Forderungen	-6,8	-7,9	-14 %
Zuführung zu/Auflösungen von Portfoliowertberichtigungen	1,5	99,8	-98 %
Auflösung von Einzelwertberich- tigungen/Rückstellungen	-105,9	-63,2	+68 %
Risikovorsorge im Kreditge- schäft	493,9	589,6	-16 %
Bestandsentwicklung EWB/Rückstellungen			
Anfangsbestand	871,3	801,5	+9 %
Inanspruchnahme	-349,4	-399,9	-13 %
Auflösung	-105,9	-63,2	+68 %
Umgliederung	-	-0,8	-100 %
Unwinding	-24,8	-21,1	+18 %
Zuführung EWB/Rückstellungen	554,6	549,0	+1 %
Fremdwährungsänderung	-4,8	5,8	k.A.
Bestand EWB/Rückstellungen	941,0	871,3	+8 %
Portfoliowertberichtigungen			
Anfangsbestand	184,6	83,0	+122 %
Zuführung/Auflösung	1,5	99,8	-98 %
Fremdwährungsänderung	-1,0	1,8	k.A.
Bestand Portfoliowertberich- tigungen	185,1	184,6	+0 %
Bestand Risikovorsorge ge- samt (inkl. Rückstellungen)	1.126,1	1.055,9	+7 %

Der Risikovorsorgebestand für das traditionelle Kreditgeschäft beträgt zum 31. März 2010 einschließlich der Portfoliowertberichtigungen 1.126 Mio. €. Die Abdeckung der als „impaired“ klassifizierten Kredite durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen beträgt 48 % (49 % zum 31. März 2009). Dieser Rückgang ist Ausdruck der im letzten Jahr fortgesetzten Ausbuchung von als uneinbringlich angesehenen Engagements, die bereits in den Vorjahren zu einem sehr hohen Anteil wertberichtigt worden waren.

Portfoliowertberichtigungen. Durch Portfoliowertberichtigungen werden Verluste abgedeckt, die zwar schon eingetreten sind, aber noch nicht individuell identifiziert werden konnten. Die Bank unterscheidet hierbei zwei Subportfolien: zum einen Kredite, für die kein objektiver Hinweis auf eine individuelle Wertminderung vorliegt, und zum anderen Kredite, die zwar als Problemkredite identifiziert wurden, für die aufgrund ihrer Besicherung und/oder Cashflow-Erwartung eine Einzelwertberichtigung als nicht erforderlich angesehen wurde.

Die Verlustschätzung erfolgt auf Basis historischer Daten und Expertenabschätzungen. Dem vorhandenen Zeitverzug bis zur Identifikation bzw. zum Bekanntwerden eines Verlustereignisses (occurred loss) wird durch Anwendung eines Skalierungsfaktors für die Zeit zwischen Eintreten des Verlustereignisses und dessen Identifikation (Loss-Identification-Period-Faktor) Rechnung getragen.

Bei der Ermittlung der Portfoliowertberichtigungen wurden im Berichtsjahr die Parameter zur Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit durch die Einführung einer neuen Ratingskala und die Schätzung der Verlusthöhe bei Ausfall für Akquisitionsfinanzierungen neu gefasst. Im Vergleich zum September 2010 wurde die Ausfallwahrscheinlichkeit für die Bonitätsstufe 15

erhöht, um die erwarteten Kreditausfälle in der Krise adäquat abzubilden. Zudem wurden die auf Basis historischer Werte abgeleiteten Ausfallwahrscheinlichkeiten zur Anpassung an die Konjunkturerwartung durch die Verwendung von makroökonomischen Parametern in dem Modell mit einem von 40 % auf 60 % erhöhten Aufschlag ermittelt; für Akquisitionsfinanzierungen wurde der Aufschlag auf 20 % gesenkt.

Zum 31. März 2009 hätten die aktuellen Parameter folgende Auswirkungen auf die Höhe der Portfoliowertberichtigung gehabt:

Neue Ratingskala:	+0,5 Mio. €
Verlusthöhe Akquisitionsfinanzierungen:	+5,8 Mio. €
Erhöhter Konjunkturaufschlag:	+6,1 Mio. €
Ingesamt:	+12,4 Mio. €

Die Schätzungsänderungen wurden gemäß IAS 8 prospektiv berücksichtigt.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Alle relevanten Informationen aus den Kreditgeschäften werden vom Bereich Risikocontrolling im Rahmen des vierteljährlichen Kreditrisikoreports detailliert aufbereitet und dem Vorstand vorgelegt und erläutert. Zusätzlich erhalten der Aufsichtsrat sowie die Aufsichtsbehörden vierteljährlich eine umfassende Risikoberichterstattung (Dashboard), die alle wesentlichen Informationen zur Gesamtrisikoposition im Konzern enthält.

Investments in strukturierte Kreditprodukte. Im Laufe des Geschäftsjahres konnten die Risiken aus diesen Positionen weiter abgebaut werden. Gleichzeitig stiegen Fundamentalwert und Fair Value der verbliebenen Portfolioinvestments an.

Das Kreditvolumen für das Segment Portfolio Investments besteht per 31. März 2010 aus:

- 0,57 Mrd. € (31. März 2009: 0,57 Mrd. €) auf die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings übertragenen Assets von nominal 1,85 Mrd. € (31. März 2009: 2,65 Mrd. €). Das Risiko der IKB ist hierbei beschränkt auf einen Junior Loan mit einem Buchwert von 0,19 Mrd. € (31. März 2009: 0,12 Mrd. €). Das über dieses Erstverlustrisiko hinausgehende Risiko wurde von der KfW durch einen Senior Loan sowie von der Lone-Star-Gruppe durch einen Mezzanine Loan übernommen. Diese Verbindlichkeiten gegenüber der KfW und Lone Star reduzierten sich durch Tilgungen des Senior Loans im Geschäftsjahr um nominal 0,43 Mrd. € auf 0,26 Mrd. €. Nach dem 31. März 2010 erfolgten weitere Tilgungen von 0,06 Mrd. €.
- 0,58 Mrd. € (31. März 2009: 0,55 Mrd. €) nicht an Rio Debt Holdings veräußerten Portfolioinvestments von nominal 0,61 Mrd. € (31. März 2009: 0,73 Mrd. €), die keine Subprime-Risiken mehr enthalten. Davon sind 0,34 Mrd. € synthetische Transaktionen, die sich aufgrund der Lehman-Insolvenz in Abwicklung befinden und durch entsprechende Sicherheiten gedeckt sind. Darüber hinaus enthalten sind zwei ebenfalls synthetische Transaktionen (Nominalvolumen 0,20 Mrd. €), die nach einer im Mai 2009 erfolgten Umstrukturierung nicht mehr mit gemischten Referenzaktiva (Unternehmen und ABS) unterlegt sind, sondern nunmehr ausschließlich auf Unternehmen und Staaten referenzieren. Die Umstrukturierung führte zu einer signifikanten Steigerung von Stabilität und Werthaltigkeit der Transaktionen. Weiterhin befindet sich eine Principal Protected Note mit einem Nominalvolumen von 0,07 Mrd. € auf der Bilanz, deren ursprüngliches Portfoliorisiko zu 100 % abgesichert ist.
- 0,17 Mrd. € (31. März 2009: 0,15 Mrd. €) von der KfW abgesicherten Risiken mit einem Nominalvolumen von 0,18 Mrd. € (31. März 2009: 0,34 Mrd. €). Diese Position wird in den folgenden Tabellen nicht weiter berücksichtigt. Im Berichtszeitraum liefen abgesicherte Risiken von nominal 0,16 Mrd. € aus, ohne dass hierbei Verluste für die IKB oder KfW entstanden. Im April 2010 wurden weitere 0,17 Mrd. € zu pari aufgelöst, sodass nur noch eine Position mit einem Nominalvolumen von 0,01 Mrd. € ohne weiteres Risiko verbleibt.

Neben den vorgenannten Portfolioinvestments sind weiterhin Verbriefungspositionen mit einem Kreditvolumen in Höhe von 0,11 Mrd. € und einem Nominalvolumen von 0,21 Mrd. € (31. März 2009: Kreditvolumen 0,16 Mrd. €, nominal 0,26 Mrd. €) aus den Marktsegmenten im Bestand. Die Positionen der IKB CC wurden im Laufe der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres verkauft.

Für die IKB ergibt sich folgendes Bild bei der Ratingklassenverteilung der strukturierten Kreditprodukte aus Rio Debt Holdings, dem Segment Portfolio Investments sowie den Marktsegmenten:

*Tabelle: Bonitätsstruktur strukturierter Kreditprodukte IKB Konzern**

	31.3.2010		31.3.2009	
	Nominal in Mrd. €	in %	Nominal in Mrd. €	in %
Aaa	0,2	7	0,3	8
Aa	0,1	2	0,1	2
A	0,1	1	0,2	7
Baa	0,3	11	0,6	17
Ba/B	0,4	14	0,3	9
Sub B und ohne Rating**	1,7	64	2,1	57
Gesamt	2,7	100	3,6	100

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

* Die Darstellung erfolgt einheitlich in der Ratingbezeichnung von Moody's. Sofern von zwei oder mehr Ratingagenturen ein Rating vorliegt, wurde das schlechtere Rating angesetzt.

** Die Kategorie „Sub B und ohne Rating“ enthält vier aufgrund der Lehman-Insolvenz in Abwicklung befindliche synthetische Transaktionen mit einem Volumen von 0,34 Mrd. €, für die die Ratings zurückgezogen wurden. Die sich aus diesen Transaktionen für die IKB ergebenden Risiken sind auf rechtliche Risiken im Rahmen der Abwicklung sowie die Werthaltigkeit der gestellten Sicherheiten begrenzt.

Die Verteilung der Underlying Assets der strukturierten Kreditprodukte ist wie folgt:

Tabelle: Underlying-Assetstruktur strukturierter Kreditprodukte IKB Konzern

Underlying-Portfolien	31.3.2010		31.3.2009	
	Nominal in Mrd. €	in %	Nominal in Mrd. €	in %
Corporates	0,8	31	1,2	32
ABS	1,8	69	2,3	62
davon mit Subprime-Anteilen*	1,2	47	1,6	44
ABS + Corporates gemischt	-	-	0,2	5
davon mit Subprime-Anteilen	-	-	0,2	5
Gesamt	2,7	100	3,6	100

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

* Davon handelt es sich bei 0,12 Mrd. € um eine in Abwicklung befindliche synthetische CDO-of-ABS-Transaktion, die auf Subprime-Underlyings referenzierte. Die sich aus dieser Transaktion für die IKB ergebenden Risiken sind allerdings auf rechtliche Risiken im Rahmen der Abwicklung sowie die Werthaltigkeit der gestellten Sicherheiten begrenzt, d. h. es die IKB trägt hieraus kein Subprime-Risiko mehr.

Die Portfolioinvestments mit Corporate Underlyings (CDOs of Corporates und CLOs) betreffen mit 0,3 Mrd. € die Ratingklassen Sub B und haben zu 38 % (31. März 2009: 49 %) Referenzunternehmen mit Sitz in Nordamerika.

Von den Portfolioinvestments mit ABS-Underlyings werden 1,7 Mrd. € von Rio Debt Holdings gehalten. Daneben bestehen noch ein sich in Abwicklung befindliches Investment (CDO of ABS) in Höhe von 0,1 Mrd. € sowie ein Student Loan ABS (0,01 Mrd. €) mit einem Rating von Aaa. Der überwiegende Teil der Underlying Assets liegt in Nordamerika (97 %; 31. März 2009: 94 %).

Liquiditäts- und Marktpreisrisiken

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko ist das Risiko, dass die IKB nicht mehr in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen termingerecht zu erfüllen (Liquiditätsrisiko) oder am Markt zu angemessenen Konditionen Refinanzierungsmittel aufzunehmen (Refinanzierungsrisiko).

Der kurzfristige Liquiditätsbedarf der Bank wurde im Berichtszeitraum – und wird auch weiterhin – im Wesentlichen durch Mittelaufnahmen am Interbankengeldmarkt (Tages- und Termingelder) in besicherter Form, die Teilnahme am EZB-Tenderverfahren und die Hereinnahme von Kundengeldern gedeckt. Im Berichtszeitraum hat sich das Volumen der neu hereingenommenen Kundeneinlagen positiv entwickelt. Der Bestand beläuft sich mittlerweile auf rund 2,7 Mrd. €.

Maßgeblich für die Generierung mittelfristiger Liquidität war der erweiterte Garantierahmen des SoFFin (siehe Kapitel „Wichtige Ereignisse“).

Mittel- und langfristige Liquidität konnte ebenfalls durch Verkäufe von Aktiva sowie im geringeren Umfang auch durch Emission von durch den Einlagensicherungsfonds garantierten Schuldscheindarlehen generiert werden. Weitere Mittel fließen der IKB aus Förderkreditprogrammen der KfW und der Landesförderinstitute zu, die die IKB bei der Finanzierung ihrer mittelständischen Kunden einsetzt.

Die IKB hat die beiden bis zum März 2011 befristeten Liquiditätslinien der KfW in Höhe von 3 Mrd. € vorzeitig gekündigt.

Die Bank rechnet, verteilt über die nächsten zwölf Monate, je nach Entwicklung des Neugeschäfts mit einem zu deckenden Mittelbedarf von 6 bis 7 Mrd. €. Zur Refinanzierung dieses Bedarfs stehen im Wesentlichen die Ziehungsmöglichkeiten bei der EZB sowie die Hereinnahme von durch den Einlagensicherungsfonds garantierten Passiva und die Veräußerung von Bilanzaktiva zur Verfügung. Die IKB plant zudem, im Laufe des Geschäftsjahres 2010/11 eigene unbesicherte Anleiheemissionen – u. a. über das aktualisierte Debt Issuance Programme – am Kapitalmarkt zu platzieren.

Die Liquiditätsplanung basiert auf einer Reihe von Annahmen über die oben genannten und weitere liquiditätsbestimmende Faktoren der Aktiv- sowie der Passivseite. Im Falle eines kumulierten Nichteintrittes mehrerer dieser Annahmen können sich Liquiditätsengpässe ergeben. In Betracht kommt hier z. B. eine Marktentwicklung, die den Verkauf von Bilanzaktiva ebenso wenig erlaubt wie den Ausbau von durch den Einlagensicherungsfonds garantierten Passiva und die Platzierung eigener unbesicherter Anleihen am Kapitalmarkt.

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird das Risiko von Wertveränderungen aufgrund von Schwankungen von am Markt beobachtbaren Parametern (Risikofaktoren) bezeichnet. Die für die IKB relevanten Risikofaktoren umfassen Wechselkurse, Zinsen und Credit Spreads, Volatilitäten (Optionspreise) und Aktienpreise. Das Management von Marktpreisrisiken erfolgt auf Konzernebene.

Die IKB unterscheidet die Portfolien Eigenhandel, Investmentportfolio (Eigenmittelanlage und Liquiditätsreserve) und Kreditrefinanzierung. Die Liquiditätsreserve stellt Anlagen dar, die bei der Zentralbank oder im Interbankengeschäft kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung eingesetzt werden können. Die Kreditrefinanzierung umfasst das Kreditgeschäft, das Kreditersatzgeschäft (z. B. Corporate-Bond- und Schuldscheindarlehen-Investments) sowie die nicht Nachrangigen Refinanzierungsinstrumente der Bank. Alle Portfolien werden täglich bewertet. Ihr Risikogehalt wird in einem barwertorientierten Value-at-Risk-System gemessen, welches die Grundlage für die Limitierung der Marktpreisrisiken darstellt.

Zinsänderungsrisiko. Zinsänderungsrisiken bestehen in möglichen Wertveränderungen von Aktiv- und Passivpositionen bei Verschiebungen der risikolosen Zinskurve. Die IKB setzt eine Vielzahl von Instrumenten zur Steuerung und Absicherung ihres Zinsrisikos ein. Sie schließt Transaktionen mit diesen Instrumenten sowohl in ihrem Handelsbuch als auch in ihrem Anlagebuch ab. Risiken im Handelsbuch und im Anlagebuch werden mit vergleichbaren Methoden gemessen und überwacht.

Das Zinsänderungsrisiko der IKB liegt insbesondere im Investmentportfolio.

Credit-Spread-Risiko. Spread-Risiken ergeben sich aufgrund von Änderungen der in Kursen von Wertpapieren und Derivaten eingepreisten Bonitäts- und Liquiditätsaufschläge auf den risikolosen Zinssatz.

Das relevante Spread-Risiko der IKB resultiert insbesondere aus den Wertpapieren und Schuldscheindarlehen des Investmentportfolios, dem aus der Transaktion mit Rio Debt Holdings zurückbehaltenen First Loss Piece sowie den sonstigen verbliebenen Portfolioinvestments.

Volatilitätsrisiko. Volatilitätsrisiken bestehen in möglichen Wertänderungen von Optionspositionen, die nicht micro-gehedgt sind, aufgrund von Änderungen der am Markt beobachteten impliziten Volatilitäten bzw. Optionspreise. Verbleibende Optionsstillhalterpositionen liegen insbesondere im Investmentportfolio der Bank.

Fremdwährungsrisiko. Fremdwährungsrisiken ergeben sich aufgrund von Schwankungen des jeweiligen Wechselkurses zum Euro. In der IKB bestehen im Wesentlichen nur Währungspositionen in USD, GBP, JPY und CHF. Kredite in Fremdwährungen inklusive ihrer zukünftigen Erträge werden bezüglich der Fremdwährungsrisiken nahezu vollständig abgesichert.

Quantifizierung der Marktpreisrisiken. Zur Quantifizierung des Marktpreisrisikos im Rahmen der operativen Steuerung und täglichen Überwachung verwendet die Bank einen Value-at-Risk-Ansatz für eine Haltedauer von 10 Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 %. Der Value at Risk drückt den Wertverlust des Portfolios der Bank über einen Zeitraum von 10 Tagen (Haltedauer) aus, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. Der Value at Risk wird mittels historischer Simulation berechnet, wobei alle relevanten Risikofaktoren (Zinsen, Volatilitäten, Wechselkurse, Spreads, Aktienpreise) berücksichtigt werden. Um den spezifischen Besonderheiten aller Produkte gerecht zu werden, findet bei der historischen Simulation eine volle Bewertung der strukturierten Zinsprodukte anhand von historischen Marktszenarien unter Berücksichtigung von Korrelationseffekten statt. Für nicht-strukturierte Instrumente erfolgt eine Abschätzung des Marktwerteffekts auf Basis von Zins-, Wechselkurs- und Spread-Sensitivitäten der Instrumente. Im Rahmen der Value-at-Risk-Ermittlung erfolgt die historische Simulation auf Basis einer zweijährigen Historie von 500 Szenarien, die aktuell im Wesentlichen den Zeitraum seit Beginn der Finanzmarktkrise umfasst. Der Value at Risk für das 99%-Konfidenzniveau entspricht dann dem fünf schlechtesten Szenarioergebnis der Simulation. Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit wird der Value at Risk auf einem Konfidenzniveau von 99,76 % (Liquidationssicht) bzw. 90 % (Going-Concern-Sicht) mit einer Haltedauer von einem Jahr ermittelt (siehe Abschnitt „Risikotragfähigkeit“).

Um die Vorhersagekraft der eingesetzten Modelle zu prüfen, wird ein regelmäßiges Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse werden im Rahmen des monatlichen MaRisk-Reportings dem Vorstand berichtet. Dieses Backtesting zeigte bisher, dass die täglich eingetretenen Ergebnisveränderungen durch die Value-at-Risk-Berechnungen zutreffend abgebildet wurden.

Entwicklung des Marktpreisrisikoprofils. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Marktrisikoprofils im Konzern auf Basis von Basis Point Value (BPV), Vega und des Value at Risk zum 99%-Konfidenzniveau mit einer Haltedauer von 10 Tagen. Der „BPV“ gibt die Barwertänderung des Portfolios bei einer parallelen Verschiebung aller Zinskurven um einen

Basispunkt (0,01 %) nach oben an. Das „Vega“ gibt die Barwertänderung des Portfolios bei Erhöhung von Zinsvolatilitäten um plus 1 % an.

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Basis Point Value	0,02	0,1
Vega	-1,0	-17,1
VaR – Fremdwährung	-8,6	-9,3
VaR – Zins und Volatilität	-38,1	-126,1
VaR – Spread	-112,6	-123,8
Korrelationseffekt	49,6	54,7
VaR gesamt	-109,7	-204,5

Der Rückgang des Vega und des Value at Risk (Zins und Volatilität) resultiert aus der im Geschäftsjahr 2009/10 weitgehend umgesetzten Strategie des Abbaus nicht-strategischer Assets und Derivate im Investmentportfolio mit eingebetteten Optionsstillhalterpositionen. Dieser Assetabbau hat zudem zu einem Rückgang des Spread-VaR um ca. 11 Mio. € geführt.

Das verbleibende Credit-Spread-Risiko resultiert im Wesentlichen aus Staatsanleihen, Pfandbriefen, Corporate Bonds und Schuldscheindarlehen. Das aus Portfolioinvestments resultierende Credit-Spread-Risiko für die IKB ist aufgrund der durch die KfW und Lone Star (LSF Aggregated Lendings S.A.R.L.) an Rio Debt Holdings gewährten Darlehen und des damit übernommenen Risikos lediglich von nachgeordneter Bedeutung.

Limitierung. Die Limitierung besteht aus einem Value-at-Risk-Limit für den Konzern, basierend auf einem 99%-Konfidenzniveau bei einer angenommenen Haltedauer von 10 Tagen. Das Value-at-Risk-Limit orientiert sich hinsichtlich der Limithöhe an der Risikotragfähigkeit der Bank. Darüber hinaus werden Währungsrisiken im Gesamtbestand mit einem Volumenlimit für die offene Devisenposition begrenzt. Im zurückliegenden Geschäftsjahr waren keine Limitüberschreitungen zu verzeichnen.

Risikoberichterstattung. Die tägliche Berichterstattung an Vorstand und Treasury umfasst die Bewertungen aller Positionen, das Zinsergebnis, das Marktpreisrisiko und die Limitauslastung.

Darüber hinaus wird der Vorstand monatlich ausführlich über relevante Marktentwicklungen, Veränderungen des Bestandes, Bewertung des Bestandes, Ergebnisentwicklung sowie Markt- und Liquiditätsrisikoprofil informiert. Der Monatsbericht ergänzt zudem die Marktrisikobetrachtung auf Basis Value at Risk um das barwertige Risiko unter Stressannahmen und Kommentierungen über besondere Entwicklungen. Der Aufsichtsrat wird vierteljährlich im Rahmen der Gesamtrisikoberichterstattung mittels des Dashboard über die Marktpreisrisiken informiert.

Operationelle Risiken

Operationelles Risiko ist die Gefahr eines Verlusts, der infolge eines Mangels oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen, außerhalb der Einflussosphäre der Bank liegenden Ereignissen eintritt.

Das im Bereich Risikocontrolling angesiedelte Operational Risk Management (ORM) koordiniert und überwacht das Management der operationellen Risiken. Dem ORM obliegen auch die konzernweite Schadenspotenzialanalyse und die Entwicklung konzernweiter OpRisk-Management- und -Schulungskonzepte. Die operative Risikosteuerung liegt im Verantwortungsbereich der einzelnen Geschäftsfelder, Bereiche und Tochtergesellschaften.

Alle Geschäftseinheiten sind verpflichtet, eingetretene oder beinahe eingetretene Schadensfälle an das Operational Risk Management zu melden. Sämtliche Schadensfälle werden in einer zentralen Schadensfalldatenbank zusammengeführt und auf ihre Ursachen sowie die Auswirkungen untersucht. Hieraus können Verbesserungsvorschläge abgeleitet und umge-

setzt werden. Einmal pro Quartal erfolgt in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Bereichsleitern eine Risikobewertung der OpRisk-Handlungsfelder Personal, Prozesse, Infrastruktur, Rechtsrisiken und Projekte. Die Erkenntnisse fließen in den vierteljährlichen Risikobericht ein.

Das im Geschäftsjahr festgestellte Schadensvolumen betrug insgesamt 1,5 Mio. €. Die größten operativen Risikopotenziale sieht die Bank derzeit in den bestehenden Rechtsrisiken (siehe hierzu Kapitel „Rechtsrisiken“). Ein nicht zu unterschätzendes Risiko bergen zudem die zunehmenden extern induzierten Berichtspflichten und laufenden Rechtsstreitigkeiten, die zusätzlich zu den operativen Tagesarbeiten oder Projektaufgaben erhebliche Ressourcen beanspruchen und damit zu nicht unerheblichen Mehrbelastungen der Mitarbeiter führen.

Neben der regelmäßigen Analyse und Identifikation der Schwachstellen und Optimierungsansätze aller geschäftlichen Abläufe liegt ein weiterer Schwerpunkt auf dem Ausbau der Sicherheitsorganisation und der Anpassung der zugrunde liegenden Prozesse. Hierzu werden unter der Leitung des ORM jährlich Business-Impact-Analysen durchgeführt, die die spezifischen Risikoprofile der einzelnen Geschäftsfelder und Bereiche untersuchen und Risikosteuerungsimpulse ableiten.

Zum Verantwortungsbereich des Operational Risk Management gehört auch das konzernweite Notfallmanagement, das ebenfalls auf der Basis der Business-Impact-Analysen auf dem neuesten Stand gehalten wird. Um eine unternehmensweite Transparenz zu gewährleisten, erfolgt die Darstellung aller Notfallpläne sowohl in umfassender Form im IKB-Intranet als auch in papiergebundener Form in Notfallmanagement-Handbüchern.

Die Qualität der Notfallpläne wird durch regelmäßige Notfalltests und Benutzerübungen in allen Zentralbereichen, Markteinheiten und Tochtergesellschaften sichergestellt.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Über die operationellen Risiken sowie einzelne Schäden und deren Verteilung auf die einzelnen Geschäftseinheiten wird der Vorstand durch das ORM quartalsweise informiert. Bei wesentlichen Risiken oder eingetretenen Schäden erfolgt eine Ad-hoc-Meldung an den Risikovorstand und gegebenenfalls an die Vorstandsmitglieder der darüber hinaus betroffenen Ressorts.

Rechtsrisiken

Unter die operationellen Risiken wird auch das Rechtsrisiko subsumiert, also das Risiko von Verlusten durch Verletzung von rechtlichen Rahmenbedingungen, neue gesetzliche Regelungen und für die Bank nachteilige Änderungen oder Auslegungen (z. B. höchstrichterliche Entscheidungen) bestehender gesetzlicher Regelungen. Die Begrenzung der Rechtsrisiken ist Aufgabe des Bereiches Recht.

Die Wahrnehmung dieser Aufgabe erfolgt durch die verfügbaren internen Ressourcen. Falls notwendig, werden externe Anwaltskanzleien zur Unterstützung eingeschaltet.

Im Tagesgeschäft erfolgt die Sicherstellung rechtlicher Grundqualität durch die Verwendung eines textbausteinbasierten Mustervertragssystems, mit dem insbesondere Kredit- und Sicherheitenverträge erstellt werden können. Abweichungen von diesen Mustern werden durch den Bereich Recht geprüft und freigegeben.

Alle Vertragsmuster werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob Anpassungen aufgrund von gesetzgeberischen Änderungen oder Rechtsprechungen erforderlich sind.

Daneben werden insbesondere Rechtsentwicklungen, die von direkter Bedeutung für das Geschäft der Bank sind, durch Mitwirkung in Gremien und Ausschüssen der Aufsichtsbehörden und des Bundesverbandes deutscher Banken begleitet. Gegenwärtig werden so insbesondere die zahlreichen Gesetzgebungsvorschläge zur Änderung des Aufsichtsrechts beobachtet.

In rechtlichen Auseinandersetzungen sichert der Bereich Recht durch Einsatz spezialisierter Ressourcen, die in besonderer Weise Zugang zu den in der Gesellschaft verfügbaren Informationen erhalten, sowie eine leistungsfähige technische Infrastruktur die Wahrung der Rechtspositionen der Gesellschaft und die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Folgende rechtliche Auseinandersetzungen sind in besonderer Weise risikorelevant.

Rechtsstreitigkeiten wegen angeblich fehlerhafter Kapitalmarktinformation. Gegen die Gesellschaft sind seit Ausbruch der Krise im Sommer 2007 rund 140 Klagen von Anlegern in IKB-Papieren erhoben worden. Diese Klagen stützen sich auf angeblich falsche Inhalte der Pressemitteilung vom 20. Juli 2007, zum Teil aber auch auf angeblich falsche Inhalte der Bilanzpressekonferenz vom 28. Juni 2007 oder auf vermeintlich fehlerhafte Kapitalmarktinformation noch vor diesem Zeitpunkt.

Die genannten gerichtlichen Verfahren belaufen sich insgesamt auf einen (vorläufigen) Gesamtwert von fast 9 Mio. €. Es ist nicht auszuschließen, dass weitere Anleger Schadensersatzklagen gegen die Gesellschaft geltend machen, was das Gesamtrisiko bei einer erfolgreichen Inanspruchnahme entsprechend erhöhen könnte.

Zwischenzeitlich sind bereits mehr als 100 dieser Anlegerklagen durch das Landgericht Düsseldorf erstinstanzlich abgewiesen worden. Die Klageabweisungen in mindestens 80 dieser Fälle sind rechtskräftig. Insgesamt können daraus aber keine zwingenden Rückschlüsse auf den Ausgang der anderen Klageverfahren oder auf etwaige Entscheidungen in höheren Instanzen gezogen werden. Jedoch haben bereits in neun Fällen unterschiedliche Zivilsenate des Oberlandesgerichts Düsseldorf die Berufungen der Kläger zurückgewiesen. Die Senate erklärten die Fälle für nicht revisibel. In keinem der entschiedenen Fälle wurde den Klägern Schadenersatz zugesprochen.

Die IKB hält auch die noch nicht rechtskräftig abgewiesenen Klagen von Anlegern (mit einem verbleibenden vorläufigen Streitwert von rund 6 Mio. €) weiterhin für unbegründet. Es ist aber nicht auszuschließen, dass weitere Anleger Schadensersatzklagen gegen die Gesellschaft geltend machen, was das Gesamtrisiko bei einer erfolgreichen Inanspruchnahme entsprechend erhöhen könnte.

Neben den genannten Klagen gibt es Aktionäre sowie Anleger in anderen IKB-Papieren, die außergerichtlich an die IKB mit der Forderung auf Schadensersatz herangetreten sind.

Weitere Rechtsstreitigkeiten. Der US-amerikanische Anleiheversicherer Financial Guaranty Insurance Company und dessen britische Tochtergesellschaft (zusammen FGIC) reichten am 10. März 2008 gegen die IKB und deren (damalige) Tochtergesellschaft IKB Credit Asset Management GmbH, Düsseldorf, sowie gegen Havenrock II Limited und Calyon S.A. Klage bei einem New Yorker Gericht ein. Die Kläger beantragten in erster Linie, von vertraglichen Verpflichtungen von bis zu 1,875 Mrd. US-\$ zugunsten Havenrock II bzw. Calyon befreit zu werden. Überdies wurden Schadensersatzansprüche gegen die IKB in nicht benannter Höhe geltend gemacht. Die IKB hielt die in der Klageschrift vorgebrachten Vorwürfe für unbegründet.

Ende August 2008 gab FGIC bekannt, dass FGIC und Calyon (nunmehr Crédit Agricole Corporate & Investment Bank) einen Vergleich geschlossen haben, wonach FGIC an Calyon den Betrag von 200 Mio. US-\$ zahlte.

Das New Yorker Gericht wies die von FGIC eingereichte Klage erstmals Ende Dezember 2008 aus verfahrensrechtlichen Gründen ab.

Ende Mai 2009 wies dasselbe erstinstanzliche Gericht einen Antrag von FGIC auf Überprüfung des Dezember-Urteils ab.

Ende November 2009 wurde die Klage auf Grundlage einer zwischen IKB und FGIC geschlossenen und gerichtlich bestätigten Vereinbarung rechtskräftig in New York beendet. Damit verbunden wurden auch seitens FGIC angestrebte Berufungsverfahren in New York beendet.

Ende November 2009 hat FGIC im Zusammenhang mit der Havenrock-II-Transaktion Klage gegen die IKB beim High Court of Justice in London eingereicht und damit Schadenersatz in Höhe von mehr als 200 Mio. US-\$ geltend gemacht. Die IKB hält die in der im Januar 2010 erhaltenen Klageschrift vorgebrachten Vorwürfe für unbegründet.

Im März 2010 hat die IKB daher ihre Klageerwiderung (Defence) vor dem Londoner Gericht eingereicht.

Im Juli 2009 hat darüber hinaus Calyon beim High Court of Justice in London eine gegen die IKB gerichtete Klage eingereicht; die diesbezügliche Klagebegründung (Particulars of Claim) wurde der IKB im August 2009 zugestellt. Calyon macht Schadenersatz in Höhe von mehr als 1,6 Mrd. US-\$ geltend. Auch diese Klage steht – wie das FGIC-Verfahren – im Zusammenhang mit der Havenrock-II-Transaktion. Calyon wirft der IKB u. a. betrügerische Handlungen sowie Vertragsverletzungen vor. Die IKB hält diese Vorwürfe für unbegründet. Ende November 2009 hat die IKB daher ihre Klageerwiderung (Defence) bei dem Londoner Gericht eingereicht.

Anfang Oktober 2009 wurde bekannt, dass King County, eine im US-Bundesstaat Washington ansässige juristische Person öffentlichen Rechts, beim United States District Court of the Southern District of New York eine unbezifferte Sammelklage (Class Action) eingereicht hat, die sich u. a. auch gegen die IKB richtet. Ebenfalls im Oktober 2009 und bei demselben Gericht hat die Iowa Student Loan Liquidity Corporation eine unbezifferte Sammelklage u. a. gegen die IKB eingereicht. Mit beiden Klagen sollen Schadenersatzansprüche wegen falscher bzw. irreführender Ratingangaben zu den von der Zweckgesellschaft Rhinebridge ausgegebenen Senior Notes, die von den Ratingagenturen mit der besten Bonitätsnote bewertet wurden, geltend gemacht werden.

Die IKB hat Anfang Februar 2010 Abweisung der Klagen wegen Nichtzuständigkeit des Gerichts, u. a. wegen fehlender Klagebefugnis und mangelnder Schlüssigkeit der Klagen (sogenannt failure to state a claim) beantragt. Mit Urteilen vom 4. Mai und 18. Mai 2010 wurden die Anträge abgewiesen. Aufgrund der anzuwendenden U.S.-verfahrensrechtlichen Vorschriften befindet sich die IKB damit nun am Anfang des Offenlegungsverfahrens (discovery) für die beiden Verfahren. Die IKB ist der Ansicht, dass die von den Klägern gegen die IKB erhobenen Vorwürfe unbegründet sind und wird sich gegen die Klagen verteidigen.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die IKB darüber hinaus in Bezug auf ihre Aktivitäten und Tätigkeiten sowie die Aktivitäten und Tätigkeiten der IKB Credit Asset Management GmbH im Rahmen von Rhineland Funding Capital Corporation LLC, Delaware, (RFCC), den Havenrock-Transaktionen und/oder Rhinebridge von anderen an diesen Transaktionen beteiligten Parteien auf Schadenersatz in Anspruch genommen wird.

Die KfW hat die IKB mit Vereinbarung vom 10./16. September 2008 in bestimmtem Umfang von Ansprüchen aus Rechtsstreitigkeiten u. Ä. (einschließlich damit zusammenhängender Verfahrenskosten) freigestellt, die im Zusammenhang mit RFCC, Rhinebridge oder den Havenrock-Gesellschaften wegen vor dem 29. Oktober 2008 eingetretener Ereignisse gegen die IKB gerichtet werden. Auch wenn die Freistellung betragsmäßig begrenzt ist, geht die IKB davon aus, dass die Risiken aus aktuell geltend gemachten Rechtsstreitigkeiten durch die Freistellung im Wesentlichen gedeckt sind. Die IKB unterliegt in diesem Zusammenhang umfangreichen Informations-, Auskunft-, Mitwirkungs- und Handlungspflichten gegenüber der KfW. Ansprüche von Aktionären der IKB oder Anlegern in Finanzinstrumenten, die an die Entwicklung der IKB-Aktien gekoppelt sind, sind nicht von der Freistellung umfasst.

Wenn die IKB eine mit einem konkreten von der Freistellungsvereinbarung umfassten Anspruch im Zusammenhang stehende Verpflichtung aus der Freistellungsvereinbarung schuldhaft verletzt, erlischt unter bestimmten Voraussetzungen der Freistellungsanspruch in Bezug

auf diesen konkreten Anspruch. Der Vorstand erachtet das Risiko einer Pflichtverletzung als gering, da zur Sicherstellung der vertraglichen Verpflichtungen der IKB die notwendigen Umsetzungsschritte für die Einhaltung eines vertragskonformen Verhaltens in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit der KfW detailliert bestimmt und schriftlich dokumentiert wurden. Die Ansprüche der IKB auf Freistellung erlöschen zudem rückwirkend, wenn der Aktienkauf- und Übertragungsvertrag oder die dingliche Anteilsübertragung zwischen KfW und LSF6 Europe nichtig sind oder werden oder eine der Parteien ein Gestaltungsrecht ausübt, das zur Rückabwicklung der im Hinblick auf das Verpflichtungsgeschäft erbrachten Leistung berechtigt. Darüber hinaus erlöschen die Ansprüche aus der Freistellungsvereinbarung, wenn auch bei Berücksichtigung der Ansprüche aus der Freistellungsvereinbarung bei der IKB ein Insolvenzgrund vorliegt oder ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der IKB gestellt wird.

Strafverfahren/Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf hat im Juli 2009 Anklage gegen den ehemaligen Vorstandssprecher, Herrn Stefan Ortseifen, wegen Marktmanipulation und Untreue erhoben. Nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch die zuständige Strafkammer des Landgerichts Düsseldorf findet seit dem 16. März 2010 die öffentliche Hauptverhandlung gegen Herrn Ortseifen vor dem Landgericht Düsseldorf statt. Das Verfahren wegen Untreue, welches aber ausschließlich Vorwürfe im Zusammenhang mit Bauvorhaben an von ehemaligen Vorstandsmitgliedern bewohnten – jedoch der Bank gehörenden – Immobilien zum Gegenstand hat, wurde gemäß § 154 Abs. 2 StPO vorläufig eingestellt.

Gegen zwei weitere ehemalige Vorstandsmitglieder wurde im Zusammenhang mit den vorstehend geschilderten Untreuevorwürfen Strafbefehl erlassen.

Gegen sämtliche anderen Beschuldigten wurden die weiteren Ermittlungen (auch im Hinblick auf das Verfahren wegen Untreue durch pflichtwidrige Portfolioinvestments) Ende Juni 2009 mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt. Auch bezüglich des Verdachts der unrichtigen Darstellung wurden die Ermittlungen eingestellt.

Von Lehman Brothers arrangierte CDOs. Die Bank investierte in strukturierte Kreditprodukte (fünf synthetische CDOs), innerhalb derer Lehman Brothers als Absicherungsnehmer über eine Zweckgesellschaft fungierte. Nach der Insolvenz der Lehman Brothers wurden die betroffenen Transaktionen aufgrund vertraglicher Beendigungsmöglichkeiten vom Emittenten gekündigt. Die Dokumentation sieht für einen solchen Fall die Liquidation der Transaktionssicherheiten und eine Ausschüttung der Erlöse nach einer bestimmten Reihenfolge vor (sog. "Transaktionswasserfall").

Nach den vertraglich vereinbarten Regelungen ist der Swapkontrahent im Falle seiner Insolvenz im Verhältnis zu den Investoren bei der Ausschüttung der Erlöse aus den Transaktionssicherheiten nachrangig zu bedienen. Diese Regelung zur Rangfolge wurde mittlerweile von Gerichten in Großbritannien und den USA überprüft. Während in Großbritannien erst- und zweitinstanzlich ihre Wirksamkeit bejaht wurde, hat ein erstinstanzliches US-Insolvenzgericht einen Verstoß gegen insolvenzrechtliche Grundprinzipien angenommen. Das Urteil des US-Insolvenzgerichts ist nicht rechtskräftig, die Einlegung einer Berufung zu erwarten. Das Urteil ist nach Ansicht der Bank, die durch ein vorliegendes externes Rechtsgutachten bestätigt wird, widersprüchlich und zeigt methodische Mängel. Falls sich die Rechtsansicht des US-Insolvenzgerichts bei den US-amerikanischen und englischen Gerichten durchsetzen sollte, wären Bewertungskorrekturen bezüglich der erwähnten Engagements notwendig.

Beihilfe-Verfahren. Im Zusammenhang mit den Rettungsmaßnahmen der KfW mit Unterstützung der Bankenverbände zugunsten der IKB hat die EU-Kommission die Maßnahmen als Beihilfe qualifiziert und im Oktober 2008 unter strengen Auflagen genehmigt. Die Gesellschaft setzt erhebliche Ressourcen ein, um diese Auflagen umzusetzen. Sofern dies nicht gelingt, können der Gesellschaft wesentliche rechtliche und wirtschaftliche Nachteile entstehen. Darüber hinaus ergeben sich aus der Beihilfeentscheidung der EU-Kommission vom 17. August 2009 über die Zulässigkeit der Erweiterung des SoFFin-Garantierahmens strenge Verhaltenspflichten, deren Nichteinhaltung ebenfalls zu wesentlichen rechtlichen und wirtschaftlichen Nachteilen für die Gesellschaft führen könnte.

Anfechtungsklagen gegen die Beschlüsse von Hauptversammlungen. Gegen Beschlüsse der Hauptversammlung vom 28. August 2008 ist derzeit noch eine Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage zu Tagesordnungspunkt 6 (Aufsichtsratswahlen) rechtshängig. In der ersten Instanz ist der Bestand der angefochtenen Beschlüsse unberührt geblieben. Die Entscheidung ist per 24. Juni 2010 noch nicht rechtskräftig.

Gegen die Beschlüsse der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 sind derzeit (Stand 24. Juni 2010) die folgenden Klagen rechtshängig:

- 12 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen zu Tagesordnungspunkt 1 (genehmigtes Kapital),
- 12 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen zu Tagesordnungspunkt 2 (bedingte Kapitalerhöhung),
- 28 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4 (Aufhebung der Sonderprüfung bezüglich des Vorstands und des Aufsichtsrats),
- 9 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen zu Tagesordnungspunkt 5 (Aufsichtsratswahlen),
- 1 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklage zu Tagesordnungspunkt 8 (Satzungsänderung bezüglich der Wahl des Vorsitzenden der Hauptversammlung) sowie
- 4 Klagen gegen den Beschluss über die Ablehnung des in der Hauptversammlung gestellten Antrags auf Abwahl des Versammlungsleiters.

Gegen die Beschlüsse der ordentlichen Hauptversammlung vom 27. August 2009 sind derzeit (Stand 24. Juni 2010) die folgenden Klagen rechtshängig:

- 2 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen zu Tagesordnungspunkt 2 (Entlastung des Vorstands),
- 2 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen zu Tagesordnungspunkt 3 (Entlastung des Aufsichtsrats),
- 1 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklage zu Tagesordnungspunkt 5 (Aufsichtsratswahlen),
- 1 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklage gegen die Beschlüsse über die Ablehnung der in der Hauptversammlung gestellten Anträge auf Vertagung der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat sowie
- 1 Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklage gegen den Beschluss über die Ablehnung des in der Hauptversammlung gestellten Antrags auf Bestellung eines Sonderprüfers.

Risiken im Zusammenhang mit Auflagen des SoFFin

Eine Auflage des SoFFin verpflichtet die IKB zur Erstellung von Monats-, Quartals-, Halbjahres- und Jahresberichten, die die finanzielle und wirtschaftliche Situation der IKB darstellen.

Weiterhin hat die IKB AG sicherzustellen, dass sie angemessen kapitalisiert ist, d. h. konkret, über eine Kernkapitalquote nach § 10 Abs. 2a KWG von mindestens 8 % des in § 2 Abs. 6 Satz 2 SolvV genannten Nenners der Gesamtkennziffer verfügt. Reduziert sich während der Laufzeit des Garantievertrages das Kernkapital des Unternehmens nach § 10 Abs. 2a KWG auf weniger als 8 % des in § 2 Abs. 6 Satz 2 SolvV genannten Nenners der Gesamtkennziffer, so hat die IKB den SoFFin hierüber unverzüglich zu informieren und unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die geforderte Kernkapitalquote von mindestens 8 % des in § 2 Abs. 6 Satz 2 SolvV genannten Nenners der Gesamtkennziffer wieder zu erreichen.

Unter anderem mit der Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen sind bestimmte Rechtsfolgen, u. a. Strafandrohungen in Höhe von bis zu 25 Mio. € pro Verstoß, verbunden. Es wurden daher Prozesse implementiert, um die operationellen Risiken der Nichteinhaltung zu minimieren.

Weiterhin ist die Gesellschaft dazu verpflichtet, ihre Vergütungssysteme nachhaltig und transparent auszugestalten und an der nachhaltigen Unternehmensentwicklung auszurichten (weitere Auflagen in diesem Kontext siehe „Vergütungsbericht“).

Zudem darf während der Laufzeit der Garantien weder der Vorstand Dividendenzahlungen vorschlagen noch die Gesellschaft Zahlungen auf Besserungsscheine leisten. Der Rückkauf von Aktien sowie der Vorschlag einer Kapitalherabsetzung sind nur zur Stärkung des bankaufsichtsrechtlichen Eigenkapitals oder zu Sanierungszwecken möglich.

Sofern Auflagen verletzt werden, kann der SoFFin die Rahmenvereinbarung kündigen und u. a. werthaltige Besicherung für ausstehende Garantien fordern.

IT-Risiken

Im Bereich der IT-Risiken liegen die Schwerpunkte in Maßnahmen zur Weiterentwicklung des bankweiten Notfallmanagements, der Sicherheit der IT-Systeme sowie der Sicherheit des Datenbestandes. Hierzu gehört die kontinuierliche Verbesserung des Informationssicherheits-Managements (ISM), das auf dem internationalen Standard ISO 27001 und dem „Grundschutzhandbuch“ des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) aufbaut.

Außerdem wird die System- und Netzwerksicherheit kontinuierlich an die wachsenden externen Bedrohungen angepasst. Risiken für die Infrastruktur werden durch die Verteilung auf zwei räumlich getrennte Rechenzentren minimiert.

Die IT-internen Service-Management-Prozesse orientieren sich an der „IT Infrastructure Library (ITIL)“ und deren Überwachung und Kontrolle an „Control Objectives for Information and Related Technology (CobIT).“

Ein ebenfalls wichtiger Bestandteil der Vorsorge ist die Weiterbildung der Mitarbeiter.

Unterstützt und verifiziert werden diese Maßnahmen durch regelmäßige Prüfungen und Notfallübungen. Die Umsetzung eines angemessenen Managementsystems für die Informationssicherheit gemäß ISO 27001 wurde vom TÜV Rheinland erneut bestätigt.

Compliance-Risiken

Als Kreditinstitut unterliegt die IKB speziellen Rechtsnormen. Dazu zählen unter anderem Vorschriften zur Vermeidung von Interessenkonflikten, Marktmanipulationen oder Insiderhandel und Geldwäsche.

Die Regelungen zur Geldwäschrprävention sind in speziellen Organisationsanweisungen für die IKB sowie in spezifischen Handbüchern an den jeweils betroffenen ausländischen Standorten niedergelegt. Des Weiteren hat die IKB ein Compliance-Konzept implementiert, in dem die Verhaltensanforderungen bezüglich der Wertpapier-Compliance für alle Mitarbeiter verbindlich festgelegt sind. Dieses wird ergänzt durch die Konzernrichtlinie über den Umgang mit Interessenkonflikten. Für die Standorte London, Luxemburg und New York wurden jeweils standortspezifische Compliance-Konzepte erlassen. In einem im Berichtszeitraum aktualisierten Code of Conduct hat die IKB darüber hinaus einen Verhaltenskodex formuliert, der die Wertvorstellungen und Überzeugungen der IKB abbildet. Die im Code of Conduct der IKB benannten Grundsätze enthalten die Anforderungen an das Verhalten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an sämtlichen Standorten des Konzerns. Sie bilden den verbindlichen Orientierungsrahmen für das Tagesgeschäft.

Im Dezember 2009 wurde die Koordination der Compliance-Funktionen dem Bereichsleiter Recht als Chief Compliance Officer übertragen. Im selben Monat wurde eine Regelung zum

Umgang mit Geschenken und sonstigen Zuwendungen im dienstlichen Kontext erlassen. Im März 2010 wurde ein Compliance Board etabliert, das seine Tätigkeit im Mai 2010 aufgenommen hat.

In dem dem Berichtszeitraum vorhergehenden Geschäftsjahr wurde festgestellt, dass bezogen auf externen Betrug von einer mittleren Gefährdungslage der IKB auszugehen ist, die der anderer Häuser vergleichbarer Größe und mit einem vergleichbaren Geschäftsmodell entspricht. Diese Einwertung wurde durch eine am Ende des Berichtszeitraumes fertig gestellte Detailanalyse bestätigt. In dieser Detailanalyse wurden die festgestellten Risiken aus externen/internen betrügerischen Handlungen und Möglichkeiten zu ihrer Verminderung vertieft geprüft. In der Gesamtschau kann festgehalten werden, dass der IKB keine branchenunüblichen und übermäßigen Betrugsrisiken drohen. Gleichwohl wurde Optimierungspotential identifiziert. Entsprechende Verbesserungsmaßnahmen sind für das Geschäftsjahr 2010/11 vorgesehen. Ein externes Hinweisgebersystem wird nicht eingerichtet.

Die IKB hat im März 2010 ihre Gefährdungsanalyse bezüglich der Geldwäscherisiken aktualisiert. Sie beinhaltet alle ausländischen Niederlassungen und die neuen Geschäftsfelder der IKB. In der Gefährdungsanalyse wurden die kunden-, produkt- und transaktionsspezifischen Risiken erfasst und identifiziert sowie entsprechend kategorisiert. Aus den identifizierten Risiken wurden Indikatoren abgeleitet, die jetzt als Suchkriterien und Parameter bei der Überwachung zugrunde gelegt werden.

Die Geschäftstätigkeit der IKB sowie die Aufbau- und Ablauforganisation lassen keine erhöhten Risiken bezüglich Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung erkennen. Aufgrund der mit der neuen geschäftspolitischen Ausrichtung einhergehenden weitgehenden Fokussierung der Geschäftstätigkeit auf Deutschland und das westliche Europa sowie der verstärkten Ausrichtung auf Beratungsprodukte geht die IKB von einem gegenüber der letzten Gefährdungsanalyse weiter verringerten Geldwäscherisiko aus.

Aufgrund von internen Prozessschwächen wurden im Berichtszeitraum Maßnahmen zur Verbesserung der Legitimationsprüfung eingeleitet. Ein erhöhtes Geldwäscherisiko bestand nicht.

In Gesamtwürdigung dieser Untersuchungsergebnisse unterliegt die IKB aufgrund der spezifischen Geschäftstätigkeit einem erheblich geringeren Geldwäscherisiko als Institute mit Schaltergeschäft und Zahlungsverkehr im Kundenauftrag. Bezogen auf ihre Geschäftstätigkeit, hat die IKB angemessene Schutzmaßnahmen getroffen und umgesetzt.

Personalrisiken

Das Management der Personalrisiken liegt in der Verantwortung der einzelnen Zentralbereiche und Markteinheiten in Zusammenarbeit mit dem Personalbereich. Hierzu gehört nicht nur die Notwendigkeit einer angemessenen Personalausstattung zur Umsetzung der betrieblichen und strategischen Erfordernisse, sondern auch die Aufrechterhaltung der erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Mitarbeiter, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Verantwortlichkeiten benötigen. Die IKB setzt zu diesem Zweck ein umfassendes und kontinuierliches Aus- und Weiterbildungsmanagement ein, um das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter aufrechtzuerhalten. Um dem Risiko Rechnung zu tragen, dass es zu nachhaltigen Störungen des Betriebsablaufes aufgrund der Abwesenheit oder des Ausscheidens von Mitarbeitern kommt, bestehen in der IKB eindeutige Vertretungsregelungen und prozessuale Vorgaben, die regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Aufgrund der umfangreichen Reorganisation der Bank kam es zu einem erheblichen Arbeitsplatzumbau sowie einer Reduzierung von Arbeitsplätzen. Bestehende Strukturen und gewachsene Prozesse wurden verändert und Stellenprofile modifiziert. Die im Konzernlagebericht zum 31. März 2009 dargestellten möglichen Verwerfungen sind dabei auch aufgrund der klaren Regelungen im Interessenausgleich und Sozialplan sowie der nach wie vor stabilen Führungsstrukturen nicht aufgetreten.

Die Eigenkündigungen durch Mitarbeiter entwickelten sich im Berichtszeitraum angesichts der Stabilisierung der Bank, des veröffentlichten Sozialplans sowie der allgemeinen Lage am Arbeitsmarkt stark rückläufig. Zudem kann als risikomindernd gewertet werden, dass es gelungen ist, eine Reihe hochqualifizierter neuer Mitarbeiter und Führungskräfte zu rekrutieren. Darüber hinaus konnten die im Rahmen der Restrukturierungsmaßnahmen neu geschaffenen Planstellen durch interne Versetzungen weitgehend besetzt werden. Nur für eine geringe Anzahl an Planstellen traf dies nicht zu, sodass die Gefahr von Anlauf- und Fehlerrisiken – insbesondere in den neu geschaffenen Bereichen – begrenzt werden konnte.

Strategische Risiken und Reputationsrisiken

Strategische Risiken betreffen die Gefährdung der langfristigen Erfolgsposition der Bank. Diese können durch Veränderungen im rechtlichen oder gesellschaftlichen Umfeld sowie durch Veränderungen der Markt-, Wettbewerbs- und Refinanzierungsbedingungen erfolgen.

Da es für strategische Risiken keine Regelmäßigkeiten gibt, sind sie als Spezialrisiken in einem integrierten System quantitativ schwer erfassbar und werden qualitativ eingewertet. Sie stehen deshalb unter besonderer Beobachtung des Vorstands und des Zentralbereiches Strategische Planung und Beteiligungsmanagement und werden kontinuierlich betrachtet. Hierzu gehören ferner die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsstrategie auch im Rahmen des strategischen Planungsprozesses sowie die daraus resultierende Durchführung strategischer Initiativen und Restrukturierungsmaßnahmen. Das Geschäftsmodell der IKB ist in einzelnen Bereichen eingeschränkt durch die Auflagen der EU-Kommission. Mit der Neuausrichtung des Geschäftsmodells der IKB, u. a. durch eine Verbreiterung des Produktangebotes für Mittelstandskunden (primär durch Beratungs- und Capital-Markets-Produkte) und eine intensive Ausschöpfung des Kundenpotenzials, wird die Zielsetzung verfolgt, die Bedürfnisse der Kunden der IKB adäquat abzudecken und hierdurch die IKB erfolgreich am Markt zu positionieren. Hierdurch sollen die Auswirkungen der Auflagen der EU-Kommission in ertragsmäßiger Hinsicht kompensiert werden.

Reputationsrisiken sind die Gefahr von Verlusten, sinkenden Erträgen, steigenden Kosten oder einem verringerten Unternehmenswert aufgrund einer Verschlechterung des Ansehens der Bank in der Öffentlichkeit, vor allem bei Kunden, Ratingagenturen, Mitarbeitern und Anteilseignern. Reputationsrisiken resultieren häufig aus anderen Risikoarten und verstärken diese durch deren Öffentlichkeitswirkung.

Im Zuge der Neuausrichtung ist es ein wichtiges Ziel der IKB, die durch die Krise beschädigte Reputation wieder dauerhaft zu verbessern. Das Management des Reputationsrisikos in der IKB wird durch den Vorstand wahrgenommen. Beim Management von Reputationsrisiken wird einer verantwortungsvollen Kommunikation mit allen Interessengruppen ein hoher Stellenwert beigemessen.

Geschäftsrisiken

Unter Geschäftsrisiko versteht die Gesellschaft unerwartete negative Planabweichungen bei den Zins- und Provisionserträgen und bei den betrieblichen Aufwendungen infolge verschlechterter Marktbedingungen, Veränderungen der Wettbewerbsposition oder des Kundenverhaltens sowie aufgrund geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen.

Das operative Management des Geschäftsrisikos – also die Reduktion der Gefahr einer negativen Veränderung der Ertragslage innerhalb der mit dem Vorstand vereinbarten Geschäftsstrategie – liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Geschäftsfeldes, Zentralbereiches und jeder Tochtergesellschaft. Das im Bereich Finanzen angesiedelte Ergebniscontrolling hat die Aufgabe, die unterjährige Erlös- und Kostenentwicklung durch kontinuierliche Plan-Ist-Vergleiche nachzuhalten und monatlich an den Vorstand und die Geschäftsfelder zu berichten.

Die Quantifizierung des Geschäftsrisikos für die Risikotragfähigkeit erfolgt mittels eines Modells auf Basis der statistisch ermittelten Kosten- und Erlösvolatilitäten, das die historischen Abweichungen des tatsächlichen Provisions- und Zinsergebnisses und der betrieblichen Auf-

wendungen von den Planwerten errechnet. Das hierdurch gebundene ökonomische Kapital wird im Rahmen der regelmäßigen Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Die Abweichung von den Planungs- und Zielgrößen werden monatlich an den Vorstand sowie die jeweiligen Zentralbereichs- und Marktbereichsleitungen berichtet, um frühzeitig gegensteuern zu können. Damit stehen allen Markt- und Zentralbereichen die für sie notwendigen Informationen zeitnah und umfassend zur Verfügung.

Beteiligungsrisiko

Die IKB hat vor dem Hintergrund der EU-Auflagen und der Neuausrichtung ihres Geschäftsmodells ihre Beteiligungsstrategie neu ausgerichtet. Insgesamt soll die Komplexität des Beteiligungsportfolios reduziert und niedrig gehalten werden. Hierbei unterscheidet die Bank kreditsubstituierende, strategische und sonstige Beteiligungen.

Kreditsubstituierende Beteiligungen sind insbesondere Beteiligungen im Rahmen des Produktangebots der Bank. Strategische Beteiligungen geht die Bank ein, um einen nachhaltigen (strategischen) Mehrwert zu erzielen. Die Bank unterscheidet dabei originär strategische Beteiligungen, die das Kunden- und Marktpotenzial erweitern sollen und Bestandteil des Geschäftsmodells sind, und Beteiligungen an (Gemeinschafts-)Unternehmen mit dem Ziel, das Produktangebot zu ergänzen, Synergien zu erschließen und neue Zielkunden zu erreichen (Kooperationen / Joint Ventures). Ergänzt werden diese um Beteiligungen an Unternehmen, die Dienstleistungen für die Bank erbringen (Outsourcing von Dienstleistungen). Den sonstigen Beteiligungen ordnet die Bank u. a. steuerlich oder organisatorisch motivierte Beteiligungsstrukturen (Zwischenholding-Gesellschaften), Pflichtbeteiligungen und Vorratsgesellschaften zu.

Der Bereich Strategische Planung und Beteiligungsmanagement übernimmt bzw. koordiniert die operativen Beteiligungsprozesse. Der Bereich Recht, Vorstandsstab und Compliance verantwortet die Prüfung und Gestaltung aller gesellschafts- und aufsichtsrechtlichen Sachverhalte und berät hinsichtlich der rechtlichen Aspekte von strategischen Entscheidungen sowie bei der Wahrnehmung der Gesellschafterfunktionen. Die Kompetenzen für Entscheidungen über strategische Beteiligungen liegen beim Gesamtvorstand. Sofern der Gegenstand des jeweiligen Geschäfts 5 % des haftenden Eigenkapitals der IKB übersteigt, obliegt dem Aufsichtsratspräsidium die Zustimmung zum Erwerb, zur Veräußerung oder zur Gründung von Unternehmen.

Die wesentlichen Tochter- und Beteiligungsunternehmen der IKB sind im Rahmen des Geschäftsverteilungsplan disziplinarisch und fachlich einzelnen Vorstandsressorts zugeordnet. Danach ist für die Tochtergesellschaften der IKB-Private-Equity-Gruppe, der IKB-Leasing-Gruppe, die IKB Finance B.V. sowie die IKB CC Herr Dr. Wiedmann, für die IKB Data GmbH, die MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH sowie die Immobilientöchter Herr Dr. Glüder und für die IKB S.A. Herr Schüttler disziplinarisch zuständig. Die fachliche Zuständigkeit liegt nach dem Geschäftsverteilungsplan bei den jeweiligen Ressortvorständen.

Die Einbindung der Beteiligungsgesellschaften in die Umsetzung der konzernweiten Geschäfts- und Risikostrategie erfolgt mittels jährlich stattfindender Beteiligungs-Workshops für jede wesentliche strategische Beteiligung, in denen Performance-Ziele und Risikolimits festgelegt werden. Darüber hinaus finden regelmäßig Management-Diskussionen und -Analysen zum frühzeitigen Erkennen von Fehlentwicklungen und zur Einleitung adäquater Maßnahmen statt. Die von den Auflagen der EU-Kommission betroffenen Beteiligungen werden hinsichtlich deren Umsetzung im Rahmen der Abwicklungsprojekte der IKB gesteuert.

Zur Bestimmung der wesentlichen Risiken der Beteiligungsgesellschaften erfolgt eine jährliche Risikoinventur, deren Bewertung durch den Bereich Risikocontrolling erfolgt. Alle als wesentlich eingestufteten Risiken der Beteiligungsunternehmen sind in das Risikocontrolling auf Gruppenebene einbezogen.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Im Rahmen des operativen Beteiligungscontrollings erstellt der Bereich Finanzen Beteiligungsreports für alle wesentlichen strategischen Beteiligungen zur Überwachung der Erreichung der Performance-Ziele und der Einhaltung der Risikolimiten.

Gesamtaussage zur Risikosituation

Die Risikosituation der IKB hat sich in den vergangenen Monaten verbessert. Hierzu hat der spürbare Abbau von Marktpreisrisiken genauso beigetragen wie das reduzierte Kreditportfolio und die hierauf gebildeten weitreichenden Einzel- und Portfoliowertberichtigungen. Des Weiteren sind die Risiken aus strukturierten Kreditprodukten durch Abbau stark eingegrenzt. Die Liquidität ist durch die emittierten SoFFin-garantierten Anleihen planmäßig bis Anfang 2012 mit ausreichend Puffer gegeben.

Die Kernkapitalquote liegt mit 10,4 % in der Institutsgruppe über der geforderten Mindesthöhe von 8 %. Damit ist die Risikotragfähigkeit aus regulatorischer Sicht gegeben. Dies gilt auch für die ökonomische Betrachtung sowohl aus der Eigenkapitalgeber- als auch Fremdkapitalgebersicht per 31. März 2010 sowie für den Prognosezeitraum.

In einem nach wie vor von Unsicherheit und Volatilität geprägten Marktumfeld bleibt die IKB aber trotzdem weiterhin Risiken durch unerwartete Kreditausfälle, Zinsänderungs-, Liquiditäts- und Rechtsrisiken ausgesetzt. Auch bleibt offen, welche zusätzlichen regulatorischen Auflagen der Gesetzgeber dem Bankenbereich für die Zukunft auferlegen wird.

Derzeit zeichnet sich zwar ein Aufschwung der wirtschaftlichen Entwicklung ab, gleichwohl ist dieser noch fragil, und die Auswirkungen der europäischen Verschuldungskrise auf das Adressenausfallrisiko sind derzeit mittelfristig nur schwer abschätzbar.

In allen Kapitalmärkten zeigt sich, zum Teil auch durch Spekulation getrieben, eine weiterhin hohe Volatilität, die zu Bewertungsverlusten zum Beispiel durch Anstieg der Credit Spreads führen kann.

Entscheidend für den Fortbestand der IKB wird insbesondere sein, inwieweit es gelingt, das veränderte Geschäftsmodell – vor allem den Ausbau des Geschäfts mit Derivaten, kundenbezogenen Kapitalmarktprodukten und Beratungsdienstleistungen mit dem Ziel einer Steigerung der Provisionserträge – zum Erfolg zu führen und die geplanten Erträge im Kundengeschäft der Bank zu generieren.

Hieran eng geknüpft ist ebenfalls die zukünftige Kapitalmarktfähigkeit der IKB. Auch wenn die IKB mit ihrem neuen Marktantritt in den nächsten Jahren deutlich weniger Funding benötigt als in der Vergangenheit, ist zumindest ein Teil der SoFFin-garantierten Mittel ab 2012 durch Kapitalmarktmittel zu ersetzen.

Der Fortbestand der IKB hängt auch davon ab, dass die

- seitens des SoFFin für die Vergabe der Garantien,
- von der EU-Kommission für die Genehmigung der Beihilfe und
- vom Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes

gemachten Auflagen eingehalten werden.

Hierzu ist es insbesondere erforderlich, dass

- die Kernkapitalquote von mindestens 8 % auf Ebene des Einzelinstituts und der Institutsgruppe eingehalten wird,
- die Konzernbilanzsumme bis zum 30. September 2011 auf 33,5 Mrd. € reduziert wird,
- das Segment Immobilienfinanzierung sowie die Aktivitäten am Standort Luxemburg termingerecht aufgegeben werden und
- die Risikotragfähigkeit auch zukünftig unter Berücksichtigung der vorstehenden Punkte sowie des neuen Geschäftsmodells gegeben ist.

Sofern es zur Einhaltung der Kernkapitalquote von mindestens 8 % und zur Gewährleistung der Risikotragfähigkeit in den nächsten Geschäftsjahren nicht gelingt, Risikopositionen in ausreichendem Maße abzubauen, ist die Zuführung von weiterem Eigenkapital erforderlich.

Der Vorstand geht davon aus, dass

- die EU-Auflagen fristgerecht umgesetzt und die wirtschaftlichen Auflagen eingehalten werden,
- das veränderte Geschäftsmodell mittelfristig erfolgreich umgesetzt und damit auch die Kapitalmarktfähigkeit wieder erreicht wird sowie
- die wirtschaftliche Krisenlage sich entspannt und das regulatorische Umfeld sich nicht dramatisch verschlechtert.

5. Wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Anzuwendende Rechtsvorschriften, Rechnungslegungsstandards und Erstanwendung

Gemäß § 289 Absatz 5 HGB haben kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaften im Lagebericht die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess (IKSR) zu beschreiben. Als wesentlich werden Informationen erachtet, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Jahresabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemein bestimmbar und wird unter Berücksichtigung der Relevanz der Information für die Gesamtaussage des Jahresabschlusses beurteilt. Ergänzend wurden die Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) 5 des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e. V. (DRSC) (Ausführungen im Lagebericht in Bezug auf das Risikomanagement- und Kontrollsystem) soweit anwendbar beachtet. Die Verpflichtung zur Berichterstattung ergibt sich für Geschäftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2008 beginnen.

Verantwortlichkeiten bezüglich des IKSR

Der Vorstand der IKB ist für die Einrichtung, Weiterentwicklung, Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen und die Funktionsfähigkeit adäquater rechnungslegungsbezogener interner Kontrollen und des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems verantwortlich. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts liegen in der Verantwortung des Vorstandes.

Aufgabe des Aufsichtsrates ist es, die Wirksamkeit des IKSR zu überwachen. Zur Durchführung dieser Aufgaben hat der Aufsichtsrat einen Finanz- und Prüfungsausschuss gebildet, der aus vier Mitgliedern besteht. Der Finanz- und Prüfungsausschuss befasst sich regelmäßig und fortlaufend mit der Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie mit Fragen der Rechnungslegung und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Prüfung des Jahresabschlusses, über die der Vorsitzende des Finanz- und Prüfungsausschusses dem Aufsichtsrat berichtet. Dem Aufsichtsrat obliegen zudem die Feststellung des Jahresabschlusses und die Erteilung der Aufträge zur Prüfung von Jahres- und Konzernabschlüssen. Der Finanz- und Prüfungsausschuss und der Aufsichtsrat haben sich in ihren Sitzungen am 4. März 2010 ausführlich mit dem IKSR anhand vorgelegter Unterlagen und ergänzender Erläuterungen des Vorstands vertraut gemacht.

Die Wirksamkeit des IKSR wird regelmäßig durch die interne Revision geprüft. Schwerpunkt der Prüfung sind dabei auf Basis eines mehrjährigen Prüfungsplanes die Funktionsfähigkeit, Wirksamkeit und Angemessenheit des IKSR, die Einhaltung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Vorgaben sowie sonstiger Regelungen bezogen auf den Rechnungslegungsprozess.

Der Aufsichtsrat hat die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung des Konzernabschlusses beauftragt. Dem Abschlussprüfer obliegt es, den Konzernabschluss, bestehend aus Konzernbilanz, Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie Konzernanhang (Notes), unter Einbeziehung der Buchführung und den Konzernlagebericht zu prüfen. Die Konzernabschlussprüfung wurde nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Aufgabe des Abschlussprüfers ist es, auf der Grundlage seiner durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und über den Konzernlagebericht abzugeben. Im Rahmen der Prüfung des Konzernabschlusses wurde die Wirksamkeit des IKSR überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Organisation des Rechnungswesens

Das Rechnungswesen der IKB erfolgt im Wesentlichen zentral am Hauptstandort Düsseldorf im Bereich Finanzen. Das Rechnungswesen für die Filialen Luxemburg, Paris und London

wird dagegen am Standort Luxemburg geführt. Dem Bereich Finanzen obliegt die Erstellung des Konzernabschlusses. Der Bereich Finanzen wird bei der Wahrnehmung von Teilaufgaben bei der Erstellung des Jahresabschlusses durch andere Bereiche der Bank unterstützt. Die Stabsstelle Steuern ist für die Abwicklung sämtlicher Steuerangelegenheiten der Bank, die steuerliche Begleitung der Auslandseinheiten (Auslandsfilialen, ausländische Tochtergesellschaften, ausländische Beteiligungsgesellschaften) der Bank und die Berechnung der latenten Steuern nach HGB/IFRS verantwortlich. Die Bereiche Kreditrisikomanagement bzw. Management Vertriebsstrukturen ermitteln die Wertberichtigungen und Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft bzw. den Wertberichtigungsbedarf von Verbriefungen. Finanzinstrumente, die nicht im Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft stehen, werden durch den Bereich Risikocontrolling bewertet. Die Erstellung des Konzernlageberichts wird federführend durch die Stabsabteilung Kommunikation unter Hinzuziehung anderer Bereiche der Bank durchgeführt.

Ziele und Grenzen des IKS

Die rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollen des Unternehmens und das Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess haben das Ziel, die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Buchführung sowie der publizitätspflichtigen Abschlüsse und ihrer Bestandteile nach den Regelungen von HGB und IFRS sicherzustellen. Die internen Kontrollen des Unternehmens umfassen dabei solche Grundsätze und Verfahren, die sicherstellen sollen, dass

- Verzeichnisse geführt werden, in denen alle Geschäftsvorfälle des Unternehmens hinreichend detailliert, genau und richtig erfasst werden,
- die Geschäftsvorfälle sowohl in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Regelungen als auch mit der Satzung und den generellen oder besonderen Regelungen des Managements erfasst, verarbeitet, dokumentiert und bewertet werden, um Abschlüsse in Übereinstimmung mit den Vorschriften des HGB und nach den Rechnungslegungsgrundsätzen nach IFRS zu ermöglichen und
- der unerlaubte Erwerb, Gebrauch oder die Entwendung von Unternehmensvermögen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung rechtzeitig erkannt oder verhindert werden.

Interne Kontrolle kann zwar eine hinreichende, aber keine absolute Sicherheit bei der Erfüllung dieser Zielsetzungen sicherstellen. Das bedeutet zum einen, dass die Errichtung der internen Kontrolle von dem Kosten/Nutzen-Verhältnis im Zusammenhang mit diesen Kontrollen bestimmt ist. Zudem ist die interne Kontrolle, auch wenn sie automatisiert bzw. EDV-gestützt erfolgt, durch einen menschlichen Faktor gekennzeichnet, der die Möglichkeit von Fehlern bei der Ausführung von Tätigkeiten oder Irrtümern bei Schätzungen oder Ausübung von Ermessensspielräumen einschließt. Aufgrund dieser Grenzen können Fehlaussagen in den Abschlüssen nicht mit absoluter Sicherheit aufgedeckt oder verhindert werden. Weiterhin ist mit Prognosen über die Wirksamkeit der internen Kontrollen in zukünftigen Perioden das Risiko verbunden, dass bestehende Kontrollen aufgrund geänderter Umstände nicht mehr angemessen sind oder dass der Grad der Einhaltung der Richtlinien und Verfahren abnimmt.

Organisation und Funktionsweise

Anforderungen an das interne Kontrollsystem

Die Ausgestaltung des internen Kontrollsystems der IKB entspricht den Anforderungen des Framework für interne Kontrollen, das von dem Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO Framework) verabschiedet wurde. Diese Anforderungen wurden auch von anderen Organisationen übernommen und gelten somit als anerkannter Orientierungsrahmen für die Ausgestaltung des internen Kontrollsystems. Daneben wurden die Anforderungen an das IKS aufgrund der Mindestanforderungen an das Risikomanagement beachtet. Das Risikomanagementsystem liegt auch bezogen auf das Rechnungswesen in der Verantwortung des Gesamtvorstandes.

Die grundlegende Basis, auf der das IKS betrieben wird, bildet nach dem COSO Framework das sogenannte Kontrollumfeld. Es ist gekennzeichnet durch die Einstellung, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements. Im Verhaltenskodex für die Mitarbeiter der IKB sind Kompetenz und Verantwortung der Mitarbeiter und gesetzmäßiges und verantwortungsvolles Verhalten als wesentliche Voraussetzung für die Geschäftstätigkeit genannt. Diese Anforderungen werden durch interne Regelungen und organisatorische Maßnahmen umgesetzt.

Die Ziele des internen Kontrollsystems werden durch umfangreiche Kontrollaktivitäten verwirklicht. Kontrollen sind Methoden und Maßnahmen, die in den Abläufen festgelegt werden, um Fehler in der Rechnungslegung aufzudecken. Sie sind dem Arbeitsgang vor-, gleich- oder nachgelagert. Der Umfang der Kontrollen reicht von Stichproben bis hin zur vollständigen Prüfung aller Vorfälle eines Sachverhalts. Die Kontrollen können weiterhin in Form von automatischen (programmierten Kontrollen) oder manuellen Kontrollen abgewickelt werden.

Da die rechnungslegungsbezogenen Prozesse weitestgehend in elektronischer Form und mittels unterschiedlicher EDV-Systeme abgewickelt werden, stellt der Vorstand sicher, dass die Aufbau- und Ablauforganisation im Rechnungswesen, der Umfang der Kontrollen sowie die Ausgestaltung der EDV-Systeme für den gegenwärtigen Geschäftsumfang angemessen sind.

EDV-Einsatz und Vorgaben im internen Kontrollsystem

Die EDV-Systeme müssen nicht nur die Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften richtig abbilden können, sondern auch den Grundsätzen ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS) bzw. den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung bei Einsatz von Informationstechnologie (IDW RS FAIT 1) entsprechen. Durch eine systematische Auswahl der Systeme und vertragliche Vereinbarungen stellt die IKB AG sicher, dass die Systeme diesen Anforderungen jederzeit gerecht werden. Eine Überprüfung erfolgt durch regelmäßige externe und interne Prüfungen. In den von der IKB verwendeten Rechnungslegungssystemen wird die erforderliche Funktionstrennung dadurch gewährleistet, dass nur die für die Bearbeitung der Aufgaben erforderlichen Berechtigungen erteilt werden. Die interne Revision überprüft regelmäßig die Angemessenheit und die Einhaltung des Berechtigungskonzeptes. Das Vier-Augen-Prinzip ist Bestandteil des anwendungsinternen Kontrollsystems. Die ordnungsgemäße Arbeit mit den Systemen erfolgt auf Basis einer umfassenden Systemdokumentation und regelmäßiger Schulungsmaßnahmen.

Ausgestaltung des IKS

Für das Rechnungswesen existieren klare Anweisungen zu Bilanzierung, Bewertung, Ausweis und Buchungsregeln für Geschäftsvorfälle sowie zu den notwendigen Angaben in Anhang und Lagebericht. Diese Regeln sind in Bilanzierungshandbüchern, die den Mitarbeitern im Rechnungswesen zugänglich sind, hinterlegt. Für die Erstellung und Überarbeitung der Bilanzierungshandbücher gibt es einen klar definierten Prozess. Ausgehend von den Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften nach HGB und IFRS werden bereits auf der Basis von Gesetzesentwürfen und Entwürfen der Rechnungslegungsstandards die Auswirkungen auf die IKB untersucht. Somit wird sichergestellt, dass Anforderungen, die größere bilanzielle, prozessuale und EDV-systembezogene Auswirkungen haben, durch initiierte Projekte ordnungsgemäß und rechtzeitig umgesetzt werden. Die geänderten Rechnungslegungsvorschriften werden in die Bilanzierungshandbücher eingearbeitet. Durch die Qualitätssicherung der Bilanzierungshandbücher durch externe Sachverständige der Rechnungslegung wird sichergestellt, dass die geänderten Rechnungslegungsvorschriften richtig und vollständig eingearbeitet wurden. Die bilanziellen Auswirkungen neuartiger Geschäftsvorfälle und deren Abbildung im Rechnungswesen werden im Rahmen von Neuproduktprozessen erarbeitet und in die Arbeitsabläufe implementiert, gegebenenfalls unter Hinzuziehung externer Sachverständiger.

Die Erfassung sämtlicher Geschäftsvorfälle wird durch klar definierte Arbeitsabläufe in der Buchhaltung sichergestellt. Die Ersterfassung und -verarbeitung finden weitgehend standardisiert unter Wahrung des Vier-Augen-Prinzips (getrennte Eingabe und Freigabe) statt.

Durch die Umsetzung des Grundsatzes „keine Buchung ohne Beleg“ und die Funktionstrennung zwischen ausführender, genehmigender und erfassender Funktion ist zudem sichergestellt, dass nur Geschäftsvorfälle erfasst werden, die auch tatsächlich stattgefunden haben.

Im Kreditgeschäft werden sämtliche Lebenszyklen eines Kredites von der Antragstellung, Prüfung und Genehmigung bis zur Tilgung in einem EDV-gestützten Nebenbuchhaltungssystem abgebildet. Durch nachgelagerte Überprüfungen der Eingaben in den Systemen und die Prüfung der Vertragsdaten durch den Marktfolgebereich ist sichergestellt, dass diese Vertragsdaten richtig und vollständig in den Systemen erfasst werden. Die Buchung der Geschäftsvorfälle erfolgt durch für die Produktart fest hinterlegte Buchungsregeln. Ebenso wird in dem betreffenden System mit den für die Refinanzierung eingegangenen Verbindlichkeiten verfahren. Dadurch wird sichergestellt, dass die Geschäftsvorfälle richtig und vollständig abgebildet werden. Die Bewertung erfolgt mittels fest im System hinterlegter Buchungsregelungen. Die Wertberichtigungen werden durch den Bereich Risikocontrolling ermittelt und im Buchführungssystem erfasst.

In ähnlicher Weise erfolgt die Abwicklung für den Kauf und Verkauf von Wertpapieren und sonstigen Finanzinstrumenten. Die Geschäftsvorfälle werden hier aus dem Handelssystem in das Nebenbuchhaltungssystem automatisch überspielt. Durch nachgelagerte manuelle und maschinelle Kontrollen wird sichergestellt, dass die Daten vollständig und richtig in das Nebenbuchhaltungssystem übernommen wurden. Daneben werden die Salden von Bank- und Nostrokonten sowie Depots regelmäßig mit dem buchhalterischen Bestand abgestimmt. Die Bewertung der Geschäfte erfolgt mittels systemseitig hinterlegten Bewertungsläufen. Zusätzlich wurden Verfahren implementiert, die sicherstellen, dass Finanzinstrumente identifiziert werden können, für die keine Preise auf aktiven Märkten abgeleitet werden können. Hier wird die Ermittlung des beizulegenden Wertes mittels anerkannter Bewertungsmethoden im Bereich Risikocontrolling durchgeführt. Die Bewertungsmodelle werden intern auf ihre Eignung überprüft und regelmäßig an sich ändernde Erfordernisse angepasst. Für Wertpapiere des Anlagevermögens werden durch den Bereich Risikomanagement Faktoren, die zu einer dauerhaften Wertminderung führen, ermittelt, sowie die Höhe der Wertminderung berechnet und in den Systemen erfasst.

Für den Zahlungsverkehr, die Lohn- und Gehaltsabrechnung, die Anlagenbuchhaltung und den Beschaffungsprozess existieren definierte – teilweise systemgestützte - Arbeitsabläufe, die sicherstellen, dass die Transaktionen vollständig erfasst werden (z. B. Plausibilitätsprüfungen, Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips).

Die Geschäftsvorfälle werden von den Nebenbuchhaltungssystemen taggleich in das Hauptbuch eingespielt. Richtigkeit und Vollständigkeit der Einspielung werden durch genau definierte Schnittstellen und tägliche Abstimmungen zwischen dem Hauptbuch und den Nebenbüchern sichergestellt.

Aufbau- und Ablauforganisation des Jahres- und Konzernabschlussprozesses

Für den Jahresabschlussprozess existieren gesonderte Arbeitsanweisungen. Diese sollen sicherstellen, dass die einzelnen Jahresabschlussarbeiten aufeinander abgestimmt sind und alle notwendigen Arbeitsschritte auch tatsächlich durchgeführt werden. Neben den täglichen Arbeitsabläufen wird insbesondere durch analytische Kontrollhandlungen, Verfahren der Zuzahlung (insbesondere bei Rückstellungen) und Einholung von Saldenbestätigungen sichergestellt, dass die Geschäftsvorfälle vollständig erfasst wurden. Die Jahresabschlussbuchungen sind gleichfalls durch Buchungsbelege nachgewiesen und die Buchungsbelege zum Nachweis der Kontrolle ordnungsgemäß abgezeichnet. Durch die Gewährleistung des systemseitigen Vier-Augen-Prinzips wird der Grundsatz „keine Buchung ohne Beleg“ umgesetzt. Die richtige Bewertung wird größtenteils durch systemseitig hinterlegte Bewertungsregeln gewährleistet. Im Weiteren verweisen wir auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Anhang. Soweit erforderlich, wird die Bewertung unter Einbeziehung externer Sachverständiger, z. B. bei den Pensionsrückstellungen, vorgenommen. Die Berechnung der laufenden Steuern vom Einkommen und Ertrag und der latenten Steuern erfolgt durch die Stabsstelle Steuern. Die vollständige Erfassung der Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht wird dadurch gewährleistet, dass die dafür notwendigen Daten im Vorfeld klar identifiziert

werden und die Verantwortlichen für die Lieferung klar benannt werden. Durch einen fest definierten Qualitätssicherungsprozess, der in Organisationsanweisungen und Richtlinien festgelegt ist, werden vom Mitarbeiter bis zum Finanzvorstand diese Angaben auf Plausibilität, Vollständigkeit und Konsistenz überprüft.

Die für den Prozess der Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses gültigen Verfahren und Maßnahmen sind analog auch für den Aufstellungsprozess des Konzernabschlusses verwirklicht. Zusätzlich wird ein verkürzter Konzernzwischenabschluss und Konzernzwischenlagebericht aufgestellt. Die Hauptversammlung entscheidet auf Vorschlag des Aufsichtsrats, ob der verkürzte Konzernzwischenabschluss und Konzernzwischenlagebericht einer prüferischen Durchsicht durch den Abschlussprüfer unterzogen werden. Die Zulieferung von IFRS-Daten der Tochterunternehmen für die Abschlüsse auf Konzernebene erfolgt durch Reporting Packages. Bei deren Erstellung sind die Vorgaben des Bilanzierungshandbuchs zu beachten. Um sicherzustellen, dass die Reporting Packages tatsächlich mit den zentralen Vorgaben des Konzerns übereinstimmen, werden sie einer regelmäßigen internen Kontrolle unterzogen. Zusätzlich werden sie dezentral durch den lokalen Abschlussprüfer geprüft bzw. prüferisch durchgesehen.

6. Ereignisse nach dem 31. März 2010 (Nachtragsbericht)

Seit dem 31. März 2010 haben sich die folgenden neuen Entwicklungen ergeben.

Stand der Umsetzung der EU-Auflagen

Die IKB hat auch nach dem 31. März 2010 kontinuierlich an der Erfüllung der EU-Auflagen gearbeitet. Der aktuelle Stand ist im Kapitel „Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum“ dargestellt.

Rechtlich relevante Ereignisse

Die US-Aufsichtsbehörde SEC reichte Mitte April 2010 eine Klage gegen Goldman Sachs sowie einen ihrer Anleihehändler ein. Die Anklageschrift erhebt den Vorwurf, dass die Beklagten den Investoren (u. a. RFCC) bewusst wichtige Informationen über Beteiligte und Risikoauswahlprozesse beim Zustandekommen der Transaktion Abacus 2007 AC-1 verschwiegen haben. Die IKB prüft die verfügbaren Unterlagen einschließlich der Klageschrift intensiv im Hinblick auf rechtliche Ansprüche.

Zu den Einzelheiten der weiteren wichtigen rechtlich relevanten Ereignisse wird auf das Kapitel „Rechtsrisiken“ im Risikobericht verwiesen.

7. Prognosebericht

Grundsätzlich betreffen die zukunftsgerichteten Aussagen das folgende und das unmittelbar anschließende Geschäftsjahr. Prognosen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – und damit zum Verlauf der Finanzkrise sowie der Verfassung der Kapitalmärkte – sind aufgrund der momentanen Lage äußerst schwierig und höchstens sehr kurzfristig von Bestand. Die zukunftsgerichteten Aussagen zu den Chancen der zukünftigen Entwicklung, zur Vermögenslage, zu Liquiditätssituation und Ertragslage erfolgen deshalb unter der Bedingung, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise allmählich abklingt und nicht über einen noch längeren Zeitraum die Märkte so stark beherrscht, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten beiden Geschäftsjahren von ihr maßgeblich geprägt wird.

Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen

In der Grundtendenz ist die Konjunktur nach dem tiefen Einbruch infolge der Finanzkrise aufwärts gerichtet. Die Auftragseingänge sind im Frühjahr 2010 kräftig gestiegen, und die Ausfuhren erholen sich weiter. Auch blicken die Unternehmen zuversichtlich in die Zukunft. Vor diesem Hintergrund erwarten die Wirtschaftsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose, dass sich die Belebung der Konjunktur fortsetzt, aber moderat verlaufen wird.

Getrieben wird die Erholung von den Exporten, die in der Rezession unerwartet stark eingebrochen waren. Sie profitieren von der lebhaften Expansion insbesondere in den Schwellenländern. Die Ausrüstungsinvestitionen – als wichtiger Indikator für das Kreditgeschäft der IKB – werden sich nach ihrem dramatischen Einbruch in 2009 nur langsam erholen. Die Finanzierungsspielräume vieler Unternehmen verbessern sich wegen des in der Krise abgeschmolzenen Eigenkapitals nur allmählich. Ferner dürften sich auch angesichts der fortbestehenden Probleme im Bankensektor die Bedingungen für externe Finanzierung nur leicht entspannen. Im späteren Verlauf des Jahres sollten die Investitionen von den steigenden Absatzerwartungen im In- und Ausland spürbarere Impulse erhalten. Die Forschungsinstitute rechnen damit, dass die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2010 um 2,2 % und im Jahr 2011 um 2,9 % zunehmen werden. Alles in allem dürfte in Deutschland das reale Bruttoinlandsprodukt in 2010 und 2011 um jeweils rund 1,5 % zunehmen.

Der weltweit und in Europa zu beobachtende realwirtschaftliche Erholungsprozess sollte auch durch die Krise einiger südeuropäischer Mitgliedsländer des Euroraums von der Grundtendenz her nicht beeinträchtigt werden. Die auf EU-Ebene beschlossenen Stützungsmaßnahmen haben hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet. In den für die IKB relevanten Ländern Westeuropas stabilisiert sich die Konjunktur allmählich. Die Forschungsinstitute erwarten 2010 in Frankreich einen BIP-Zuwachs von 1,5 % und in Italien von 0,5 %. Großbritannien findet infolge der Finanzmarktkrise nur schwer aus der Rezession (2010: BIP-Wachstumsrate 0,6 %). Spanien spürt die Folgen der heimischen Immobilienkrise und den damit einhergehenden Einbruch der Bauwirtschaft in 2010 noch recht deutlich (2010: BIP-Wachstumsrate -0,3 %). Alle Länder sind gegenwärtig als Folge der Krise mit hohen Defiziten in den öffentlichen Haushalten belastet, vor allem dort, wo die jüngste Rezession mit einer Krise des Finanzsektors oder des Immobiliensektors einherging, also in Großbritannien und Spanien. Insgesamt wird in allen Ländern die Wirtschaftspolitik im Zeichen der Haushaltskonsolidierung stehen.

Trotz der grundsätzlich positiven Aussichten für eine allgemeine Konjunkturerholung bleiben die Risiken weiterhin groß. So ist der im nennenswerten Umfang angestrebte Abbau der Budgetdefizite in mittlerweile allen Euro-Ländern in den nächsten Jahren mit erheblichen Unwägbarkeiten verbunden. Eine vergleichbare Situation hat es bisher in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg nicht gegeben. Deshalb ist schwer abzuschätzen, wie sehr sich die mit der Konsolidierung verbundenen kontraktiven Impulse im internationalen Kontext verstärken und sich auf das wirtschaftliche Wachstum der Euroländer auswirken. Vor allem der Aufschwung in Deutschland ist davon abhängig, dass die Exportmärkte in Europa nicht an Dynamik verlieren.

Auch wird die wirtschaftliche Lage der Unternehmen trotz positiver Wachstumssignale angespannt bleiben. Liquiditätseingpässe und Finanzierungsschwierigkeiten dürften weiterhin erhebliche Probleme darstellen. Ein Anstieg der Insolvenzzahlen ist – nach Schätzung von Creditreform – daher unausweichlich.

Zudem ist die Lage im Bankensektor nach wie vor schwierig. In Deutschland kann weiterhin nicht ausgeschlossen werden, dass die Kreditversorgung der Wirtschaft insgesamt oder auch nur für bestimmte Unternehmensgruppen im Mittelstand nicht in hinreichendem Maße gewährleistet ist, weil weiterhin eine Vielzahl von Belastungsfaktoren auf die Kreditvergabemöglichkeiten der Banken einwirkt. Dieser Zustand könnte auch länger anhalten. Für Deutschland wird u. a. wichtig werden, inwieweit die Banken über Verbriefungen ihren Vergabespielraum ausweiten können. Nach wie vor funktioniert der Verbriefungsmarkt jedoch nicht.

Ebenfalls ist die Risikotragfähigkeit der Finanzmärkte seit der Krise – wie sich am Beispiel der Schuldenkrise Griechenlands zeigt – nachhaltig beeinträchtigt. Es ist deshalb nicht auszuschließen, dass es auf den Finanzmärkten zu weiteren Vertrauenskrisen kommen wird.

Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die lange Dauer der Finanz- und Wirtschaftskrise bietet Chancen, birgt aber weiter auch Risiken. Für die IKB ist gegenwärtig wesentlich, dass sie sich mit immer mehr Kräften auf das Finanzierungsgeschäft mit dem Mittelstand konzentrieren kann. Dazu trägt bei, dass die Situation mit Blick auf Liquidität, Kapitalausstattung und Portfolioinvestments stabilisiert werden konnte. Zusätzlich ist der Fortschritt bei der Erfüllung der EU-Auflagen dergestalt, dass die daraus erwachsenen Beschränkungen und Lasten bis September 2011 sukzessive entfallen werden und schon bis heute zu einem Großteil abgearbeitet werden konnten.

Trotz der Krisensituation hat die IKB ihr Geschäft mit dem deutschen Mittelstand, wenn auch auf reduziertem Niveau, aufrechterhalten. Sie hat während der Krise ihre Organisation verschlankt und neu auf das Mittelstandsgeschäft ausgerichtet. Den Kunden kann ein wachsendes Angebot mit der entsprechenden Expertise an Beratung und für verschiedene Produkte bereitgestellt werden. Die IKB baut die benötigten Personalkapazitäten dafür aus, da die mittelständischen Unternehmen zunehmend eine umfassende Betreuung nachfragen. Sie haben ihr Finanzierungsverhalten verändert. Sie werten Liquidität und Margen heute anders ein und fragen auch verstärkt Beratungsleistungen nach, die sich vor allem auch auf Fragen der Absicherung von spezifischen Risiken und die strategische Positionierung – seien es Unternehmenskäufe oder die Erlangung der Kapitalmarktfähigkeit – beziehen.

Der Umbruch im Bankenmarkt wird noch einige Zeit andauern. Insoweit bestehen gute Chancen für die IKB, für bestehende und neue Kunden die Versorgung mit Beratungs-, Absicherungs- und Kreditprodukten gezielt und nachhaltig zu erweitern. Aus diesen Geschäftsbeziehungen werden mit der Zeit die diversifizierten Erträge erwachsen, die mit dem Geschäftsmodell angestrebt werden. Wenn die Kreditnachfrage aufgrund einer durchgreifenden wirtschaftlichen Erholung wieder anzieht, wird auch das Zinseinkommen wieder zunehmen.

Weiterhin gilt, dass die IKB Verwaltungskosten einsparen muss. Ein wesentlicher Beitrag wird aus dem Abbau der Komplexität kommen, die aus der Vielzahl an Geschäftsfeldern und Tochtergesellschaften entstanden war. Auch hier sind wesentliche Fortschritte gemacht worden. Diese Verschlinkung ist ebenfalls von Bedeutung, um die absehbaren Mehrbelastungen aus einer umfassenden Neugestaltung der qualitativen Aufsichtsregeln für Banken sowie einer intensiveren laufenden Überwachung auffangen zu können.

Zum Geschäftsmodell gehört, dass die IKB die Kapitalmärkte wieder stärker für sich und ihre Kunden nutzen wird. Dazu müssen diese Märkte wieder besser funktionieren. Das wird sich bei einer weiteren wirtschaftlichen Erholung allmählich ergeben. Insbesondere für die Ausplatzierung von Risiken kann die IKB dann auf den langjährigen Erfahrungen mit ihren Eigenverbriefungen aufbauen, um über entsprechende Transaktionen ihre bankbetrieblichen Spielräume signifikant zu erweitern. Auf diesem Weg kann insbesondere auch eine fristenkonforme Finanzierung erreicht werden.

Die Risiken liegen im Wesentlichen darin, dass die wirtschaftliche Erholung auf sich warten lässt und die Finanzmärkte sich lange Zeit nicht aus der Krise lösen. Ein weiteres wesentliches Risiko liegt in der Unsicherheit, wie sich die internationalen Vorhaben zur Bankenregulierung und zu spezifischen Abgaben für Banken auswirken werden. Es könnten sich nicht nur die Eigenkapitalanforderungen erheblich erhöhen und zugleich die Möglichkeiten zur Bildung von Kernkapital reduzieren, sondern auch ungleiche Auswirkungen auf die verschiedenen Geschäftsmodelle ausgelöst werden.

Vermögenslage

Der Solvabilitätskoeffizient und insbesondere die Kernkapitalquote der IKB liegen mit 14,9 % bzw. 10,4 % deutlich höher als die gesetzlichen Mindestanforderungen. Dazu haben wesentlich die Kapitalerhöhung durch Lone Star sowie der gezielte Abbau der Bilanzsumme beigetragen. Wesentliche Steuerungsgröße ist die Kernkapitalquote geworden, die für die IKB AG und den Konzern deutlich über 8 % liegt. Die IKB ist vertraglich vor allem gegenüber dem SoFFin verpflichtet, diese Mindestwerte von jeweils 8 % Kernkapital einzuhalten. Ungeachtet des nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Umfelds erwartet die IKB, planmäßig diese Mindestwerte weiterhin zu erfüllen. Damit werden auch die KWG-Anforderungen erfüllt bleiben, soweit sich die Anforderungen durch die internationalen Vorhaben zur Bankenregulierung hinsichtlich Höhe und Zusammensetzung des erforderlichen Eigenkapitals nicht deutlich erhöhen. Zur Sicherung dieser und anderer Mindestquoten wird die IKB im Wesentlichen eine Steuerung der Bilanzsumme durch Abbau von Risikoaktiva und Risikotransfer vornehmen. Sie wird gegebenenfalls, insbesondere bei einem längeren Anhalten der Finanzkrise, weitere Maßnahmen zur Stärkung ihrer Kapitalbasis durchführen.

Liquiditätssituation

Durch die begebenen Emissionen in Höhe von 10 Mrd. € unter dem Garantierahmen des SoFFin, die geplanten Verkäufe von Bilanzaktiva und die Hereinnahme von Kundeneinlagen ist die IKB bis ins erste Quartal 2012 aus jetziger Sicht auskömmlich mit Liquidität versorgt. Mit dieser Ausstattung wäre auch ein temporärer unerwarteter Liquiditätsbedarf zu überbrücken, der sich beispielsweise aus einem Wiederaufflammen der Krise oder einer Kreditklemme im Unternehmenssektor entwickeln könnte.

Besicherte Finanzierungen und die Beleihung von Wertpapieren oder Krediten bei der Zentralbank sind für alle Banken wesentliche Refinanzierungsquellen geworden. Im Interbankengeschäft nutzt die Bank ebenfalls das Instrument der besicherten Geldaufnahme zur Deckung des Liquiditätsbedarfs. Darüber hinaus wird die IKB weiterhin für ihre Kunden aktiv die Programmkredite und Globaldarlehen der öffentlichen Förderbanken nutzen.

In der Planung enthalten ist ein Liquiditätseffekt von 2 Mrd. € aus dem Abbau von Bilanzaktiva für die Erfüllung der EU-Auflagen betreffend die Konzernbilanzsumme.

Vor dem Hintergrund des aktuellen Ratings (Baa3/BBB-) wird eine ökonomisch sinnvolle Emission von ungesicherten Inhaberschuldverschreibungen am Kapitalmarkt zunächst nur sehr selektiv und in kleinen Abschnitten möglich sein. Dies kann sich durch Veränderung des Anlegerverhaltens und/oder positive Ratingveränderungen oder einen wieder besser funktionierenden Kapitalmarkt auf längere Sicht besser darstellen.

Die künftige Liquiditätssituation ist von der Neugeschäftsentwicklung, dem Abrufverhalten der Kunden aus bestehenden Kreditzusagen und der Sicherheitenstellung für Derivatgeschäfte abhängig. Diese Faktoren wurden in den Liquiditätsszenarien der Bank berücksichtigt.

Ertragslage

Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise kann die Geschäftsentwicklung der IKB weiter belastet bleiben und je nach Intensität und Dauer eine hohe Ergebnisvolatilität aufweisen. Dies gilt im Kerngeschäft und insbesondere für die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Positionen.

Die IKB wird nach Abschluss der Restrukturierung voraussichtlich eine deutlich andere Ertragsstruktur und ein insgesamt niedrigeres Ertragsniveau haben als in den Geschäftsjahren vor 2007/08, da die Konzernbilanzsumme und damit vor allem das zinstragende Geschäft erheblich kleiner sein werden. Mit der Zeit werden neben die Erträge aus dem Kreditgeschäft die Provisionen aus dem Beratungsgeschäft, Derivaten und Kapitalmarktgeschäft mit einer wachsenden Zahl intensiver Kundenbeziehungen im Mittelstand treten. Die Ergebnisse des Geschäftsjahres 2010/11 könnten u. a. durch Ausfälle im Unternehmenssektor infolge einer länger anhaltenden Finanzkrise belastet sein. In jedem Fall werden sich die Kosten zur Erfüllung der EU-Auflagen noch auswirken, die sich aus der Schließung von Standorten, den Geschäftsbeschränkungen sowie dem aktiven Abbau der Bilanzsumme ergeben. Hinzu kommen eine weiter – je nach Krisenverlauf - erhöhte Risikoversorge und die stark gestiegenen Refinanzierungskosten. Die Senkung der Verwaltungskosten im Konzern wird moderater verlaufen als im Vorjahr. Mit der Zeit werden die vorgenannten Belastungsfaktoren weniger auf das Jahresergebnis wirken, dafür die strukturell erzielte Kosteneinsparung sowie die Erzielung von Zins- und Provisionseinkommen als Einflussgrößen bedeutsam werden. Für das mittelfristige Ziel des Erreichens einer angemessenen Rendite aus dem operativen Geschäft ist erforderlich, dass Beratungsdienstleistungen, Derivate- und Kapitalmarktgeschäfte weiter ausgebaut werden, um sukzessive wachsende Provisionserträge sowie Handelsgewinne aus Kundengeschäften erzielen zu können, und dass das Kreditgeschäft auf einer verringerten Verwaltungs- und Risikokostenbasis zu auskömmlichen Margen allmählich gesteigert wird.

Die weitere Entwicklung der IKB hängt aus heutiger Sicht zudem davon ab, dass sich die Kapitalmärkte im laufenden oder darauf folgenden Jahr normalisieren, damit eine adäquate Refinanzierung wieder möglich ist. Damit könnte dann auch eine Senkung der Refinanzierungskosten einhergehen, die für die Bank derzeit maßgeblich durch die Kosten für die Garantien des SoFFin bestimmt sind.

Die Bedienung der Besserungsabreden im Zusammenhang mit der Bereitstellung von 1.050 Mio. € bankaufsichtsrechtlichem Kernkapital durch die KfW Bankengruppe im Geschäftsjahr 2007/08, der Besserungsabrede im Zusammenhang mit dem Verzicht von LSF6 Europe auf den Rückzahlungsanspruch und künftige Zinszahlungsansprüche aus den im November und Dezember 2008 übernommenen Nachrangschuldverschreibungen der IKB sowie von Wertaufholungsrechten der hybriden Kapitalgeber führen voraussichtlich dazu, dass für mehrere Geschäftsjahre keine oder nur geringe Überschüsse im Konzern und in der IKB AG ausgewiesen werden.

8. Vergütungsbericht

Der vorliegende Vergütungsbericht bezieht sich auf die Vergütung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder im bzw. für das Geschäftsjahr 2009/10 und stellt die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in diesem bzw. für dieses Geschäftsjahr dar. Die Ausgestaltung des Vergütungsberichts berücksichtigt die Regelungen des Handelsgesetzbuches sowie die Grundsätze des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Das Vergütungssystem des Vorstands

Im Geschäftsjahr 2009/10 gehörten dem Vorstand die folgenden Mitglieder an:

- Hans Jörg Schüttler (Vorsitzender des Vorstands),
- Dr. Dieter Glüder,
- Dr. Reinhard Grzesik (bis 3. Juli 2009),
- Claus Momburg,
- Dr. Michael H. Wiedmann.

Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer festen jährlichen Grundvergütung, einer erfolgsabhängigen variablen Vergütung sowie erfolgsunabhängigen Nebenleistungen und Pensionszusagen zusammen. Aktienoptionspläne oder vergleichbare Gestaltungen bestehen nicht. Die Vorstandsmitglieder Herr Schüttler und Herr Dr. Wiedmann sowie das ausgeschiedene Vorstandsmitglied Herr Dr. Grzesik erhalten bzw. erhielten neben ihrer festen jährlichen Grundvergütung zum Ausgleich für eine nicht vereinbarte Altersversorgung zusätzlich einen monatlichen Betrag von 10.000 € brutto.

Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Situation der Bank wurde von der Entwicklung einer neuen Vergütungsstruktur bisher abgesehen.

Das Aufsichtsratsplenum setzt auf Vorschlag des Aufsichtsratspräsidiums die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder fest, beschließt das Vergütungssystem für den Vorstand und überprüft es regelmäßig.

Die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsratsplenum unter Einbeziehung etwaiger Konzernbezüge auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung festgelegt. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden sowohl die Aufgaben des einzelnen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Konzerns als auch die Üblichkeit der Vergütung unter Berücksichtigung des Vergleichsumfelds und der Vergütungsstruktur, die ansonsten in der Gesellschaft gilt. Die Vergütungsstruktur ist auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet. Für außerordentliche Entwicklungen ist eine Begrenzungsmöglichkeit (Cap) der variablen Vorstandsvergütung vereinbart.

Die Angemessenheit der jeweiligen Gesamtvergütungen wird regelmäßig vom Aufsichtsratsplenum überprüft. Etwaige Bezüge aus Konzernmandaten werden einbezogen.

Der IKB wurde im August 2009 ein erweiterter Garantierahmen durch den SoFFin gewährt. Der SoFFin hat die Gewährung dieser Mittel jedoch unter anderem unter die Bedingung gestellt, dass die Vorstandsmitglieder der IKB ab dem 3. Juli 2009 bis zum 31. Dezember 2010 auf Zahlungen, die den Betrag von 500 Tsd. € p.a. übersteigen, verzichten und durch geeignete Vereinbarungen sichergestellt wird, dass eventuelle Nachzahlungsansprüche keine Auswirkungen auf die Bilanz der IKB haben, also insbesondere keine Bildung von Rückstellungen oder Buchung von Verbindlichkeiten erfolgt. Nebenleistungen (z. B. Kfz, Versicherungen, Pensionsabschlagszahlungen, Telefonnutzung) bleiben hiervon unberührt und Nachzahlungen sind erst ab Auslaufen der SoFFin-Garantien zulässig.

Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile

Die erfolgsunabhängige Jahresgrundvergütung wird monatlich als Gehalt ausbezahlt. Aufgrund der Auflagen des SoFFin im Zusammenhang mit der Garantiegewährung wurden die Vorstandsverträge angepasst und das Jahresgrundgehalt der Vorstandsmitglieder ab dem 1. Juli 2009 auf jeweils 500 Tsd. € festgesetzt.

Zusätzlich erhalten die Vorstandsmitglieder Nebenleistungen in Form von Sachbezügen, die im Wesentlichen aus Versicherungsprämien und der Dienstwagennutzung bestehen. Als Vergütungsbestandteil sind diese Nebenleistungen vom einzelnen Vorstandsmitglied zu versteuern. Die konkrete Höhe variiert bei den einzelnen Vorstandsmitgliedern je nach der persönlichen Situation. Kredite oder Vorschüsse wurden Vorstandsmitgliedern im Berichtsjahr nicht gewährt.

Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile

Das im Geschäftsjahr 2009/10 geltende Vergütungssystem besteht grundsätzlich gemäß den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex aus fixen und variablen Bestandteilen. Die variable Vergütungskomponente (Tantieme) hat Risikocharakter, sodass es sich hierbei nicht um eine gesicherte Vergütung handelt. Eine Mindesttantieme ist nicht mehr vereinbart.

Zur Erfüllung der Auflagen des SoFFin im Zusammenhang mit der Garantiegewährung haben die amtierenden Vorstandsmitglieder auf Tantiemezahlungen (einschließlich der vormals vereinbarten Mindesttantieme) ab dem Geschäftsjahr 2008/09 bis zum 31. Dezember 2010 verzichtet. Damit übersteigt die Vergütung der Vorstandsmitglieder nicht die mit dem SoFFin vereinbarte Vergütungszahlungsbegrenzung.

Grundlage der variablen Vergütung ist das Erreichen der mit jedem aktiven Vorstandsmitglied schriftlich vereinbarten Ziele. Das Aufsichtsratsplenium hat mit den Vorstandsmitgliedern für die nächsten Jahre jeweils ausschließlich Ziele zur Restrukturierung und Stabilisierung der Bank mit einer mehrjährigen Bemessungsgrundlage und langfristiger Anreizwirkung vereinbart. Die Erfolgsziele orientieren sich an den Vorgaben, Bedingungen und Auflagen der EU, des SoFFin und des Einlagensicherungsfonds und können vom Aufsichtsrat in Absprache mit dem jeweiligen Vorstandsmitglied unter Berücksichtigung der Entwicklung der Gesellschaft geändert werden.

Die Festlegung der Höhe der variablen Vergütung erfolgt entsprechend dem Erreichungsgrad der Ziele. Mit jedem Vorstandsmitglied ist eine Zieltantieme bei einer Zielerreichungsquote von 100 % festgesetzt, die sich in Abhängigkeit von der Zielerreichung verringern oder erhöhen kann. Zudem wurde eine Begrenzung (Cap) der Tantieme vereinbart. So ist die Tantieme in zwei Fällen auf maximal 200 % und in je einem Fall auf maximal 130 % bzw. 137 % der Zieltantieme begrenzt.

Darüber hinaus kann der Aufsichtsrat bei der Festsetzung der Tantieme unter Berücksichtigung des Ergebnisses und der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft und der Leistungen des Vorstandsmitglieds nach pflichtgemäßen Ermessen weitere Aspekte berücksichtigen. Dies kann zu einer höheren oder niedrigeren Tantieme innerhalb der festgelegten Grenze führen.

Bisher wurde die Tantieme für Vorstandsmitglieder in vollem Umfang nach Geschäftsjahresabschluss beschlossen. Zukünftig wird die Tantieme unter Berücksichtigung einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung im Rahmen einer mehrjährigen Betrachtung festgestellt. Abschlagszahlungen sind zulässig.

Change of Control

Die Anstellungsverträge der amtierenden Vorstandsmitglieder enthalten aufgrund von im Geschäftsjahr 2009/10 vorgenommenen Vertragsanpassungen Change-of-Control-Klauseln. Danach ist jedes Vorstandsmitglied berechtigt, im Falle eines Kontrollwechsels seinen Dienstvertrag bis zum Monatsende zu kündigen und sein Amt zum Zeitpunkt der Beendigung

des Dienstvertrags niederzulegen. Dieses Sonderkündigungsrecht kann nur innerhalb von sechs Monaten nach dem Eintritt des Kontrollwechsels ausgeübt werden. Ein Kontrollwechsel liegt vor, wenn i.S.d. §§ 21 ff. WpHG eine nicht mit LSF6 Europe i.S.d. §§ 15 ff. AktG verbundene Person mehr als 50 % der Stimmrechte an der Gesellschaft erwirbt bzw. dieser zuzurechnen sind.

Leistungen durch Dritte

Kein Mitglied des Vorstands hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Leistungen oder entsprechende Zusagen von einem Dritten im Hinblick auf seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied erhalten. Auch für die Übernahme von Organfunktionen bei Tochterunternehmen wurde im Geschäftsjahr 2009/10 keine Vergütung an Mitglieder des Vorstands gezahlt.

Übersicht über die Vorstandsvergütung

Einzelheiten zur Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2009/10 ergeben sich gemäß den vertraglichen Vereinbarungen und den Beschlüssen des Aufsichtsratsplenums aus der nachfolgenden Tabelle:

Jahresvergütung in Tsd. €	Festbezüge	Variable Bezüge	Pensionsersatz	Wert der Nebenleistungen*	Gesamt
Hans Jörg Schüttler	562**	0	120	18	700
Dr. Dieter Glüder	495	0		16	511
Dr. Reinhard Grzesik (bis 3. Juli 2009)	124	0	31	6	161
Claus Momburg	477	0		24	501
Dr. Michael H. Wiedmann	495	0	120	17	632
Gesamt	2.153	0	271	81	2.505

* Vergütungen für die Übernahme von Organfunktionen bei Tochterunternehmen sind im Geschäftsjahr 2009/10 nicht mehr angefallen.

** Das Jahresgrundgehalt der Vorstandsmitglieder wurde zur Erfüllung der SoFFin-Auflagen (Vergütungszahlungsbegrenzung ab dem 3. Juli 2009 bis zum 31. Dezember 2010) ab dem 1. Juli 2009 auf jeweils 500 Tsd. € festgesetzt. Die Festbezüge von Herrn Schüttler für das Geschäftsjahr 2009/10 in Höhe von 562 Tsd. € resultieren aus der Zahlung des vormals höheren Grundgehalts für die Monate April bis Juni.

Für das vorangegangene Geschäftsjahr 2008/09 belief sich die Jahresvergütung des Gesamtvorstands auf 7.068 Tsd. €. Hiervon entfielen 2.380 Tsd. € auf Festbezüge, 3.117 Tsd. € auf variable Bezüge, 280 Tsd. € auf Pensionsersatzzahlungen und 1.291 Tsd. € auf Nebenleistungen (einschließlich Abfindungen). Aufgrund des Verzichts der entsprechenden Vorstandsmitglieder wurde jedoch die variable Erfolgsvergütung für das Geschäftsjahr 2008/09 an die Herren Schüttler, Dr. Glüder, Momburg und Dr. Wiedmann nicht ausgezahlt.

Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit und Altersversorgung

Wie dargestellt haben alle am 31. März 2010 amtierenden Vorstandsmitglieder ein Sonderkündigungsrecht für den Fall eines Kontrollwechsels. Eine Abfindung für die Vorstandsmitglieder im Falle der Ausübung dieses Sonderkündigungsrecht ist bisher nicht vereinbart, hierüber soll gegebenenfalls nach dem 31. Dezember 2010 entschieden werden.

Die Vorstandsmitglieder Herr Dr. Glüder und Herr Momburg haben im Pensionsfall Anspruch auf ein lebenslanges Ruhegeld. Der Pensionsfall ist gegeben, wenn der Anstellungsvertrag (a) mit oder nach Vollendung des 63. Lebensjahres endet, (b) vor Vollendung des 63. Lebensjahres wegen dauernder Dienstunfähigkeit endet oder (c) vor Vollendung des 63. Lebensjahres wegen vorzeitiger Beendigung oder Nichtverlängerung endet, wobei in diesem Fall der Pensionsfall nicht gegeben ist, wenn das jeweilige Vorstandsmitglied eine ihm angebotene Verlängerung des Anstellungsvertrags zu gleichen oder für ihn günstigeren Bedingungen ablehnt oder die vorzeitige Beendigung oder Nichtverlängerung auf einem von dem jeweiligen Vorstandsmitglied verschuldeten wichtigen Grund, beschränkt auf grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz, beruht. Auch die Beendigung des Dienstvertrages im Falle eines Kontroll-

wechsels stellt für die Herren Momburg und Dr. Glüder einen Pensionsfall im Sinne des oben unter Buchstaben (c) genannten Falls dar; dies gilt jedoch nicht, wenn die Bank das Dienstverhältnis wirksam außerordentlich aus wichtigem Grund kündigt.

In einem unter Buchstabe (c) genannten Pensionsfall erhalten die Vorstandsmitglieder Herr Dr. Glüder und Herr Momburg bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres als sogenanntes Übergangsgeld ein vermindertes Ruhegeld. Weder Herr Schüttler noch Herr Dr. Wiedmann haben Anspruch auf Zahlung eines Übergangsgeldes im Falle des Ausscheidens.

Die zu gewährende Versorgungsleistung ist abhängig von der Dauer der Vorstandstätigkeit. Der Grundanspruch beträgt für die Herren Dr. Glüder und Momburg 35 bzw. 50 % des ruhegeldfähigen Einkommens. Die Höhe des Übergangsgeldes ist abhängig von dem Alter des Vorstandsmitglieds und der Dauer seiner Vorstandstätigkeit und liegt zwischen 5 und 75 % der letzten Jahresgrundvergütung. Für den Fall der Beendigung des Anstellungsvertrags aufgrund Kontrollwechsels und bei Herrn Dr. Glüder zudem für den Fall der Beendigung des Anstellungsvertrags auf Veranlassung der Bank beträgt das Übergangsgeld jedoch mindestens 150 Tsd. € p.a. Anderweitig erworbene Ruhegeldansprüche und anderweitige Arbeits-einkünfte werden in bestimmtem Umfang auf die Ruhegeldzahlungen der Gesellschaft angerechnet. Laufende Renten werden jährlich gemäß der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland angepasst.

Herr Momburg hat durch Vereinbarung auf seinen dienstvertraglichen Anspruch auf Übergangsgeld unter der aufschiebenden Bedingung, dass ein Gericht in einem rechtskräftigen Urteil schuldhaftes Verhalten (Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit) seiner Person im Zusammenhang mit der Krise der Bank feststellt, verzichtet. Dies gilt nicht für den Anspruch auf Zahlung des Übergangsgeldes im Falle des Kontrollwechsels, der allerdings nur besteht, wenn der Dienstvertrag nicht wirksam außerordentlich aus wichtigem Grund gekündigt wird.

Herrn Dr. Glüder steht darüber hinaus im Falle der Beendigung des Dienstvertrages aufgrund Kontrollwechsels oder auf Veranlassung der Bank in Abweichung zu § 1b BetrAVG in jedem Fall eine unverfallbare Anwartschaft zu. Dies gilt nicht, wenn die IKB das Dienstverhältnis wirksam außerordentlich aus wichtigem Grund kündigt.

Nach dem Tod von Herrn Dr. Glüder oder Herrn Momburg wird ein vermindertes Ruhegeld als Hinterbliebenenversorgung ausgezahlt. Witwen erhalten lebenslang bis zu 60 % des Ruhegeldes. Das Witwengeld entfällt bei Wiederverheiratung. Unterhaltsberechtigter Kinder erhalten mindestens bis zur Erreichung des 18. Lebensjahres und darüber hinaus längstens bis zum 25. Lebensjahr für die Dauer der Schul- oder Berufsausbildung einschließlich des Wehr- oder Zivildienstes 15 % des Ruhegeldes (25 %, falls kein Anspruch auf Witwengeld besteht). Übersteigen Witwen- und Waisengelder zusammen den Betrag des Ruhegeldes, erfolgt eine anteilige Kürzung der Waisengelder um den übersteigenden Betrag.

Für die künftigen Ruhegeldansprüche der Vorstandsmitglieder hat die Gesellschaft Pensionsrückstellungen gebildet, im Pensionsfall ergeben sich folgende Zahlungen:

in Tsd. €	Jahresbezüge bei Eintritt des Pensionsfalles per 31.3.2010	Zuführung zur Pensionsrückstellung per 31.3.2010 (Service Cost)
Dr. Dieter Glüder	375*	447
Claus Momburg	375*	122

* Unterstellt eine Bestellung bis zur Beendigung des 63. Lebensjahres

Die Vorstandsmitglieder Herr Schüttler und Herr Dr. Wiedmann sowie das ausgeschiedene Vorstandsmitglied Herr Dr. Grzesik haben bzw. hatten wegen abweichender Regelungen der Altersversorgung mit der IKB keinen Anspruch auf Ruhegeldzahlungen.

Rückzahlungsansprüche der Gesellschaft

Das Aufsichtsratspräsidium hatte in seiner Sitzung am 16. Februar 2008 beschlossen, die für das Geschäftsjahr 2006/07 im Juli 2007 gezahlten erfolgsabhängigen Vergütungen an den Vorstand zurückzufordern.

Mit dem ehemaligen Vorstandsmitglied Herrn Braunsfeld wurde in Bezug auf die Rückzahlung der Tantieme für das Geschäftsjahr 2006/07 eine Aufhebungsvereinbarung zu seinem Dienstvertrag geschlossen, in dessen Rahmen der Rückzahlungsanspruch (25 Tsd. €) verrechnet wurde.

Die Tantiemeansprüche zwischen der IKB und den ehemaligen Vorstandsmitgliedern Herrn Dr. Doberanzke und Herrn Dr. Guthoff wurden im Dezember 2008 erledigt. Herr Dr. Doberanzke und Herr Dr. Guthoff haben die von der Bank zurückgeforderten Tantiemen (583 Tsd. € bzw. 600 Tsd. €) freiwillig und ohne Anerkenntnis einer Rechtspflicht in Höhe von 494 Tsd. € bzw. 499 Tsd. € im Oktober und Dezember 2008 zurückgezahlt. Die Rückzahlungen erfolgten einvernehmlich. Die Differenzen zu den Bruttobeträgen stellen die Höhe der steuerlichen Nachteile dar, da die Rückzahlungen der bereits im Jahre 2007 ausgezahlten Tantiemen erst im Jahr 2008 erfolgten. Darüber hinaus berücksichtigt der Differenzbetrag bei Herrn Dr. Doberanzke auch, dass er im Geschäftsjahr 2006/07 nur zehn Monate als Vorstand der Bank tätig war. Im Rahmen der Rückzahlungsvereinbarungen mit Herrn Dr. Doberanzke und Herrn Dr. Guthoff ist mit beiden Herren die Zahlung der bis dahin einbehaltenen Vergütungen für die Übernahme von Beiratstätigkeiten in Konzernunternehmen der IKB im Geschäftsjahr 2006/07 von 24 Tsd. € bzw. 50 Tsd. € vereinbart worden. Die Vergütungen wurden im Januar 2009 gezahlt.

Herr Momburg hat die zurückgeforderte Tantieme des Geschäftsjahres 2006/07 (558 Tsd. €) im Geschäftsjahr 2008/09 an die IKB zurückgezahlt.

Gegenüber dem ehemaligen Vorstandsmitglied Joachim Neupel rechnet die IKB seit Mai 2008, soweit rechtlich zulässig, monatlich mit ihrem auf Rückzahlung der überzahlten Tantieme für das Geschäftsjahr 2006/07 (451 Tsd. €) gerichteten Anspruch gegen die Herrn Neupel gegenüber der IKB zustehenden Pensionsansprüche auf. Herr Neupel hat diesbezüglich Klage im Urkundsverfahren auf Zahlung seiner Pensionen für die Monate Mai bis Juli 2008 erhoben. Daraufhin ist im Dezember 2008 ein Vorbehaltsurteil zugunsten Herrn Neupels ergangen, dessen Aufhebung die Gesellschaft im Rahmen des Nachverfahrens beantragt hat. Widerklagend macht die IKB gegenüber Herrn Neupel darüber hinaus Ersatz des der Bank durch die Erstattung der Kosten für ungerechtfertigte und nicht genehmigte Baumaßnahmen an dem von Herrn Neupel angemieteten, im Eigentum der Gesellschaft stehenden Wohnhaus sowie für von Herrn Neupel verantwortete Aufwendungen der Bank im Zusammenhang mit ungerechtfertigten, nicht genehmigten Baumaßnahmen an dem von Herrn Ortseifen angemieteten, ebenfalls im Eigentum der Bank stehenden Wohnhaus geltend (insgesamt 324 Tsd. €). Seit Mai 2010 rechnet die IKB gegen die von Herrn Neupel eingeklagten Pensionsansprüche für die Monate Mai bis Juli 2008 sowie gegen dessen laufende Pensionsansprüche neben dem Rückzahlungsanspruch bzgl. der überzahlten Tantieme für das Geschäftsjahr 2006/07 auch mit diesen Schadenersatzansprüchen auf. Die gegenüber Herrn Neupel erklärte Aufrechnung mit dem auf Rückzahlung der Tantieme für das Geschäftsjahr 2006/07 gerichteten Anspruch gegen Herrn Neupels Pensionsansprüche erfolgte im Mai 2010 allerdings zum letzten Mal, da mit dieser Aufrechnung die Rückzahlungsforderung von 451 Tsd. € erloschen ist. Am 8. April 2010 hat das Landgericht Düsseldorf entschieden, dass das mit Herrn Neupel geführte Verfahren bis zur Erledigung des gegen Herrn Stefan Ortseifen geführten Strafverfahrens ausgesetzt wird.

Die Rückzahlung der zuviel gezahlten Tantieme (805 Tsd. €) durch Herrn Ortseifen ist Gegenstand eines weiteren laufenden Gerichtsverfahrens. Darüber hinaus hat die Gesellschaft Herrn Ortseifen und seine Ehefrau auf Zahlung rückständiger Miete sowie Räumung des von Herrn Ortseifen angemieteten, im Eigentum der Bank stehenden Wohnhauses verklagt. Auch macht die Gesellschaft gegenüber Herrn Ortseifen Schadenersatz für ungerechtfertigte, nicht genehmigte, aber von der Gesellschaft erstattete Aufwendungen für an dem von Herrn Ortseifen angemieteten, im Eigentum der Bank stehenden Wohnhaus durchgeführte Baumaß-

nahmen sowie für von ihm verantwortete Aufwendungen der Bank im Zusammenhang mit ungerechtfertigten und nicht genehmigten Baumaßnahmen an dem von Herrn Neupel angemieteten, im Eigentum der Bank stehenden Wohnhaus geltend. Die mit Herrn Ortseifen geführten Prozesse wurden bis zur Erledigung des gegen Herrn Ortseifen geführten Strafverfahrens ausgesetzt.

Frühere Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtvergütung der früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen belief sich auf 3.314 Tsd. € (Vorjahr: 3.097 Tsd. €). Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 50.001 Tsd. € (Vorjahr: 45.959 Tsd. €) zurückgestellt.

Das Vergütungssystem des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 11 der Satzung der IKB AG geregelt. Sie trägt – in Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften und entsprechend den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex – der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder sowie der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des Konzerns Rechnung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten neben einer festen auch zwei variable, erfolgsorientierte Vergütungskomponenten. Die kurzfristige Komponente ist von der Höhe der Dividende abhängig und die langfristige richtet sich nach dem Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses je Aktie; beide Komponenten werden aber auch nur dann gezahlt, wenn eine Dividende von mindestens 4 % des Grundkapitals ausgeschüttet wird. Als feste Vergütung erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats, neben dem Ersatz ihrer Auslagen, zu denen auch die auf ihre Bezüge entfallende Umsatzsteuer gehört, für jedes Geschäftsjahr 20 Tsd. €. Daneben erhalten die Aufsichtsratsmitglieder für jedes Geschäftsjahr eine variable Vergütung in Höhe von 200 € für je 0,01 € Dividende, die über 0,30 € je Aktie hinaus für das abgelaufene Geschäftsjahr an die Aktionäre ausgeschüttet wird. Ferner wird eine weitere variable Vergütung in Höhe von 90 € für jede 0,01 € gezahlt, um die der Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses je Aktie den Betrag von 0,30 € übersteigt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte und jeder Stellvertreter das Einhalbfache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds. Die Vergütung erhöht sich außerdem für jede Mitgliedschaft in einem Aufsichtsratsausschuss jeweils um das 0,25-fache und für jeden Vorsitz in einem Ausschuss zusätzlich jeweils um das 0,25-fache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds. Abweichend hiervon erhalten die Mitglieder des Nominierungsausschusses in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats keine zusätzliche Vergütung für ihre Tätigkeit. Die zusätzlichen Vergütungen für die Ausschussarbeit können maximal die Höhe der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds erreichen. Mitglieder des Aufsichtsrats, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat oder einem Ausschuss angehören, erhalten für jeden angefangenen Monat ihrer Tätigkeit eine zeitanteilige Vergütung.

Die Aufsichtsratsvergütung ist von anderen Kennzahlen abhängig als die Vorstandsbezüge, sodass eine unerwünschte Angleichung der Vergütungsinteressen beider Gremien ausgeschlossen ist. Mit der jährlichen festen Vergütung von 20 Tsd. € soll insbesondere der Unabhängigkeit des Aufsichtsrats Rechnung getragen werden, die zur Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion erforderlich ist. Außerdem soll hierdurch eine angemessene und vom wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens unabhängige Mindestvergütung gewährleistet sein. Das dividendenabhängige Vergütungselement soll zu einem gewissen Gleichklang der Vergütungsinteressen des Aufsichtsrats mit den Renditeerwartungen der Aktionäre führen. Durch die Bindung eines weiteren Teils der variablen Vergütung an den Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses enthält die Aufsichtsratsvergütung auch einen auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen Bestandteil.

Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2009/10 erhalten die Aufsichtsratsmitglieder, unter der Annahme, dass aufgrund der Lage der Gesellschaft keine Dividende gezahlt wird, keine variable Vergütung.

Die Aufsichtsratsmitglieder Herr Scherrer, Herr Dr. von Köller, Herr Brahin, Herr Dr. Nolting und Herr Dr. Tuczka haben auf die feste Vergütung zugunsten der Gesellschaft verzichtet.

Über ihre feste Vergütung hinaus haben Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr keine weiteren Vergütungen bzw. Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere für Beratungs- und Vermittlungsleistungen, erhalten.

Einzelheiten zur Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2009/10 ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

in Tsd. €	Insgesamt (nur feste Vergütung; variable Vergütung entfällt, da keine Dividende gezahlt wird)
Bruno Scherrer (Vorsitzender)	Verzicht
Dr. Karsten von Köller (stellv. Vorsitzender)	Verzicht
Stefan A. Baustert	20
Wolfgang Bouché	25
Olivier Brahin	Verzicht
Dr. Lutz-Christian Funke	20
Ulrich Grillo	20
Arndt G. Kirchhoff	20
Jürgen Metzger	20
Dr. Claus Nolting	Verzicht
Dr. Thomas Rabe (seit 23. Juni 2009)	17
Dr.-Ing. Eberhard Reuther (bis 27. April 2009)	2
Dr. Carola Steingräber (bis 27. August 2009)	8
Carmen Teufel (seit 27. August 2009)	13
Dr. Andreas Tuczka	Verzicht
Ulrich Wernecke	25
Andreas Wittmann	20
Zwischensumme	210
Auf Bezüge entfallende Umsatzsteuer	34
Auslagenersatz Aufsichtsrat gesamt	10
Gesamt	254

9. Sonstige Finanzinformationen

Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Das Grundkapital der Gesellschaft zum 31. März 2010 betrug 1.621.315.228,16 € und war eingeteilt in 633.326.261 auf den Inhaber lautende Stückaktien. Alle Aktien gewähren die gleichen Rechte. Jede Aktie gewährt eine Stimme und ist maßgebend für den Anteil am Gewinn.

Durch Beschluss der Hauptversammlung der IKB AG am 28. August 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 27. August 2013 Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € mit einer Laufzeit von maximal 20 Jahren zu begeben und den Inhabern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf insgesamt bis zu 48.339.843 auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 123.749.998,08 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Der Vorstand der Gesellschaft hat am 19. November 2008 beschlossen, Nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 123.671.070,72 € mit bedingter Wandlungspflicht und bedingtem Wandlungsrecht auf bis zu 48.309.012 Aktien der Gesellschaft aus dem bedingten Kapital mit Bezugsrecht der Aktionäre zu begeben. Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht waren, dass die gegen die Ermächtigung vom 28. August 2008 gerichtete Anfechtungsklage erledigt wird und das zu der Ermächtigung gehörende bedingte Kapital bestandskräftig im Handelsregister der Gesellschaft eingetragen ist. Die Wandelschuldverschreibungen wurden den Aktionären der Gesellschaft in einem nicht öffentlichen Bezugsangebot in der Zeit vom 24. November 2008 bis 8. Dezember 2008 zum Bezug angeboten. Eine Tochtergesellschaft der Unternehmensgruppe Lone Star, die LSF6 Rio S.à.r.l., hatte sich verpflichtet, alle Schuldverschreibungen zu übernehmen, die nicht von anderen Aktionären gezeichnet wurden. Von Aktionären der Gesellschaft sind Schuldverschreibungen über insgesamt 150.174,72 € und von Lone Star (LSF6 Rio S.à.r.l.) der Restbetrag von 123.520.896,00 € bezogen bzw. übernommen worden. Eine Schuldverschreibung von nominal 23,04 € berechtigt zum Bezug von 9 neuen Aktien aus dem bedingten Kapital zu einem Wandlungspreis von 2,56 € je Aktie. Die Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht sind seit dem 1. Juli 2009 erfüllt, sodass seit diesem Zeitpunkt ein jederzeitiges Wandlungsrecht besteht. Eine Wandlungspflicht besteht spätestens am 11. April 2012 oder bereits früher, wenn bestimmte aufsichtsrechtliche Kennziffern der Gesellschaft unterschritten werden. Die LSF6 Rio S.à.r.l. hat am 2. Juli 2009 im vollen Umfang von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch gemacht. Hierdurch stieg das Grundkapital der Gesellschaft mit Ausgabe der Bezugsaktien am 14. Juli 2009 um 123.520.896,00 € auf 1.621.315.228,16 €.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. August 2013 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 500.000.000,00 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 195.312.500 neuen, auf den Inhaber lautende Stückaktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2009/10 kein Gebrauch gemacht.

Durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 24. März 2014 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 247.499.996,16 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 96.679.686 neuen, auf den Inhaber lautende Stückaktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Gegen diesen Beschluss sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist. Eine Eintragung ins Handelsregister ist bislang nicht erfolgt.

Durch weiteren Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 24. März 2014 Wandel- bzw. Optionsgenussscheine sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € zu begeben und den Inhabern der Genussscheine oder Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 618.749.990,40 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Die Restermächtigung zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsverschreibungen von bis zu 776.328.929,28 € vom 28. August 2008 ist durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung am 25. März 2009 aufgehoben worden. Gegen diese Beschlüsse sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist. Eine Eintragung ins Handelsregister ist bislang nicht erfolgt.

Der Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 hat die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 27. Februar 2010 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2009/10 kein Gebrauch gemacht.

In der Hauptversammlung am 28. August 2008 wurde die Gesellschaft außerdem ermächtigt, bis zum 27. Februar 2010 eigene Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Aktienerwerb darf auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen durchgeführt werden. Solche Aktienerwerbe sind auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung am 28. August 2008 über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigungen erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Die erworbenen Aktien dürfen nach Wahl des Vorstands über die Börse oder in anderer Weise veräußert bzw. zu einem Teil oder insgesamt eingezogen werden. Von diesen Ermächtigungen wurde im Geschäftsjahr 2009/10 kein Gebrauch gemacht.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 27. August 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 26. Februar 2011 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2009/10 kein Gebrauch gemacht. Die durch die Hauptversammlung am 28. August 2008 erteilte und bis zum 27. Februar 2010 befristete Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien für Handelszwecke wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 27. August 2009 für die Zeit ab dem Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

In der Hauptversammlung am 27. August 2009 wurde die Gesellschaft außerdem ermächtigt, bis zum 26. Februar 2011 eigene Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Aktienerwerb darf auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen durchgeführt werden. Solche Aktienerwerbe sind auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung am 27. August 2009 über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigungen erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen.

Die erworbenen Aktien dürfen nach Wahl des Vorstands über die Börse oder in anderer Weise veräußert bzw. zu einem Teil oder insgesamt eingezogen werden. Von diesen Ermächtigungen wurde im Geschäftsjahr 2009/10 kein Gebrauch gemacht. Die durch die Hauptversammlung am 28. August 2008 erteilte und bis zum 27. Februar 2010 befristete Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 27. August 2009 für die Zeit ab dem Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

Seit dem 29. Oktober 2008 wurde ein Stimmrechtsanteil von 90,81 % an der IKB AG unmittelbar von den LSF6 Europe und mittelbar von den LSF6 Europe Partners, LLC (Delaware), Dallas, USA, Lone Star Europe Holdings, L.P. (Bermuda), Hamilton, Bermuda, Lone Star Europe Holdings, Ltd. (Bermuda) Hamilton, Bermuda und Herrn John P. Grayken, USA, gehalten. Aufgrund der Ausübung von Wandlungsrechten aus Schuldverschreibungen der Gesellschaft durch eine Tochtergesellschaft der Unternehmensgruppe Lone Star, der LSF6 Rio S.à.r.l., am 2. Juli 2009 erhöhte sich der Stimmrechtsanteil der Unternehmensgruppe Lone Star mit Ausgabe der Bezugsaktien am 14. Juli 2009 geringfügig auf 91,51 %. Seit dem 20. Juli 2009 wird dieser Stimmrechtsanteil von 91,51 % unmittelbar von den LSF6 Europe und mittelbar von den LSF6 Europe Partners, LLC (Delaware), Dallas, USA, Lone Star Europe Holdings, L.P. (Bermuda), Hamilton, Bermuda, Lone Star Europe Holdings, Ltd. (Bermuda) Hamilton, Bermuda und Herrn John P. Grayken, USA, gehalten. Das restliche Kapital wird von institutionellen und privaten Anlegern gehalten.

Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat nach Maßgabe des § 84 AktG und § 6 der Satzung bestellt und abberufen. Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die Zahl der Mitglieder bestimmt der Aufsichtsrat. Die Bestellung erfolgt für eine Amtszeit von höchstens fünf Jahren. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Die Satzung der Gesellschaft kann gemäß § 179 Abs. 1 AktG und § 17 der Satzung nur durch Beschluss der Hauptversammlung geändert werden. Der satzungsändernde Beschluss bedarf, sofern das Aktiengesetz nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreibt, einer Zweidrittelmehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, kann auch der Aufsichtsrat beschließen.

Die Vereinbarungen mit den Vorstandsmitgliedern für den Fall eines Kontrollwechsels bei der Gesellschaft sind im Vergütungsbericht dargestellt. Die Anstellungsverträge der Mitarbeiter enthalten keine Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels.

Bericht des Vorstands zu den Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Der Vorstand hat im Konzernlagebericht für die Gesellschaft Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB gemacht und erläutert diese wie folgt:

- Die Zusammensetzung des Grundkapitals ergibt sich aus § 5 der Satzung. Die Gesellschaft hat lediglich Stammaktien ausgegeben; Vorzugsaktien oder Sonderrechte einzelner Aktionäre bestehen nicht.
- Im Hinblick auf den Ablauf der beiden Ermächtigungen, jeweils am 26. Februar 2011, zum Erwerb und zur Veräußerung eigener Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels und zu anderen Zwecken beabsichtigt der Vorstand, die ordentliche Hauptversammlung des Jahres 2010 zu bitten, neue Ermächtigungen gleicher Art zu erteilen.
- Die IKB verfügt mit LSF6 Europe, einem Unternehmen des Finanzinvestors Lone Star, über einen Hauptaktionär, der die weitere Fokussierung auf die mittel- und langfristige Finanzierung des deutschen Mittelstandes mit einem erweiterten Angebot im Firmenkundengeschäft unterstützt.
- Die Ernennung und Abberufung der Vorstandsmitglieder folgt den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen. Gemäß der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat ernannt der Aufsichtsrat aus der Mitte des Vorstands den Vorsitzenden des Vorstands. Satzungsänderungen werden in gesetzlich zulässigem Umfang erleichtert.

Düsseldorf, 24. Juni 2010

IKB Deutsche Industriebank AG
Der Vorstand

Konzernabschluss nach
International Financial
Reporting Standards
zum 31. März 2010

Konzern-Gesamtergebnisrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2009 bis 31. März 2010

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. €	Notes	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.3.2009
Zinsüberschuss	(24)	178,5	302,6
Zinserträge		2.002,5	2.560,7
Zinsaufwendungen		1.824,0	2.258,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(25)	493,9	589,6
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		-315,4	-287,0
Provisionsüberschuss	(26)	-51,5	33,2
Provisionserträge		45,0	53,7
Provisionsaufwendungen		96,5	20,5
Fair-Value-Ergebnis	(27)	-598,9	-162,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	(28)	159,2	-282,1
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	(29)	-0,7	-8,4
Verwaltungsaufwendungen	(30)	301,5	375,3
Personalaufwendungen		164,2	179,4
Andere Verwaltungsaufwendungen		137,3	195,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(31)	163,9	131,3
Sonstige betriebliche Erträge		329,2	491,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen		165,3	360,0
Restrukturierungsaufwand	(32)	6,4	51,8
Operatives Ergebnis		-951,3	-1.002,2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(33)	18,8	-426,5
Sonstige Steuern		4,0	4,6
Konzernfehlbetrag		-974,1	-580,3
Ergebnis Konzernfremde		0,2	0,3
Konzernfehlbetrag nach Ergebnis Konzernfremde		-973,9	-580,0

Ergebnis je Aktie

	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.3.2009
Konzernfehlbetrag nach Ergebnis Konzernfremde (Mio. €)	-973,9	-580,0
Durchschnittliche Anzahl ausgegebener Stückaktien (Mio.)	621,3	308,2
Ergebnis je Aktie (€)	-1,57	-1,88

Im Berichtszeitraum erhöhte sich die Anzahl der für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie einzubeziehenden Stückaktien durch Eintritt der Wandlungsbedingungen mit Wirkung vom 2. Juli 2009 auf 633.384.923 (inkl. der noch nicht gewandelten Stück) nennwertlose Stammaktien. Somit waren im Geschäftsjahr 2009/10 durchschnittlich 621.307.670 Aktien zu berücksichtigen.

Ein verwässertes Ergebnis war nicht zu berechnen.

Gesamtergebnisrechnung

in Mio. €	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.3.2009
Konzernfehlbetrag	-974,1	-580,3
Erfolgsneutrale Veränderung aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	37,4	-59,5
Erfolgswirksame Veränderungen aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	3,2	46,1
Erfolgswirksame Veränderungen aus Sicherungsbeziehungen (Cashflow-Hedges)	-	-37,4
Erfolgsneutrale Veränderung aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern	0,8	-12,1
Erfolgsneutrale Veränderungen aus der Währungsumrechnung	3,3	-27,5
Erfolgsneutrale Veränderungen aus versicherungsmathematischen Gewinnen/ Verlusten (IAS 19)	-9,5	-27,2
Latente Steuern auf das Sonstige Ergebnis	-9,6	33,2
Sonstiges Ergebnis	25,6	-84,4
Gesamtergebnis (total comprehensive income)	-948,5	-664,7

Die zugehörigen Steuereffekte sind in der Note 66 angegeben.

in Mio. €	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.3.2009
Vom Gesamtergebnis entfallen auf		
Aktionäre der IKB AG	-948,3	-664,4
Anteile Fremder	-0,2	-0,3

Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2010

in Mio. €	Notes	31.3.2010	31.3.2009 *	31.3.2008
Aktiva				
Barreserve	(8, 34)	14,9	4,2	308,8
Forderungen an Kreditinstitute	(9, 35)	2.518,3	2.979,5	2.850,3
Forderungen an Kunden	(9, 36)	23.665,1	27.927,9	28.843,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(10, 37)	-1.072,2	-997,7	-861,2
Handelsaktiva	(11, 38)	1.341,3	3.732,8	3.637,7
Finanzanlagen	(12, 39)	8.340,7	10.236,3	12.839,7
davon zum 31. März 2010 576,9 Mio. € (31. März 2009 631,4 Mio. €; 31. März 2008: 1.957,0 Mio €) als Sicherheit hinterlegte Finanzanlagen, frei zum Verkauf oder zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer				
At equity bilanzierte Unternehmen	(13, 40)	9,5	7,5	14,7
Immaterielle Anlagewerte	(14, 41)	12,9	19,1	32,1
Sachanlagen	(15, 42)	179,5	256,1	218,8
Laufende Ertragsteueransprüche	(16, 43)	42,7	57,7	44,8
Latente Ertragsteueransprüche	(16, 44)	233,2	256,2	183,6
Sonstige Aktiva	(17, 45)	258,5	228,2	2.111,1
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	(18, 46)	190,7	3,1	-
Gesamt		35.735,1	44.710,9	50.224,0
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(9, 47)	11.998,0	15.318,7	17.449,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(9, 48)	7.517,9	5.818,8	5.751,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	(19, 49)	10.788,6	14.025,9	18.184,8
Handelspassiva	(11, 50)	2.481,9	5.480,0	5.410,9
Rückstellungen	(20, 21, 51, 52)	156,8	172,3	83,7
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	(16, 53)	109,8	94,8	88,1
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(16, 54)	103,3	139,6	149,2
Sonstige Passiva	(17, 55)	432,1	547,9	163,4
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	(18, 56)	2,6	0,0	0,0
Nachrangkapital	(22, 57)	1.214,2	1.357,9	1.779,7
Eigenkapital	(23, 58)	929,9	1.755,0	1.163,4
Gezeichnetes Kapital		1.621,3	1.497,8	247,8
Kapitalrücklage		597,8	597,8	597,8
Gewinnrücklagen		-291,2	-206,8	318,3
Rücklage aus der Währungsumrechnung		-17,2	-20,5	7,0
Neubewertungsrücklage		-6,9	-35,9	2,8
Anteile in Fremdbesitz		0,0	0,1	0,4
Konzernbilanzverlust		-973,9	-77,5	-10,7
Gesamt		35.735,1	44.710,9	50.224,0

* Zahlen angepasst

Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen		Rücklage aus der Währungsumrechnung	Neubewertungsrücklage			Konzernbilanz-gewinn/-verlust	Gesamt	Anteile in Fremdbesitz	Gesamtes Eigenkapital
			Versicherungsmathematische Gewinne / Verluste (IAS 19)	Sonstige		Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Derivate, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern	Sicherungsbeziehungen (IFRS 1 IG60 B)				
Eigenkapital 1.4.2008	247,8	597,8	-8,9	327,2	7,0	-22,8	-	25,6	-10,7	1.163,0	0,4	1.163,4
Kapitalerhöhung	1.250,0									1.250,0		1.250,0
Anderungen: Konsolidierungskreis/ Sonstige				6,3						6,3		6,3
Verrechnung Konzernfehlbetrag 1.4.2007 bis 31.3.2008				-10,7					10,7	-		-
Entnahme aus der Gewinnrücklage				-502,5					502,5	-		-
Gesamtergebnis			-19,2		-27,5	-4,8	-8,3	-25,6	-580,0	-664,4	-0,3	-664,7
Eigenkapital 31.3.2009	1.497,8	597,8	-27,1	-179,7	-20,5	-27,5	-8,3	-	-77,5	1.754,9	0,1	1.755,0
Kapitalerhöhung	123,5									123,5		123,5
Anderungen: Konsolidierungskreis/ Sonstige				-0,2						-0,2	0,1	-0,1
Verrechnung Konzernfehlbetrag 1.4.2008 bis 31.3.2009				-77,5					77,5	-		-
Gesamtergebnis			-6,7		3,3	28,5	0,5	-973,9	-948,3	-948,3	-0,2	-948,5
Eigenkapital 31.3.2010	1.621,3	597,8	-33,8	-257,4	-17,2	0,9	-7,8	-	-973,9	929,9	0,0	929,9

Kapitalflussrechnung vom 1. April 2009 bis 31. März 2010

in Mio. €	2009/10	2008/09
Konzernfehlbetrag	-974,1	-580,3
Im Konzernfehlbetrag enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		
+/- Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	500,8	593,2
+/- Abschreibungen abzüglich Zuschreibungen auf Sachanlagevermögen und Finanzanlagen	-96,7	383,4
+/- Veränderungen anderer zahlungsunwirksamer Posten (im Wesentlichen Veränderung der sonstigen Rückstellungen und bestimmter Verbindlichkeiten sowie positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten)	429,7	438,5
+/- Ergebnis aus der Veräußerung von Finanzanlagen	93,8	426,4
+/- Ergebnis aus der Veräußerung von Sachanlagen	-12,6	-0,1
+/- Sonstige Anpassungen (im Wesentlichen Umlieferung von Zinsen inklusive Ergebnisse aus Leasinggeschäften und Ertragsteuern)	-148,7	-338,0
Zwischensumme	-207,8	923,1
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
+/- Forderungen an Kreditinstitute	-373,0	-86,0
+/- Forderungen an Kunden	3.531,1	683,7
+/- Handelsaktiva	475,8	-567,0
+/- Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-22,0	1.119,2
+/- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-3.268,5	-2.199,2
+/- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.163,3	285,5
+/- Handelspassiva	-267,9	-51,4
+/- Verbriefte Verbindlichkeiten	-3.484,7	-3.858,6
+/- Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-163,3	83,0
+ Erhaltene Zinsen	1.356,9	2.397,3
+ Erhaltene Dividenden	2,6	13,8
- Gezahlte Zinsen	-1.252,4	-1.931,1
+/- Ertragsteuerzahlungen	-47,8	-2,5
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-2.557,7	-3.190,2
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
+ Finanzanlagen	5.741,8	5.414,0
+ Sachanlagevermögen	96,6	25,6
Auszahlungen für den Erwerb von		
- Finanzanlagen	-3.098,2	-3.622,7
- Sachanlagevermögen	-55,8	-97,5
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises	-0,1	8,0
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	2.684,3	1.727,4
+ Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	0,0	1.250,0
- Rückzahlung Nachrangkapital	-115,9	-317,0
+ Emission Nachrangkapital	0,0	225,2
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-115,9	1.158,2
Zahlungsmittelbestand am Ende der Vorperiode	4,2	308,8
+/- Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-2.557,7	-3.190,2
+/- Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	2.684,3	1.727,4
+/- Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-115,9	1.158,2
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	14,9	4,2

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss wurde am 24. Juni 2010 durch den Vorstand aufgestellt und damit i. S. d. IAS 10.17 Satz 1 zur Veröffentlichung freigegeben. Es besteht die Möglichkeit, dass der Aufsichtsrat den Konzernabschluss nicht ohne Änderungen billigt.

Der Konzernabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG (IKB) mit Sitz in 40474 Düsseldorf, Wilhelm-Böttzkes Straße 1, zum 31. März 2010 wurde in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt, soweit diese bis zum Abschlussstichtag, basierend auf der Verordnung Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 und den dazugehörigen Folgeverordnungen, nach EU-Recht anzuwenden sind. Darunter fallen zugleich deren Auslegungen durch das Standing Interpretations Committee (SIC) bzw. International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC). Darüber hinaus wurden die nationalen Vorschriften des § 315a Abs. 1 HGB angewandt.

Der Konzernabschluss enthält neben der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, das Sonstige Ergebnis (Two Statement Approach), die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Konzernanhang (Notes). Die Segmentberichterstattung ist den Notes zu entnehmen.

Nachstehend aufgeführte Einzelvorschriften des IFRS 7 werden unter Bezugnahme auf IFRS 7 B6 außerhalb des Konzernjahresabschlusses im Risikobericht des Konzernlageberichts erfüllt:

- IFRS 7.33: Qualitative Angaben zu Risiko, die aus Finanzinstrumenten resultieren
- IFRS 7.34(c): Angaben zu Risikokonzentrationen
- IFRS 7.34 i. V. m. IFRS 7.40-42: Qualitative und quantitative Angaben zu Marktrisiken
- IFRS 7.36(c): Angaben zur Kreditqualität

Alle Beträge sind, sofern nicht anders vermerkt, in Mio. € dargestellt. Die Beträge sowie die Prozentzahlen sind in der Regel auf Mio. € mit einer Nachkommastelle kaufmännisch gerundet. Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen und Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen zwischen den Darstellungen ergeben. Für den Vorjahresperiodenvergleichswert wird für die Angaben, die sich auf die Konzernbilanz und die Konzerngewinn- und Verlustrechnung beziehen, die Bezeichnung „Vorjahr“ verwendet.

Übersicht Rechnungslegungsvorschriften

Im Laufe der vergangenen Jahre wurden vom International Accounting Standards Board (IASB) eine Reihe von Standardänderungen, teils als Reaktion auf die Finanzmarktkrise, veröffentlicht, die in der folgenden Tabelle chronologisch nach ihrem jeweiligen Veröffentlichungsdatum geordnet und dargestellt werden.

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

Standard / Interpretation	Titel	Datum der Veröffentlichung durch das IASB	gemäß Angabe des IASB verbindlich anzuwenden von Unternehmen, deren Geschäftsjahr am oder nach dem folgenden Datum beginnt	Übernahme in europäisches Recht	
				erfolgt am	gemäß EU-Recht verbindlich anzuwenden von Unternehmen, deren Geschäftsjahr am oder nach dem folgenden Datum beginnt
Erstmals im Geschäftsjahr 2009/2010 angewandte Rechnungslegungsvorschriften					
IFRS 8	Geschäftssegmente	30.11.2006	1.1.2009	21.11.2007	1.1.2009
IFRIC 12	Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen	30.11.2006	1.1.2008	25.3.2009	29.3.2009
IAS 23	Fremdkapitalkosten	29.3.2007	1.1.2009	10.12.2008	31.12.2008
IFRIC 13	Kundenbindungsprogramme	28.6.2007	1.7.2008	16.12.2008	31.12.2008
IFRIC 14 / IAS 19	Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Mindestdotierungsverpflichtungen und ihre Wechselwirkung	4.7.2007	1.1.2008	16.12.2008	31.12.2008
IAS 1	Darstellung des Abschlusses	6.9.2007	1.1.2009	17.12.2008	31.12.2008
IFRS 2	Anteilsbasierte Vergütung: Ausübungsbedingungen und Annullierungen	17.1.2008	1.1.2009	16.12.2008	31.12.2008
IAS 32 / IAS 1	Finanzinstrumente: Darstellung - Puttable Instruments	14.2.2008	1.1.2009	21.1.2009	31.12.2008
AIP (2008)	Improvements to IFRS	22.5.2008	1.1.2009	23.1.2009	31.12.2008 / 30.6.2009
IFRS 1 / IAS 27	Anschaffungskosten einer Beteiligung an einem Tochterunternehmen, gemeinschaftlich geführten Unternehmen oder assoziierten Unternehmen	22.5.2008	1.1.2009	23.1.2009	31.12.2008
IFRS 7	Anhangangaben	5.3.2008	1.1.2009	27.11.2009	31.12.2008
IFRIC 9 / IAS 39	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	12.3.2009	1.7.2009	30.11.2009	31.12.2008
Im zukünftigen Geschäftsjahr 2010 / 2011 anzuwendende Rechnungslegungsvorschriften					
IFRS 3 / IAS 27	Unternehmenszusammenschlüsse und Konzern- und separate Einzelabschlüsse	10.1.2008	1.7.2009	3.6.2009	30.6.2009
IFRIC 15	Verträge über die Errichtung von Immobilien	3.7.2008	1.1.2009	22.7.2009	31.12.2009
IFRIC 16	Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb	3.7.2008	1.10.2008	4.6.2009	30.6.2009
IAS 39	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung hinsichtlich qualifizierender gesicherter Grundgeschäfte	31.7.2008	1.7.2009	15.9.2009	30.6.2009
IFRS 1	Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards - ergänzt und 2008 überarbeitet	27.11.2008	1.7.2009	25.11.2009	31.12.2009
IFRIC 17	Unbare Ausschüttungen an Eigentümer	27.11.2008	1.7.2009	26.11.2009	31.10.2009
IFRIC 18	Übertragung von Vermögenswerten von Kunden	29.1.2009	1.7.2009	27.11.2009	31.10.2009
AIP (2009)	Improvements to IFRS	16.4.2009	1.7.2009 / 1.1.2010	23.3.2010	31.12.2009
IFRS 2	Anteilsbasierte Vergütung: mit Barausgleich durch ein Unternehmen der Gruppe	18.6.2009	1.1.2010	23.3.2010	31.12.2009
IAS 32	Finanzinstrumente: Darstellung: Klassifikation von Bezugsrechten	8.10.2009	1.2.2010	23.12.2009	31.1.2010
Verabschiedung der Standards durch das IASB erfolgt, aber noch keine Übernahme in EU-Recht erfolgt					
IFRS 1	Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards: zweite Ergänzung	23.7.2009	1.1.2010		
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	4.11.2009	1.1.2011		
IFRS 9	Finanzinstrumente: Klassifizierung und Bewertung	12.11.2009	1.1.2013		
IFRIC 14	Leistungen an Arbeitnehmer: freiwillig vorausgezahlte Beiträge im Rahmen von Mindestfinanzierungsvorschriften	26.11.2009	1.1.2011		
IFRIC 19	Tilgung finanzieller Verpflichtungen durch Eigenkapitalinstrumente	26.11.2009	1.7.2010		
IFRS 1 / IFRS 7	Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards: Überarbeitung in Zusammenhang mit den Änderungen zu IFRS 7	28.1.2010	1.7.2010		

Erstmals im Geschäftsjahr angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Der vorliegende Konzernjahresabschluss basiert auf Standards und Interpretationen, die innerhalb der Europäischen Union für das Geschäftsjahr verpflichtend anzuwenden sind.

Dabei besitzen die folgenden Standards und Interpretationen IFRIC 12, IFRIC 13, IFRIC 14/IAS 19, IFRS 2 und IFRS 1/IAS 27 derzeit für die IKB keine Relevanz.

Der veröffentlichte IFRS 8 „Geschäftssegmente“ ersetzt den IAS 14 „Segmentberichterstattung“. Wesentliche Änderungen gegenüber den bisherigen Vorschriften des IAS 14 ergeben sich bei der Abgrenzung der operativen Segmente und deren Bewertungsnormen mit der Einführung des „Management Approach“ im Gegensatz zum bisherigen „Risk and Reward Approach“. Die Darstellung der Segmentinformationen erfolgt nun nach den gleichen internen Bewertungsmaßstäben, nach denen die regelmäßigen internen Managementinformationen erstellt werden. Die neue Segmentstruktur wurde unter Beachtung der Vorschriften des IFRS 8 erstellt.

Aus den Neuregelungen des IFRS 8 ergaben sich für die IKB keine wesentlichen Auswirkungen auf die ursprüngliche Segmentstruktur. Im Konzernabschluss wird auf freiwilliger Basis neben der aktuellen Segmentstruktur auch die neue Segmentstruktur dargestellt, wie sie als Folge weiterer Umstrukturierungsmaßnahmen der Bank ab dem 1. April 2010 gültig ist.

Bislang bestand nach IAS 23 „Fremdkapitalkosten“ das Wahlrecht, Fremdkapitalkosten, die dem Erwerb, Bau oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswertes direkt zugeordnet werden können, entweder in der Gewinn- und Verlustrechnung aufwandswirksam zu erfassen oder zu aktivieren. Mit der Verabschiedung des geänderten IAS 23 sind Fremdkapitalkosten, die einem qualifizierten Vermögenswert zugeordnet werden können, zwingend zu aktivieren. Die Anwendung hat für die IKB keine wesentlichen Auswirkungen.

Der überarbeitete IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ enthält sowohl terminologische Änderungen als auch erweiterte Vergleichsangaben. Daraus resultieren im Jahr der Umstellung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden oder bei Korrektur von Fehlern Angabepflichten zu drei Bilanzstichtagen. Zum einen führt der neue Standard zu einer inhaltlichen Neugestaltung der Gewinn- und Verlustrechnung. Diese neue Erfolgsrechnung kann wahlweise in einer Tabelle der Gesamtergebnisrechnung (single statement approach) oder durch zwei Rechnungen (two statement approach), der Gewinn- und Verlustrechnung in ihrer bisherigen Form und einer Ergänzungsrechnung im Sonstigen Ergebnis (other comprehensive income), dargestellt werden. Zum anderen zieht die überarbeitete Version des IAS 1 eine veränderte Darstellungsform der Veränderungen des Eigenkapitals in der Eigenkapitalveränderungsrechnung nach sich. Für jede einzelne Komponente des Sonstigen Ergebnisses ist ferner die Angabe der korrespondierenden Ertragsteuer notwendig. Die Anwendung des IAS 1 wirkt sich insoweit auf die Darstellung der verschiedenen Berichtselemente (Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung und die Notes) aus.

Durch die Änderungen des IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung – Puttable Instruments“ wurde eine Modifizierung der Abgrenzung zwischen Eigen- und Fremdkapital vorgenommen. Diese bewirkt, dass bestimmte Finanzinstrumente zukünftig nicht mehr als Fremdkapital, sondern als Eigenkapital im IFRS-Abschluss auszuweisen sind. Davon betroffen sind kündbare Finanzinstrumente sowie Finanzinstrumente, aus denen im Liquidationsfall der Gesellschaft eine Zahlungsverpflichtung resultiert, wenn diese gleichzeitig die nachrangigste Kapitalklasse darstellen. Für den Konzernabschluss der IKB haben sich durch die Änderungen keine Auswirkungen ergeben.

Im Rahmen des fortlaufenden Projekts zur jährlichen Verbesserung der IFRS hat das IASB im Mai 2008 erstmals einen Änderungsstandard veröffentlicht. In Zusammenhang mit dem jährlichen „Improvements to IFRS“ Projekt wurden eine Reihe von Änderungen an bestehenden Standards durchgeführt, bei denen es sich in der Regel um die Bereinigung von Inkonsistenzen in bzw. zwischen bestehenden Standards oder um Klarstellungen hinsichtlich des Wortlauts handelt. Durch die Änderungen haben sich keine wesentlichen Auswirkungen für die IKB ergeben.

Die Änderungen des IFRS 7 „Finanzinstrumente: Verbesserte Angaben zu Finanzinstrumenten“ betreffen Angaben zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) sowie zum Liquiditätsrisiko. Die Angaben zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts wurden dahingehend spezifiziert, dass eine Aufgliederung für jede Klasse von Finanzinstrumenten anhand einer dreistufigen Fair-Value-Hierarchie eingeführt und der Umfang der Angabepflichten erweitert wird. Des Weiteren wurden die Angaben zum Liquiditätsrisiko erweitert. Die Liquiditätsrisikoangaben sind gesondert für derivative und nicht derivative Finanzinstrumente zu leisten. Neben der Darstellung undiskontierter Cashflows nach vertraglichen Restlaufzeiten sollen nach IFRS 7 darüber hinaus auch erweiterte qualitative und quantitative Angaben zum Liquiditätsrisiko auf Basis des internen Managementreports zur Verfügung gestellt werden. Danach sind z. B. erwartete Cashflows und Restlaufzeiten in Form von der internen Liquiditätsrisikoberichterstattung entnommenen Liquiditätsablaufbilanzen darzustellen. In diesem Zusammenhang sind Fälligkeiten und die Höhe der dargestellten Cashflows zu erläutern. Die Anwendung des geänderten IFRS 7 hat Auswirkungen auf die Darstellung der Tabellen zu Angaben des beizulegenden Zeitwertes und in Bezug auf die Darstellung der Liquiditätsrisikoangaben der Bank im Vergleich zum Vorjahr.

Durch die Änderungen des IFRIC 9 „Neubeurteilung eingebetteter Derivate“ und IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“, wird klargestellt, dass bei einer Umkategorisierung von Finanzinstrumenten der Kategorie „Zu Handelszwecken gehalten“ eine Prüfung auf Vorliegen von trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten zu erfolgen hat. Ist jedoch eine Schätzung des beizulegenden Zeitwerts des trennungspflichtigen Derivats nicht möglich, ist die Umgliederung des gesamten strukturierten Finanzinstruments nicht möglich. Im Konzern wurde im vergangenen Geschäftsjahr keine Umkategorisierung aus der Kategorie „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ (at fair value through profit or loss) vorgenommen. Daher hatten die Änderungen des IFRIC 9/IAS 39 für die IKB im vergangenen Geschäftsjahr verminderte Relevanz.

Zukünftig anzuwendende Rechnungslegungsvorschriften

Im Folgenden werden Standards und Interpretationen beschrieben, die während des Geschäftsjahres 2009/10 vom IASB veröffentlicht und von der Europäischen Union übernommen wurden.

Dabei besitzen die folgenden Standards und Interpretationen IFRIC 16, IFRS 1, IFRIC 17, IFRIC 18 und IFRS 2 derzeit für die IKB keine Relevanz.

Die IKB sieht im vorliegenden Konzernjahresabschluss von einer vorzeitigen Anwendung der folgenden Standards und Interpretationen ab.

Während bei der überarbeiteten Fassung des IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“ die Anwendung der Erwerbsmethode auf Unternehmenszusammenschlüsse weiterentwickelt wurde, enthält die modifizierte Fassung des IAS 27 „Konzern- und separate Einzelabschlüsse“ geänderte Vorschriften zur Ermittlung von Minderheitenanteilen sowie zur Bilanzierung im Fall eines Verlusts des beherrschenden Einflusses auf ein Tochterunternehmen. Die Änderungen sind ausschließlich auf zukünftige Transaktionen anzuwenden. Veränderungen der Beteiligungsquote des Mutterunternehmens an einem Tochterunternehmen durch den Erwerb von Minderheitenanteilen oder die Veräußerung der Anteile an Minderheiten ohne Verlust der Beherrschung sind danach als Eigenkapitaltransaktionen zu bilanzieren. Dabei ist jede Differenz zwischen dem Kaufpreis oder Veräußerungserlös und dem anteiligen Buchwert des bilanzierten Nettovermögens des Tochterunternehmens erfolgsneutral mit der Gewinnrücklage zu verrechnen. Anteilsverkäufe mit Kontrollverlust sind hingegen ergebniswirksam zu erfassen. Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen für die IKB.

Die grundsätzliche Fragestellung des IFRIC 15 „Verträge über die Errichtung von Immobilien“ ist, ob ein Vertrag so ausgestaltet ist, dass er unter den Anwendungsbereich des IAS 11 „Fertigungsaufträge“ fällt, oder die Merkmale überwiegen, die eine Anwendung von IAS 18 „Erträge“ zur Folge haben. Damit verbunden ist die Klärung, ob ein Ertrag erst mit Fertigstellung der Immobilie vereinnahmt werden darf oder ob der Ertrag entsprechend des Baufortschritts ausgewiesen wird. Durch die Änderungen ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen für die IKB.

Die Änderung zu IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung - Geeignete Grundgeschäfte“ betrifft die Absicherung von Inflationsrisiken durch Grundgeschäfte in bestimmten Fällen sowie die Designation von Optionen als Sicherungsinstrumente mit ihrem inneren Wert bzw. Zeitwert. Durch die Änderungen ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen für die IKB.

Auch mit dem neuen Änderungsstandard „Improvements to IFRS“ wurde im April 2009 eine Reihe von Änderungen an bestehenden Standards durchgeführt, bei denen es sich in der Regel um die Bereinigung von Inkonsistenzen in bzw. zwischen bestehenden Standards oder um Klarstellungen hinsichtlich des Wortlauts handelt. Durch die Änderungen ergeben sich voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen für die IKB.

Gemäß den Änderungen zu IAS 32 „Klassifikation von Bezugsrechten und ähnlichen Rechten“ sind beim Emittenten bestimmte Bezugsrechte sowie Optionen und Optionsscheine auf den Erwerb einer festen Anzahl von Eigenkapitalinstrumenten in einer anderen Währung als

der eigenen funktionalen Währung nun als Eigenkapitalinstrument und nicht wie zuvor als Verbindlichkeit auszuweisen. Die Änderungen haben derzeit keine wesentlichen Auswirkungen für die IKB.

Die folgenden Standards und Interpretationen wurden durch das IASB verabschiedet, aber zum 31. März 2010 noch nicht in EU-Recht übernommen:

Durch die folgenden Standards und Interpretationen, die erst teilweise durch das IASB veröffentlicht und noch nicht in europäisches Recht übernommen wurden, könnten sich signifikante Effekte auf die Bilanzierung und Bewertung ergeben. Die Änderungen werden voraussichtlich ab dem Zeitpunkt umgesetzt werden, ab dem sie verpflichtend anzuwenden sind.

Die Vorschriften des IAS 24 „Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen“ enthalten einerseits Änderungen zur Definition von nahe stehenden Unternehmen und Personen. Andererseits wurde durch die Überarbeitung festgelegt, dass bestimmte staatlich kontrollierte Unternehmen in ihren Beziehungen zum Staat oder anderen staatlich kontrollierten Unternehmen von einigen Angabenpflichten des Standards ausgenommen sind.

Durch die Vorschriften des IFRS 9 „Finanzinstrumente: Klassifizierung und Bewertung“, die bislang nur für finanzielle Vermögenswerte gelten, soll die Verständlichkeit der Abschlüsse im Hinblick auf die Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten erhöht werden. Dabei wird die bisherige Einteilung des IAS 39 für finanzielle Vermögenswerte in vier Kategorien zugunsten von zwei Bewertungskategorien „Zu fortgeführten Anschaffungskosten“ und „Zum beizulegenden Zeitwert“ aufgegeben. Die Zuordnung der Finanzinstrumente zu den beiden Kategorien hat jeweils bei ihrer erstmaligen Erfassung zu erfolgen. Dabei erfolgt die Zugangsbewertung grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert gegebenenfalls unter Berücksichtigung etwaiger Transaktionskosten. Bei der Folgebewertung ist je nach der anfänglichen Kategorisierung auf fortgeführte Anschaffungskosten oder auf den beizulegenden Zeitwert abzustellen. Eine Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten ist vorzunehmen, wenn das Halten des Vermögenswerts in einem Geschäftsmodell begründet ist, das darauf abzielt vertragliche Zahlungsströme zu vereinnahmen. Zudem müssen die Cashflows Tilgungszahlungen oder Zinszahlungen auf den ausstehenden Nominalbetrag des Vermögenswerts darstellen. Finanzinstrumente, die die beiden Bedingungen nicht kumulativ erfüllen, sind grundsätzlich erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten.

Die Änderung des IFRIC 14 „Beitragsvorauszahlungen bei bestehenden Mindestdotierungsverpflichtungen“ modifiziert die Bilanzierung von Pensionsansprüchen. Die Vorschrift betrifft Unternehmen, die Mindestfinanzierungsvorschriften unterliegen und die Beitragsvorauszahlungen von entsprechenden Beiträgen leisten. Im Rahmen der Änderung ist es nun möglich, dass ein Unternehmen den Nutzen aus einer solchen Vorauszahlung als Vermögenswert darstellt.

IFRIC 19 „Tilgung finanzieller Verpflichtungen durch Eigenkapitalinstrumente“ findet Anwendung, wenn eine finanzielle Verbindlichkeit des Unternehmens vollständig oder teilweise durch die Ausgabe von Eigenkapitaltiteln getilgt wird. Im Falle einer Tilgung durch Eigenkapitalinstrumente erfolgt dann die Ausbuchung der Verbindlichkeit. Sofern eine verlässliche Wertermittlung möglich ist, wird die Bewertung des Eigenkapitalinstruments zum beizulegenden Zeitwert vorgenommen. Ist eine verlässliche Wertermittlung nicht möglich, wird der Wert anhand der getilgten Verbindlichkeit bestimmt. Bei Abweichung des Buchwerts der ausgebuchten finanziellen Verbindlichkeit und dem erstmaligen Wertansatz des Eigenkapitalinstruments erfolgt eine erfolgswirksame Erfassung der Differenz.

Sondersachverhalte

(a) Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin)

Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) hat gegenüber der IKB Deutsche Industriebank AG (IKB AG) den Garantierahmen für neu zu begebende Schuldverschreibungen am 18. August 2009 von 5 Mrd. € um 7 Mrd. € auf 12 Mrd. € erweitert.

Auf Antrag der IKB AG vom 4. Februar 2010 nahm der SoFFin eine Reduzierung des Garantierahmens für die IKB von insgesamt 12 Mrd. € auf insgesamt 10 Mrd. € vor. Die Rückgabe der Garantien betrifft die Erweiterung des Garantierahmens.

Aus dem erweiterten Rahmen durften die staatsgarantierten Schuldverschreibungen über maximal 4 Mrd. € eine Laufzeit von bis zu 36 Monaten und über maximal 3 Mrd. € eine Laufzeit von bis zu 60 Monaten haben. Davon hat die IKB im September 2009 Garantien in Höhe von 2 Mrd. € mit 3-jähriger Laufzeit genutzt. Im Februar 2010 sind staatsgarantierte Emissionen von 2 Mrd. € mit 5-jähriger Laufzeit und von 1 Mrd. € mit 3-jähriger Laufzeit begeben worden.

Das mit den Anleihen verbundene Festzinsrisiko wurde durch Abschluss von Zinsswaps eliminiert, wobei die Anleihen der Kategorie „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ zugeordnet werden. Entsprechend erfolgt eine (erfolgswirksame) Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert. Für diese Emissionen liegen beobachtbare Marktpreise vor.

Die Garantie des SoFFin stellt eine Finanzgarantie i. S. v. IAS 39.9 dar, die nicht gesondert nach IAS 39 zu bilanzieren ist, sondern den beizulegenden Zeitwert der erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (at fair value through profit or loss) kategorisierten Anleihen beeinflusst.

(b) Emission einer Pflichtwandelanleihe

Aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung der IKB vom 28. August 2008 hat der Vorstand der IKB AG beschlossen, eine Nachrangige Schuldverschreibung über 123,7 Mio. € mit bedingter Wandlungspflicht und bedingtem Wandlungsrecht in einer Stückelung von jeweils 23,04 € zu begeben. Nach Eintritt der am 1. Juli 2009 erfüllten Wandlungsbedingungen (Erledigung der Anlegerklage, Eintragung des Beschlusses über die bedingte Kapitalerhöhung im Handelsregister) besteht die Wandlungspflicht spätestens am 12. April 2012 oder bereits früher, wenn bestimmte aufsichtsrechtliche Kennziffern der IKB nicht eingehalten werden. Am 2. Juli 2009 hat die LSF6 Rio S.à.r.l. in Höhe von 123,5 Mio. € von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch gemacht und die Schuldverschreibungen in Stammaktien gewandelt, die im Eigenkapital ausgewiesen werden.

Die restlichen, noch nicht gewandelten Schuldverschreibungen werden im Nachrangkapital ausgewiesen und sind der Kategorie „Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten“ zugeordnet.

(c) Namensschuldverschreibungen

Am 24. November und 16. Dezember 2008 hat die IKB Nachrangige Namensschuldverschreibungen begeben, die mit allen anderen Nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind. Die Rückzahlung erfolgt entweder bei Endfälligkeit in 2018 oder vorzeitig nach Kündigung seitens der Emittentin ab 2013 und an jedem nachfolgenden Zinszahlungstag.

Durch eine Verzichts- und Besserungsvereinbarung zwischen der LSF6 Europe Financial Holdings L.P., (Delaware), Dallas/USA, und der IKB AG vom 5. Juni 2009 hat die LSF6 Europe Financial Holdings L.P. als Inhaberin der Nachrangschuldverschreibungen (Nennbetrag 101,5 Mio. €) auflösend bedingt für den Eintritt des Besserungsfalls auf ihren Rückzahlungsanspruch und künftige Zinszahlungsansprüche gegen die IKB AG verzichtet.

Wegen der unverändert vereinbarten Zins- und Rückzahlungsbedingungen im Besserungsfall wird die bisherige Verbindlichkeit nicht ausgebucht. Die Folgebewertung wird weiterhin zu fortgeführten Anschaffungskosten vorgenommen. Wegen der Änderung der Einschätzung der zukünftigen Cashflows wird eine Anpassung des Buchwerts nach IAS 39 AG8 durchgeführt. Der Forderungsverzicht ist mit dem gemäß IAS 39 AG8 ermittelten geschätzten Barwert im Nachrangkapital bilanziert. Der Anpassungsbetrag aus der fortlaufenden Bewertung wird im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

(d) Restrukturierungsmaßnahmen

Zur Umsetzung der Auflagen der Europäischen Union wurden im Geschäftsjahr folgende Restrukturierungsmaßnahmen vorgenommen:

a) Verkauf Movesta

Die IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf, (IKB Beteiligungen) war rechtlicher und wirtschaftlicher Anteilseigner in Höhe von 50 % der Geschäftsanteile an der Movesta. Die Gesellschaft wurde bisher als Gemeinschaftsunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Die IKB Beteiligungen und die KfW IPEX-Beteiligungsholding GmbH, Frankfurt, (KfW IPEX) haben am 28. August 2009 einen Vertrag geschlossen, ihre Geschäftsanteile an der Movesta vollständig (hinsichtlich der IKB Beteiligungen) oder den überwiegenden Anteil an die zur LHI-Gruppe gehörende Immobilienholding LHA Anlagenverwaltungsgesellschaft mbH, München, zu veräußern. Die Übertragung der Anteile erfolgte im Dezember 2009 mit dem Eintritt der zwischen den Vertragsparteien vereinbarten Vollzugsbedingungen.

Im Kaufvertrag wurde gleichfalls bestimmt, das Projektentwicklungsgeschäft der MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, (MD Capital) und die zu dieser Gesellschaft zugehörigen Tochtergesellschaften dinglich aus der Movesta herauszulösen. Diese Anteile wurden mit Vollzug der Übertragung der Anteile an der Movesta zu 50 % auf die IKB Beteiligungen und zu 50 % auf die KfW IPEX Bank GmbH übertragen. Zwei Gesellschaften wurden im Rahmen des Kaufvertrages „synthetisch“ aus der Movesta Lease and Finance herausgelöst. Synthetische Herauslösung bedeutet, dass das zivilrechtliche Eigentum bei der Movesta verbleibt, die Vertragsparteien sich aber wirtschaftlich so stellen, als hätte die Movesta das Projektentwicklungsgeschäft und die Sondergesellschaften an die Verkäufer bereits verkauft und dinglich übertragen. Die IKB Beteiligungen ist verpflichtet, 50 % der Verluste und Gewinne aus diesen Gesellschaften bis zum Zeitpunkt der Abwicklung zu übernehmen.

Im Rahmen der geschlossenen Verträge haben die IKB Beteiligungen und die IKB AG gesamtschuldnerisch Garantien und Freistellungsverpflichtungen übernommen.

b) Schließung der IKB Capital Corporation, New York, (IKB CC)

Im Zuge der Schließungsmaßnahmen der IKB CC wurden im Geschäftsjahr alle Vermögenswerte veräußert und die operativen Tätigkeiten der Gesellschaft vollständig eingestellt. Die abschließende Abwicklung der Gesellschaft durch Selbstliquidation nach US-Recht wird voraussichtlich einige Jahre in Anspruch nehmen.

Änderungen gemäß IAS 8

Der vorliegende Abschluss enthält im Vergleich zum Konzernabschluss des Vorjahres verschiedene Änderungen. Um eine Vergleichbarkeit zwischen den Abschlüssen zu gewährleisten, wurden im Vergleich zum letztjährigen Konzernabschluss, der am 13. Juli 2009 aufgestellt wurde, die nachfolgend beschriebenen Anpassungen vorgenommen:

(a) Anpassungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Ein zum 31. März 2009 fälliges Genussrecht in Höhe von 33,8 Mio. € wurde aus dem Genussrechtskapital (Nachrangkapital) in die Sonstigen Passiva umgegliedert. Dadurch vermindert sich der Ausweis des Nachrangkapitals von 1.391,7 Mio. € um 33,8 Mio. € auf 1.357,9 Mio. € und erhöht sich der Ausweis der Sonstigen Passiva von 514,1 Mio. € um 33,8 Mio. € auf 547,9 Mio. €.

(b) Schätzungsänderungen

(ba) Portfoliowertberichtigung

Bei der Ermittlung der Portfoliowertberichtigungen wurden im Berichtsjahr die Parameter zur Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit durch die Einführung einer neuen Ratingskala und die Schätzung der Verlusthöhe bei Ausfall für Akquisitionsfinanzierungen neu gefasst. Im Vergleich zum 30. September 2009 wurde die Ausfallwahrscheinlichkeit für die Bonitätsstufe 15 erhöht, um die erwarteten Kreditausfälle in der Krise adäquat abbilden. Zudem wurden die auf Basis historischer Werte abgeleiteten Ausfallwahrscheinlichkeiten zur Anpassung an die Konjunkturerwartung durch die Verwendung von makroökonomischen Parametern in dem Modell mit einem von 40 % auf 60 % erhöhten Aufschlag ermittelt; für Akquisitionsfinanzierungen wurde der Aufschlag auf 20 % gesenkt.

Zum 31. März 2009 hätten die aktuellen Parameter zu einer Erhöhung der Portfoliowertberichtigung um 12,4 Mio. € geführt.

(bb) Bewertung von Collateralized Loan Obligations (CLO)

Die Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs erfolgt durch ein im Berichtsjahr mit Hinsicht auf die geänderten Marktgegebenheiten geändertes Fundamentalwertmodell. Die vorgenommenen Änderungen betreffen im Wesentlichen die unterstellten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die zeitliche Verteilung der Ausfälle während der Laufzeit einer Transaktion sowie insbesondere auch die strukturellen Besonderheiten einer Transaktion in Bezug auf die Zahlungsrangfolge („Wasserfallstrukturen“) für die investierten Wertpapiere.

Die Änderung des Bewertungsverfahrens resultierte konsequenterweise aus der Berücksichtigung der geänderten Marktgegebenheiten und den rekalierten Risikobemessungsfaktoren seitens der Ratingagenturen. In der Umsetzung führte dies zu einer neuen Parametrisierung des Bewertungsverfahrens und bedingte, einhergehend mit dem konsequenten Ausbau der Risikobewertungs-Expertise im Haus, die Einführung einer neuen Modellkonstruktion, mittels derer eine Unterscheidung von Marktwertverlusten in lediglich vorübergehende Wertschwankungen und fundamental ermittelte Verluste möglich ist. In dem Maße, in dem die zukünftige Entwicklung an den Märkten Änderungen der Risikobemessungsfaktoren erforderlich macht, unterliegen die Bewertungsmodelle ebenfalls einer kontinuierlichen Weiterentwicklung.

Durch die konservativ gesetzten neuen Parameter ergab sich im Berichtsjahr weiterer Wertberichtigungsbedarf gegenüber dem zuvor angewandten Verfahren. Zur Prognose der zukünftigen Zahlungsströme wird zunächst die erwartete kumulative Ausfallrate für den jeweils verbrieften Kreditbestand bestimmt. Die Ermittlung des erwarteten Ausfalls je Kreditnehmer erfolgt dabei grundsätzlich auf Basis der Ausfallraten, die sich aus den Modellen der Ratingagenturen ergeben. Zudem werden die Ausfallraten bei Kreditnehmern mit bestimmten kritischen Merkmalsausprägungen erhöht (Notching). Der beizulegende Wert ergibt sich als Barwert der mit dem ermittelten Effektivzins diskontierten prognostizierten Zahlungsströme.

Zum 31. März 2010 bewirken die Parameteradjustierungen Veränderungen in Höhe von 34,8 Mio. €.

(bc) Bewertung von RMBS-Transaktionen

Die Ermittlung des Wertberichtsbedarfs der im vergangenen Geschäftsjahr an die vollkonsolidierte Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Ltd. veräußerten RMBS-Transaktionen wurde zum Bilanzstichtag geändert und erfolgt nun nach einem Fundamentalwertverfahren, welches eine detaillierte Verlustallokation des zugrunde liegenden Kreditportfolios ermöglicht.

Die Änderung des Bewertungsverfahrens resultierte konsequenterweise aus der Berücksichtigung der geänderten Marktgegebenheiten und den rekalierten Risikobemessungsfaktoren seitens der Ratingagenturen. In der Umsetzung führte dies zu einer neuen Parametrisierung des Bewertungsverfahrens und bedingte, einhergehend mit dem konsequenten Ausbau der Risikobewertungs-Expertise im Haus, die Einführung einer neuen Modellkonstruktion, mittels derer eine Unterscheidung von Marktwertverlusten in lediglich vorübergehende Wertschwankungen und fundamental ermittelte Verluste möglich ist. In dem Maße, in dem die zukünftige Entwicklung an den Märkten Änderungen der Risikobemessungsfaktoren erforderlich macht, unterliegen die Bewertungsmodelle ebenfalls einer kontinuierlichen Weiterentwicklung.

Der neue Fundamentalwert der Wertpapiere ergibt sich als Barwert diskontierter prognostizierter Zahlungsströme. Für die Diskontierung wird der Spread des Wertpapiers berücksichtigt. Da die bisherigen Marktwertschwankungen in diesem Modell unberücksichtigt bleiben, ergab sich im Vergleich zur vorhergehenden Bewertung ein geringerer Wertberichtsbedarf.

Zum 31. März 2010 bewirken die Parameteradjustierungen Veränderungen in Höhe von 84,3 Mio. €.

Die Schätzungsänderungen wurden gemäß IAS 8 prospektiv berücksichtigt. Eine Schätzung der Effekte der Folgejahre ist nicht möglich.

(c) Fehlerkorrektur zum 30. September 2009

Für die am 28. August 2008 emittierte Pflichtwandelanleihe sind am 1. Juli 2009 die aufschiebenden Wandlungsbedingungen eingetreten. Ab diesem Zeitpunkt besteht für die IKB keine Verpflichtung mehr die begebene Schuldverschreibung durch Hingabe von Zahlungsmitteln zu begleichen. Die damit verbundene Ausbuchung der Schuldinstrumente führt zu einer Erhöhung des gezeichneten Kapitals in Höhe der ausgegebenen Aktien. Das Wandlungsrecht stellte nach IFRS ein getrennt zu bilanzierendes Derivat dar. Mit Eintritt der Wandlungsbedingung hat das bis dahin als Handelsaktivum angesetzte Derivat keinen Wert mehr. Daher war es GuV-wirksam auszubuchen. Dieses ist versehentlich unterblieben. Darüber hinaus mussten die gezahlten Zinsen aufwandswirksam erfasst werden. Aus der durchgeführten Korrektur entsteht eine Erhöhung des gezeichneten Kapitals im Unterschied zum veröffentlichten Halbjahresabschluss zum 30. September 2009 in Höhe von 38,6 Mio. € und eine Verminderung des Jahresüberschusses in Höhe von 38,6 Mio. €.

(d) Übersicht der IAS-8-Änderungen zum 30. September 2009

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

in Mio. €	IAS 8- Abschnitt	1.4.2009 - 30.9.2009 vor Änderungen	Änderungen gemäß IAS 8	1.4.2009 - 30.9.2009 nach Änderungen
Zinsüberschuss	c	101,9	-7,8	94,1
Zinserträge		1.026,0		1.026,0
Zinsaufwendungen	c	924,1	7,8	931,9
Risikovorsorge im Kreditgeschäft		210,0		210,0
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	c	-108,1	-7,8	-115,9
Provisionsüberschuss		-13,0		-13,0
Provisionserträge		22,4		22,4
Provisionsaufwendungen		35,4		35,4
Fair-Value-Ergebnis	c	-334,4	-30,8	-365,2
Ergebnis aus Finanzanlagen		12,6		12,6
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen		-1,1		-1,1
Verwaltungsaufwendungen		145,7		145,7
Personalaufwendungen		81,4		81,4
Andere Verwaltungsaufwendungen		64,3		64,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis		140,3		140,3
Sonstige betriebliche Erträge		226,1		226,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen		85,8		85,8
Operatives Ergebnis		-449,4	-38,6	-488,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2,9		2,9
Sonstige Steuern		1,9		1,9
Konzernfehlbetrag		-454,2	-38,6	-492,8
Ergebnis Konzernfremde		0,2		0,2
Konzernfehlbetrag nach Ergebnis Konzernfremde		-454,0	-38,6	-492,6

in Mio. €	IAS 8- Abschnitt	1.4.2009 - 30.9.2009 vor Änderungen	Änderungen gemäß IAS 8	1.4.2009 - 30.9.2009 nach Änderungen
Konzernfehlbetrag		-454,2	-38,6	-492,8
Erfolgsneutrale Veränderung aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten		47,7		47,7
Erfolgswirksame Veränderungen aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten		4,0		4,0
Erfolgswirksame Veränderungen aus Sicherungsbeziehungen (Cashflow-Hedges)		-		0,0
Erfolgsneutrale Veränderung aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern		1,8		1,8
Erfolgsneutrale Veränderungen aus der Währungsumrechnung		2,5		2,5
Erfolgsneutrale Veränderungen aus versicherungsmathematischen Gewinnen/ Verlusten (IAS 19)		28,2		28,2
Latente Steuern auf das Sonstige Ergebnis		-25,2		-25,2
Sonstiges Ergebnis		59,0	0,0	59,0
Gesamtergebnis (total comprehensive income)		-395,2	-38,6	-433,8

Konzernbilanz

in Mio. €	IAS 8- Abschnitt	30.9.2009 vor Änderungen	Änderungen gemäß IAS 8	30.9.2009 nach Änderungen
Aktiva				
Barreserve		25,2		25,2
Forderungen an Kreditinstitute		3.285,7		3.285,7
Forderungen an Kunden		26.584,9		26.584,9
Risikovorsorge im Kreditgeschäft		-950,0		-950,0
Handelsaktiva		3.121,7		3.121,7
Finanzanlagen		8.946,8		8.946,8
At equity bilanzierte Unternehmen		7,2		7,2
Immaterielle Anlagewerte		16,0		16,0
Sachanlagen		260,8		260,8
Laufende Ertragsteueransprüche		49,5		49,5
Latente Ertragsteueransprüche		251,5		251,5
Sonstige Aktiva		255,2		255,2
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte		106,8		106,8
Gesamt		41.961,3	-	41.961,3

Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		13.280,2		13.280,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		6.340,4		6.340,4
Verbriefte Verbindlichkeiten		14.053,8		14.053,8
Handelspassiva		4.778,0		4.778,0
Rückstellungen		149,6		149,6
Laufende Ertragsteuerpflichtungen		142,8		142,8
Latente Ertragsteuerpflichtungen		129,0		129,0
Sonstige Passiva		482,5		482,5
Nachrangkapital		1.160,3		1.160,3
Eigenkapital		1.444,7	-	1.444,7
Gezeichnetes Kapital	c	1.582,7	38,6	1.621,3
Kapitalrücklage		597,8		597,8
Gewinnrücklagen		-265,0		-265,0
Rücklage aus der Währungsumrechnung		-18,0		-18,0
Neubewertungsrücklage		1,3		1,3
Anteile in Fremdbesitz		-0,1		-0,1
Konzernbilanzverlust	c	-454,0	-38,6	-492,6
Gesamt		41.961,3	-	41.961,3

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundsätze

Der Konzernabschluss wird entsprechend IAS 27 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt und basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern).

Die Abschlüsse der einbezogenen Tochtergesellschaften sind in der Regel auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens erstellt. Abschlüsse, die auf den 31. Dezember 2009 datieren, sind der Darstellung zum Konsolidierungskreis zu entnehmen. Anpassungen für wesentliche Effekte im Übergangszeitraum vom 31. Dezember 2009 bis zum 31. März 2010 sind, soweit aus Materialitätsgründen notwendig, erfasst worden.

Eine Gesellschaft mit Abschlussstichtag 30. November wurde mit einem Zwischenabschluss zum 31. März in den Konzern einbezogen. Der abweichende Bilanzstichtag zu dem der IKB AG ist an den Kundeninteressen im Umfeld des Fondgeschäfts ausgerichtet.

(2) Schätzungen und Beurteilungen des Managements

Die bereitgestellten Finanzinformationen basieren teilweise auf Ermessensentscheidungen und Annahmen des Managements über zukünftige Entwicklungen und auf historischen Erfahrungen und beeinflussen die Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sowie die in der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltenen Aufwendungen und Erträge. Dabei erfolgen sämtliche Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards und betrachten die Verhältnisse zum jeweiligen Bilanzstichtag. Sofern weitere Schätzungen und Annahmen mit wesentlichem Werteinfluss und erheblicher Unsicherheit erforderlich waren, erfolgen zusätzliche Erläuterungen bei den Angaben zu den einzelnen Abschlussposten.

Dies betrifft insbesondere die folgenden Positionen:

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Für die Beurteilung der Bewertung von Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, ist von großer Bedeutung, ob deren beizulegender Zeitwert auf Basis eines Marktpreises an einem aktiven Markt ermittelt wurde oder dessen Bewertung auf Modellen basiert. Ein Finanzinstrument gilt als an einem aktiven Markt notiert, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe oder einem Preisberechnungsservice, der einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen, vorliegen. Sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise zur Verfügung stehen, greift der Konzern für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts auf angemessene Bewertungsverfahren je Finanzinstrument zurück. Dabei werden die Eingangsparameter der Bewertungsmodelle von vergleichbaren Finanzinstrumenten abgeleitet, die in aktiven Märkten gehandelt werden. Für die Umsetzung der Modelle werden Annahmen und Schätzungen, wie beispielweise in Bezug auf die zu erwartenden Marktrisiken, Modellrisiken und Bonitätsrisiken, getätigt, um etwaige Unsicherheiten abzubilden, die sich in den beizulegenden Zeitwerten widerspiegeln. Dabei obliegt es dem Management, die Angemessenheit der in den Modellen enthaltenen jeweiligen Parameter zu beurteilen.

Im Falle von beizulegenden Zeitwerten, die auf Basis von Bewertungstechniken ermittelt wurden und die ihren Wert erheblich verändern würden, wenn eine oder mehrere Modellannahmen angepasst werden, weist die IKB auf diese Tatsache hin und erläutert deren Auswirkungen (siehe Änderungen gemäß IAS 8). Finanzinstrumente, deren Zeitwertermittlung auf Eingangsparametern beruht, die nicht vollständig auf beobachtbaren Marktparametern basieren, werden in Note 63 Levelklassifizierung separat erläutert.

Ermittlung von fortgeführten Anschaffungskosten

Ferner muss auf Schätzungen und Annahmen bei der Ermittlung der fortgeführten Anschaffungskosten zurückgegriffen werden. Die Bestimmung von fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode impliziert insbesondere für Verbindlichkeiten, bei denen beispielsweise ein Zinsaufschub oder eine Verlustpartizipation eintreten kann, dass diese Verbindlichkeiten zum Barwert zu bilanzieren sind, der sich durch eine Neuschätzung des zugrunde liegenden Zins- und Tilgungscashflows diskontiert mit der Ursprungsrendite des Instruments (Effektivzins am Emissionstag) ergibt (IAS 39.AG8). Schätzungsunsicherheiten ergeben sich dabei insbesondere in Bezug auf Höhe sowie zeitlichen Anfall der Cashflows.

Ermittlung von Wertminderungen (Impairments)

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte sowie Finanzanlagen der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ werden in regelmäßigen Abständen auf objektive Hinweise einer Wertminderung untersucht. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich dabei insbesondere in Bezug auf Höhe sowie zeitlichen Anfall der Cashflows.

Für die Wertberichtigungen von Forderungen an Kunden und Kreditinstitute der Kategorie „Kredite und Forderungen“ werden unter anderem objektive Hinweise, wie beispielsweise die erhöhte Wahrscheinlichkeit für ein Insolvenzverfahren des Schuldners, Zahlungsrückstände über 90 Tage, Restrukturierungsmaßnahmen oder negative Entwicklungen, berücksichtigt, die darauf schließen lassen, ob eine Einzelwertberichtigung vorgenommen werden muss. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich dabei insbesondere in Bezug auf Höhe sowie zeitlichen Anfall der Cashflows. Durch Portfoliowertberichtigungen werden Verluste abgedeckt, die zwar schon eingetreten sind, aber noch nicht individuell identifiziert werden konnten. Die Verlustschätzung erfolgt auf Basis historischer Daten und Expertenabschätzungen. Zugrunde liegen ratingklassenbezogene Ausfallwahrscheinlichkeiten und besicherungsabhängige Verlustannahmen. Zur Anpassung an die Konjunkturerwartung wird zusätzlich ein Konjunkturfaktor herangezogen. Dem vorhandenen Zeitverzug bis zur Identifikation bzw. zum Bekanntwerden eines Verlustereignisses (occurred loss) wird durch Anwendung eines Skalierungsfaktors für die Zeit zwischen Eintreten des Verlustereignisses und dessen Identifikation (Loss-identification-Period-Faktor) Rechnung getragen.

Ermittlung latenter Steuerforderungen

Aktive und passive latente Steuern resultieren aus der Differenz zwischen den IFRS-Buchwerten und den steuerlichen Wertansätzen von Vermögenswerten und Schulden sowie aus steuerlichen Verlustvorträgen und den sich hieraus ergebenden voraussichtlichen zukünftigen Ertragsteuerbelastungen oder -entlastungen. Die Bildung und Fortführung aktiver latenter Steuern erfolgt in Abhängigkeit von der Beurteilung der Werthaltigkeit der Posten durch das Management und dessen Einschätzung des zukünftig generierten steuerlichen Ergebnisses der einzelnen Konzerneinheiten. Dabei nimmt das Management Einschätzungen vor, die unter anderem historische Daten und Planungsrechnungen heranziehen.

Bestimmung der Rückstellungen für Pensionen und sonstiger Rückstellungen

Wenn zum Bilanzstichtag aus einem Ereignis der Vergangenheit eine gegenwärtige faktische oder rechtliche Verpflichtungen entstanden ist, der Abfluss von Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung wahrscheinlich ist und sich die Höhe der zukünftigen Verpflichtung verlässlich schätzen lässt, ist eine Rückstellung anzusetzen. Dabei werden gemäß IAS 37 Rückstellungen in Höhe des Barwerts der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet. Der für die Rückstellung angesetzte Betrag entspricht der bestmöglichen Schätzung der Ausgaben durch das Management, die zur Erfüllung der Verpflichtungen notwendig sind.

Die betriebliche Altersversorgung für aktive und ehemalige Mitarbeiter erfolgt auf Basis von leistungsorientierten Versorgungsplänen. Für diese sind Rückstellungen gemäß IAS 19.54 zu bilden, die dem Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung nach dem Anwartschaftsver-

fahren (Projected Unit Credit method) abzüglich des beizulegenden Zeitwertes des Planvermögens entsprechen. In die Bestimmung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen sowie der Verpflichtungen aus Altersteilzeit, Vorruhestand und Dienstjubiläen fließen Schätzungen zu biometrischen Daten, erwartete Gehalts- und Rentensteigerungsraten sowie Fluktuationswahrscheinlichkeiten ein.

Zusätzlich wird anhand von Simulationsmodellen die Entwicklung des Planvermögens auf der Grundlage von Parametervariationen dargestellt.

(3) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss der IKB zum 31. März 2010 wurden gemäß IAS 27 neben dem Mutterunternehmen 30 (31. März 2009: 27; 31. März 2008: 29) inländische und 17 (31. März 2009: 17; 31. März 2008: 16) ausländische Unternehmen einbezogen. An diesen besitzt die IKB AG die Mehrheit der Stimmrechte.

In den Konzernabschluss wurden weiterhin gemäß IAS 28 ein (31. März 2009: ein; 31. März 2008: ein) assoziiertes Unternehmen sowie gemäß IAS 31 ein (31. März 2009: ein; 31. März 2008: ein) Gemeinschaftsunternehmen einbezogen. Der Ansatz beider Unternehmen im Konzernabschluss erfolgte nach der Equity-Methode.

In den Konzernabschluss wurden gemäß SIC-12 keine (31. März 2009: eine; 31. März 2008: keine) inländische und vier (31. März 2009: sechs; 31. März 2008: vier) ausländische Zweckgesellschaften einbezogen.

Die konsolidierten Gesellschaften sind in Note 82 aufgeführt.

Zum 31. März 2010 haben sich folgende Veränderungen im Konsolidierungskreis ergeben:

Im Dezember 2009 wurde der Verkauf der Movesta vollzogen. Dies führt im Konzernabschluss zur Entkonsolidierung des at equity bilanzierten Unternehmens. Aus der Entkonsolidierung ist im Konzernabschluss ein Ergebnis von 7,2 Mio. € im „Sonstigen betrieblichen Ergebnis“ entstanden.

Im Zusammenhang mit dem Verkauf der Movesta hat die IKB Beteiligungen im Dezember 2009 den 75%igen Anteil an der IKB Immobilien Management GmbH, Düsseldorf, (IKB IMG) auf 100 % erhöht.

Ebenfalls im Zusammenhang mit dem Verkauf der Movesta wurden 50 % der Anteile an der MD Capital erworben. In der Gesellschaft sind die Beteiligungen an Immobilienprojektentwicklungen zusammengefasst, die im Zusammenhang mit der Veräußerung der Anteile an der Movesta nicht auf den Erwerber übertragen wurden. Die MD Capital wurde mit dem vorläufigen Abschluss zum 31. Dezember 2009 als at equity bilanziertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen.

Die IKB Struktur GmbH, Düsseldorf, wurde erstmalig zum 31. März 2010 in den Konzernabschluss einbezogen. Gesellschaftszweck der neu gegründeten Gesellschaft ist der Erwerb und das Halten von Beteiligungen.

Im März 2010 wurde die Zweite Equity Suporta GmbH, Düsseldorf, die bis dahin wegen Unwesentlichkeit nicht konsolidiert wurde, in den Konsolidierungskreis einbezogen. Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Beteiligungen, Wertpapieren und Finanzinstrumenten.

Ebenfalls im März 2010 wurde die Gesellschaft Tempelhofer Hafen GmbH, Düsseldorf, erstmals in den Konzernabschluss innerhalb der Positionen „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte“ und „Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ einbezogen. Die Veräußerung der Gesellschaft ist gegenwärtig bereits mit notariellem Kaufvertrag vereinbart und soll im Juli 2010 erfolgen.

Im März 2010 wurde auch die Zweckgesellschaft IKB Partner Fonds, Luxemburg, im Konzernabschluss konsolidiert. Investitionen in diesen neu aufgelegten kurzfristig liquidierbaren Investmentfonds sind integrativer Bestandteil der Liquiditätsvorsorge der Bank und dienen der Anlage verfügbarer Liquidität.

Im Juni und im Oktober 2009 wurde jeweils eine Note der Emissionsgesellschaft ELAN Ltd., Jersey, (ELAN) veräußert. Aufgrund der Veräußerungen verfügt die IKB über keine zu konsolidierenden Zellen der Gesellschaft mehr. Die Entkonsolidierung der Zellen führte zu keinem wesentlichen Effekt in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Im September 2009 wurde die Transaktion mit der Zweckgesellschaft REPV-DS Finance 2008-1 GmbH, Frankfurt a. M., planmäßig beendet. Nach der Rückabwicklung der Transaktion verfügt die Gesellschaft über keine wesentlichen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mehr. Chancen und Risiken bestehen für die IKB ebenfalls nicht mehr, sodass die Gesellschaft entkonsolidiert wurde. Die Entkonsolidierung führte zu keinem wesentlichen Effekt in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Im Dezember 2009 wurden die Havenrock-Gesellschaften (Havenrock Ltd., Jersey, und Havenrock II Ltd., Jersey) aus Gründen der Unwesentlichkeit für den Konzernabschluss entkonsolidiert. In der Gewinn- und Verlustrechnung führte die Entkonsolidierung zu keinem wesentlichen Effekt.

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung von Unternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode. Danach sind alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des jeweiligen Tochterunternehmens grundsätzlich mit dem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt zu bewerten. Nach IFRS wird ein neues Eigenkapital ermittelt und der Beteiligungsbuchwert gegen dieses neue Eigenkapital verrechnet. Ein darüber hinaus verbleibender positiver Unterschiedsbetrag wird, sofern vorhanden, als Geschäfts- oder Firmenwert unter den Immateriellen Anlagewerten ausgewiesen. Verbleibt ein negativer Unterschiedsbetrag, wird dieser nach erneuter Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfolgswirksam erfasst.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten, Gewinne und Verluste sowie Aufwendungen und Erträge werden im Rahmen der Schulden- bzw. Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie der Zwischengewinneliminierung gemäß IAS 27 eliminiert.

Assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet und als at equity bilanzierte Unternehmen separat in der Bilanz gezeigt. Zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss werden die Buchwerte dieser Beteiligungen und die Unterschiedsbeträge (Geschäfts- oder Firmenwerte) ermittelt. Dabei werden die gleichen Regeln wie bei Tochtergesellschaften angewandt. Der Buchwert wird an den darauffolgenden Abschlussstichtagen jeweils um den Anteil des Konzerns am Ergebnis (einschließlich der direkt im Eigenkapital ausgewiesenen Ergebnisse) der Gesellschaften erhöht oder vermindert.

Zur Abbildung von Anteilen an Joint Ventures wird vom Wahlrecht der Equity-Bewertung Gebrauch gemacht.

Gemäß IAS 28.1 i.V.m. IAS 39 werden Direktbeteiligungen der IKB Private Equity GmbH und der IKB Capital Fund GmbH (vormals IKB Equity Capital Fund I GmbH & Co. KG, Formwandlung mit Handelsregistereintragung vom 7. Dezember 2009) zum beizulegenden Zeitwert bewertet und unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Unterjährig erworbene bzw. gegründete oder veräußerte Tochterunternehmen werden vom Erwerbszeitpunkt bzw. bis zum Abgangszeitpunkt in die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns einbezogen.

(5) Währungsumrechnung

Bei der Umrechnung von Geschäftsvorfällen in fremder Währung sind nach IAS 21 monetäre Vermögenswerte und Schulden am Bilanzstichtag erfolgswirksam zum Stichtagskurs umzurechnen. Diese Umrechnung erfolgt zum Referenzkurs der Europäischen Zentralbank am Bilanzstichtag. Der Ausweis der Fremdwährungseffekte erfolgt im Fair-Value-Ergebnis.

Nicht monetäre Positionen, deren Bewertung zu Anschaffungskosten erfolgt, werden mit ihrem historischen Kurs umgerechnet. Nicht monetäre Positionen, deren Bewertung erfolgsneutral (erfolgswirksam) zum beizulegenden Zeitwert erfolgt, werden zum Stichtagskurs umgerechnet, wobei die Umrechnungsdifferenzen erfolgsneutral (erfolgswirksam) erfasst werden.

Sofern ausländische Einheiten ihren Abschluss nicht in der funktionalen Währung Euro erstellt haben, müssen diese zum Bilanzstichtag nach dem Konzept der funktionalen Währung umgerechnet werden. Auf ausländische Währung lautende Jahresabschlüsse von ausländischen Tochtergesellschaften werden nach der modifizierten Stichtagskursmethode umgerechnet. Dabei wird das Eigenkapital mit Ausnahme der Neubewertungsrücklage zum historischen Kurs und alle übrigen Bilanzposten zum Referenzkurs der Europäischen Zentralbank am Bilanzstichtag umgerechnet. Alle Aufwendungen und Erträge werden zum Durchschnittskurs umgerechnet. Die sich ergebenden Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgsneutral erfasst. Umrechnungsgewinne und -verluste aus der Kapitalkonsolidierung werden ebenfalls erfolgsneutral separat im Eigenkapital ausgewiesen.

(6) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung

Die Bilanzierung von Finanzinstrumenten ist in IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ geregelt. Danach sind sämtliche Finanzinstrumente zum Zugangszeitpunkt in Höhe ihres beizulegenden Zeitwerts zuzüglich der Anschaffungsnebenkosten zu bewerten, sofern das Finanzinstrument nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wird. Im Falle einer Bewertung „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ werden die Anschaffungsnebenkosten bei Zugang des Finanzinstruments ergebniswirksam erfasst. Für Derivate ist der Zugangszeitpunkt stets der Handelstag (Trade Date). Die Zugangs- und Abgangsbilanzierung von nicht-derivativen Finanzinstrumenten, die innerhalb einer marktüblichen Frist erfüllt werden, erfolgt bei der IKB zum Erfüllungszeitpunkt (Settlement Date). Gehen Finanzinstrumente außerhalb der marktüblichen Frist zu, so werden diese als Forward-Geschäfte zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Der beizulegende Zeitwert eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit ist gemäß IAS 39 der Betrag, zu dem zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Vertragspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Darüber hinaus sind sämtliche finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten einer Bewertungskategorie zuzuordnen. Die Kategorisierung eines Finanzinstruments entscheidet darüber, zu welchen Wertansätzen (beizulegender Zeitwert, fortgeführte Anschaffungskosten) ein Finanzinstrument in der Bilanz auszuweisen ist und in welchem Ausmaß Bewertungsänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung bzw. der Neubewertungsrücklage zu zeigen sind. Im Konzern der IKB werden die Regelungen des IAS 39 wie folgt umgesetzt:

(a) *Finanzielle Vermögenswerte*

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss). Finanzinstrumente dieser Kategorie werden sowohl im Zeitpunkt ihres Zugangs als auch an den folgenden Bilanzstichtagen zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Das Bewertungsergebnis wird erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung im Fair-Value-Ergebnis erfasst. Diese Kategorie setzt sich wie folgt zusammen:

Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held for Trading). Als zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte werden Finanzinstrumente eingestuft, die mit der Absicht erworben wurden, kurzfristig Gewinne zu erzielen. Derivative finan-

zielle Vermögenswerte werden immer als „Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte“ eingestuft, es sei denn, sie sind für Sicherungszwecke bestimmt und wirksam eingesetzt. In diesem Fall werden die Sicherungsderivate unter den Handelsaktiva in der separaten Position „Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten“ ausgewiesen.

Fair-Value-Option. Die Fair-Value-Option des IAS 39 erlaubt unter bestimmten Bedingungen, finanzielle Vermögenswerte, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, beim erstmaligen Ansatz unwiderruflich als Finanzinstrumente zu bestimmen, die in der Folge erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Davon ausgenommen sind Eigenkapitalinstrumente, für die keine notierten Marktpreise auf aktiven Märkten vorliegen und deren beizulegende Zeitwerte nicht zuverlässig ermittelt werden können.

Diese freiwillige Zuordnung darf zudem nur dann vorgenommen werden, wenn:

- Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen (Accounting Mismatch) vermieden bzw. erheblich reduziert werden oder
- das Finanzinstrument ein oder mehrere eingebettete Derivate enthält oder
- das Management und die Performance-Messung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten auf Basis des beizulegenden Zeitwertes erfolgt.

Finanzinstrumente, für welche die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, werden produktspezifisch in ihren jeweiligen Bilanzposten ausgewiesen. Ihre Wertänderungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Fair-Value-Ergebnis erfasst. Die zugehörigen Zinsen werden im Zinsergebnis erfasst.

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables). Der Kategorie „Kredite und Forderungen“ werden alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen zugeordnet, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden, sofern diese Instrumente nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Im Zugangszeitpunkt werden Finanzinstrumente dieser Kategorie zu ihrem beizulegenden Zeitwert zuzüglich Transaktionskosten angesetzt. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien bzw. Disagien werden über die Restlaufzeit erfolgswirksam unter Anwendung der Effektivzinsmethode im Zinsüberschuss vereinnahmt.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held to Maturity). Die IKB ordnet derzeit keine Finanzinstrumente dieser Kategorie zu.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale). Dieser Kategorie werden alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die in keiner der vorgenannten Kategorien erfasst wurden.

Die Zugangs- und Folgebewertung in dieser Kategorie wird jeweils zum beizulegenden Zeitwert vorgenommen. In den Fällen, in denen der beizulegende Zeitwert bei Eigenkapitalinstrumenten nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Folgebewertung zu Anschaffungskosten.

Der Unterschiedsbetrag zwischen Marktwert und fortgeführten Anschaffungskosten wird solange erfolgsneutral in einer gesonderten Position des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen, bis der Vermögenswert veräußert wird oder eine erfolgswirksame Wertminderung (Impairment) im Sinne des IAS 39.67 eintritt. Im Falle einer Wertminderung wird die bis zu diesem Zeitpunkt in der Neubewertungsrücklage ausgewiesene Wertänderung in die Gewinn- und Verlustrechnung (Finanzanlageergebnis) umgebucht. Bei Wertaufholungen muss zwischen Fremd- und Eigenkapitalinstrumenten unterschieden werden. Wertaufholungen für Eigenkapitalinstrumente sind erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage zu erfassen. Wertaufholungen für Fremdkapitalinstrumente sind erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

Agien oder Disagien werden erfolgswirksam unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit im Zinsüberschuss verrechnet.

(b) Finanzielle Verbindlichkeiten

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Analog zur Aktivseite sind für finanzielle Verbindlichkeiten dieser Kategorie zwei Unterkategorien vorgesehen:

Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten (Held for Trading). Zu dieser Kategorie zählen finanzielle Verbindlichkeiten, die mit der Absicht der kurzfristigen Gewinnerzielung eingegangen wurden. Derivative finanzielle Verbindlichkeiten werden immer als zu Handelszwecken gehaltene eingestuft, es sei denn, sie sind für Sicherungszwecke bestimmt und wirksam eingesetzt. In diesem Fall werden die Sicherungsderivate unter den Handelspassiva in der separaten Position „Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten“ ausgewiesen.

Fair-Value-Option. Die Fair-Value-Option wird für finanzielle Verbindlichkeiten unter den gleichen Voraussetzungen angewandt wie auf der Aktivseite.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für finanzielle Verpflichtungen dieser Kategorie entsprechen denen der Aktivseite. Es ist zu berücksichtigen, dass der beizulegende Zeitwert einer finanziellen Verbindlichkeit von der Bonität der Bank abhängt. Eine Verbesserung (Verschlechterung) der Bonität der Bank führt zu einer Erhöhung (Verminderung) des beizulegenden Zeitwerts. Die auf die Veränderung der Bonität entfallenden Gewinne und Verluste werden in den Notes erläutert.

Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (Other Financial Liabilities IAS 39.47)

Bei Finanzinstrumenten der Haltekategorie „Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten“ handelt es sich um alle finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien bzw. Disagien werden über die Laufzeit erfolgswirksam unter Anwendung der Effektivzinsmethode im Zinsüberschuss erfasst. Eine Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode impliziert insbesondere für Verbindlichkeiten, bei denen beispielsweise ein Zinsaufschub oder eine Verlustpartizipation eintreten kann, dass diese Verbindlichkeiten zum Barwert gemäß IAS 39 AG8 anzusetzen sind. Diese Geschäfte sind zu jedem Bilanzstichtag mit ihrem Barwert zu bilanzieren, der sich durch eine Neuschätzung der zugrunde liegenden Zins- und Tilgungscashflows diskontiert mit der Ursprungsrendite des Instruments (Effektivzins am Emissionstag) ergibt. Daraus resultierende mögliche Buchwertänderungen sind erfolgswirksam im „Sonstigen betrieblichen Ergebnis“ auszuweisen. Folglich sind eventuelle Verlustteilnahmen oder Aussetzungen von Zinszahlungen im Barwert berücksichtigt. Auch bei unveränderten zugrundeliegenden Zins- und Tilgungscashflow-erwartungen verändert sich der Barwert aufgrund des Zeitablaufs (Unwinding). Dieser Unwinding-Aufwand wird im Zinsaufwand abgebildet.

Dieser Wertansatz findet Anwendung auf die folgenden sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten:

- Darlehen mit Forderungsverzicht und Besserungsabreden, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und
- Nachrangige Verbindlichkeiten, Genussrechtsverbindlichkeiten, Stille Beteiligungen/Preferred Shares, die im Nachrangkapital ausgewiesen werden.

(c) Bewertungsmethoden und -verfahren

Allgemeines

Bei Finanzinstrumenten, für die ein aktiver Markt existiert, ergibt sich der beizulegende Zeitwert aus dem Börsen- oder Marktpreis identischer Instrumente am Bilanzstichtag. Liegen keine Preisnotierungen vor, wird der beizulegende Zeitwert auf Basis eines Vergleichs mit vergleichbaren Markttransaktionen ermittelt.

Sofern kein Vergleich mit ähnlichen Markttransaktionen möglich ist, werden geeignete Bewertungsmodelle (u. a. Discounted-Cashflow-(DCF)-Methode und Optionspreismodelle wie das Black-Scholes-Modell) zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes verwendet. In die Bewertungsmodelle fließen unter anderem Informationen zu Zinsstrukturkurven und Volatilitäten ein, welche direkt am Markt beobachtet werden. Für komplexere Finanzinstrumente bzw. für Finanzinstrumente, die aufgrund ihrer spezifischen Ausgestaltung als einzigartig betrachtet werden können, werden abhängig von der Anwendbarkeit je Finanzinstrumentklasse bzw. je Finanzinstrument Bewertungsmodelle verwendet, die den jeweiligen Spezifika Rechnung tragen. Insbesondere fließen in diese Modelle Annahmen über Korrelationen, Ausfallraten und Verlusthöhen und weitere zum Teil nicht direkt am Markt beobachtbare Parameter ein.

Bei der Bewertung erfolgt, sofern die Bewertung auf Mittelkursen durchgeführt wird, eine Anpassung auf die Geld- (aktivische Position) bzw. Briefkurse (passivische Position). Für hinreichend liquide Wertpapiere, für die jedoch kein direkt beobachtbarer Geld- bzw. Briefkurs vorliegt, wird vom verwendeten Mittelkurs die durchschnittliche halbe Geld-/Briefspanne von im IKB Bestand befindlichen Papieren abgezogen (aktivische Position) bzw. addiert (passivische Position). Bei den Derivaten wird über eine Risikoanalyse der unbesicherte Derivatbestand ermittelt. Für diesen Teil erfolgt ebenfalls eine Anpassung an die Geld- bzw. Briefkurse (IAS 39.AG 72 ff).

Übersicht der Bewertungsverfahren

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierte Forderungen an Kunden und Kreditinstitute. Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Forderungen an Kunden und Kreditinstitute erfolgt grundsätzlich auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode. Dabei wird je Kredit ein risikoadäquater Credit Spread zugrunde gelegt. Die Diskontierung wird über die laufzeitdifferenzierten Swapsätze zuzüglich des risikoadäquaten Credit Spreads vorgenommen. Der Swapsatz ergibt sich aus den jeweils zu den Bewertungsstichtagen geltenden Marktkonditionen. Der Credit Spread des Kredites schwankt entsprechend der Veränderung der gemessenen Standardrisikokosten, die sich aus dem Kunden-Rating, der Besicherungssituation und der Restlaufzeit des Kredites am Bewertungsstichtag ermitteln. Ferner wirken die Eigenkapital- und die Fundingkosten auf den Credit Spread. Jeweilige Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte gegenüber den Buchwerten können somit funding-, zins- und bonitätsgetrieben sein.

Barreserve und kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten. Für die Barreserve sowie für kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten, bei denen der Buchwert einen hinreichenden Näherungswert des beizulegenden Zeitwerts darstellt, wird auf dessen separate Ermittlung verzichtet und der aktuelle Buchwert herangezogen.

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Wertpapiere. Für Wertpapiere der Kategorie „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte“ (Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss) wurden die nach den oben bzw. nachfolgend genannten Verfahren ermittelten Werte als beizulegende Zeitwerte verwendet.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierte Wertepapiere. Für Wertpapiere der Kategorie „Kredite und Forderungen“ (Loans and Receivables) wurde ausgehend von diesen Werten das Vorliegen von Gründen für eine Wertberichtigung geprüft und gegebenenfalls ein Impairment gebucht. Hierbei wurden wertaufhellende Erkenntnisse bis zum Aufstellungszeitpunkt des Konzernabschlusses berücksichtigt, soweit die Verlustereignisse nachweisbar schon zum Abschlussstichtag eingetreten waren.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden. Die beizulegenden Zeitwerte der bilanzierten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden werden grundsätzlich auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Die Diskontierung wird über laufzeitdifferenzierte risikolose Swapsätze sowie Markt-Spreads vorgenommen. Die Verbindlichkeiten der IKB werden über Modelle bewertet, für die ein wesentlicher Einflussfaktor der Marktspread ist. Die kurzfristigen erstrangigen Verbindlichkeiten orientieren sich dabei an den im Rahmen der Marktpflege getätigten Rückkauf-Spreads. Für die längerfristigen erstrangigen Verbindlichkeiten sowie Nachrangige Emissionen werden CDS-Spreads zugrunde gelegt. Bei Schuldscheindarlehen, die von Nicht-Kreditinstituten gehalten werden, wird berücksichtigt, dass die Spreads geringer sind als bei den von Kreditinstituten erworbenen Schuldscheindarlehen, da der Einlagensicherungsfonds hier eine Deckung bietet. Bei der Diskontierung der Globaldarlehen werden aus aktuellen Transaktionen abgeleitete Spreads verwendet.

Genussrechte und Tier I Emissionen (Stille Einlagen/Preferred Shares). Für Genussrechte und Tier I Emissionen in der Fair-Value-Option werden zunächst am Markt beobachtbare Preise verwendet. Nicht quotierte Geschäfte werden mittels eines Discounted-Cashflow-Modells bewertet. Genussrechte und Tier I Geschäfte zu fortgeführten Anschaffungskosten werden zu jedem Stichtag mit ihrem Barwert bilanziert. Dieser resultiert aus einer Schätzung der erwarteten Zins- und Tilgungscashflows, diskontiert mit der Ursprungsrendite (IAS 39 AG8).

Portfolioinvestments

Papiere, für die die IKB anhand fundamentaler Analysen davon ausgeht, dass zukünftig weder Zins- noch Tilgungszahlungen erfolgen, werden mit einem Marktwert von Null angesetzt.

Bewertung von Asset-Backed-Securities. Bei sogenannten Asset-Backed-Securities (ABS-Wertpapiere) wird, sofern für die betreffenden Papiere ein Kurs von einem externen Marktdatenlieferanten existiert, welcher über geeignete Verfahren plausibilisiert werden konnte, dieser zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes verwendet. Für die restlichen Wertpapiere wird ein Barwert auf der Grundlage vertraglich vereinbarter Cashflows mit Spreads für Wertpapiere mit vergleichbarem Risikoprofil ermittelt.

Bewertung von Collateralized Debt Obligations, die auf ABS-Wertpapiere mit Subprime-Anteil referenzieren. Für diese Wertpapiere wird ein Barwert auf der Grundlage prognostizierter Cashflows ermittelt. Hierzu werden für die zugrunde liegenden Referenzportfolien Cashflows geschätzt, die insbesondere von den erwarteten Ausfallraten, den erwarteten Verlusthöhen bei Ausfall sowie von der Möglichkeit vorzeitiger Darlehensrückführungen beeinflusst werden. Dabei wird sowohl auf empirische Zeitreihen als auch auf veröffentlichte Schätzungen von Marktteilnehmern zurückgegriffen. Für die jeweils einer bestimmten CDO-Tranche zuzuordnenden erwarteten Zahlungen wurde angenommen, dass Tilgungen der ABS-Wertpapiere der jeweils ranghöchsten und Verluste der jeweils rangniedrigsten Tranche zugerechnet werden. In einem weiteren Schritt erfolgt für die einzelnen CDO-Bestände eine Verdichtung zu einem Gesamtcashflow. Hierbei werden vereinfachende Annahmen über die Rangverhältnisse im CDO-Vertrag („Wasserfall“) berücksichtigt. Im Rahmen der Barwertermittlung für diesen Gesamtcashflow werden zusätzlich Abschläge für mangelnde Marktliquidität dieser Titel vorgenommen.

Bewertung von CDO-Beständen, die überwiegend auf Wertpapiere mit Unternehmensrisiken (CDO of Corporates) referenzieren. Die Bewertung von CDO-Beständen beruht auf üblicherweise von Marktteilnehmern für diese Strukturen verwendeten Bewertungsmethoden (Copula Modell). Soweit CDO-Bestände auf andere CDO referenzieren (CDO2), wurden diese zunächst in eine einstufige CDO überführt. Bestehende Sonderausstattungen wurden bei

der Festlegung der unteren und oberen Schwelle der Verlustbeteiligung der einstufigen CDO berücksichtigt. Die wesentlichen Bewertungsparameter – CDS-Spreads und Korrelationen für die zugrunde liegenden Unternehmensrisiken – waren am Markt verfügbar bzw. wurden aus Marktdaten abgeleitet und gegebenenfalls den Besonderheiten der Portfoliostruktur angepasst.

Bewertung von Collateralized Loan Obligations (CLO). Die Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs erfolgt durch ein im Berichtsjahr mit Hinsicht auf die geänderten Marktgegebenheiten geändertes Fundamentalwertmodell. Die vorgenommenen Änderungen betreffen im Wesentlichen die unterstellten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die zeitliche Verteilung der Ausfälle während der Laufzeit einer Transaktion sowie insbesondere auch die strukturellen Besonderheiten einer Transaktion in Bezug auf die Zahlungsrangfolge („Wasserfallstrukturen“) für die investierten Wertpapiere.

Die Änderung des Bewertungsverfahrens resultierte konsequenterweise aus der Berücksichtigung der geänderten Marktgegebenheiten, und den rekalierten Risikobemessungsfaktoren seitens der Ratingagenturen. In der Umsetzung führte dies zu einer neuen Parametrisierung des Bewertungsverfahrens und bedingte, einhergehend mit dem konsequenten Ausbau der Risikobewertungs-Expertise im Haus, die Einführung einer neuen Modellkonstruktion, mittels derer eine Unterscheidung von Marktwertverlusten in lediglich vorübergehende Wertschwankungen und fundamental ermittelte Verluste möglich ist. In dem Maße, in dem die zukünftige Entwicklung an den Märkten Änderungen der Risikobemessungsfaktoren erforderlich macht, unterliegen die Bewertungsmodelle ebenfalls einer kontinuierlichen Weiterentwicklung.

Durch die konservativ gesetzten neuen Parameter ergab sich im Berichtsjahr weiterer Wertberichtigungsbedarf gegenüber dem zuvor angewandten Verfahren. Zur Prognose der zukünftigen Zahlungsströme wird zunächst die erwartete kumulative Ausfallrate für den jeweils verbrieften Kreditbestand bestimmt. Die Ermittlung des erwarteten Ausfalls je Kreditnehmer erfolgt dabei grundsätzlich auf Basis der Ausfallraten, die sich aus den Modellen der Ratingagenturen ergeben. Zudem werden die Ausfallraten bei Kreditnehmern mit bestimmten kritischen Merkmalsausprägungen erhöht (Notching). Der beizulegende Wert ergibt sich als Barwert der mit dem ermittelten Effektivzins diskontierten prognostizierten Zahlungsströme.

Bewertung von RMBS-Transaktionen. Die Ermittlung des Wertberichtigungsbedarfs der im vergangenen Geschäftsjahr an die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings (Ireland) Ltd. veräußerten RMBS-Transaktionen wurde zum Bilanzstichtag geändert und erfolgt nun nach einem Fundamentalwertverfahren, welches eine detaillierte Verlustallokation des zugrunde liegenden Kreditportfolios ermöglicht.

Die Änderung des Bewertungsverfahrens resultierte konsequenterweise aus der Berücksichtigung der geänderten Marktgegebenheiten und den rekalierten Risikobemessungsfaktoren seitens der Ratingagenturen. In der Umsetzung führte dies zu einer neuen Parametrisierung des Bewertungsverfahrens und bedingte, einhergehend mit dem konsequenten Ausbau der Risikobewertungs-Expertise im Haus, die Einführung einer neuen Modellkonstruktion, mittels derer eine Unterscheidung von Marktwertverlusten in lediglich vorübergehende Wertschwankungen und fundamental ermittelte Verluste möglich ist. In dem Maße, in dem die zukünftige Entwicklung an den Märkten Änderungen der Risikobemessungsfaktoren erforderlich macht, unterliegen die Bewertungsmodelle ebenfalls einer kontinuierlichen Weiterentwicklung.

Der neue Fundamentalwert der Wertpapiere ergibt sich als Barwert diskontierter prognostizierter Zahlungsströme. Für die Diskontierung wird der Spread des Wertpapiers berücksichtigt. Da die bisherigen Marktwertschwankungen in diesem Modell unberücksichtigt bleiben, ergab sich im Vergleich zur vorhergehenden Bewertung ein geringerer Wertberichtigungsbedarf.

(d) Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Die IKB setzt Derivate als Sicherungsinstrumente zur Reduzierung von Marktpreisrisiken (z. B. Zinsrisiken und Währungsrisiken) ein. Da nach IAS 39 Grundgeschäfte (z. B. Kreditfor-

derungen und Verbindlichkeiten) und Sicherungsgeschäfte (Derivate) unterschiedlichen bilanziellen Wertansätzen unterliegen können, erlaubt IAS 39 mit dem sogenannten Hedge Accounting eine besondere Form der Bilanzierung, um eine periodengerechte Erfolgsermittlung sicherzustellen.

Um ökonomische Sicherungsbeziehungen auch bilanziell durch ein Hedge Accounting abbilden zu dürfen, müssen eine Reihe restriktiver Bedingungen erfüllt werden. Neben einer formalen Dokumentation der Sicherungsbeziehung muss nachgewiesen werden, dass die Sicherungsbeziehung bei Hedge-Beginn und an den nachfolgenden Bilanzstichtagen eine effektive Risikokompensation erwarten lässt (prospektive Effektivität). Ferner muss dokumentiert werden, dass der Hedge während der Sicherungsdauer den Effektivitätskriterien genügt (retrospektive Effektivität). Im Wesentlichen ist zwischen Fair Value Hedge Accounting und Cashflow Hedge Accounting zu unterscheiden.

Fair Value Hedge Accounting. Bei einem Fair Value Hedge wird ein bestehender Vermögenswert, eine bestehende Verbindlichkeit oder eine feste vertragliche Verpflichtung (firm commitment) gegen Zeitwertänderungen aus bestimmten Risikofaktoren abgesichert (IAS 39.86). Die Absicherung kann auf Basis von 1:1-Beziehungen (Mikro Hedges) oder auf Portfoliobasis erfolgen, wodurch gleichartige Aktiva oder Passiva zu einer homogenen Gruppe zusammengefasst werden. Nur für den Fall einer Sicherung von festverzinslichen Aktiva und Passiva gegen zinsinduzierte Fair-Value-Änderungen ist auch ein Makro Hedge Accounting erlaubt, bei dem Aktiva und Passiva mit entgegengerichtetem Exposure in die Portfolio-bildung einbezogen werden dürfen (IAS 39.81A).

Bei einem Fair Value Hedge Accounting werden sowohl die Marktwertänderungen der Sicherungsderivate als auch die risikobezogenen Wertänderungen der Grundgeschäfte kompensierend im Periodenergebnis vereinnahmt. Dadurch werden die Buchwerte der designierten Grundgeschäfte erfolgswirksam um die kumulierten Bewertungsergebnisse angepasst, die seit dem Zeitpunkt der Hedge-Designation auf eine Änderung der abgesicherten Risikofaktoren zurückzuführen sind. Bei Mikro-Hedge-Beziehungen sind diese Buchwertänderungen (Hedge Adjustments) beim jeweiligen Einzelgeschäft zu erfassen. Ausschließlich für den Fall eines Makro Hedge Accountings für Zinsrisiken erlaubt IAS 39.89A, die zinsinduzierten Wertänderungen der Grundgeschäfte in einer separaten Position („separate line item“) zu erfassen.

Die IKB wendet ein Makro Hedge Accounting für Zinsrisiken an. Die zinsinduzierten Wertänderungen aktiver (passiver) Grundgeschäfte werden in der jeweiligen Position des Grundgeschäftes ausgewiesen. Die in die Sicherungsbeziehung einbezogenen Wertänderungen der Grundgeschäfte werden ebenso wie die Fair-Value-Änderungen der Sicherungsderivate im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen (Fair-Value-Ergebnis) ausgewiesen. Derivate, die Absicherungsinstrumente in einem effektiven Fair Value Hedge darstellen, werden zum Marktwert (Fair value) bilanziert und in der Position „Positive/Negative Marktwerte von Sicherungsderivate“ in den Handelsaktiva/-passiva ausgewiesen.

Aufgrund der restriktiven Bedingungen für das Hedge Accounting ist es nicht möglich, für alle Sicherungsbeziehungen Hedge Accounting anzuwenden. Aus diesem Grunde wendet die IKB für Finanzinstrumente, die in einer wirtschaftlichen Sicherungsbeziehung stehen und für die eine Risikokompensation erwartet wird, zudem die Fair Value Option des IAS 39.9 an. Finanzinstrumente, die in diesem Rahmen einer vollständigen Bewertung zum beizulegenden Zeitwert unterzogen werden, sind überwiegend festverzinsliche Finanzinstrumente, die in einer wirtschaftlichen Mikro Hedge-Beziehung stehen.

Cashflow Hedge Accounting. Für Derivate, die der Absicherung künftiger variabler Zahlungsströme dienen, sieht IAS 39 die Anwendung des Cashflow Hedge Accountings vor. Ein Risiko hinsichtlich der Höhe künftiger Cashflows besteht insbesondere für variabel verzinsliche Kredite, Wertpapiere und Verbindlichkeiten sowie erwartete Transaktionen (z. B. erwartete Geldaufnahmen oder Geldanlagen). Daneben sieht IAS 39 die Anwendung der Regelungen des Cashflow Hedge Accounting auch für die Absicherung künftiger Cashflows aus schwebenden Geschäften vor.

Derivate, die Absicherungsinstrumente in einem effektiven Cashflow Hedge darstellen, werden zum Marktwert (Fair value) bilanziert und in der Position „Positive/Negative Marktwerte von Sicherungsderivate“ in den Handelsaktiva/-passiva ausgewiesen. Das Bewertungsergebnis ist in einen effektiven und einen ineffektiven Teil zu zerlegen. Der effektive Teil ist der Teil des Bewertungsergebnisses, der eine wirksame Sicherung gegen das Cashflowrisiko darstellt. Dieser wird erfolgsneutral in einer gesonderten Position „Derivate, die Schwankungen künftiger Cashflows absichern“ im Eigenkapital unter der Neubewertungsrücklage erfasst. Der ineffektive Teil des Bewertungsergebnisses wird hingegen in der Gewinn- und Verlustrechnung im „Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen“ erfasst.

Für die den gesicherten Zahlungsströmen zu Grunde liegenden Geschäfte ändern sich die oben beschriebenen allgemeinen Bilanzierungsregeln nicht.

Die Anwendung der Regeln des Hedge Accounting ist – neben den vorab dargestellten Voraussetzungen – an eine Reihe von zusätzlichen Bedingungen gebunden. Diese beziehen sich insbesondere auf die bereits erläuterten Anforderungen hinsichtlich der Dokumentation des Sicherungszusammenhangs sowie die Wirksamkeit der Absicherungsmaßnahme.

(e) Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten

Die Bilanzierung von Finanzinstrumenten mit eingebetteten Derivaten hängt davon ab, ob die darin enthaltenen Derivate separat vom Basiskontrakt bilanziert werden müssen. Eine Separierungspflicht eingebetteter Derivate besteht insbesondere dann, wenn die ökonomischen Charakteristika von Basiskontrakt und eingebettetem Derivat nicht eng miteinander verbunden sind.

Liegt eine enge ökonomische Verbindung vor, so ist eine Trennung der Instrumente nicht gestattet. Die Bilanzierung des Gesamtinstruments folgt dann der Bilanzierung des Basiskontrakts. Liegt keine enge Verbindung zwischen Derivat und Basiskontrakt vor, so ist eine Trennung der beiden Instrumente geboten, womit eine erfolgswirksame Bewertung des Derivats zum beizulegenden Zeitwert verbunden ist, es sei denn, das Gesamtinstrument wird erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Insbesondere Wertpapiere mit eingebetteten Derivaten werden bei der IKB nicht getrennt bilanziert, sondern unter Anwendung der Fair-Value-Option als ein Instrument in der Kategorie „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten“ erfasst. Nur in bestimmten Ausnahmefällen werden trennungspflichtige eingebettete Derivate separat bilanziert. Die entsprechenden Derivate werden in diesem Fall getrennt vom Basiskontrakt in den Handelsaktiva und -passiva zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Der Basiskontrakt wird entsprechend seiner Haltekategorie bilanziert.

(f) Finanzgarantien

Nach IAS 39 handelt es sich bei einer Finanzgarantie um einen Vertrag, der den Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet. Diese Zahlungen stellen die Entschädigung für den Verlust dar, der dem Garantienehmer durch das nicht fristgemäße Begleichen von Zahlungsverpflichtungen eines Schuldners gemäß den geltenden Bedingungen eines Schuldinstruments entsteht.

Die Bewertung einer Finanzgarantie, die erstmalig zum Erfassungszeitpunkt vorgenommen wird, ist bei Vertragsabschluss grundsätzlich Null, da die Prämie bei marktgerechten Bedingungen mit dem Wert der Garantieverpflichtung identisch ist. Im Rahmen von Folgebewertungen ist zu prüfen, ob eine Verpflichtung zu bilanzieren ist.

Die Erfassung einer Finanzgarantie erfolgt zum Zeitpunkt der Annahme des Garantieangebots.

(g) Wertpapierpensionsgeschäfte

Wertpapierpensionsgeschäfte sind Kombinationen aus Wertpapier-Kassageschäften und gleichzeitigen Wertpapier-Termingeschäften (Verkauf und Rückkauf) mit demselben Kontra-

henten (Repo-Geschäfte). Bei Repo-Geschäften sind die in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkauf) weiterhin in der Bilanz auszuweisen. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Reverse-Repo-Geschäfte (Kassa-Kauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Die erhaltene beziehungsweise zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig im Zinsergebnis erfasst.

(h) Ausbuchung von Finanzinstrumenten

Bei der Untersuchung, ob eine Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten vorzunehmen ist, wird von einer gemäß IAS 27 und SIC-12 konsolidierten Grundlage ausgegangen.

Eine Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten wird vorgenommen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen, auslaufen oder übertragen werden. Im Falle der Übertragung ist zu untersuchen, ob der Konzern bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten, ohne daraus einen weiteren Nutzen ziehen zu können. Dabei erfolgt eine vollständige Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts, wenn im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden. Werden hingegen im Wesentlichen alle Chancen und Risiken zurückbehalten, erfolgt keine Ausbuchung.

Im Fall von Transaktionen, bei denen im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, sind die übertragenen Vermögenswerte nur dann auszubuchen, wenn die Verfügungsmacht über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst.

Sofern nicht alle Risiken und Chancen übertragen wurden und Verfügungsmacht zurückbehalten wurde, sind die Vermögenswerte entsprechend dem Umfang des fortgeführten Engagements weiterhin auszuweisen.

Eine finanzielle Verbindlichkeit wird bei Tilgung ausgebucht, d. h. wenn die mit ihr verbundenen Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind.

(7) Klassenbildung von Finanzinstrumenten nach IFRS 7

Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten setzt die IKB wie folgt um:

Aktiva	
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Held for Trading <i>Handelsaktiva</i>
	<i>Derivate zu Finanzinstrumenten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden</i>
	<i>Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte</i>
	Fair-Value-Option <i>Forderungen an Kreditinstitute</i>
	<i>Forderungen an Kunden</i>
	<i>Finanzanlagen</i>
Derivate in Sicherungsbeziehungen	<i>Handelsaktiva</i>
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Available for Sale <i>Finanzanlagen</i>
	<i>Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte</i>
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	Loans and Receivables <i>Forderungen an Kreditinstitute</i>
	<i>Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)</i>
	<i>Finanzanlagen</i>
	<i>Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte</i>
Forderungen aus Finanzierungsleasing	<i>Forderungen an Kunden</i>
Sonstige Finanzinstrumente, die nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 fallen	<i>Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen</i>
Passiva	
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Held for Trading <i>Handelspassiva</i>
	<i>Derivate zu Finanzinstrumenten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden</i>
	<i>Negative Marktwerte von zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten</i>
	Fair-Value-Option <i>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</i>
	<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</i>
	<i>Verbriefte Verbindlichkeiten</i>
	<i>Nachrangkapital</i>
Derivate in Sicherungsbeziehungen	<i>Handelspassiva</i>
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	Other Financial Liabilities <i>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</i>
	<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</i>
	<i>Verbriefte Verbindlichkeiten (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)</i>
	<i>Nachrangkapital</i>
Außerbilanzielles Geschäft	Eventualverbindlichkeiten
	Andere Verpflichtungen

Die Berichtsklasseneinteilung der entsprechenden Bilanzpositionen erfolgt grundsätzlich nach den IAS 39 Haltekategorien. Derivate in Sicherungsbeziehungen und Forderungen aus Finanzierungsleasing-Verträgen werden in gesonderten Berichtsklassen ausgewiesen, da diese keiner Haltekategorie nach IAS 39 zugeordnet werden können. Das außerbilanzielle Geschäft ist ebenfalls im Anwendungsbereich des IFRS 7 und erscheint daher in einer eigenen Berichtsklasse. Finanzinstrumente, die nach den Vorschriften des IAS 28 und IAS 31 at equity bilanziert werden, fallen nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 und werden daher in einer gesonderten Berichtsklasse abgegrenzt.

(8) Barreserve

Die Barreserve umfasst den Kassenbestand und das Guthaben bei Zentralnotenbanken. Die Bestände sind zum Nennwert bilanziert.

(9) Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten/Kunden

Die Bewertung von Forderungen und Verbindlichkeiten der IKB an bzw. gegenüber Kreditinstituten und Kunden, die nicht zu Handelszwecken gehalten und nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden, erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden unter der entsprechenden Bilanzposition ausgewiesen. Sie werden erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit amortisiert und im Zinsüberschuss erfasst. Zum Thema Wertberichtigungen (Impairment) sind weitere Erläuterungen dem Kapitel *Risikovorsorge im Kreditgeschäft* zu entnehmen.

Die in den Forderungen und Verbindlichkeiten eingebetteten Derivate (Embedded Derivatives) werden – sofern abspaltungspflichtig – getrennt bilanziert und zum beizulegenden Zeitwert unter den Handelsaktiva oder -passiva in Ansatz gebracht.

Finanzierungsleasing

Nach IAS 17 wird ein Leasinggeschäft als Finanzierungsleasing-Verhältnis klassifiziert, wenn es im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer überträgt. Im Rahmen des Finanzierungsleasings bilanziert die Bank als Leasinggeber Leasingforderungen zum Nettoinvestitionswert innerhalb des Bilanzpostens Forderungen an Kunden.

Bei den Finanzierungsleasing-Verträgen handelt es sich überwiegend um Teilamortisationsverträge, bei denen der Restwert mit dem Leasingnehmer vertraglich festgelegt ist. Während der unkündbaren Grundmietzeit werden die Anschaffungskosten nur zum Teil amortisiert. Die Amortisation erfolgt dabei auf Basis der impliziten Zinssätze. Zum Vertragsende wird kalkulatorisch ein Restwert bestimmt. Der Restwert orientiert sich an dem erwarteten beizulegenden Zeitwert des Leasingobjektes zum Vertragsende. Bei den Teilamortisationsverträgen werden Verträge mit Andienungsrecht für die IKB und Verträge ohne Andienungsrecht gegenüber dem Leasingnehmer unterschieden. Bei Verträgen ohne Andienungsrecht können aber Absicherungen in Form von Rückkaufvereinbarungen mit Dritten zum Tragen kommen. In den Auslandsgesellschaften werden bei diesem Vertragstyp den Kunden teilweise Kaufoptionen eingeräumt. Bei Verträgen ohne Andienungsrecht oder Verträgen mit Rückkaufvereinbarungen kann sich in Abhängigkeit von der Höhe des kalkulierten Restwertes auch eine bilanzielle Abbildung als Operating-Leasing-Verhältnis ergeben. Entsprechend hohe Restwerte treten beispielsweise im Bereich des Maschinenleasings auf.

Daneben werden auch Vollamortisationsverträge, kündbare Verträge und Mietkaufverträge vereinbart, die als Finanzierungsleasing-Verhältnisse bilanziert werden. Bei Vollamortisationsverträgen werden in der unkündbaren Grundmietzeit die gesamten Anschaffungskosten amortisiert. Diese Verträge werden bei solchen Leasinggegenständen verwandt, bei denen kein nennenswerter beizulegender Zeitwert zum Vertragsende zu erwarten ist. Kündbare Verträge haben eine unkündbare Grundmietzeit, der eine automatische Verlängerung folgt, sofern der Kunde keine Kündigung ausspricht. In dem Falle der Kündigung hat der Kunde eine Abschlusszahlung zu leisten. Im Ergebnis wird dadurch die Vollamortisation erreicht. Bei Mietkaufverträgen geht das juristische Eigentum mit Zahlung der letzten Rate auf den Kunden über.

Der Finanzierungsleasing-Vertrag endet nach vollständiger und vereinbarungsgemäßer Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen durch die Vertragsparteien.

(10) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Zur Beurteilung, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle für die Bank wesentlichen Kreditbeziehungen vierteljährlich dahin gehend kontrolliert, ob objekti-

ve Hinweise für eine Wertminderung vorliegen. Dabei werden Schuldner auf etwaige finanzielle Schwierigkeiten untersucht.

Einzelwertberichtigungen werden in Höhe des potenziellen Ausfalls gebildet, sobald die Wahrscheinlichkeit des Ausfalls von vertraglichen Zins- und Tilgungsforderungen hinreichend groß ist. Ein Kredit wird auf das Vorliegen einer Wertminderung überprüft, wenn eines der folgenden Kriterien vorliegt: bereits bestehende Wertminderung, Insolvenz, Rückstände über 90 Tage oder Restrukturierungsmaßnahmen. Der potenzielle Ausfall wird aus der Differenz des aktuellen Buchwerts und des Barwerts der noch erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Der Diskontfaktor entspricht dem ursprünglichen Effektivzins der Forderung.

Für Kreditrisiken werden auf Basis historischer Ausfall-/Verlustquoten Portfoliowertberichtigungen gebildet, die eine Risikoabdeckung für die vorhandenen, aber noch nicht transparent gewordenen akuten Ausfallrisiken darstellen. Dem vorhandenen Zeitverzug bis zur Identifikation bzw. zum Bekanntwerden eines Ereignisses wird durch portfolioorientierte Parameter (Loss-Identification-Period-Faktor) Rechnung getragen.

Bei einzelwertberichtigten Finanzinstrumenten der Kategorie „Kredite und Forderungen“ wird der Zinsertrag unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes durch Aufzinsung des Barwerts der zukünftig erwarteten Cashflows ermittelt. Somit werden nicht mehr die vertraglich vereinbarten Zinserträge erfasst, sondern die Fortschreibung des Barwerts zum nächsten Abschlussstichtag (Unwinding).

Die Risikovorsorge wird aktivisch mit negativem Vorzeichen ausgewiesen. Der Posten enthält den Wertberichtigungsbedarf auf Forderungen an Kreditinstitute und Kunden. Finanzanlagen werden stets nach Abzug von Wertberichtigungen ausgewiesen. Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst. Entfällt die Grundlage einer direkten Abschreibung wird maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten zugeschrieben.

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen im Kreditgeschäft verwendet wird. Wertminderungsverluste werden in der Bilanz als Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft unter Sonstige Rückstellungen und in der Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

(11) Handelsaktiva/-passiva

Den Handelsaktiva und -passiva werden gemäß IAS 39 alle Derivate zugeordnet. Diese werden mit ihrem jeweiligen beizulegenden Zeitwert angesetzt. Darüber hinaus werden diesen Posten zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente, welche im Wesentlichen Bestände in Schuldscheindarlehen sowie in Schuldverschreibungen mit Ausplatzierungsabsicht umfassen, zugewiesen.

Für die Verfahren zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der Handelsaktiva wird auf Note 6 verwiesen. Das Bewertungsergebnis und realisierte Gewinne bzw. Verluste werden im Fair-Value-Ergebnis gezeigt. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(12) Finanzanlagen

Unter den Finanzanlagen werden alle nicht zu Handelszwecken gehaltenen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie sonstige Beteiligungen ausgewiesen.

Bei Zugang nicht an einem aktiven Markt gehandelte Bestände werden, sofern für diese nicht die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Eventuell vorhandene Agien und Disagien werden den entsprechenden Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt sowie die Ergebnisse hieraus im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Alle übrigen unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Bestände werden bei Zugang sowie zu den jeweiligen Abschlussstichtagen zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Sofern der beizulegende Zeitwert von Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstigen Beteiligungen nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten. Bei den zu Anschaffungskosten bilanzierten Beteiligungen handelt es sich um Anteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Anteile an Personengesellschaften, bei denen die Schwankungsbreite von vernünftigen Schätzungen des beizulegenden Zeitwertes signifikant ist und die Eintrittswahrscheinlichkeiten der verschiedenen Schätzungen nicht auf angemessene Weise beurteilt werden können.

Die Gewinne und Verluste aus der Bewertung der Bestände der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ werden in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital ausgewiesen. Eine Erfassung der Bewertungsgewinne oder -verluste in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt erst mit der erfolgswirksamen Realisierung beispielsweise bei Verkauf der Instrumente oder im Falle eines Impairments im Ergebnis aus Finanzanlagen. Nach den Vorschriften des IAS 39.59 sind Finanzanlagen auf objektive Hinweise zu prüfen, ob nach deren Zugangszeitpunkt Verluste eingetreten sind, die zu einer Minderung der Zahlungsströme führen. Eine dauerhafte bzw. wesentliche Wertminderung liegt beispielsweise aufgrund von Schadensfällen, Vertragsbruch oder einer erhöhten Wahrscheinlichkeit einer Insolvenz vor. Ferner bestehen objektive Hinweise auf eine Wertminderung, wenn der beizulegende Zeitwert signifikant über einen längeren Zeitraum unter die Anschaffungskosten fällt. In diesem Fall ist das Bewertungsergebnis nicht mehr erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage, sondern im Ergebnis aus Finanzanlagen zu erfassen.

Ergebniswirksam erfasste Wertberichtigungen für ein gehaltenes Eigenkapitalinstrument der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ dürfen vor Realisierung nicht erfolgswirksam rückgängig gemacht werden. Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten dieser Kategorie werden erfolgsneutral erfasst.

Wenn hingegen der beizulegende Zeitwert eines Fremdkapitalinstruments der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ in einer nachfolgenden Periode ansteigt und sich der Anstieg objektiv auf ein Ereignis zurückführen lässt, das nach der ergebniswirksamen Verbuchung der Wertminderung auftritt, wird die Wertberichtigung rückgängig gemacht und der Betrag der Wertaufholung wird ergebniswirksam bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten erfasst.

Bei Vorliegen von objektiven Hinweisen auf eine Wertminderung von Finanzanlagen der Kategorie " Kredite und Forderungen" wird die Höhe des Wertminderungsverlusts aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme gebildet. Sollten die Indikatoren für die Wertminderung nicht mehr vorliegen, erfolgt eine Zuschreibung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Das Bewertungsergebnis von Beständen, für welche die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, wird direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung im Fair-Value-Ergebnis erfasst. Zinsen hieraus sind in den Zinserträgen enthalten.

(13) At equity bilanzierte Unternehmen

Unter der Position werden alle Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures ausgewiesen, sofern sie nach der Equity-Methode bilanziert werden.

Das Ergebnis wird gesondert in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung unter der Position „Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen“ ausgewiesen.

(14) Immaterielle Anlagewerte

Unter den Immateriellen Anlagewerten bilanziert die IKB neben selbst erstellten Immateriellen Anlagewerten, die im Wesentlichen aus direkt zurechenbaren Entwicklungskosten für selbst geschaffene Software resultieren, auch erworbene Software, welche nicht integraler Bestandteil der zugehörigen Hardware ist. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungs- und/oder Herstel-

lungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen. Sofern es sich bei den immateriellen Anlagewerten um qualifizierte Vermögenswerte im Sinne des IAS 23 handelt, werden die zurechenbaren Fremdkapitalkosten in die Bestimmung der Herstellungskosten einbezogen.

Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren. Sofern Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen, wird eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Dabei werden die Vermögenswerte mindestens zu jedem Bilanzstichtag auf ihre Werthaltigkeit und die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer überprüft. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

(15) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen werden alle Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen. Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibung entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Sofern es sich bei den Sachanlagen um qualifizierende Vermögenswerte im Sinne des IAS 23 handelt, werden bei der Bestimmung der Herstellungskosten die zurechenbaren Fremdkapitalzinsen berücksichtigt.

Die planmäßigen Abschreibungen der Gebäude werden linear über eine Nutzungsdauer von 33 bis 50 Jahren, die der Betriebs- und Geschäftsausstattung über drei bis 20 Jahre vorgenommen. Der Ausweis erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen.

Liegen Anzeichen für eine Wertminderung aufgrund von technischer oder wirtschaftlicher Überalterung bzw. wegen Verfalls des Marktpreises vor, wird außerplanmäßig abgeschrieben.

Der Ausweis von Veräußerungsgewinnen erfolgt im Sonstigen betrieblichen Ertrag, und der von Veräußerungsverlusten erfolgt im Sonstigen betrieblichen Aufwand.

Operating-Leasing

Nach IAS 17 wird ein Leasinggeschäft als Operating-Leasing-Verhältnis klassifiziert, wenn es im Wesentlichen nicht alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer überträgt. Leasinggegenstände, welche die IKB im Rahmen eines Operating-Leasing-Vertrages als Leasinggeber bilanziert, werden unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die Bewertung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um die über die vertragliche Nutzungsdauer planmäßig vorgesehenen Abschreibungen unter Berücksichtigung des vertraglichen Restwertes. Zudem wird bei dauerhaften Wertminderungen außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen.

Operating-Leasing-Verhältnisse können aus Teilamortisationsverträgen sowie aus kündbaren Verträgen, bei denen ein Restwert berücksichtigt wurde, resultieren. Bei den Teilamortisationsverträgen erfolgt zusätzlich zur Laufzeit eine Vereinbarung über den Restwert. Die Amortisation des Restwertes erfolgt zum Vertragsende aus der Veräußerung oder Weitervermietung des Leasinggegenstandes. Die IKB besitzt grundsätzlich hinsichtlich des Restwertes ein Andienungsrecht gemäß den Vertragsbedingungen. Bei Kfz-Teilamortisationsverträgen ist auch eine Mehrerlösbeteiligung des Leasingnehmers vertraglich möglich, sofern der Verwertungserlös über dem Restwert liegt. Die kündbaren Verträge werden auf eine unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die kalkulatorische Laufzeit, die Kündigungsmöglichkeiten sowie die entsprechenden Ausgleichzahlungen sind individuell vereinbart.

(16) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen/Latente Ertragssteueransprüche und -verpflichtungen

Die Ermittlung der tatsächlichen Ertragsteuern erfolgt für die einzelnen Konzernunternehmen gemäß den steuerrechtlichen Bestimmungen der jeweiligen Länder. Die zahlungswirksamen

Ertragsteueraufwendungen sowie die Aufwendungen und Erträge aus der Veränderung aktiver bzw. passiver Latenter Steuern werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ ausgewiesen.

Der Ausweis in der Bilanz wird für tatsächliche sowie für latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen getrennt als Aktiv- bzw. als Passivposten vorgenommen. Unter dem Posten „Laufende Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen“ werden die tatsächlichen Ertragsteuern, in deren Höhe eine Erstattung von den bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörden erfolgen wird, ausgewiesen. Die Latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden unter dem Posten „Latente Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen“ gezeigt.

Latente Steueransprüche und -verpflichtungen werden entsprechend IAS 12 auf Basis der bilanzorientierten Methode ermittelt. Sie ergeben sich aus Differenzen zwischen dem im Konzernabschluss angesetzten Buchwert der Vermögenswerte/Verpflichtungen und deren steuerlichen Wertansätzen, soweit aus ihnen in der Zukunft voraussichtliche Ertragsteuerbelastungen bzw. -entlastungen entstehen (temporäre Differenzen). Die temporären Differenzen wurden unter Berücksichtigung der länderspezifischen Ertragsteuersätze, die im Zeitpunkt des Ausgleichs der Differenzen erwartet werden, bewertet.

Aktive Latente Steuern auf steuerlich noch nicht genutzte Verlustvorträge eines Steuersubjektes werden angesetzt, wenn mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50 % angenommen werden kann, dass das betreffende Steuersubjekt in den kommenden Jahren ausreichend steuerpflichtiges Einkommen zur Nutzung des Verlustvortrags erzielen wird.

Eine Abzinsung der Latenten Steuern wird nicht vorgenommen. Die Ermittlung der Latenten Steuern erfolgt auf Basis der zum Bilanzstichtag gültigen Steuersätze. Steuersatzänderungen werden bei der Berechnung der Latenten Steueransprüche und -verpflichtungen berücksichtigt, soweit zum Bilanzstichtag ihr Inkrafttreten sicher ist.

Die Bildung und Auflösung der Latenten Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen erfolgt – in Abhängigkeit vom zugrunde liegenden Sachverhalt – entweder erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung als „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ oder erfolgsneutral im Eigenkapital.

Sonstige nicht ertragsabhängige Steuern werden in der Gewinn- und Verlustrechnung separat ausgewiesen.

(17) Sonstige Aktiva/Passiva

Unter den Sonstigen Aktiva/Passiva werden im Wesentlichen Forderungen aus dem Leasinggeschäft, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

Bei der Position „Forderungen aus dem Leasinggeschäft“ handelt es sich im Wesentlichen um Leasingtransaktionen, die aufgrund noch nicht vollständiger Vertragsgestaltung noch nicht eindeutig klassifiziert werden können. Bereits erbrachte Vorleistungen werden daher unter der Position „Forderungen aus dem Leasinggeschäft“ ausgewiesen, da eine Klassifizierung als Operatives oder Finanzierungsleasing-Geschäft erst bei Vertragsabschluss vorgenommen wird.

(18) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte/Verbindlichkeiten von zur Veräußerung gehaltenen Veräußerungsgruppen

Gemäß IFRS 5.7 und 5.8 ist ein Vermögenswert als ein „Zur Veräußerung gehaltener langfristiger Vermögenswert“ zu klassifizieren, wenn dieser im gegenwärtigen Zustand veräußerbar ist, ein Programm zur Käufersuche etabliert wurde und die Veräußerung innerhalb der nächsten zwölf Monate in hohem Maße wahrscheinlich ist. In der Bilanz werden die zur Veräußerung stehenden Vermögenswerte innerhalb einer gesonderten Bilanzposition „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte“ ausgewiesen. Gehen mit einer Veräußerungsgruppe auch Schulden ab, werden diese ebenfalls gesondert dargestellt (IFRS 5.38).

Die Bewertung zum Abschlussstichtag erfolgt grundsätzlich aus dem Vergleich des bisherigen Buchwerts mit dem Fair Value abzüglich der Veräußerungskosten. Sofern es sich um Finanzinstrumente handelt, folgt die Bewertung den Vorschriften des IAS 39.

(19) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere (z. B. Certificates of Deposit, Euro-Notes, Commercial Papers) ausgewiesen. Diese Finanzinstrumente werden entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten (Sonstige Finanzielle Verbindlichkeiten) oder zum beizulegenden Zeitwert bilanziert, sofern für diese die Fair-Value-Option ausgeübt wurde.

(20) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Für Pensionszusagen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IKB AG und der Tochterunternehmen IKB Leasing GmbH, Hamburg, IKB Leasing Berlin GmbH, Erkner, IKB IMG, IKB Private Equity GmbH, IKB Data GmbH, Düsseldorf, und IKB International S. A. Luxemburg, (IKB S.A.) werden Rückstellungen gebildet. Die Altersvorsorge erfolgt im Rahmen von leistungsorientierten Pensionsplänen (Defined Benefit Plans).

Mit den Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen deckt die IKB vor allem Leistungen von betrieblichen Ruhegeldern aufgrund unmittelbarer Versorgungszusagen ab. Danach werden Pensionen mit Beginn des Ruhestands wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. vorzeitig bei Invalidität oder im Todesfall an die Hinterbliebenen gezahlt. Dabei ist die Höhe der Rückstellungen für die leistungsorientierte Altersversorgung abhängig von der jeweils anzuwendenden Versorgungsordnung. Während die Versorgungsordnung des Jahres 1979 (VO 79) im Wesentlichen auf Faktoren wie rentenfähige Dienstzeit und rentenfähiger Arbeitsverdienst basiert, beinhaltet die Versorgungsordnung des Jahres 1994 (VO 94) dagegen ein so genanntes Eckwertmodell und ein Rentenbausteinsystem. Nach der VO 94 bestimmt sich die Höhe der passivierten Verpflichtungen für die Einkommensbestandteile unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze (gemäß RV-Bezugsgrößenverordnung) nach dem Endgehalt sowie dem Renteneckwert und für Vergütungsbestandteile oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze nach der Höhe des auf Jahresbasis erdienten Rentenbausteins.

Mit Neueinführung der Versorgungsordnung 2006 (VO 06) folgte die IKB dem am Markt beobachtbaren Trend, die Altersvorsorge stärker an die Entwicklung der korrespondierenden Vermögensanlage anzulehnen. Bei der VO 06 handelt es sich um ein cash-balance-orientiertes Versorgungssystem, das performanceabhängig, aber mit einer Mindestverzinsung und besonderen Zusatzleistungen bei Erwerbsminderung und Tod versehen ist. Die VO 06 ist für ab dem Geschäftsjahr 2006/07 neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IKB AG, der IKB Data GmbH, IKB Leasing GmbH und der IKB Private Equity GmbH gültig.

Alle Pensionsverpflichtungen werden gemäß IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) bewertet. Den Wertansätzen der zukünftigen Verpflichtungen liegen versicherungsmathematische Gutachten zugrunde, die von unabhängigen Aktuarien erstellt wurden. Dabei werden nicht nur die am Bilanzstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften berücksichtigt, sondern auch künftig zu erwartende Steigerungsraten der ruhegeldfähigen Gehälter und Renten sowie Fluktuationsraten in die Berechnung einbezogen. Zur Ermittlung des Barwerts der Pensionsverpflichtung wird der aktuelle Marktzins für langfristige Kapitalanlagen und zur Berücksichtigung von biometrischen Wahrscheinlichkeiten werden die Richttafeln 2005G von Heubeck herangezogen.

Der erfolgswirksam zu erfassende Aufwand aus den Direktzusagen teilt sich grundsätzlich in die wesentlichen Bestandteile Zins- und Dienstzeitaufwand auf. Ersterer wird im Zinsüberschuss, der Dienstzeitaufwand in den Personalaufwendungen ausgewiesen. Sich ergebende versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste resultieren aus der Veränderung der den Pensionsgutachten ursprünglich zugrunde gelegten versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen sowie aus Bestandsänderungen. Diese Mehr- oder Minderverpflichtungen, damit also die Differenz zur ursprünglich geschätzten Verpflichtung,

werden im Jahr ihrer Entstehung in voller Höhe erfolgsneutral über die Gewinnrücklage erfasst.

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Vorruhestandsverpflichtungen und Verpflichtungen aus Versorgungszusagen aufgrund von umgewandelten Tantiemeansprüchen (Deferred Compensation), die nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelt wurden.

Rückstellungen für Zahlungen anlässlich von Dienstjubiläen, die ebenfalls auf Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten bestimmt werden, werden nach IFRS unter den Sonstigen Rückstellungen bilanziert.

Zudem wurde bei der IKB in 2006 ein Wertkontenplan eingeführt, der ebenfalls unter den pensionsähnlichen Verpflichtungen ausgewiesen wird. Basierend auf dem Gesetz zur sozialrechtlichen Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen (FlexiGesetz) können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen dieses Modells auf den sofortigen Zufluss von Entgeltbestandteilen, die nicht das reguläre Monatsgehalt betreffen, verzichten und stattdessen diese Gelder individualisiert in Renten- und Aktienfonds investieren. Durch den erst in der Zukunft stattfindenden Zufluss des mit einem Garantiezins in Höhe von 2,25 % versehenen Investments ergänzt dieses Modell die bestehenden Versorgungsregelungen der IKB und bietet somit eine weitere attraktive Möglichkeit zur Entgeltumwandlung sowie ein Instrumentarium zur flexiblen Gestaltung des Übergangs in den Ruhestand. Der Wertkontenplan ist für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IKB AG und der Tochterunternehmen IKB Leasing GmbH, IKB Leasing Berlin GmbH, IKB IMG, IKB Private Equity GmbH und der IKB Data GmbH gültig.

Die Pensionsverpflichtungen aus den Versorgungsordnungen VO 79 und 94, die Verpflichtungen aus Deferred Compensation und die Vorruhestandsverpflichtungen absichernden Vermögenswerte sowie die Vermögenswerte des Wertkontenplans wurden ausgelagert. Eine entsprechende Auslagerung der Vermögenswerte der Versorgungsordnung 2006 erfolgte Anfang des Geschäftsjahres 2008/09. Im Rahmen von Contractual Trust Arrangements (CTA) haben die IKB AG und die einbezogenen Tochtergesellschaften dabei die erforderlichen Vermögensmittel zur Erfüllung der Pensionsansprüche von ihrem übrigen Unternehmensvermögen separiert und diese auf einen Unternehmenstreuhänder übertragen.

Das von der IKB unter den CTA-Beständen eingebrachte Vermögen stellt Planvermögen im Sinne des IAS 19 dar und wird daher mit den entsprechenden Verpflichtungen saldiert. Die Bewertung des Planvermögens erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Abweichungen zwischen dem in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Planertrag und dem tatsächlichen Ertrag werden erfolgsneutral als versicherungsmathematische Gewinne und Verluste in der Gewinnrücklage erfasst. Der erwartete Ertrag auf das Planvermögen wird – zusammen mit dem Aufwand aus der Aufzinsung der Verpflichtungen – im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(21) Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen werden gemäß IAS 37 für gegenwärtige, rechtliche und faktische Verpflichtungen, deren Fälligkeit oder Höhe ungewiss und deren Erfüllung wahrscheinlich mit einem Ressourcenabfluss verbunden ist, gebildet. Der für die Rückstellung angesetzte Betrag entspricht dem bestmöglichen Schätzwert, der bereitgestellt werden müsste, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu erfüllen. Dabei werden Risiken und Unsicherheiten der Verpflichtungen mit berücksichtigt.

Die Bewertung erfolgt in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme. Rückstellungen sind mit ihrem Barwert angesetzt, soweit der Zinseffekt wesentlich ist. Aufzinsungseffekte hieraus werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(22) Nachrangkapital

Nachrangige Verbindlichkeiten

Unter Nachrangigen Verbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten ausgewiesen, die im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht Nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Nachrangige Verbindlichkeiten sind Eigenmittel im Sinne des Kreditwesengesetzes und zählen unter bestimmten Voraussetzungen zum haftenden Eigenkapital. Bei einer Restlaufzeit von weniger als zwei Jahren erfolgt nur eine anteilige Zurechnung zum haftenden Eigenkapital. Eine Beteiligung an Verlusten aus dem laufenden Geschäft ist für das Nachrangkapital nicht vorgesehen; Zinsen werden unabhängig vom Jahresergebnis der Bank geschuldet und gezahlt.

Genussrechtskapital

Genussrechtskapital nimmt in voller Höhe am Verlust der Gesellschaft teil. Zinszahlungen erfolgen nur im Falle eines Jahresüberschusses oder Bilanzgewinns. Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber denen der anderen Gläubiger nachrangig. Das Genussrechtskapital dient der Stärkung des haftenden Eigenkapitals entsprechend den Vorschriften des Kreditwesengesetzes. Im Falle eines Jahresfehlbetrags bzw. eines Bilanzverlustes der IKB (nach HGB) nehmen die Genussscheine in voller Höhe durch Verminderung ihrer Rückzahlungsbeträge teil, und zwar im Verhältnis ihres Buchwertes zu dem im Jahresabschluss der IKB AG ausgewiesenen Eigenkapital (inkl. Genussscheinkapital, jedoch ohne andere Nachrangige Verbindlichkeiten).

Stille Einlagen/Preferred Shares

Unter die Stillen Einlagen fallen Emissionen in Form von Vermögenseinlagen Stiller Gesellschafter. Darüber hinaus weist die IKB hier Vorzugsaktien (Preferred Shares) zweier amerikanischer Tochterunternehmen aus.

Diese Verbindlichkeiten werden entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten (Sonstige Finanzielle Verbindlichkeiten) oder zum beizulegenden Zeitwert, sofern für diese die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, bilanziert.

Die Stillen Einlagen nehmen am Bilanzverlust der IKB AG (nach HGB) teil, und zwar im Verhältnis der Stillen Einlage zum Gesamtbuchwert des haftenden Eigenkapitals der Bank, das am Verlust teilnimmt.

Die von der IKB S.A. emittierten Stillen Beteiligungsscheine nehmen insoweit anteilig an den Verlusten der IKB S.A. teil, als diese Verluste die ausschüttungsfähigen Rücklagen übersteigen.

Bei einem Bilanzverlust der IKB AG nehmen die Preferred Shares nur durch Ausfall der Vergütung im darauf folgenden Geschäftsjahr teil.

(23) Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital

Im Gezeichneten Kapital wird das Grundkapital der IKB AG abzüglich des Nennwertes der gegebenenfalls zu Kurspflegezwecken im Bestand befindlichen eigenen Aktien ausgewiesen.

Kapitalrücklage

Unter der Kapitalrücklage wird der Betrag ausgewiesen, der bei der Ausgabe von Aktien über dem Nennwert erzielt wird. Aus eventuellen Transaktionen in eigenen Aktien resultierende Gewinne oder Verluste werden ergebnisneutral ebenfalls mit der Kapitalrücklage verrechnet.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen setzen sich aus den Gesetzlichen Rücklagen und den Anderen Rücklagen zusammen. In den Anderen Gewinnrücklagen werden u. a. versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste gemäß IAS 19 erfasst, die sich u. a. aus Änderungen der Berechnungsparameter sowie aus Abweichungen im Risikoverlauf (bzw. Invaliditäts- oder Todesfälle) im Vergleich der Situation zum Stichtag zu den Erwartungswerten ergeben. Des Weiteren beinhaltet die Position die kumulierten Konzernbilanzgewinne und -verluste der Vorjahre.

Rücklage aus der Währungsumrechnung

Die Rücklage aus der Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Währungsumrechnung des Eigenkapitals von Tochterunternehmen in fremder Währung entstehen.

Neubewertungsrücklage

Die Neubewertungsrücklage enthält zum einen die Bewertungsergebnisse der „zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte“ (Available for Sale); zum anderen werden hier Bewertungseffekte aus Cashflow-Hedge-Beziehungen gezeigt. Für die aufgeführten Posten werden jeweils Latente Steuern berechnet und ebenfalls in der Neubewertungsrücklage berücksichtigt.

Anteile in Fremdbesitz

Die Anteile Konzernfremder am Eigenkapital von Tochtergesellschaften werden in einem gesonderten Posten innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(24) Zinsüberschuss

Im Zinsüberschuss werden neben Zinserträgen und -aufwendungen Dividenden aus Wertpapieren, laufende Erträge aus Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie die Erträge und Aufwendungen aus dem Finanzierungsleasinggeschäft ausgewiesen. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden nach der Effektivzinsmethode periodengerecht abgegrenzt. Zinserträge aus Finanzierungsleasing-Verträgen werden so über die Grundmietzeit vereinnahmt, dass eine konstante periodische Verzinsung aus dem Nettoinvestitionswert erzielt wird.

in Mio. €	2009/10	2008/09
Zinserträge aus Derivaten	590,3	257,8
Zinserträge aus Finanzinstrumenten, für die die Fair-Value-Option angewandt wurde	117,0	195,7
Zinserträge aus zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren	21,5	31,2
Summe Zinserträge aus ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	728,8	484,7
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.097,2	1.713,6
Zinserträge aus fest- und variabel verzinslichen Wertpapieren	171,6	311,0
Amortisation aus aufgelösten Sicherungsbeziehungen IFRS 1 IG 60B	-	37,4
Erträge aus Beteiligungen	3,9	13,6
Dividenden	1,0	0,4
Summe Zinserträge aus sonstigen Kategorien	1.273,7	2.076,0
Summe Zinserträge	2.002,5	2.560,7
Zinsaufwendungen für Derivate	654,1	280,9
Amortisation aus aufgelösten Sicherungsbeziehungen IFRS 1 IG 60A	65,0	86,0
Zinsaufwendungen für finanzielle Verbindlichkeiten, für die die Fair-Value-Option angewandt wurde	313,8	237,9
Summe Zinsaufwendungen für ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	1.032,9	604,8
Zinsaufwendungen für Verbriefte Verbindlichkeiten	122,3	548,3
Zinsaufwendungen für sonstige Verbindlichkeiten	563,4	973,2
Zinsaufwendungen für Nachrangkapital	44,5	56,5
Zinsähnliche Aufwendungen inkl. Zinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen	60,9	75,3
Summe Zinsaufwendungen aus sonstigen Kategorien	791,1	1.653,3
Summe Zinsaufwendungen	1.824,0	2.258,1
Zinsüberschuss	178,5	302,6

Für wertgeminderte Forderungen und Wertpapiere werden keine laufenden Zinsen vereinnahmt, sondern die durch Zeitablauf eintretende Zunahme des Barwerts zukünftiger Zahlungen (Unwinding) als Zinsertrag erfasst. Der aus dem Unwinding-Effekt resultierende Zinsertrag beträgt 39,0 Mio. € (Vorjahr: 40,7 Mio. €).

Sowohl die im Rahmen der IFRS-Erstanwendung entstandene Anpassung aus Fair Value Hedges als auch die Beträge aus den aufzulösenden Cashflow Hedges werden entsprechend der Restlaufzeit der Grundgeschäfte unter Berücksichtigung von vorzeitigen Rückzahlungen über das Zinsergebnis amortisiert.

(25) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

2009/10 in Mio. €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert			Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Forderungen aus Finanzierungsleasing	Rückstellungen für das außerbilanzielle Geschäft	Gesamt
	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen				
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen/ Rückstellungen	-	517,9	-	-	14,4	22,3	554,6
Direktabschreibungen	-	50,5	-	-	-	-	50,5
Eingänge aus abgeschriebenem Forderungen	-	6,8	-	-	-	-	6,8
Zuführung (+) zu/ Auflösung (-) von Portfoliowertberichtigungen	-	0,4	-	-	1,1	-	1,5
Auflösung von Einzelwertberichtigungen/ Rückstellungen	-	84,0	-	-	11,1	10,8	105,9
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	478,0	-	-	4,4	11,5	493,9
Zuführung (+) zu/ Auflösung (-) von Wertberichtigungen auf Finanzanlagen (Ergebnis aus Finanzanlagen)	-	-	-128,2	-	-	-	-128,2
Gesamt	-	478,0	-128,2	-	4,4	11,5	365,7

2008/09 in Mio. €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert			Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Forderungen aus Finanzierungsleasing	Rückstellungen für das außerbilanzielle Geschäft	Gesamt
	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen				
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen/ Rückstellungen	-	493,3	-	-	8,0	47,7	549,0
Direktabschreibungen	-	11,9	-	-	-	-	11,9
Eingänge aus abgeschriebenem Forderungen	-	7,9	-	-	-	-	7,9
Zuführung (+) zu/ Auflösung (-) von Portfoliowertberichtigungen	-	97,8	-	-	2,0	-	99,8
Auflösung von Einzelwertberichtigungen/ Rückstellungen	-	49,8	-	-	2,7	10,7	63,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	545,3	-	-	7,3	37,0	589,6
Zuführung (+) zu/ Auflösung (-) von Wertberichtigungen auf Finanzanlagen (Ergebnis aus Finanzanlagen)	-	-	294,0	32,6	-	-	326,6
Gesamt	-	545,3	294,0	32,6	7,3	37,0	916,2

(26) Provisionsüberschuss

in Mio. €	2009/10	2008/09
Provisionsüberschuss im Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft	24,8	38,2
Provisionsüberschuss im Zusammenhang mit Verbriefungen	1,8	-0,2
Provisionen für Liquiditätsbeschaffung	-76,7	-5,2
Sonstige	-1,4	0,4
Gesamt	-51,5	33,2

Die Position „Provisionen für Liquiditätsbeschaffung“ war im Vorjahr noch unter der Position „Provisionsüberschuss im Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft“ ausgewiesen. Sie beinhaltet die gezahlten Garantie- und Bereitstellungsprovisionen an den SoFFin im Zusammenhang mit den garantierten Schuldverschreibungen.

(27) Fair-Value-Ergebnis

in Mio. €	2009/10	2008/09
Handelsergebnis	61,6	-291,0
Ergebnis aus Anwendung der Fair-Value-Option	-648,4	123,1
Ergebnis aus Rhinebridge	-	12,5
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	-12,1	-6,7
Gesamt	-598,9	-162,1

Die positiven Effekte im Handelsergebnis betreffen im Wesentlichen das Derivateergebnis 16,9 Mio. € (Vorjahr: -209,8 Mio. €), das Ergebnis aus dem Handel mit Wertpapieren in Höhe von 18,8 Mio. € (Vorjahr: -30,9 Mio. €) sowie das Devisenergebnis in Höhe von 23,9 Mio. € (Vorjahr -44,0 Mio. €).

Unter die Anwendung der Fair-Value-Option fallen ein Teil der Investments in internationale Kreditportfolien sowie Finanzinstrumente, die trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten. Darüber hinaus wendet die IKB diese Kategorie auch im Rahmen von risikomindernden Sicherungsstrategien gemäß IAS 39 an. Die Marktwertänderungen aus Sicherungs-Swaps werden zusammen mit den Wertänderungen der Grundgeschäfte in dieser Position erfasst.

Das Ergebnis aus der Anwendung der Fair-Value-Option ist auf Marktwertgewinne der oben genannten Finanzinstrumente zurückzuführen. Hiervon entfallen ca. 84 Mio. € (Vorjahr: -380 Mio. €) auf Marktwertgewinne der langfristigen Anlagen, per saldo 137 Mio. € (Vorjahr: 19 Mio. €) auf Portfolioinvestments sowie -10 Mio. € (Vorjahr: -23 Mio. €) auf Wertminderungen aus den Direktbeteiligungen der IKB Private Equity-Gruppe. Auf Marktwertveränderungen aus Sicherungsswaps sind 32,8 Mio. € (Vorjahr: -76,1 Mio. €), die zusammen mit den Wertveränderungen der Grundgeschäfte ausgewiesen werden, zurückzuführen.

Verbindlichkeiten, bei denen die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, haben im Geschäftsjahr aufgrund der Einengung des IKB Credit Spreads zu einem bonitätsinduzierten Aufwand innerhalb des Fair-Value-Ergebnisses von 858,9 Mio. € (Vorjahr: Ertrag von 583,5 Mio. €) geführt. Bis zur planmäßigen Tilgung dieser Finanzinstrumente wird das Fair-Value-Ergebnis auch in künftigen Perioden wegen möglicher Credit-Spread-Veränderungen beeinflusst. Die bonitätsinduzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwertes eigener Emissionen verteilen sich dabei auf folgende Bilanzpositionen:

in Mio. €	Kumulative Änderung beizulegender Zeitwerte, die auf veränderte Ausfallrisiken zurückzuführen sind		Änderung beizulegender Zeitwerte innerhalb der Periode, die auf veränderte Ausfallrisiken zurückzuführen sind	
	31.3.2010	31.3.2009	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.3.2009
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24,1	63,5	-22,3	32,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	379,6	846,6	-534,3	170,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	17,4	130,9	-140,4	75,9
Nachrangkapital	486,8	1.093,5	-161,9	305,1
Gesamt	907,9	2.134,5	-858,9	583,5

Das Kreditrisiko des Konzerns findet keine Berücksichtigung, wenn finanzielle Verpflichtungen von Zweckgesellschaften begeben werden, deren Kreditrisiko von den Sicherheiten, die der rechtlich eigenständigen Zweckgesellschaft zur Verfügung stehen, abhängig ist. Die Veränderung des beizulegenden Zeitwertes des Kreditrisikos der Zweckgesellschaft ist insoweit unabhängig von dem Bonitätsrisiko der IKB.

Das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen aus Fair Value Hedges enthält das Ergebnis aus Grundgeschäften 89,5 Mio. € (Vorjahr: 259,0 Mio. €) und aus Sicherungsderivaten -101,6 Mio. € (Vorjahr: -265,7 Mio. €). Aus den Cashflow Hedges ist kein Ergebnisbetrag entstanden.

(28) Ergebnis aus Finanzanlagen

in Mio. €	2009/10	2008/09
Ergebnis aus Wertpapieren	161,7	-280,6
Ergebnis aus Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	-2,5	-1,5
Gesamt	159,2	-282,1

Das Ergebnis aus Wertpapieren beinhaltet per saldo Wertaufholungen in Höhe von 128,2 Mio. € (Vorjahr: Verluste 294,0 Mio. €) auf Wertpapiere der IAS 39 Kategorie „Kredite und Forderungen“ und in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr: 32,6 Mio. €) aus Wertpapieren der IAS 39 Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“. Aus dem Verkauf von Wertpapieren sind per saldo Erträge in Höhe von 33,6 Mio. € (Vorjahr: 46,1 Mio. €) enthalten.

Für Beteiligungen wurden erfolgswirksame Wertminderungen in Höhe von 2,5 Mio. € (Vorjahr: 1,5 Mio. €) vorgenommen.

(29) Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen

in Mio. €	2009/10	2008/09
Linde Leasing GmbH	1,2	-1,8
MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH	-1,0	-
Movesta Lease and Finance GmbH	-0,9	-6,6
Gesamt	-0,7	-8,4

(30) Verwaltungsaufwendungen

in Mio. €	2009/10	2008/09
Personalaufwendungen	164,2	179,4
Übrige Verwaltungsaufwendungen	121,4	174,9
Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Immaterielle Anlagewerte	15,9	21,0
Gesamt	301,5	375,3

Die einzelnen Aufwandskategorien gliedern sich wie folgt auf:

Personalaufwendungen

in Mio. €	2009/10	2008/09
Löhne und Gehälter	132,4	156,2
Soziale Abgaben	18,2	19,2
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	13,6	4,0
Gesamt	164,2	179,4

Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die gesunkene Mitarbeiteranzahl aufgrund der Umsetzung der Maßnahmen zum Mitarbeiterabbau zurückzuführen.

Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung belaufen sich auf 10,4 Mio. € (Vorjahr: 10,8 Mio. €).

Die Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung beinhalten den laufenden Dienstzeitaufwand und die Beiträge zur Insolvenzversicherung an den PSVaG.

Übrige Verwaltungsaufwendungen

in Mio. €	2009/10	2008/09
EDV-Aufwand	22,5	31,5
Beratungsaufwendungen	25,4	45,3
Pflichtbeiträge (Einlagensicherung), andere Verwaltungsaufwendungen und gesellschaftsrechtliche Aufwendungen	16,9	17,6
Raumaufwand	19,7	20,2
Reiseaufwand und Kfz-Aufwand	7,6	9,6
Arbeitsplatzaufwand	12,3	16,1
Aufwand für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	2,2	3,7
Sonstige Verwaltungsaufwendungen (inkl. Prüfungsaufwendungen)	14,8	30,9
Gesamt Übrige Verwaltungsaufwendungen	121,4	174,9

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

In den Übrigen Verwaltungsaufwendungen sind insgesamt Aufwendungen für Beratungs- und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Krise in Höhe von 12,8 Mio. € (Vorjahr: 57,3 Mio. €) enthalten.

Die Position „Pflichtbeiträge (Einlagensicherung), andere Verwaltungsaufwendungen und gesellschaftsrechtliche Aufwendungen“ enthält als wesentlichen Bestimmungsfaktor die Aufwendungen für die Umlagen des Einlagensicherungsfonds in Höhe von 13,7 Mio. € (Vorjahr: 13,2 Mio. €).

Aus den in den Sonstigen Verwaltungsaufwendungen enthaltenen Prüfungsaufwendungen entfallen folgende Aufwendungen auf den inländischen Abschlussprüfer:

in Mio. €	2009/10	2008/09
Abschlussprüfung	3,3	5,6
Sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	1,3	2,6
Steuerberatungsleistungen	-	0,1
Sonstige Leistungen	0,5	0,4
Gesamt	5,1	8,7

Die Höhe der Aufwendungen für die Abschlussprüfung des Vorjahres ist im Wesentlichen auf Nachbelastungen für Vorjahre (rund 1,7 Mio. €) zurückzuführen.

Daneben werden in den Verwaltungsaufwendungen Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Immaterielle Anlagewerte ausgewiesen:

in Mio. €	2009/10	2008/09
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7,0	8,4
Bankbetrieblich genutzte Immobilien	0,5	1,3
Immaterielle Anlagewerte	8,4	11,3
Gesamt	15,9	21,0

(31) Sonstiges betriebliches Ergebnis

in Mio. €	2009/10	2008/09
Sonstige betriebliche Erträge	329,2	491,3
Erträge aus der Neubewertung der Besserungsabreden sowie hybrider Finanzinstrumente	127,0	254,6
Erträge aus Operate-Leasing-Verträgen	120,1	121,2
Rückkauf von Eigenemissionen	25,5	72,0
Kostenumlagen	6,1	8,3
Auflösungen von Rückstellungen/Wertberichtigungen von sonstigen Forderungen	14,3	12,5
Erträge für nicht bankbetrieblich genutzte Gebäude	3,4	2,8
Ertrag aus dem Verkauf von nicht finanziellen Vermögenswerten	13,4	3,6
Übrige Sonstige betriebliche Erträge	19,4	16,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	165,3	360,0
Aufwand aus Operate Leasing-Verträgen	117,3	112,1
Abschreibung Firmenwert	-	186,2
Aufwendungen für nicht bankbetrieblich genutzte Gebäude (inkl. Abschreibungen)	4,7	5,7
Zuführung zu Rückstellungen/Wertberichtigungen von sonstigen Forderungen	26,5	19,4
Freiwillige soziale Aufwendungen (inkl. Spenden)	1,8	1,9
Aufwendungen aus dem Verkauf von nicht finanziellen Vermögenswerten	0,4	0,4
Übrige Sonstige betriebliche Aufwendungen	14,6	34,3
Gesamt	163,9	131,3

Die Erträge aus der Neubewertung der Besserungsabreden sowie hybrider Finanzinstrumente (IAS 39 AG8) werden in Note 48 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und in Note 57 Nachrangkapital erläutert.

Im Geschäftsjahr 2009/10 existierte keine Abschreibung auf Firmenwerte (Vorjahr: 186,2 Mio. €).

(32) Restrukturierungsaufwand

in Mio. €	2009/10	2008/09
Restrukturierungsaufwand für Arbeitsplatzveränderungen	3,9	41,5
Restrukturierungsaufwand aus Dauerschuldverhältnissen	1,1	9,0
Sonstiger Restrukturierungsaufwand	1,4	1,3
Gesamt	6,4	51,8

(33) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

in Mio. €	2009/10	2008/09
Tatsächliche Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	38,4	-375,8
des laufenden Jahres	42,3	-5,8
aus früheren Jahren	-3,9	-370,0
Latente Steuern	-19,6	-50,7
Gesamt	18,8	-426,5

Die tatsächlichen Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen im Wesentlichen das Ausland. Nach dem Operativen Ergebnis des Konzerns 2009/10 wäre – unter Berücksichtigung der Gewerbesteuer – bei Anwendung des in Deutschland gültigen Körperschaftsteuersatzes inklusive Solidaritätszuschlag ein Steuerertrag von 299,3 Mio. € (Steuerertrag Vorjahr: 315,4 Mio. €) zu erwarten gewesen. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Überleitung des erwarteten Steueraufwands auf den ausgewiesenen Steueraufwand:

in Mio. €	2009/10	2008/09
Ergebnis vor Ertragsteuern	-955,3	-1.006,8
Anzuwendender Steuersatz in %	31,3	31,3
Rechnerische Ertragsteuern	-299,3	-315,4
Steuereffekte	-	-
aus Vorjahren	-4,0	-330,0
aus Steuersatzänderungen	-	0,7
abweichende Steuersätze im In- und Ausland	-20,4	-54,2
aus steuerfreien Erträgen	-2,3	-555,8
aus nicht abziehbaren Aufwendungen	16,1	413,8
aus nicht angesetzten latenten Steuern	340,9	-81,2
aus Veränderung permanenter Effekte bilanzieller Natur	-18,4	520,4
aus sonstigen Unterschieden	6,2	-24,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	18,8	-426,5

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte anzuwendende Ertragsteuersatz setzt sich zusammen aus dem in Deutschland ab 2008 geltenden Körperschaftsteuersatz von 15,0 % (Vorjahr: 15,0 %) zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % (Vorjahr: 5,5 %) auf die Körperschaftsteuer und einem durchschnittlichen Steuersatz für die Gewerbesteuer von 15,5 % (Vorjahr: 15,5 %). Insgesamt ergibt sich ein inländischer Ertragsteuersatz von 31,3 % (Vorjahr: 31,3 %).

Ertragsteuereffekte wegen abweichender Steuersätze entstehen aufgrund der – im Vergleich zum Inland – abweichenden Ertragsteuersätze der einzelnen Sitzländer ausländischer Konzerngesellschaften und Konzerneinheiten, die unverändert zwischen 12,5 % und 46,2 % liegen, sowie unterschiedlicher Gewerbesteuerhebesätze im Inland.

Für temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Anteilen an Tochterunternehmen, ausländischen Niederlassungen und assoziierten Unternehmen sowie Anteilen an Joint Ventures wurden Latente Steuern, soweit dies nach IAS 12 zulässig ist, abgegrenzt.

Der Steuereffekt in Höhe von 340,9 Mio. € (Vorjahr: -81,2 Mio. €) für nicht angesetzte latente Steuern entfällt im Wesentlichen auf nicht angesetzte latente Ertragsteueransprüche für temporäre Differenzen des deutschen Organkreises sowie eine Reduzierung der latenten Ertragsteueransprüche für den Organkreis in Luxemburg.

Erläuterungen zur Aktivseite

(34) Barreserve

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Kassenbestand	0,1	0,0
Guthaben bei Zentralnotenbanken	14,7	4,0
Sonstige	0,1	0,2
Gesamt	14,9	4,2

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen zum Bilanzstichtag mit 14,4 Mio. € (Vorjahr: 3,6 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(35) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €	Gesamt		Inland		Ausland	
	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009
Täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute	2.207,4	2.186,5	817,9	585,3	1.389,5	1.601,2
Forderungen an Kreditinstitute < 4 Jahre Ursprungslaufzeit	231,2	698,6	52,3	50,0	178,9	648,6
Forderungen an Kreditinstitute >= 4 Jahre Ursprungslaufzeit	79,7	94,4	11,8	0,0	67,9	94,4
Gesamt	2.518,3	2.979,5	882,0	635,3	1.636,3	2.344,2

Der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute ist wesentlich bestimmt durch die Entkonsolidierung der Havenrock-Gesellschaften in Höhe von 0,7 Mrd. €. Hierzu siehe Note 38 und Note 50.

(36) Forderungen an Kunden

in Mio. €	Gesamt		Inland		Ausland	
	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009
Forderungen an Kunden < 4 Jahre Ursprungslaufzeit	3.348,0	3.684,2	2.542,4	2.695,1	805,6	989,1
Forderungen an Kunden >= 4 Jahre Ursprungslaufzeit	18.499,7	22.292,5	14.027,7	16.259,2	4.472,0	6.033,3
Forderungen aus Finanzierungsleasing-Verträgen	1.817,4	1.951,2	1.357,2	1.477,6	460,2	473,6
Gesamt	23.665,1	27.927,9	17.927,3	20.431,9	5.737,8	7.496,0

Der Rückgang der Forderungen an Kunden resultiert vor allem aus dem Abbau von Krediten bestimmter Geschäftsfelder (z. B. Immobilienfinanzierung) aufgrund der EU-Auflagen.

Die Forderungen an Kunden beinhalten noch nicht amortisierte Hedge Adjustments aus dem Übergang nach IFRS gemäß IFRS 1.IG 60A von 46,0 Mio. € (Vorjahr: 111,0 Mio. €).

Die Forderungen an Kunden berücksichtigen Bestände in Höhe von 177,5 Mio. € (Vorjahr: 187,6 Mio. €) aus gesicherten Grundgeschäften des Hedge Accounting.

(37) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Zur Absicherung erkennbarer Risiken aus dem Kreditgeschäft werden Einzelwertberichtigungen gebildet.

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen			Portfoliowertberichtigungen	Rückstellungen für das außerbilanzielle Geschäft	Gesamt
	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert		Forderungen aus Finanzierungsleasing			
	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kunden			
Anfangsbestand zum 1.4.2009		806,4	6,7	184,6	58,2	1.055,9
Inanspruchnahmen		334,0	0,0	0,0	15,4	349,4
Auflösung		84,0	11,1	21,6	10,8	127,5
Unwindung		24,4	0,0	0,0	0,4	24,8
Zuführung		517,9	14,4	23,1	22,3	577,7
Umgliederung		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Fremdwährungskursänderung		-4,9	0,1	-1,0	0,0	-5,8
Endbestand zum 31.3.2010		877,0	10,1	185,1	53,9	1.126,1
abzüglich Rückstellungen		-	-	-	53,9	53,9
Bilanzausweis Risikovorsorge zum 31.3.2010		877,0	10,1	185,1	-	1.072,2

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen			Portfoliowertberichtigungen	Rückstellungen für das außerbilanzielle Geschäft	Gesamt
	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert		Forderungen aus Finanzierungsleasing			
	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kunden			
Anfangsbestand zum 1.4.2008	-	775,9	2,3	83,0	23,3	884,5
Inanspruchnahmen	-	397,9	0,0	0,0	2,0	399,9
Auflösung	-	49,8	2,7	0,4	10,7	63,6
Unwindung	-	21,0	0,0	0,0	0,1	21,1
Zuführung	-	493,3	8,0	100,2	47,7	649,2
Umgliederung	-	0,0	-0,8	0,0	0,0	-0,8
Fremdwährungskursänderung	-	5,9	-0,1	1,8	0,0	7,6
Endbestand zum 31.3.2009	-	806,4	6,7	184,6	58,2	1.055,9
abzüglich Rückstellungen	-	-	-	-	58,2	58,2
Bilanzausweis Risikovorsorge zum 31.3.2009	-	806,4	6,7	184,6	-	997,7

Der Risikovorsorgebestand aus Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen beläuft sich auf 941,0 Mio. € (Vorjahr: 871,3 Mio. €).

Darüber hinaus wird für eingetretene aber noch nicht identifizierte Risiken, die nicht bereits durch eine Einzelwertberichtigung abgedeckt wurden, durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen Vorsorge getroffen. Die Portfoliowertberichtigungen zum 31. März 2010 betragen 185,1 Mio. € (Vorjahr: 184,6 Mio. €).

Die Risikovorsorge für Adressenrisiken nach Kundengruppen gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen (Forderungen und Kredite) und PoWB-Bestand		Inanspruchnahme Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen		Risikovorsorge im Kreditgeschäft (GuV)	
	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009
	Inländische Kunden	743,5	622,0	190,7	376,9	346,3
Produktion	297,9	231,1	77,3	109,7	150,3	153,8
Handel	36,9	22,2	6,4	18,0	21,8	9,8
Dienstleistung	381,9	346,1	97,6	224,0	160,4	93,2
Verkehr	5,0	13,5	8,4	13,3	0,1	2,4
Sonstiges	21,8	9,1	1,0	11,9	13,7	8,2
Ausländische Kunden	192,8	249,3	158,7	23,0	141,5	222,4
Produktion	96,3	167,6	110,4	12,5	66,0	150,0
Handel	18,5	15,4	7,3	2,3	11,7	11,4
Dienstleistung	31,8	50,1	36,8	7,4	32,2	48,5
Verkehr	15,8	5,7	4,0	0,7	16,2	1,7
Sonstiges	30,4	10,6	0,2	0,1	15,4	10,8
Segment Portfolioinvestments	4,7	0,0			4,6	0,0
Portfoliowertberichtigungen	185,1	184,6			1,5	99,8
Gesamt	1.126,1	1.055,9	349,4	399,9	493,9	589,6

Kennziffern zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft:

in %	2009/10	2008/09
Zuführungsquote	1,7	1,8
Ausfallquote	1,4	1,2
Bestandsquote	3,9	3,2

Die Kennziffern der Risikovorsorge definieren sich wie folgt:

Zuführungsquote = Nettorisikovorsorge (Neubildung abzüglich Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen für Kredite aus dem kommerziellen Geschäft sowie für Länderkredite und pauschale Vorsorge zuzüglich des Saldos aus Direktabschreibungen und Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen) in Relation zum Kreditvolumen.

Ausfallquote = Kreditausfälle (Verbrauch von Wertberichtigungen und Rückstellungen für Kredite aus dem kommerziellen Geschäft sowie für Länderkredite zuzüglich des Saldos aus Direktabschreibungen und Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen) in Relation zum Kreditvolumen.

Bestandsquote = Risikovorsorgebestand (Bestand an Wertberichtigungen und Rückstellungen für Adressrisiken aus dem kommerziellen Kreditgeschäft, für Länderrisiken und aus der pauschalen Vorsorge) in Relation zum Kreditvolumen.

(38) Handelsaktiva

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	94,8	5,6
Schuldscheindarlehen des Handelsbestandes	38,1	54,1
Derivate mit positivem beizulegenden Zeitwert	941,3	3.511,4
Derivate mit positivem beizulegenden Zeitwert zu Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	237,5	134,7
Sicherungsderivate mit positivem beizulegenden Zeitwert	29,6	27,0
Gesamt	1.341,3	3.732,8

Die in den Handelsaktiva ausgewiesenen Wertpapiere sind in voller Höhe börsenfähig und börsennotiert.

Die neue Position „Derivate mit positivem beizulegenden Zeitwert zu Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option“ enthält alle Derivate, die in einer wirtschaftlichen Sicherungsbeziehung zu einem Finanzinstrument stehen, das der Kategorie „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ zugeordnet wurde. Sie war im Vorjahr in der Position „Derivate mit positivem beizulegenden Zeitwert“ enthalten.

Der Rückgang von 2,4 Mrd. € resultiert im Wesentlichen aus der Entkonsolidierung der Havenrock-Gesellschaften (2,1 Mrd. €). Siehe auch Notes 35 und 50.

(39) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen beinhalten die nachfolgend genannten Bestände:

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8.207,2	10.063,6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	0,3
Beteiligungen	133,3	172,2
davon an Kreditinstituten	0,3	5,6
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,2	0,2
Gesamt	8.340,7	10.236,3

Die Veränderung der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere resultiert im Wesentlichen aus Fälligkeiten, Verkäufen und Bewertungsgewinnen.

Die Finanzanlagen gliedern sich in folgende Haltekategorien gemäß IAS 39:

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Finanzanlagen, für die die Fair-Value-Option ausgeübt wurde	2.758,7	3.137,8
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.643,0	3.002,6
Beteiligungen	115,7	135,2
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1.594,9	1.901,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.577,1	1.863,6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	0,3
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,2	0,2
Beteiligungen	17,6	37,0
davon zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	17,3	31,4
Kredite und Forderungen	3.987,1	5.197,4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.987,1	5.197,4
Gesamt	8.340,7	10.236,3

Der Buchwert aller unter den Finanzanlagen ausgewiesenen börsenfähigen Wertpapiere verteilt sich wie folgt:

31.3.2010 in Mio. €	insgesamt börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.832,3	7.793,2	39,1
Beteiligungen	54,8	11,2	43,6

Zum 31. März 2010 waren keine börsenfähigen Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen im Bestand.

(40) At equity bilanzierte Unternehmen

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Linde Leasing GmbH	8,5	7,5
MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH	1,0	-
Gesamt	9,5	7,5

Zu den Ergebnissen aus at equity bilanzierten Unternehmen siehe Note 29.

Für die Anteile „At equity bilanzierter Unternehmen“ ergab der Wertminderungstest einen Abschreibungsbedarf in Höhe von 1 Mio. €, der im „Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen“ ausgewiesen ist.

(41) Immaterielle Vermögenswerte

Die „Immateriellen Vermögenswerte“ enthalten keine Geschäfts- oder Firmenwerte.

Unter den Immateriellen Vermögenswerten wurde selbstgeschaffene Software in Höhe von 3,9 Mio. € (Vorjahr: 5,0 Mio. €) bilanziert.

(42) Sachanlagen

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Operating-Leasing-Vermögenswerte	141,7	149,6
Grundstücke und Gebäude inklusive geleisteter Anzahlungen und Anlagen im Bau	20,6	86,3
Betriebs- und Geschäftsausstattung	17,2	20,2
Gesamt	179,5	256,1

Die Veränderung bei den Grundstücken und Gebäuden resultiert im Wesentlichen aus dem Verkauf der Niederlassungsbürogebäude der IKB AG, der IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Hamburg KG, Düsseldorf, und der IKB S.A.

(43) Laufende Ertragsteueransprüche

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Inland	34,3	48,8
Ausland	8,4	8,9
Gesamt	42,7	57,7

(44) Latente Ertragsteueransprüche

Die Latenten Ertragsteueransprüche stehen mit folgenden Sachverhalten im Zusammenhang:

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Forderungen an Kunden/Risikovorsorge im Kreditgeschäft	159,5	119,5
Handelsaktiva	6,3	9,8
Finanzanlagen	304,5	345,2
Sachanlagen	3,2	4,2
Verlustvorträge	26,2	129,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	45,0	34,6
Handelspassiva	375,0	889,4
Pensionsrückstellungen	22,8	13,8
Nachrangkapital	9,1	12,3
Übrige Bilanzposten	86,4	56,6
Zwischensumme	1.038,0	1.614,4
Saldierung mit passiven Latenten Steuern	-804,8	-1.358,2
Gesamt	233,2	256,2

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

Die Latenten Steueransprüche und die Latenten Steuerschulden wurden gemäß IAS 12 organkreis- bzw. gesellschaftsbezogen unter Beachtung der Fristigkeit saldiert.

Der starke Rückgang der Latenten Ertragsteueransprüche bei den Handelspassiva resultiert im Wesentlichen aus den geringeren negativen beizulegenden Zeitwerten derivativer Finanzinstrumente im Inland.

Die auf Basis von Planungsrechnungen angesetzten Latenten Ertragsteueransprüche betragen im Inland 107,7 Mio. € (Vorjahr: 67,8 Mio. €) und im Ausland 21,9 Mio. € (Vorjahr: 92,6 Mio. €). Nach den Ergebnissen der Planungen ist auch vor dem Hintergrund der getroffenen Umstrukturierungsmaßnahmen davon auszugehen, dass diese in Zukunft genutzt werden können.

Für temporäre Differenzen in Höhe von 1.069,1 Mio. € (Vorjahr: 77,2 Mio. €) sind keine Latenten Steueransprüche angesetzt worden.

Insgesamt sind 841,1 Mio. € (Vorjahr: 669,5 Mio. €) KSt-Verlustvorträge sowie 769,1 Mio. € (Vorjahr: 540,6 Mio. €) GewSt-Verlustvorträge nicht angesetzt worden; die Einzelheiten ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Körperschaftsteuer - nicht angesetzte Verlustvorträge zum Berichtsstichtag	841,1	669,5
davon verfallen in 2009/10	-	-
davon verfallen in 2010/11	-	-
davon verfallen in 2011/12	-	-
davon verfallen in 2012/13	0,2	-
davon verfallen in 2013/14	0,7	-
davon verfallen in 2014/15	-	-
davon verfallen nach 2014/15	-	5,0
davon unverfallbar	840,2	664,5
Gewerbsteuer - nicht angesetzte Verlustvorträge zum Berichtsstichtag	769,1	540,6
davon unverfallbar	769,1	540,6

(45) Sonstige Aktiva

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Forderungen aus dem Leasinggeschäft	104,6	115,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	54,5	41,5
Rechnungsabgrenzungsposten	36,0	41,0
Übrige Forderungen	63,4	30,7
Gesamt	258,5	228,2

(46) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Die Position „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte“ wird mit 190,7 Mio. € (Vorjahr: 3,1 Mio. €) ausgewiesen und beinhaltet mit 136,0 Mio. € Vermögenswerte aus der Einbeziehung einer Tochtergesellschaft, die im nächsten Geschäftsjahr zur Veräußerung vorgesehen sind. In diesem Zusammenhang werden auf der Passivseite in der Position „Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ Verbindlichkeiten von 2,6 Mio. € bilanziert.

Weiterhin sind in dieser Position zum Verkauf bestimmte Kundenforderungen in Höhe von 54,7 Mio. € enthalten. Aus diesen Kundenforderungen ist in der Risikovorsorge ein Aufwand von 1,4 Mio. € entstanden.

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

Der Vorjahreswert von 3,1 Mio. € beinhaltete die Anteile an der Movesta, die in diesem Geschäftsjahr veräußert wurden.

Das Ergebnis aus der Movesta beträgt im aktuellen Abschluss -0,9 Mio. € (Vorjahr: -6,6 Mio. €) und ist im Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen enthalten.

Die Ergebnisbeiträge der „Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte“ sind in der Gewinn- und Verlustrechnung in folgenden Positionen enthalten:

in Mio. €	2009/10	2008/09
Zinsüberschuss	13,5	-
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	23,2	-
Provisionsüberschuss	0,7	-
Fair-Value-Ergebnis	-0,3	-
Ergebnis aus Finanzanlagen	8,8	-
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	-0,9	-6,6
Verwaltungsaufwendungen	3,4	-
Restrukturierungsaufwand	2,4	-
Operatives Ergebnis	-7,2	-6,6
Steuern	-7,2	-
Überschuss / Fehlbetrag	0,0	-6,6

Erläuterungen zur Passivseite

(47) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €	Gesamt		Inland		Ausland	
	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	81,9	88,7	37,1	32,7	44,8	56,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten < 4 Jahre Ursprungslaufzeit	2.345,0	5.626,7	2.151,0	4.833,1	194,0	793,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten >= 4 Jahre Ursprungslaufzeit	9.571,1	9.603,3	9.518,6	9.485,6	52,5	117,7
Gesamt	11.998,0	15.318,7	11.706,7	14.351,4	291,3	967,3

Festverzinsliche Verbindlichkeiten werden teilweise mithilfe von Derivaten (Zins-Swaps) gegen Zinsänderungsrisiken gesichert. Um einen sachgerechten Bilanz- und Erfolgsausweis zu erhalten, wird für entsprechende festverzinsliche Verbindlichkeiten im Zugangszeitpunkt die Fair-Value-Option angewandt.

Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus geringeren Mittelaufnahmen bei der Europäischen Zentralbank.

(48) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €	Gesamt		Inland		Ausland	
	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	14,7	605,4	14,7	605,4	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden < 4 Jahre Ursprungslaufzeit	3.508,6	1.651,9	3.447,5	1.595,7	61,1	56,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden >= 4 Jahre Ursprungslaufzeit	3.994,6	3.561,5	3.378,9	2.984,8	615,7	576,7
Gesamt	7.517,9	5.818,8	6.841,1	5.185,9	676,8	632,9

Die in dieser Position enthaltenen gemäß IAS 39 AG8-bewerteten Darlehen mit Forderungsverzichten und Besserungsabreden werden zu jedem Stichtag mit ihrem Barwert bilanziert. Dieser resultiert aus einer Schätzung der erwarteten Zins- und Tilgungscashflows, diskontiert mit der Ursprungsrendite. Der Buchwert beträgt 548,0 Mio. € (Vorjahr: 548,8 Mio. €). Die Verminderung des Buchwertes erklärt sich durch einen Unwinding-Aufwand (Buchwerterhöhung) in Höhe von 49,1 Mio. € (Vorjahr: 48,9 Mio. €) sowie durch einen Bewertungsertrag (Buchwertverminderung) in Höhe von 49,9 Mio. € (Vorjahr: 187,4 Mio. €).

Der Zuwachs bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden resultiert vor allem aus erhöhten Kundeneinlagen sowie aus dem Anstieg der Buchwerte von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Verbindlichkeiten aufgrund der Einengung der IKB Credit Spreads.

(49) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Begebene Schuldverschreibungen (Ursprungslaufzeit < 4 Jahre)	7.958,1	9.996,5
Begebene Schuldverschreibungen (Ursprungslaufzeit >= 4 Jahre)	2.830,5	4.029,4
Gesamt	10.788,6	14.025,9

Der Veränderung der Verbrieften Verbindlichkeiten ist im Wesentlichen begründet durch Tilgungen in Höhe von 6,4 Mrd. € (Vorjahr: 8,6 Mrd. €), Emissionen in Höhe von 6,0 Mrd. € (Vorjahr: 4,0 Mrd. €) aus SoFFin-besicherten Schuldverschreibungen, von denen 3,0 Mrd. €

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

in eigenen Bestand übernommen und damit vom Bestand abgesetzt wurden, sowie -0,2 Mrd. € (Vorjahr: 0,5 Mrd. €) aus Bewertungseffekten.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten berücksichtigen Wertänderungen von 10,6 Mio. € (Vorjahr: 18,1 Mio. €) aus gesicherten Grundgeschäften des Hedge-Accounting.

(50) Handelspassiva

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Derivate mit negativem beizulegenden Zeitwert	1.971,6	4.934,6
Derivate mit negativem beizulegenden Zeitwert zu Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	320,0	307,4
Sicherungsderivate mit negativem beizulegenden Zeitwert	190,3	238,0
Gesamt	2.481,9	5.480,0

Der Rückgang der Derivate mit negativem beizulegenden Zeitwert um 3,0 Mrd. € resultiert im Wesentlichen aus der Entkonsolidierung der Havenrock-Gesellschaften (2,8 Mrd. €). Siehe auch Notes 35 und 38.

Die Position „Derivate mit negativem beizulegenden Zeitwert zu Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option“ enthält alle Derivate, die in einer wirtschaftlichen Sicherungsbeziehung zu einem Finanzinstrument stehen, das der Kategorie „Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ zugeordnet wurde. Sie war im Vorjahr in der Position „Derivate mit negativem beizulegenden Zeitwert“ enthalten.

(51) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Art und die Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richten sich nach den jeweils zugrunde liegenden Versorgungsregelungen (siehe Note 20).

Der Verpflichtungsumfang wird jährlich durch einen unabhängigen Aktuar unter Verwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens ermittelt. Der Unterschied zu den bilanziell erfassten Positionen (Pensionsrückstellungen sowie aktivierter Vermögensüberhang) resultiert aus dem beizulegenden Zeitwert des Planvermögens. Die Pensionsverpflichtung sowie das Planvermögen für leistungsorientierte Versorgungspläne haben sich in den vergangenen Jahren wie folgt entwickelt:

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2006
Pensionsverpflichtung (Anwartschaftsbarwert)	260,5	223,4	204,9	218,6	227,4
- beizulegender Zeitwert des Planvermögens	237,3	206,8	206,5	215,9	
= Über- (+) bzw. Unterdeckung (-)	-23,2	-16,6	1,6	-2,7	-227,4
davon als Vermögenswert aktiviert	1,0	0,1	5,1	0,0	
davon als Verpflichtung passiviert	24,2	16,7	3,5	2,7	227,4

Der Anwartschaftsbarwert der Pensionsverpflichtungen zum 31. März 2010 beträgt 260,5 Mio. € (Vorjahr: 223,4 Mio. €). Davon entfallen 258,6 Mio. € (Vorjahr: 221,8 Mio. €) auf fondsgedeckte Verpflichtungen und 1,9 Mio. € (Vorjahr: 1,6 Mio. €) auf nicht fondsgedeckte Verpflichtungen.

Die fondsgedeckten Pensionsverpflichtungen sind am Bilanzstichtag derzeit nicht mehr vollständig durch die Vermögenswerte in den CTA-Beständen gedeckt. Diese Unterdeckung resultiert u. a. aus dem Anstieg der Verpflichtung aufgrund der Veränderung des Rechnungszinssatzes. Gemäß IAS 19 reduziert sich der Ausweis der Pensionsrückstellung auf die nicht durch entsprechende Vermögenswerte gedeckten Pensionsverpflichtungen; diese belaufen sich zum 31. März 2010 auf 24,2 Mio. €.

Die Pensionsverpflichtungen haben sich in den beiden abgelaufenen Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

in Mio. €	2009/10	2008/09
Anfangsbestand der Pensionsverpflichtungen zum 1.4.	223,4	204,9
Pensionszahlungen	11,1	9,9
Beitragszahlungen der Arbeitnehmer	0,4	0,7
Zuführungen	19,8	17,3
davon laufender Dienstzeitaufwand	6,7	5,8
davon Zinsaufwand	13,1	11,5
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	28,0	14,4
Aufwand Restrukturierungsmaßnahmen (Curtailment)	0,0	4,0
Endbestand der Pensionsverpflichtungen zum 31.3.	260,5	223,4
Planvermögen gem. IAS 19	237,3	206,8
Bilanzielle Nettoposition zum 31.3.	-23,2	-16,6

Der gesamte Pensionsaufwand setzt sich aus den folgenden Komponenten zusammen:

in Mio. €	2009/10	2008/09
Laufender Dienstzeitaufwand	6,7	5,8
Zinsaufwand	13,1	11,5
Planerträge	-10,9	-10,9
Kürzungen aufgrund des Restrukturierungsprogramms	0,0	-4,0
Pensionsaufwand	8,9	2,4

Die Pensionsverpflichtungen weisen am 31. März 2010 einen Gesamtwert in Höhe von 260,5 Mio. € auf (Vorjahr: 223,4 Mio. €). Der Anstieg der Pensionsverpflichtungen im Vergleich zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf versicherungsmathematischen Verlusten in Höhe von 28,0 Mio. € (Vorjahr: versicherungsmathematische Verluste in Höhe von 14,4 Mio. €), die mit 2,4 Mio. € (Vorjahr: 5,3 Mio. €) auf Bestandsänderungen entfallen. Als hauptmaßgeblicher Verursachungsfaktor für die auf der Verpflichtungsseite aufgetretenen versicherungsmathematischen Verluste ist vor allem der niedrigere Rechnungszinssatz zu nennen.

Die im Geschäftsjahr insgesamt entstandenen versicherungsmathematischen Verluste (unter Verrechnung der Gewinne auf Planvermögen) belaufen sich am Bilanzstichtag auf 9,5 Mio. € (Vorjahr: 27,2 Mio. €).

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

Die Entwicklung der erfolgsneutral erfassten versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste stellt für die abgelaufenen Geschäftsjahre wie folgt dar:

in Mio. €	Pensions- verpflichtung	Planvermögen	Summe
kumulierte erfasste Gewinne / Verluste in der verkürzten Gesamtergebnisrechnung zum 31.3.2005	16,6	0,0	16,6
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	19,0	0,0	19,0
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	14,0	0,0	14,0
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	5,0	0,0	5,0
kumulierte erfasste Gewinne / Verluste in der verkürzten Gesamtergebnisrechnung zum 31.3.2006	35,6	0,0	35,6
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-20,3	0,0	-20,3
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	-21,9	0,0	-21,9
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	1,6	0,0	1,6
kumulierte erfasste Gewinne / Verluste in der verkürzten Gesamtergebnisrechnung zum 31.3.2007	15,3	0,0	15,3
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-24,2	21,5	-2,7
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	-31,6	0,0	-31,6
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	7,4	0,0	7,4
kumulierte erfasste Gewinne / Verluste in der verkürzten Gesamtergebnisrechnung zum 31.3.2008	-8,9	21,5	12,6
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	14,4	12,8	27,2
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	9,1	0,0	9,1
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	5,3	0,0	5,3
kumulierte erfasste Gewinne / Verluste in der verkürzten Gesamtergebnisrechnung zum 31.3.2009	5,5	34,3	39,8
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	28,0	-18,5	9,5
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	25,6	0,0	25,6
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	2,4	0,0	2,4
kumulierte erfasste Gewinne / Verluste in der verkürzten Gesamtergebnisrechnung zum 31.3.2010	33,5	15,8	49,3

Das den Verpflichtungen gegenüberstehende Planvermögen hat sich in den abgelaufenen beiden Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

in Mio. €	2009/10	2008/09
Anfangsbestand des Planvermögens zum 1.4.	206,8	206,5
erwarteter Ertrag des Planvermögens	10,9	10,9
-/+ versicherungsmathematische Verluste und Gewinne	18,5	-12,8
Beitragszuführungen der IKB	0,7	1,5
Beitragszahlungen der Arbeitnehmer	0,4	0,7
Pensionszahlungen	0,0	0,0
Endbestand des Planvermögens zum 31.3.	237,3	206,8

Das Planvermögen hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009/10 einen Gewinn in Höhe von 29,4 Mio. € (Vorjahr: Verlust in Höhe von -1,9 Mio. €) erzielt. Hierbei handelt es sich um Wertaufholungen und Wiederanlagen der CTA-Bestands-Ausschüttungen, die höher ausgefallen sind als der Planertrag.

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

Am aktuellen sowie am vorangegangenen Stichtag setzte sich das Planvermögen wie folgt zusammen:

in %	31.3.2010	31.3.2009
Liquide Mittel	6,0	19,5
Aktien	22,5	7,1
Festverzinsliche Wertpapiere	67,3	68,5
Immobilien	4,1	4,8
Sonstige	0,1	0,1

Folgende versicherungsmathematische Annahmen wurden den Berechnungen zugrunde gelegt:

	31.3.2010	31.3.2009
Zinssatz für die Abzinsung	5,25	6,00
Erwartete Steigerung der ruhegehaltsfähigen Bezüge	3,00	3,00
Erwartete Rentensteigerung (inklusive Inflationsrate)	2,25	2,25
Fluktuationsrate (differenziert nach Altersgruppen)	1,00-6,50	1,00-6,50
Erwartete Rendite des Planvermögens der VO 79+94, Deferred Compensation und Vorruhestand	5,25	5,25
Erwartete Rendite des Planvermögens der VO 2006 und des Wertkontenplans	5,00	5,00

Der erwartete Vermögensertrag aus dem Planvermögen für das kommende Geschäftsjahr basiert auf der Zielallokation und den langfristig erwarteten Vermögensrenditen je Anlageklasse. Bei den Performanceannahmen handelt es sich nicht um eine historische Betrachtung, sondern um eine Prognose auf der Basis eines Kapitalmarktmodells, bei dem die Entwicklung einer Vielzahl von Anlageklassen in die Zukunft über Simulationsmodelle fortgeschrieben wird.

Die zu erwartenden Beiträge an das Planvermögen orientieren sich an der zukünftigen Veränderung des Anwartschaftsbarwertes der Pensionsverpflichtungen. Grundsätzlich wird (weiterhin) eine vollständige Deckung der Verpflichtungen durch das Planvermögen angestrebt. Für das Geschäftsjahr 2010/11 wird keine Einstellung in das Planvermögen erwartet. Die erwarteten Pensionszahlungen haben eine Höhe von 12,0 Mio. € (Vorjahr: 9,7 Mio. €).

Die Sensitivität der Pensionsverpflichtung hat, bei einer Änderung des Rechnungszinses um 25 Basispunkte bei ansonsten konstant gehaltenen Annahmen, zur Folge, dass sich die Versorgungsverpflichtungen um 10,0 Mio. € verändern.

(52) Sonstige Rückstellungen

in Mio. €	Anfangsbestand zum 1.4.2009	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	Unwinding	Umgliederung	Fremdwährungs-kursänderung	Endbestand zum 31.3.2010
Risiken aus dem Kreditgeschäft	58,2	15,4	10,8	22,3	0,4	-	-	53,9
Rückstellungen für Zinsen auf Steuern	9,8	0,7	-	4,6	-	-	-	13,7
Jubiläumrückstellungen	4,5	0,7	0,1	0,1	-	-	-	3,8
Steuerrückstellungen ohne Ertragsteuern	1,7	0,3	-	2,2	-	-	-	3,6
Prozesse und Regresse	15,9	1,5	0,9	0,4	-	-	-	13,9
Restrukturierung	48,7	22,9	3,2	6,3	-	-2,6	-	26,3
Sonstige	16,8	2,3	1,0	3,1	-	-	0,8	17,4
Gesamt	155,6	43,8	16,0	39,0	0,4	-2,6	0,8	132,6

Die Jubiläumrückstellungen wurden analog der Pensionsverpflichtungen auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten von unabhängigen Aktuaren – mittels des in Note 20 angegebenen Zinssatzes – ermittelt.

Unter den Risiken aus dem Kreditgeschäft wird die Vorsorge auf Risiken außerbilanzieller Posten wie beispielsweise Bürgschaften subsumiert.

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

In dem nach wie vor von Unsicherheiten geprägten Marktumfeld und der Umstrukturierungssituation der IKB ist die Bank Rechtsrisiken ausgesetzt, denen durch die Bildung von Rückstellungen für Prozesse und Regresse sowie Restrukturierungsrückstellungen entgegengewirkt wird.

Der Rückgang der Restrukturierungsrückstellungen resultiert im Wesentlichen auf der Umsetzung der Maßnahmen zum Mitarbeiterabbau.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung lagen uns keine Informationen vor, die auf eine zeitliche Kumulation der Inanspruchnahmen hindeuteten.

(53) Laufende Ertragsteuerverpflichtungen

Die laufenden Ertragsteuerverpflichtungen verteilen sich wie folgt:

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Inland	109,3	93,3
Ausland	0,5	1,5
Gesamt	109,8	94,8

(54) Latente Ertragsteuerverpflichtungen

Die Latenten Ertragsteuerverpflichtungen stehen mit folgenden Sachverhalten im Zusammenhang:

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Forderungen an Kunden/Risikovorsorge im Kreditgeschäft	176,6	455,3
Handelsaktiva	332,8	326,9
Finanzanlagen	26,0	65,3
Sachanlagen	6,7	9,9
Verbindlichkeiten	99,8	313,3
Handelspassiva	5,4	5,5
Pensionsrückstellungen	0,3	0,1
Sonstige Verbindlichkeiten	43,1	79,1
Nachrangkapital	133,1	208,7
Übrige Bilanzposten	84,3	33,7
Zwischensumme	908,1	1.497,8
Saldierung mit aktiven Latenten Steuern	-804,8	-1.358,2
Gesamt	103,3	139,6

Die Latenten Steueransprüche und die Latenten Steuerschulden wurden gemäß IAS 12 organkreis- bzw. gesellschaftsbezogen unter Beachtung der Fristigkeit saldiert.

Der starke Rückgang der Latenten Ertragsteuerverpflichtungen resultiert insbesondere aus den Forderungen an Kunden/Risikovorsorge im Kreditgeschäft und den Verbindlichkeiten. Bei den Verbindlichkeiten betrifft dies im Wesentlichen den Anstieg der beizulegenden Zeitwerte der Verbindlichkeiten im Konzernabschluss, der zu einem Rückgang der Bewertungsunterschiede zur Steuerbilanz führte.

(55) Sonstige Passiva

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009 *
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	93,4	139,0
Rechnungsabgrenzungsposten	16,0	18,8
Verbindlichkeiten aus Restrukturierung	1,5	2,2
Übrige Verbindlichkeiten	321,2	387,9
Gesamt	432,1	547,9

* Zahlen angepasst

In den Übrigen Verbindlichkeiten ist eine ABS-Transaktion, bei der Leasingforderungen an eine nicht konsolidierte Zweckgesellschaft verkauft wurden, enthalten. Die ABS-Transaktion führte jedoch zu keiner Abgangsbilanzierung, sodass die IKB weiterhin Leasingforderungen in Höhe von 276,8 Mio. € (Vorjahr: 255,1 Mio. €) sowie eine sonstige Verbindlichkeit gegenüber dem Erwerber ausweist.

(56) Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten

Die Position „Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerten“ beinhaltet Verpflichtungen in Höhe von 2,6 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €). Der korrespondierende Sachverhalt wird in Note 46 „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte“ erläutert.

(57) Nachrangkapital

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009 *
Nachrangige Verbindlichkeiten	908,4	1.171,8
Genussrechtskapital	76,5	79,3
Stille Einlagen / Preferred Shares	229,3	106,8
Gesamt	1.214,2	1.357,9

* Zahlen angepasst

Im Nachrangkapital sind gemäß IAS 39 AG8-bewertete Nachrangige Verbindlichkeiten, Genussrechtsverbindlichkeiten, Stille Beteiligungen und Vorzugsaktien der Kategorie „Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten“ enthalten, die zu jedem Bilanzstichtag grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden. Im Fall von Erwartungsänderungen hinsichtlich der Auszahlungen wird auf Basis der geänderten Erwartungen ein neuer Barwert mit dem anfänglichen Effektivzins errechnet und der Bewertungseffekt unmittelbar erfolgswirksam. Dieses Verfahren hat im abgelaufenen Geschäftsjahr wie auch im Vorjahr zu einer Barwertänderung geführt. Die Effekte sind in nachstehender Tabelle zusammengefasst:

in Mio. €	Unwinding (Zinsaufwand)	Barwert- änderungen (Sonstiges betriebliches Ergebnis)	Unwinding (Zinsaufwand)	Barwert- änderungen (Sonstiges betriebliches Ergebnis)
	2009/10		2008/09	
Nachrangige Verbindlichkeiten	-0,3	74,6	-2,1	-
Genussrechtskapital	-2,2	2,5	-5,2	35,2
Stille Einlagen/Preferred Shares	-3,4	0,0	-4,6	32,0
Gesamt	-5,9	77,1	-11,9	67,2

Aufwendungen sind mit negativem Vorzeichen versehen

Die Veränderungen in den Buchwerten resultieren neben den Effekten aus der Anwendung von IAS 39 AG8 im Wesentlichen aus bonitäts- und zinsinduzierten Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte bei den mit der Fair-Value-Option bewerteten Beständen und der teil-

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

weisen Ausbuchung der Pflichtwandelanleihe aufgrund der Wandelung in Eigenkapital (siehe Note 58 Gezeichnetes Kapital).

Nachrangige Verbindlichkeiten

Von den Nachrangigen Verbindlichkeiten sind 3,2 Mio. € (Vorjahr: 8,4 Mio. €) vor Ablauf von zwei Jahren fällig. Drittrangmittel im Sinne des § 10 KWG bestehen in diesem Jahr nicht (Vorjahr: 35,0 Mio. €).

Zum 31. März 2010 bestanden die folgenden wesentlichen Nachrangigen Verbindlichkeiten ab einer Größenordnung von über 100,0 Mio. €:

Laufzeitbeginn	ursprünglicher Nominalbetrag in Mio. €	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2003/2004	310,0	EUR	4,50	9.7.2013
2006/2007	128,6	EUR	2,56	23.1.2017
2008/2009	101,3	EUR	12,00	27.11.2018

Die Zinsaufwendungen betragen im Geschäftsjahr 2009/10 für die Nachrangigen Verbindlichkeiten 48,6 Mio. € (Vorjahr: 68,5 Mio. €) davon entfallen auf Unwinding-Aufwendungen 0,3 Mio. € (Vorjahr: 2,1 Mio. €).

Genussrechtskapital

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009 *
Gesamt	76,5	79,3
darunter: Voraussetzungen des § 10 KWG	45,4	73,9
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren	31,1	5,4

* Zahlen angepasst

Das Genussrechtskapital setzt sich wie folgt zusammen:

Emissionsjahr	ursprünglicher Nominalbetrag in Mio. €	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2001/2002	100,0	EUR	6,50	31.3.2012
2001/2002	74,5	EUR	6,55	31.3.2012
2004/2005	30,0	EUR	4,50	31.3.2015
2005/2006	150,0	EUR	3,86	31.3.2015
2006/2007	50,0	EUR	4,70	31.3.2017
2007/2008	70,0	EUR	5,63	31.3.2017

Aus dem Unwinding resultiert ein Aufwand von 2,2 Mio. € (Vorjahr: 5,2 Mio. €).

Aus der Neubewertung (IAS 39 AG8) ergibt sich ein Ertrag in Höhe von 2,5 Mio. € (Vorjahr: 35,2 Mio. €), der im Sonstigen betrieblichen Ergebnis (Note 31) ausgewiesen wird.

Stille Einlagen/Preferred Shares

Der Buchwert der „Stillen Einlagen/Preferred Shares“ zum 31. März 2010 beträgt 229,3 Mio. € (Vorjahr: 106,8 Mio. €). Darin enthalten sind Preferred Shares mit einem Buchwert von 141,8 Mio. € (Vorjahr: 47,7 Mio. €), die durch zwei eigens für diesen Zweck gegründete Tochtergesellschaften in den USA begeben wurden, sowie Stille Einlagen mit einem Buchwert nach Verlustteilnahme von 87,5 Mio. € (Vorjahr: 59,1 Mio. €).

Die Stillen Einlagen werden nach § 10 KWG dem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital zugeordnet. Nach IFRS gelten sie als Fremdkapital.

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

Der Zinsaufwand für die Stillen Einlagen/Preferred Shares resultiert aus dem Unwinding und beträgt im Konzern 3,4 Mio. € (Vorjahr: 4,6 Mio. €). Wegen der Verlustteilnahme siehe Note 6 b (Finanzielle Verbindlichkeiten).

Aus der Neubewertung (IAS 39 AG8) ergibt sich in diesem Jahr kein Ergebniseffekt (Vorjahr: 32,0 Mio. €).

(58) Eigenkapital

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Gezeichnetes Kapital	1.621,3	1.497,8
Kapitalrücklage	597,8	597,8
Gewinnrücklagen	-291,2	-206,8
Rücklage aus der Währungsumrechnung	-17,2	-20,5
Neubewertungsrücklage	-6,9	-35,9
Anteile in Fremdbesitz	0,0	0,1
Konzernbilanzverlust	-973,9	-77,5
Gesamt	929,9	1.755,0

Gezeichnetes Kapital/Bedingtes Kapital/Genehmigtes Kapital

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung am 28. August 2008 ermächtigt, bis zum 27. August 2013 Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € mit einer Laufzeit von maximal 20 Jahren zu begeben und den Inhabern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf insgesamt bis zu 48.339.843 auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 123.749.998,08 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Der Vorstand der Gesellschaft hat in Ausnutzung der Ermächtigung am 19. November 2008 beschlossen, Nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 123.671.070,72 € mit bedingter Wandlungspflicht und bedingtem Wandlungsrecht auf bis zu 48.309.012 Aktien der Gesellschaft aus dem bedingten Kapital mit Bezugsrecht der Aktionäre zu begeben. Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht waren, dass die gegen die Ermächtigung vom 28. August 2008 gerichtete Anfechtungsklage erledigt wird und das zu der Ermächtigung gehörende bedingte Kapital bestandskräftig im Handelsregister eingetragen ist. Die Wandelschuldverschreibungen wurden den Aktionären der Gesellschaft in einem nicht öffentlichen Bezugsangebot in der Zeit vom 24. November 2008 bis 8. Dezember 2008 zum Bezug angeboten. Eine Tochtergesellschaft der Unternehmensgruppe Lone Star (die LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg) hatte sich verpflichtet, alle Schuldverschreibungen zu übernehmen, die nicht von anderen Aktionären gezeichnet wurden. Von Aktionären der Gesellschaft sind Schuldverschreibungen über insgesamt 150.174,72 € und von Lone Star, LSF6 Rio S.à.r.l., Luxemburg, der Restbetrag von 123.520.896,00 € bezogen bzw. übernommen worden. Eine Schuldverschreibung von nominal 23,04 € berechtigt zum Bezug von neun neuen Aktien aus dem bedingten Kapital zu einem Wandlungspreis von 2,56 € je Aktie. Die Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht sind seit dem 1. Juli 2009 erfüllt, sodass seit diesem Zeitpunkt ein jederzeitiges Wandlungsrecht besteht. Eine Wandlungspflicht besteht spätestens am 11. April 2012 oder bereits früher, wenn bestimmte aufsichtsrechtliche Kennziffern der Gesellschaft unterschritten werden. Die LSF6 Rio S.à.r.l. hat am 2. Juli 2009 im vollen Umfang von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch gemacht. Das Grundkapital stieg um 123.520.896,00 € auf 1.621.315.228,16 €. Das Grundkapital ist in 633.326.261 (vorher 585.075.911) auf den Inhaber lautende Stückaktien eingeteilt. Die Eintragung der Ausgabe der Bezugsaktien im Handelsregister ist am 4. Mai 2010 erfolgt.

Der Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 hat die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 27. Februar 2010 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr

nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2009/10 kein Gebrauch gemacht.

In der Hauptversammlung am 28. August 2008 wurde die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 27. Februar 2010 eigene Aktien in Höhe von bis zu 10 % des Grundkapitals zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots, beschränkt auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen, erfolgen. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Die erworbenen Aktien dürfen nach Wahl des Vorstands über die Börse oder in anderer Weise veräußert bzw. zu einem Teil oder insgesamt eingezogen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2009/10 kein Gebrauch gemacht.

Der Beschluss der Hauptversammlung vom 27. August 2009 hat den Vorstand ermächtigt, bis zum 26. Februar 2011 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2009/10 kein Gebrauch gemacht. Die durch die Hauptversammlung am 28. August 2008 erteilte und bis zum 27. Februar 2010 befristete Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien für Handelszwecke wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 27. August 2009 für die Zeit ab dem Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

In der Hauptversammlung am 27. August 2009 wurde die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 26. Februar 2011 eigene Aktien in Höhe von bis zu 10 % des Grundkapitals zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots, beschränkt auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen, erfolgen. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Die erworbenen Aktien dürfen nach Wahl des Vorstands über die Börse oder in anderer Weise veräußert bzw. zu einem Teil oder insgesamt eingezogen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2009/10 kein Gebrauch gemacht. Die durch die Hauptversammlung am 28. August 2008 erteilte und bis zum 27. Februar 2010 befristete Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 27. August 2009 für die Zeit ab dem Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. August 2013 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 500.000.000,00 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 195.312.500 neuen, auf den Inhaber lautende Stückaktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2009/10 kein Gebrauch gemacht. Die Eintragung des genehmigten Kapitals im Handelsregister ist am 3. November 2008 erfolgt.

Aufgrund eines Beschlusses der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 24. März 2014 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 247.499.996,16 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 96.679.686 auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Gegen diesen Beschluss sind

Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist. Eine Eintragung ins Handelsregister ist bislang nicht erfolgt.

Durch einen weiteren Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 24. März 2014 Wandel- bzw. Optionsgenussscheine sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € zu begeben und den Inhabern der Genussscheine oder Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 618.749.990,40 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Die Restermächtigung zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen gemäß Beschluss vom 28. August 2008 von bis zu 776.328.929,28 € ist durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung am 25. März 2009 aufgehoben worden. Gegen diese Beschlüsse sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist. Eine Eintragung ins Handelsregister ist bislang nicht erfolgt.

Im Geschäftsjahr 2009/10 hat es keinen Bestand, weder Zugänge noch Verwertung von eigenen Aktien gegeben.

Im Berichtsjahr wurden keine Belegschaftsaktien ausgegeben.

Gewinnrücklage

Siehe Eigenkapitalveränderungsrechnung

Neubewertungsrücklage

in Mio. €	2009/10	2008/09
Anfangsbestand zum 1.4.	-35,9	2,8
Nicht realisiertes Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren Finanzanlagen	37,4	-59,5
Umbuchungen in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen zur Veräußerung verfügbaren Finanzanlagen	3,2	46,1
In die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellte Wertänderungen aus aufgelösten Sicherungsbeziehungen gemäß IFRS 1	-	-37,4
Unrealisierte Gewinne/Verluste aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern:		
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode, vor Steuern	0,8	-12,1
Latente Steuern	-12,4	24,2
Endbestand zum 31.3.	-6,9	-35,9

Zum 31. März 2010 waren in der Neubewertungsrücklage Buchwerte aus dem effektiven Cashflow-Hedge in Höhe von -11,4 Mio. € (Vorjahr: -12,1 Mio. €) enthalten.

Die zugehörigen Steuereffekte sind in der Note 66 angegeben.

Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen

Der Kapitalsteuerungsprozess im IKB Konzern knüpft an die für deutsche Institute und Institutgruppen geltenden Vorschriften der §§ 10 bzw. 10a KWG an. Danach sind in der Institutgruppe ausreichende regulatorische Eigenmittel vorzuhalten. Konkret sind die gewichteten Risikoaktiva mit mindestens 8 % Eigenmitteln zu unterlegen (Solvabilitätskennziffer). Für die Unterlegung der gewichteten Risikoaktiva mit Kernkapital ist eine Mindestquote von 4 % einzuhalten (Kernkapitalquote). Aufgrund des SoFFin-Vertrages vom 18. August 2009 ist eine Kernkapitalquote von 8 % auf Gruppenebene zu erfüllen.

Eine Übersicht der Eigenmittelkomponenten der IKB Gruppe findet sich in nachstehender Tabelle:

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Anrechnungsbetrag Kreditrisiko	19.265,0	24.718,0
Anrechnungsbetrag Marktpreisrisiko	313,0	613,0
Anrechnungsbetrag Operationelles Risiko	1.100,0	1.324,0
Summe der anrechnungspflichtigen Positionen	20.678,0	26.655,0
Kernkapital	2.257,0	2.276,0
Gezeichnetes Kapital	2.835,0	2.807,0
sonstige Rücklagen	3.096,0	2.719,0
Anteile in Fremdbesitz	0,0	0,0
Sonstiges	912,0	968,0
Abzugspositionen	-4.586,0	-4.218,0
Ergänzungskapital	1.030,0	1.245,0
Nicht realisierte Reserven in Wertpapieren und Immobilien	0,0	0,0
Genussrechtsverbindlichkeiten	51,0	142,0
Weitere langfristige nachrangige Verbindlichkeiten, sofern nach BIZ anrechenbar	993,0	1.274,0
Sonstiges	-14,0	-171,0
Abzugspositionen	-216,0	-236,0
Zusammengefasstes haftendes Eigenkapital	3.071,0	3.285,0
Dritrangmittel	0,0	35,0
Anrechenbare Eigenmittel	3.071,0	3.320,0
Kernkapitalquote	10,4%	8,1%
Gesamtkennziffer	14,9%	12,5%

Die Eigenmittel setzen sich aus dem haftenden Eigenkapital, das wiederum aus Kern- und Ergänzungskapital besteht, sowie den Drittrangmitteln zusammen. Das Kernkapital (Tier I) besteht im Wesentlichen aus dem Gezeichneten Kapital sowie den Rücklagen (Core bzw. True Tier I) und den als Kernkapital anrechenbaren Hybridmitteln (Hybrid Tier I). Dem Ergänzungskapital (Tier II) sind die Genussrechtsverbindlichkeiten (Upper Tier II) sowie die langfristigen Nachrangverbindlichkeiten (Lower Tier II) zuzurechnen. Unter den Drittrangmitteln sind u. a. kurzfristige Nachrangverbindlichkeiten bzw. die Nachrangverbindlichkeiten, die aufgrund der Begrenzungsnorm bei 50 % des Kernkapitals gekappt wurden, auszuweisen.

Seit dem 1. Januar 2008 kommen die mit Basel II eingeführten neuen Regelungen der Solvabilitätsverordnung (SolvV) zur Anwendung. Die Berechnung der risikogewichteten Aktiva wird dabei nach dem sogenannten Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) vorgenommen. Dabei macht die Bank von dem Wahlrecht des § 64h KWG i. V. m. § 10a Abs. 6 und 7 dahingehend Gebrauch, dass für die Zwecke der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelberechnung weiterhin das Aggregationsverfahren auf der Basis von HGB-Bemessungsgrundlagen zur Anwendung kommt. Die IKB AG ist ein Handelsbuchinstitut und wendet für die operationalen Risiken den Basisindikatoransatz an.

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

(59) Kapitalflussrechnung

Gemäß IAS 7 wird in der Kapitalflussrechnung die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes in seinen Komponenten operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit analysiert.

Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit

Hierzu gehören Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, aus Wertpapieren des Handelsbestandes und aus anderen Aktiva der operativen Geschäftstätigkeit. Veränderungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva der operativen Geschäftstätigkeit werden in dieser Position ebenfalls wie die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen aufgeführt.

Daneben werden auch alle übrigen Zahlungsströme, die nicht unter dem Cashflow aus Investitionstätigkeit oder dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden, unter dem Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit abgebildet.

Cashflow aus Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit berücksichtigt Ein- und Auszahlungen für Erwerbe und Veräußerungen im Beteiligungs- und Wertpapierbestand sowie Sachanlagen. Zudem werden hier Zahlungsströme aus Veränderungen des Konsolidierungskreises gezeigt.

Cashflow aus Finanzierungstätigkeit

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit enthält Zahlungsströme aus Kapitalerhöhungen, ausgeschütteten Dividenden und Nachrangkapital sowie zahlungswirksamen Veränderungen von Rücklagen und Anteilen.

Der Zahlungsmittelbestand setzt sich in der Berichtsperiode im Wesentlichen aus Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammen.

Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

(60) Segmentberichterstattung

Grundlage der Segmentberichterstattung ist die interne, steuerungsorientierte Geschäftsfeldrechnung, die Teil des Management-Information-Systems der IKB ist. Die Darstellung erfolgt auf Basis der internen Organisationsstruktur und der Managementberichterstattung, die dem Gesamtvorstand als Chief Operating Decision Maker (CODM) zur Beurteilung der Leistungen der Segmente und zur Allokation der Ressourcen dient. Die Segmentberichterstattung wird gemäß den Vorschriften des IFRS 8 erstellt. Es ergeben sich bei der IKB im Vergleich zur Vorgehensweise nach IAS 14 keine wesentlichen Anpassungen.

Die Segmentberichterstattung in der bisherigen Struktur ist nach den Geschäftsfeldern der Bank ausgerichtet. Methodisch ist die Rechnung so aufgebaut, dass die Geschäftsfelder wie selbstständige Unternehmen mit eigener Ergebnis- und Kostenverantwortung sowie der erforderlichen Eigenkapitalausstattung abgebildet werden.

Die Segmentberichterstattung der IKB bildet die operativen Geschäftsfelder Firmenkunden, Immobilienkunden, Strukturierte Finanzierung und Portfolio Investments ab. Aufgrund von Veränderungen in der Organisationsstruktur und der Geschäftspolitik der Bank wird diese Segmentierung ab dem Geschäftsjahr 2010/11 vollständig abgelöst. Dem „Management Approach“ des IFRS 8 folgend wird auch die neue Segmentberichterstattung der IKB die Konzernstruktur ab dieser Berichtsperiode auf Grundlage der internen Managementberichterstattung abbilden. Die Segmentierung erfolgt künftig auf Basis eines Produktansatzes mit den drei Geschäftssegmenten Kreditprodukte, Beratung und Capital Markets sowie Treasury und Investments.

Die IKB erstellt für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Segmentberichterstattung auf Basis der bisherigen Konzernstruktur. Daneben wird nachrichtlich die Segmentierung des Konzerns ab dem Geschäftsjahr 2010/11 dargestellt.

Segmentierung nach bisheriger Konzernstruktur

Im Segment **Firmenkunden** weist die IKB die Erträge und Aufwendungen aus ihrem Marktantritt im Firmenkundengeschäft aus. Dazu gehören neben dem traditionellen Kreditgeschäft mit inländischen Firmenkunden die Aktivitäten in den Bereichen Mobilien-Leasing, Private Equity und Kapitalmarktprodukte für Kunden (ABS-Verbriefungen, Schuldscheindarlehen und Corporate Bonds).

Das Segment **Immobilienkunden** enthält alle Leistungen des Finanzierungs- und Dienstleistungsangebotes rund um die Immobilie. Dazu gehören die klassischen Immobilienfinanzierungen sowie die Aktivitäten der IKB-Tochtergesellschaften IKB IMG und IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG.

Die Tätigkeiten im Bereich der Akquisitions- und Projektfinanzierung bei in- und ausländischen Adressen werden im Segment **Strukturierte Finanzierung** zusammengefasst. Hierzu gehört auch die Tochtergesellschaft IKB CC, die ihr operatives Geschäft im Berichtszeitraum eingestellt hat und derzeit im Liquidationsprozess ist.

Das Segment **Portfolio Investments** weist die Investitionen in Verbriefungsprodukte (inkl. der konsolidierten Zweckgesellschaften) aus. Darunter fallen auch die Ergebnis- und Volumenkomponenten aus den Zweckgesellschaften Rio Debt Holdings (Ireland) Limited, Dublin, und im Vorjahresvergleichszeitraum Rhinebridge Plc, Dublin.

Segmentierung nach neuer Konzernstruktur

Das Segment **Kreditprodukte** weist die Ergebniskomponenten und Vermögenspositionen aus dem Kreditgeschäft der Bank aus. Hierunter werden sowohl Kredite aus Eigen- und För-

dermitteln als auch das Leasing-Geschäft der Bank gefasst. Die Ergebnisse aus Collateralized Loan Obligations werden ebenfalls diesem Segment zugeordnet.

Das **Segment Beratung und Capital Markets** umfasst das Beratungsgeschäft der Bank in den Bereichen M&A, Restrukturierung, Struktur-/Ertragsoptimierung und Private Equity. Dieses Teilsegment stellt ein neues Produktangebot der IKB dar, das zukünftig weiter ausgebaut werden soll. Im Teilsegment Capital Markets werden das Angebot von Kapitalmarktlösungen im Eigen- und Fremdkapitalbereich, Risikomanagement-Lösungen im Bereich Kundenderivate, das Management von Kundeneinlagen institutioneller und privater Anleger sowie die Strukturierung eigener Verbriefungstransaktionen und die Beratung und Strukturierung von Verbriefungen für Dritte gebündelt. Daneben werden im Teilsegment Capital Markets die gesamten Handelsaktivitäten dargestellt.

Das **Segment Treasury und Investments** weist die Ergebnisbestandteile aus, die aus den Dispositionsentscheidungen des Treasury im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung resultieren. Zudem umfasst das Segment strukturierte Investments, wie Anleihen und Schuldscheindarlehen, sowie die Portfolioinvestments der Bank, die die Investitionen der Bank in Verbriefungsprodukte inklusive der First Loss Pieces darstellen. Die nicht mehr zum strategischen Bestand gehörenden Kreditengagements sowie die Aktiva der Bank, die keinerlei Kundenbezug besitzen und wie Investments gemanagt werden, werden ebenfalls diesem Segment zugeordnet. Der Bestand dieser Portfolien soll durch aktives Portfolio-Management eigenkapitalschonend abgebaut werden.

Segmentergebnisse und Kennzahlen

Den Geschäftsfeldern werden Erträge und Kosten gemäß ihrer Ergebnisverantwortung zugeordnet. Der Zinsüberschuss aus dem Kreditgeschäft wird nach der Marktzinsmethode ermittelt und den Geschäftsfeldern kalkulatorisch zugewiesen. Gemäß IFRS 8.23 wird dieser als Nettogröße an Stelle der Zinserträge und Zinsaufwendungen ausgewiesen. Die Geschäftsfelder werden wie eigenständige, mit eigenem Kapital ausgestattete Unternehmen betrachtet. Die Kapitalzuweisung auf die Geschäftsfelder erfolgt auf Basis der Risikoaktiva (gemäß Basel II Standard-Ansatz) mit einer Eigenkapitalquote von nun 8 % und unter Berücksichtigung der vorhandenen Hybridmittel. Der Zinsüberschuss enthält neben dem Anlageertrag aus diesen wirtschaftlichen Eigenmitteln auch den Aufwand für die Hybrid- und Nachrangmittel. Der Zinssatz für die Eigenmittelanlage entspricht dem Zinssatz einer risikofreien Verzinsung auf dem langfristigen Kapitalmarkt. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Der Ausweis der Risikovorsorge in den Segmenten und in der Zentrale entspricht dem Saldo aus den Zuführungen und Auflösungen zu bzw. von Wertberichtigungen für Kreditausfälle und den Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen.

Die Personal- und Sachkosten der Zentrale werden, soweit verursachungsgerecht zurechenbar, auf die Geschäftsfelder verrechnet. Projektkosten werden den Geschäftsfeldern zugerechnet, sofern die Projekte in einem unmittelbaren Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern stehen. Verwaltungsaufwendungen von Projekten und Konzernfunktionen mit aufsichtsrechtlichem Hintergrund werden in der Zentrale/Konsolidierung gezeigt.

Der Segmenterfolg ist durch das Operative Ergebnis des jeweiligen Geschäftsfeldes gekennzeichnet. Darüber hinaus wird das Ergebnis der Geschäftsfelder anhand der Kennziffern Eigenkapitalrendite und der Kosten/Ertrags-Relation gemessen. Die Eigenkapitalrendite errechnet sich aus dem Verhältnis des Operativen Ergebnisses zum durchschnittlich zugeordneten Eigenkapital. Die Kosten/Ertrags-Relation ermittelt die IKB aus dem Quotienten Verwaltungsaufwendungen (inklusive Restrukturierungsaufwand) zu Erträgen.

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

Segmentberichterstattung

in Mio. €	Firmenkunden		Immobilienkunden		Strukturierte Finanzierung		Portfolio Investments		Zentrale/ Konsolidierung		Gesamt	
	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.3.2009	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.3.2009	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.3.2009	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.3.2009	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.3.2009	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.3.2009
Zinsüberschuss	212,8	206,4	49,7	61,1	102,0	121,2	20,5	-2,0	-206,5	-84,1	178,5	302,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	165,5	126,3	71,4	68,0	193,6	324,1	4,6	-	58,8	71,2	493,9	589,6
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	47,3	80,1	-21,7	-6,9	-91,6	-202,9	15,9	-2,0	-265,3	-155,3	-315,4	-287,0
Provisionsüberschuss	22,9	6,5	3,1	8,2	20,6	33,7	-4,2	-3,5	-93,5	-11,7	-51,5	33,2
Fair-Value-Ergebnis	-2,5	-9,6	1,8	3,9	1,4	-7,0	136,9	64,0	-736,5	-213,4	-598,9	-162,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	-8,4	-30,5	-2,1	-0,9	-21,8	-18,0	182,9	-188,0	8,6	-44,7	159,2	-282,1
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	1,2	-1,9	-	-	-	-	-	-	-1,9	-6,5	-0,7	-8,4
Verwaltungsaufwendungen	136,9	151,8	26,6	39,9	55,1	70,3	22,4	25,2	60,5	88,1	301,5	375,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-9,4	16,0	-1,2	-	-	-	-7,0	-24,5	181,5	139,8	163,9	131,3
Restrukturierungsaufwand	-	11,5	1,0	11,7	3,3	1,9	-	-	2,1	26,7	6,4	51,8
Operatives Ergebnis	-86,2	-102,7	-47,7	-47,3	-149,8	-266,4	302,1	-179,2	-969,7	-406,6	-951,3	-1.002,2
Kosten/Ertrags-Relation in %	63,3	87,4	53,8	71,4	57,1	55,6	6,8	-	-	-	-	>100
Eigenkapitalrendite in %	-10,5	-10,6	-21,4	-17,1	-37,0	-52,8	247,6	-148,1	-	-	-54,2	-84,6
Durchschnittlich zugeordnetes Eigenkapital	818	970	223	277	405	505	122	121	187	-689	1.755	1.184
Kreditvolumen	14.551	15.982	3.583	4.355	5.951	8.022	1.313	1.329	3.412	3.598	28.810	33.286
Neugeschäftsvolumen	2.451	3.515	132	588	420	1.821	-	-	-	-	3.003	5.922

Überleitungsrechnung Zentrale/Konsolidierung

Innerhalb der Überleitungsrechnung werden die Ergebnisse und Vermögenswerte, die auf Basis der internen Reportingsysteme den Segmenten zugeordnet wurden, auf den Konzernabschluss übergeleitet. Das Ergebnis der IKB ist beeinflusst von Sonderfaktoren, die nicht durch die operativen Einheiten steuerbar und daher nicht von ihnen zu verantworten sind. Bei diesen Sonderfaktoren handelt es sich insbesondere um buchhalterische Effekte aus der bonitätsinduzierten Passivbewertung, der Passivbewertung nach IAS 39.AG8 sowie der Amortisation von Ausgleichsposten für aufgelöste Sicherungsbeziehungen gemäß IFRS 1.IG 60A und IG 60B. Des Weiteren werden die Ergebnisbestandteile ausgewiesen, die aus den Dispositionsentscheidungen des Treasury im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung resultieren. Dazu gehören Investments in Anleihen und Schuldscheindarlehen, die nicht im Verantwortungsbereich der operativen Geschäftsfelder der IKB stehen, sowie die im Berichtszeitraum veräußerten ELAN-Transaktionen. Die Ergebnisse aus den nicht mehr zum strategischen Bestand gehörenden Kreditengagements und die Ergebnisse aus der Verbriefung und Ausplatzerung von Kreditrisiken werden ebenfalls der Zentrale zugeordnet.

In der Spalte „Konsolidierung“ werden die Effekte aus Methodenunterschieden zwischen Managementberichterstattung und Konzernabschluss sowie die konzerninternen Konsolidierungssachverhalte für jede Position gesondert dargestellt.

in Mio. €	Zentrale		Konsolidierung		Zentrale/ Konsolidierung	
	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.03.2009	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.03.2009	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.03.2009
Zinsüberschuss	-202,8	-80,7	-3,7	-3,4	-206,5	-84,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	58,8	71,2	-	-	58,8	71,2
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	-261,6	-151,9	-3,7	-3,4	-265,3	-155,3
Provisionsüberschuss	-94,5	-10,3	1,0	-1,4	-93,5	-11,7
Fair-Value-Ergebnis	-725,7	-194,6	-10,8	-18,8	-736,5	-213,4
Ergebnis aus Finanzanlagen	8,6	-44,7	-	-	8,6	-44,7
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	-1,9	-6,5	-	-	-1,9	-6,5
Verwaltungsaufwendungen	60,5	88,1	-	-	60,5	88,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	181,2	140,9	0,3	-1,1	181,5	139,8
Restrukturierungsaufwand	2,1	26,7	-	-	2,1	26,7
Operatives Ergebnis	-956,5	-381,9	-13,2	-24,7	-969,7	-406,6
Kreditvolumen	3.191	3.342	221	256	3.412	3.598

Ergebnisse nach geographischen Märkten

Die Zuordnung von Erträgen, Kosten und Kreditvolumen erfolgt gemäß dem jeweiligen Sitz der Betriebsstätte oder des Konzernunternehmens. Gemäß dem im Berichtsjahr erstmalig anzuwendenden IFRS 8 wurde die im Geschäftsbericht 2008/09 ausgewiesene Spalte Zentrale/Konsolidierung, die auch die Ergebnisgrößen aus den konsolidierten Zweckgesellschaften enthielt, auf die wesentlichen Regionen Deutschland, Übriges Europa und Amerika aufgeteilt.

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

in Mio. €	Deutschland		Ubriges Europa		Amerika		Gesamt	
	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.3.2009	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.3.2009	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.3.2009	1.4.2009 - 31.3.2010	1.4.2008 - 31.3.2009
Zinsüberschuss	64,3	139,0	110,4	147,1	3,8	16,5	178,5	302,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	360,3	372,6	111,8	126,2	21,8	90,8	493,9	589,6
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	-296,0	-233,6	-1,4	20,9	-18,0	-74,3	-315,4	-287,0
Provisionsüberschuss	-56,0	45,7	4,3	-14,5	0,2	2,0	-51,5	33,2
Fair-Value-Ergebnis	-619,2	-116,4	113,0	-186,4	-92,7	140,7	-598,9	-162,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	-6,0	27,3	156,4	-292,3	8,8	-17,1	159,2	-282,1
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	-0,7	-8,4	-	-	-	-	-0,7	-8,4
Verwaltungsaufwendungen	254,1	317,9	44,0	51,6	3,4	5,8	301,5	375,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	165,2	149,4	-1,3	-21,1	-	3,0	163,9	131,3
Restrukturierungsaufwand	2,3	36,5	1,7	15,3	2,4	-	6,4	51,8
Operatives Ergebnis	-1.069,1	-490,4	225,3	-560,3	-107,5	48,5	-951,3	-1.002,2
Kreditvolumen	21.470	24.030	7.339	8.325	1	931	28.810	33.286

Nachrichtlich: Ergebnisse Segmentberichterstattung nach neuer Struktur

in Mio. €	Kreditprodukte	Beratung & Capital Markets	Treasury und Investments	Zentrale/ Konsolidierung	Gesamt
1.4.2009 - 31.3.2010					
Zinsüberschuss	216,6	-0,7	123,9	-161,3	178,5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	248,2	0,0	245,7	0,0	493,9
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	-31,6	-0,7	-121,8	-161,3	-315,4
Provisionsüberschuss	19,0	3,7	-75,2	1,0	-51,5
Fair-Value-Ergebnis	-3,0	11,0	262,8	-869,7	-598,9
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	161,1	-1,9	159,2
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	1,2	0,0	0,0	-1,9	-0,7
Verwaltungsaufwendungen	159,2	11,0	71,8	59,5	301,5
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-10,9	2,8	15,6	156,4	163,9
Restrukturierungsaufwand	0,9	0,0	3,4	2,1	6,4
Operatives Ergebnis	-185,4	5,8	167,3	-939,0	-951,3
Kosten/Ertrags-Relation in %	71,8	65,5	15,4	-	< 0
Eigenkapitalrendite in %	-31,2	23,2	23,0	-	-54,2
Durchschnittlich zugeordnetes Eigenkapital	594	25	727	409	1.755
Kreditvolumen	16.903	0	11.686	221	28.810
Neugeschäftsvolumen	2.865	0	138	0	3.003

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(61) Ergebnis nach Haltekategorien und Überleitung zur Gewinn- und Verlustrechnung

	IAS 39 - Kategorie					Forderungen aus Finanzierungsleasing	Außer-bilanzielles Geschäft	Ergebnis aus Finanzinstrumenten nach IFRS 7 Gesamt	Übriges Ergebnis außerhalb Anwendungsbereich IFRS 7	Gesamt
	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair-Value-Option	Other Financial Liabilities					
31.3.2010 in Mio €										
Zinsüberschuss	1.055,8	43,2	-52,2	-272,5	-725,8	129,8	-	178,3	0,2	178,5
Zinserträge	1.055,8	43,2	580,0	128,1	-	147,5	-	1.954,6	47,9	2.002,5
Zinsaufwendungen	-	-	632,2	400,6	725,8	17,7	-	1.776,3	47,7	1.824,0
Provisionsüberschuss	8,8	-	0,2	-0,5	0,0	-0,1	-	8,4	-59,9	-51,5
Provisionserträge	12,3	-	0,2	0,0	0,0	0,0	-	12,5	32,5	45,0
Provisionsaufwendungen	3,5	-	0,0	0,5	0,0	0,1	-	4,1	92,4	96,5
Nettogewinne/-verluste	-323,0	4,2	135,2	-734,1	144,8	-4,4	-	-770,6	0,9	-769,7
Fair-Value-Ergebnis	-	-	135,2	-734,1	-	-	-	-598,9	-	-598,9
Ergebnis aus Finanzanlagen	155,0	4,2	-	-	-	-	-	159,2	-	159,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	478,0	-	-	-	-	4,4	-	482,4	11,5	493,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-	-	-	6,7	144,8	-	-	151,5	12,4	163,9
Gesamt	741,6	47,4	83,2	-1.007,1	-581,0	125,3	-	-583,9	-58,8	-642,7

	IAS 39 - Kategorie					Forderungen aus Finanzierungsleasing	Außer-bilanzielles Geschäft	Ergebnis aus Finanzinstrumenten nach IFRS 7 Gesamt	Übriges Ergebnis außerhalb Anwendungsbereich IFRS 7	Gesamt
	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair-Value-Option	Other Financial Liabilities					
31.3.2009 in Mio €										
Zinsüberschuss	1.775,0	90,3	-72,2	-85,1	-1.538,6	136,9	-	306,3	-3,7	302,6
Zinserträge	1.775,0	90,3	243,7	249,7	-	140,7	-	2.499,4	61,3	2.560,7
Zinsaufwendungen	-	-	315,9	334,8	1.538,6	3,8	-	2.193,1	65,0	2.258,1
Provisionsüberschuss	28,5	-	-	-0,5	-0,9	-2,1	-	25,0	8,2	33,2
Provisionserträge	29,7	-	-	-	0,0	0,0	-	29,7	24,0	53,7
Provisionsaufwendungen	1,2	-	-	0,5	0,9	2,1	-	4,7	15,8	20,5
Nettogewinne/-verluste	-956,2	128,8	-333,5	171,4	333,6	-7,3	-	-663,5	-239,0	-902,5
Fair-Value-Ergebnis	-	-	-333,5	171,4	-	-	-	-162,1	-	-162,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	-410,9	128,8	-	-	-	-	-	-282,1	-	-282,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	545,3	-	-	-	-	7,3	-	552,6	37,0	589,6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0,0	0,0	0,0	-0,3	333,6	-	-	333,3	-202,0	131,3
Gesamt	847,3	219,1	-405,7	85,8	-1.205,9	127,5	0,0	-332,2	-234,5	-566,7

In der Überleitung zur Gewinn- und Verlustrechnung sind Erträge und Aufwendungen enthalten, die nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 fallen.

Das in den Nettogewinnen und -verlusten ausgewiesene Ergebnis aus Finanzanlagen umfasst Erträge und Verluste aus dem Abgang sowie der Bewertung von Finanzanlagen. Das Fair-Value-Ergebnis beinhaltet neben Abgangs- und Bewertungserfolg zusätzlich das Zinsergebnis von Grund- und Sicherungsgeschäften in Höhe von -2,7 Mio. € (Vorjahr: -18,6 Mio. €). Im Sonstigen betrieblichen Ergebnis werden Erträge und Aufwendungen, die aus dem Rückkauf eigener Emissionen entstanden sind, ausgewiesen. Das Zins- und Dividendergebnis ist, mit Ausnahme des Hedge-Accounting-Zinsergebnisses, nicht in den Nettogewinnen und -verlusten enthalten, sondern wird für sämtliche IAS 39 Haltekategorien im Zinsergebnis ausgewiesen.

(62) Klasseneinteilung von Finanzinstrumenten nach IFRS 7

Die folgende Tabelle enthält die Buchwerte der Finanzinstrumente (vor Abzug der Risikovorsorge) nach IFRS 7-Berichtsklassen:

Die Barreserve wird in der Bilanz dargestellt. Sie wird in den folgenden IFRS 7-Darstellungen nicht weiter betrachtet.

IFRS 7 Berichtsklassen für Finanzinstrumente in Mio. €		31.3.2010	31.3.2009 *
Aktiva			
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Held for Trading	1.311,7	3.705,8
	<i>Handelsaktiva</i>	1.074,2	3.571,1
	<i>Derivate zu Finanzinstrumenten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden</i>	237,5	134,7
	Fair-Value-Option	2.758,7	3.137,8
Derivate in Sicherungsbeziehungen	<i>Finanzanlagen</i>	2.758,7	3.137,8
	Handelsaktiva	29,6	27,0
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Available for Sale	1.594,9	1.901,1
	<i>Finanzanlagen</i>	1.594,9	1.901,1
Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten	Loans and Receivables	28.407,8	34.153,6
	<i>Forderungen an Kreditinstitute</i>	2.518,3	2.979,5
	<i>Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)</i>	21.847,7	25.976,7
	<i>Finanzanlagen</i>	3.987,1	5.197,4
	<i>Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte</i>	54,7	-
Forderungen aus Finanzierungsleasing	Forderungen an Kunden	1.817,4	1.951,2
	<i>Forderungen an Kunden</i>	1.817,4	1.951,2
Sonstige Finanzinstrumente, die nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 fallen	At equity bilanzierte Unternehmen	9,5	10,6
	<i>At equity bilanzierte Unternehmen</i>	9,5	7,5
	<i>Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte</i>	0,0	3,1
Gesamt		35.929,6	44.887,1
Passiva			
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Held for Trading	2.291,6	5.242,0
	<i>Handelspassiva</i>	1.971,6	4.934,6
	<i>Derivate zu Finanzinstrumenten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden</i>	320,0	307,4
	Fair-Value-Option	10.914,8	7.773,3
	<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</i>	946,6	1.120,9
	<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</i>	1.885,7	1.303,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen	<i>Verbüdete Verbindlichkeiten</i>	7.739,1	5.162,3
	<i>Nachrangkapital</i>	343,4	187,1
	Handelspassiva	190,3	238,0
Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten	Other Financial Liabilities	20.603,9	28.748,0
	<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</i>	11.051,4	14.197,8
	<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</i>	5.632,2	4.515,8
	<i>Verbüdete Verbindlichkeiten</i>	3.049,5	8.863,6
Gesamt		34.000,6	42.001,3
Außerbilanzielles Geschäft	Eventualverbindlichkeiten	628,4	876,1
	Andere Verpflichtungen	2.265,7	2.932,3
Gesamt		2.894,1	3.808,4

* Zahlen angepasst

(63) Beizulegende Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Gegenüberstellung der beizulegenden Zeitwerte und der entsprechenden Buchwerte:

in Mio. €	Beizulegender Zeitwert		Buchwert		Unterschied	
	31.3.2010	31.3.2009*	31.3.2010	31.3.2009*	31.3.2010	31.3.2009*
Aktiva						
Loans and Receivables	26.769,7	31.842,6	27.530,8	33.347,2	-761,1	-1.504,6
<i>Forderungen an Kreditinstitute</i>	2.518,2	2.978,2	2.518,3	2.979,5	-0,1	-1,3
<i>Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen) **</i>	20.236,2	23.886,3	20.970,7	25.170,3	-734,5	-1.284,0
<i>Finanzanlagen</i>	3.960,6	4.978,1	3.987,1	5.197,4	-26,5	-219,3
<i>Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte</i>	54,7	-	54,7	-	0,0	-
Forderung aus Finanzierungsleasing	1.807,3	1.944,3	1.807,3	1.944,5	0,0	-0,2
<i>Forderungen Kunden **</i>	1.807,3	1.944,3	1.807,3	1.944,5	0,0	-0,2
Aktiva nach Risikovorsorge	28.577,0	33.786,9	29.338,1	35.291,7	-761,1	-1.504,8
Passiva						
Other Financial Liabilities	20.409,3	27.410,7	20.603,9	28.748,0	-194,6	-1.337,3
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</i>	11.031,8	14.291,1	11.051,4	14.197,8	-19,6	93,3
<i>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</i>	5.780,3	4.334,1	5.632,2	4.515,8	148,1	-181,7
<i>Verbriefte Verbindlichkeiten (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)</i>	2.964,2	8.149,2	3.049,5	8.863,6	-85,3	-714,4
<i>Nachrangkapital</i>	633,0	636,3	870,8	1.170,8	-237,8	-534,5
Passiva	20.409,3	27.410,7	20.603,9	28.748,0	-194,6	-1.337,3

* Zahlen angepasst

** Der Buchwert der Position Forderungen an Kunden wird abzüglich Einzelwertberichtigungen in Höhe von 887,1 Mio. € (31. März 2009: 813,1 Mio. €) dargestellt.

Levelklassifizierung

Mit Änderung des IFRS 7 "Verbesserte Angaben zu Finanzinstrumenten" wurde eine 3-stufige Hierarchie (Level 1 bis 3), eingeführt. Im Folgenden werden die grundsätzlichen Abgrenzungskriterien der einzelnen Level-Hierarchien erläutert, denen die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente zugeordnet wurden:

Level 1. Unter Level 1 sind unbereinigte notierte Kurse auf aktiven Märkten zu subsumieren, auf die das Unternehmen für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zum Bewertungsstichtag zurückgreifen kann.

Ein Finanzinstrument gilt als auf einem aktiven Markt notiert, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Preisberechnungs-Service oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Darüber hinaus muss ein Unternehmen zum jeweiligen Bewertungsstichtag Zugang zum Markt haben. In einem aktiven Markt finden Transaktionen in hinreichend großer Frequenz und in hinreichendem Volumen statt, sodass permanente Preisinformationen zur Verfügung stehen.

Unter der Level-1-Hierarchie werden von der IKB im Wesentlichen Unternehmensschuldtitel und Staatsanleihen ausgewiesen. Die Einwertung, dass die Wertpapiere auf einem aktiven Markt gehandelt werden, erfolgt auf täglicher Basis. Dazu werden Preise unterschiedlicher Marktteilnehmer eingeholt und statistisch analysiert. Ebenfalls dem Level 1 werden Instrumente zugeordnet, bei denen die Preisangaben von ausgewählten Preisberechnungsservice-Anbietern geliefert werden.

Level 2. Level 2 umfasst z. B. alle Finanzinstrumente, deren Preise direkt oder indirekt von ähnlichen Finanzinstrumenten auf aktiven Märkten abgeleitet werden können oder bei welchen Bewertungsmodelle zum Einsatz kommen, deren Eingangsparameter aus aktiven Märkten stammen. Beizulegende Zeitwerte, welche mittels DCF-Verfahren oder Optionsmodellen ermittelt wurden und deren Inputparameter aus aktiven Märkten abgeleitet sind, werden unter Level 2 ausgewiesen. Unter Level 2 fallen bei der IKB alle Instrumente, die nicht dem Level 1 oder dem Level 3 zugeordnet werden können.

Level 3. Sofern für Finanzinstrumente keine signifikanten beobachtbaren Eingangsgrößen verfügbar sind und kein aktiver Markt für das Instrument selbst vorliegt, werden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts nicht am Markt beobachtbare Modellparameter herangezogen. Diese Instrumente werden dem Level 3 zugeordnet. Das wesentliche Ziel der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert bleibt allerdings bestehen. Der beizulegende Zeitwert muss aus der Perspektive eines sachverständigen, vertragswilligen, unabhängigen Marktteilnehmers bestimmt werden. Aufgrund dessen müssen die nicht beobachtbaren Eingangsparameter, soweit diese signifikant sind, die Annahmen widerspiegeln, die die Marktteilnehmer bei der Preisfindung unter Einbezug von Risikoannahmen heranziehen würden.

Für alle Instrumente, bei denen nicht beobachtbare Marktdaten in die Bewertung einfließen, wird mittels eines Signifikanztests überprüft, ob der Einfluss der nicht beobachtbaren Marktdaten signifikant in Relation zu den beobachtbaren Marktdaten ist (IFRS 7.27A (c)). Wesentliches Entscheidungskriterium bei der Signifikanz ist die Sensitivität des beizulegenden Zeitwertes auf Änderung der nicht beobachtbaren Eingangsgrößen in Relation zur Sensitivität des beizulegenden Zeitwertes auf Änderung der beobachtbaren Eingangsgrößen. Mit diesem Verfahren wird der Anforderung Rechnung getragen, dass Instrumente nur dann als Level 3 klassifiziert werden, wenn die nicht beobachtbaren Parameter einen signifikanten Einfluss auf die Bewertung haben.

Die folgende Tabelle zeigt die Zuordnung der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumente aufgeteilt auf die drei unterschiedlichen Level-Hierarchien:

31.3.2010 in Mio. €		Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt
Aktiva					
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Held for Trading	75,0	1.236,7	-	1.311,7
	Handelsaktiva	75,0	1.236,7	-	1.311,7
	Fair-Value-Option	1.630,1	868,2	260,4	2.758,7
	Finanzanlagen	1.630,1	868,2	260,4	2.758,7
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Handelsaktiva	-	29,6	-	29,6
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Available for Sale	1.496,9	80,2	-	1.577,1
	Finanzanlagen	1.496,9	80,2	-	1.577,1
Gesamt		3.202,0	2.214,7	260,4	5.677,1
Passiva					
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Held for Trading	7,1	2.284,5	-	2.291,6
	Handelspassiva	7,1	2.284,5	-	2.291,6
	Fair-Value-Option	7.285,4	3.333,3	296,1	10.914,8
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	823,8	122,8	946,6
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	1.712,4	173,3	1.885,7
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Verbriefte Verbindlichkeiten	7.210,6	528,5	-	7.739,1
	Nachrangkapital	74,8	268,6	-	343,4
Gesamt		7.292,5	5.808,1	296,1	13.396,7

Die Finanzanlagen der Kategorie „Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert“ sind um die Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente, die keinen notierten Marktpreis in einem aktiven Markt haben, reduziert.

Angaben zu Level-Transfers in der Fair-Value-Hierarchie

Zur Identifikation von Geschäften, für die ein Level-Transfer stattfand, werden quartalsweise alle zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Geschäfte zum Beginn und zum Ende des jewei-

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

ligen Quartals gegenübergestellt. Fanden Level-Wechsel während des Quartals statt, so werden als Zu- und Abgangswerte die Werte zum Ende der Periode herangezogen.

Level-Transfers zwischen den einzelnen Levels, die während des Geschäftsjahres stattfinden, werden in der folgenden Tabelle ausgewiesen:

31.3.2010 in Mio. €	Zugang Level 1		Zugang Level 2		Zugang Level 3	
	Abgang Level 2	Abgang Level 3	Abgang Level 1	Abgang Level 3	Abgang Level 1	Abgang Level 2
Aktiva						
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert						
Fair-Value-Option	5,4	-	-	-	-	-
Finanzanlagen	5,4	-	-	-	-	-
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert						
Available for Sale	47,5	-	-	-	-	-
Finanzanlagen	47,5	-	-	-	-	-
Gesamt	52,9	-	-	-	-	-
Passiva						
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert						
Fair-Value-Option	-	-	21,5	-	-	-
Nachrangkapital	-	-	21,5	-	-	-
Gesamt	-	-	21,5	-	-	-

Überleitungsrechnung von Level-3-Geschäften

Im Folgenden werden sämtliche unterjährigen Bewegungen von Level-3-Finanzinstrumenten ausgewiesen.

in Mio. €	Anfangsbestand				Gesamtbetrag der Gewinne / Verluste	Exklusive Zinsabgrenzung						Endbestand				
	inklusive Zinsabgrenzung	Zinsabgrenzung	exklusive Zinsabgrenzung	Gewinn- und Verlustrechnung		Übriges Ergebnis	Käufe	Verkäufe	Erlassenen	Abwicklungen	Übertragungen in Level 3	Übertragungen aus Level 3	inklusive Zinsabgrenzung	Zinsabgrenzung	inklusive Zinsabgrenzung	Gewinne / Verluste
Aktiva																
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert																
Fair-Value-Option	254,5	1,0	253,5	17,0	-	5,6	-16,1	-	-	-	-	260,0	0,4	260,4	-29,4	-
Finanzanlagen	254,5	1,0	253,5	17,0	-	5,6	-16,1	-	-	-	-	260,0	0,4	260,4	-29,4	-
Gesamt	254,5	1,0	253,5	17,0	-	5,6	-16,1	-	-	-	-	260,0	0,4	260,4	-29,4	-
Passiva																
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert																
Fair-Value-Option	478,3	9,2	469,1	154,0	-	-	-	-342,6	-	-	-	280,5	15,6	296,1	96,3	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	392,8	6,9	386,1	79,7	-	-	-	-342,6	-	-	-	122,2	0,6	122,8	23,7	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	85,7	2,7	83,0	74,3	-	-	-	-	-	-	-	158,3	15,0	173,3	72,6	-
Gesamt	478,3	9,2	469,1	154,0	-	-	-	-342,6	-	-	-	280,5	15,6	296,1	96,3	-

In der Spalte Gewinn- und Verlustrechnung werden ausschließlich Bewertungs- und Realisierungsergebnisse sowie der Amortisierungserfolg von Fremdkapitaltiteln, die der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zugeordnet sind, ausgewiesen. Zinsabgrenzungen oder realisierte Stückzinsen finden hingegen darin keine Berücksichtigung.

Sensitivitätsanalyse für Level-3-Geschäfte

Aufgrund eines gewissen Grads an Bewertungsunsicherheit, die einer Modellbewertung zugrunde liegt, wurde eine Variation der nicht am Markt beobachtbaren Parameter der Level-3-Geschäfte durchgeführt. Die Parametervariation von nicht am Markt beobachtbaren Eingangsgrößen erfolgt dabei auf Basis von zum Stichtag möglichen alternativen Annahmen und führt zu einer Bandbreite von beizulegenden Zeitwerten, die sich aus diesen, positiven wie negativen, Variationen der Eingangsparameter ergibt.

Die beizulegenden Zeitwerte einiger Kreditderivate der IKB sind maßgeblich durch nicht am Markt beobachtbare Parameter bestimmt. Gemäß IFRS 7.27B (e) sind die Modell-Eingangsparameter auf angemessene mögliche Alternativen zu ändern. Die IKB stresst hierbei nur die nicht direkt am Markt beobachtbaren Parameter. Alle direkt am Markt beobachtbaren Parameter werden nicht gestresst, da beispielsweise die Änderung der Zinskurve in direktem Widerspruch zu den tatsächlich zum Bewertungszeitpunkt vorliegenden Marktinformationen stehen würde und somit keine angemessene mögliche Alternative darstellt.

Bei den nicht am Markt beobachtbaren Parametern handelt es sich um Korrelationen und Liquidität-Spreads. Die Verwendung eines um 10 Prozentpunkte höheren bzw. niedrigeren Wertes (bzw. des maximal/minimal möglichen Wertes) des jeweiligen nicht am Markt beobachtbaren Parameters zum 31. März 2010 würde in Summe zu einem um 14,5 Mio. € höheren beizulegenden Zeitwert bzw. zu einem um -11,3 Mio. € niedrigeren beizulegenden Zeitwert führen.

Die folgende Tabelle vermittelt einen Überblick über die Veränderung des beizulegenden Zeitwertes der Level-3-Geschäfte als Reaktion auf die beschriebenen Parametervariationen. Dabei erfolgt der Ausweis der Level-3-Geschäfte auf Produktebene.

31.03.2010 in Mio. €	positive Veränderung	negative Veränderung
Private Equity Geschäft	5,7	-5,8
Instrumente mit Kreditderivatkomponenten	8,8	-5,5
First to default Bonds	4,4	-3,7
Portfolioinvestments	4,4	-1,8
Gesamt	14,5	-11,3

Im Geschäftsjahr gab es keine Geschäfte, bei denen Differenzen zwischen Transaktionspreis und auf Modellbasis ermittelten beizulegendem Zeitwert aufgetreten sind.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten und dem Rückzahlungsbetrag beläuft sich auf -1.072,7 Mio. € (Vorjahr: -2.301,5 Mio. €) und resultiert aus folgenden Bilanzpositionen:

in Mio. €	Buchwert		Differenz zwischen Buchwert und Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	
	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	946,6	1.120,9	34,3	-125,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.885,7	1.303,0	-239,2	-868,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.739,1	5.162,3	197,5	-80,1
Nachrangkapital	343,4	187,1	-1.065,3	-1.227,2
Gesamt	10.914,8	7.773,3	-1.072,7	-2.301,5

(64) Derivative Geschäfte

Die IKB schließt Termingeschäfte ab, die im Wesentlichen der Steuerung und Begrenzung von Zinsänderungsrisiken, Kreditrisiken und Währungsrisiken dienen. Ein Handel in diesen Instrumenten wird nur in eingeschränktem Umfang betrieben.

Der Nominalbetrag gibt das von der Bank gehandelte Geschäftsvolumen an und dient als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen wie beispielsweise Zinsansprüche und/oder -verbindlichkeiten für Zins-Swaps. Ferner zeigt die folgende Tabelle die positiven und negativen Marktwerte (Fair Values) der abgeschlossenen derivativen Geschäfte, die die Aufwendungen der Bank beziehungsweise die des Vertragspartners für den Fall darstellen, dass der Ersatz der ursprünglich geschlossenen Kontrakte durch wirtschaftlich gleichwertige Geschäfte geleistet werden müsste. Dabei ist der positive Marktwert das für die Bank am Bilanzstichtag bestehende maximale kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiko.

Die Bewertung der Finanzanlagen ist in Note 6 dargestellt

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der derivativen Geschäfte:

in Mio. €	Nominalbetrag		Beizulegender Zeitwert					
			Positiv		Negativ		Gesamt	
	31.03.2010	31.03.2009	31.03.2010	31.03.2009	31.03.2010	31.03.2009	31.03.2010	31.03.2009
Zinsderivate	48.237,6	53.151,9	1.114,6	1.225,1	2.350,2	2.450,2	-1.235,6	-1.225,1
Restlaufzeit bis 1 Jahr			289,1	175,5	320,9	259,5	-31,8	-84,0
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre			322,0	261,1	465,4	374,1	-143,4	-113,0
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre			503,5	788,5	1.563,9	1.816,6	-1.060,4	-1.028,1
Kreditderivate	602,1	6.711,6	15,5	2.314,4	13,6	2.952,1	1,9	-637,7
Restlaufzeit bis 1 Jahr			2,1	71,5	2,1	74,9	-	-3,4
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre			12,9	144,5	11,3	120,2	1,6	24,3
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre			0,5	2.098,4	0,2	2.757,0	0,3	-658,6
Währungsderivate	3.041,9	3.503,0	78,3	133,5	118,1	77,7	-39,8	55,8
Restlaufzeit bis 1 Jahr			36,8	50,0	58,1	59,9	-21,3	-9,9
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre			17,5	64,5	50,3	13,8	-32,8	50,7
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre			24,0	19,0	9,7	4,0	14,3	15,0
Gesamt	51.881,6	63.366,5	1.208,4	3.673,0	2.481,9	5.480,0	-1.273,5	-1.807,0

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der derivativen Geschäfte nach Kontrahenten.

in Mio. €	beizulegende Zeitwerte zum 31.03.2010		beizulegende Zeitwerte zum 31.3.2009	
	Positiv	Negativ	Positiv	Negativ
	OECD-Banken	876,9	2.457,1	1.287,4
Sonstige OECD-Unternehmen und OECD-Privatpersonen	331,5	13,6	2.385,6	214,8
Nicht-OECD	-	11,2	-	11,2
Gesamt	1.208,4	2.481,9	3.673,0	5.480,0

(65) Kreditrisikoangaben

In folgender Tabelle wird der maximale Kreditrisikobetrag gemäß IFRS 7.36 (a) dargestellt. Der maximale Kreditrisikobetrag setzt sich aus bilanziellen und außerbilanziellen Finanzinstrumenten zusammen. Die in der Bilanz angesetzten Finanzinstrumente werden mit ihren Buchwerten nach Abzug von Wertberichtigungen angesetzt, das außerbilanzielle Geschäft ist in Höhe der maximalen Inanspruchnahme nach Abzug von Rückstellungen für das Kreditgeschäft enthalten. Sicherheiten und sonstige Kreditverbesserungen bleiben bei der Ermittlung unberücksichtigt. Im maximalen Kreditrisikobetrag sind in geringem Umfang Aktien und ähnliche Eigenkapitalinstrumente enthalten, aus denen kein Kreditrisiko resultiert.

Der maximale Kreditrisikobetrag stellt sich zum 31. März 2010 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

in Mio. €		Maximales Kreditrisikoexposition		Weder überfalliges noch wertgemindertes Kreditrisikoexposition		Kreditrisikoexposition mit nachverhandelten Konditionen		Überfalliges, aber nicht wertgemindertes Kreditrisikoexposition		Wertgemindertes Kreditrisikoexposition	
		31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009
		Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Held for Trading <i>Handelsaktiva</i> Fair-Value-Option <i>Finanzanlagen</i>	1.311,7 1.311,7 2.758,7 2.758,7	3.705,8 3.705,8 3.137,8 3.137,8	1.311,7 1.311,7 2.758,7 2.758,7	3.705,8 3.705,8 3.137,8 3.137,8	-	-	-	-
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Held for Trading <i>Handelsaktiva</i>	29,6 29,6	27,0 27,0	29,6 29,6	27,0 27,0	-	-	-	-	-	-
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert	Available for Sale <i>Finanzanlagen</i>	1.594,9 1.594,9	1.901,1 1.901,1	1.594,9 1.594,9	1.901,1 1.901,1	-	-	-	-	-	-
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	Loans and Receivables <i>Forderungen an Kreditinstitute</i> <i>Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value-Anforderungen)</i> <i>Finanzanlagen</i> <i>Zur Veräußerung gehaltene</i>	27.530,8 2.518,3 20.970,7 3.987,1 54,7	33.347,2 2.979,5 25.170,3 5.197,4 54,7	25.040,2 2.518,3 18.863,1 3.604,1 54,7	30.084,3 2.979,5 22.300,7 4.804,1 54,7	496,5	483,5	748,3	1.076,9	1.245,7	1.702,5
Forderungen aus Finanzierungleasing abzüglich Portfoliowertberichtigung	Forderungen an Kunden	1.807,3 185,1	1.944,5 184,6	1.594,8 -	1.720,0 -	-	-	128,1	159,1	84,4	65,4
Außerbilanzielles Geschäft	Eventualverbindlichkeiten <i>Andere Verpflichtungen</i>	628,4 2.265,7	876,1 2.932,3	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt		37.742,0	47.687,2	-	-	-	-	-	-	-	-

Zur Absicherung von Kreditrisiken werden bei der IKB von Kreditnehmern gestellte Sicherheiten hereingenommen, die bei einem Ausfall in Anspruch genommen oder verwertet werden. Als Sicherheiten werden grundsätzlich Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und sonstige Sicherheiten wie Forderungsabtretungen, Partizipationsrechte oder Rangrücktritt nach entsprechender Prüfung akzeptiert. Neben den genannten Sicherheiten tragen Risikoausplatzierungen durch Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen und synthetische Ausplatzierungen zur Minderung des Kreditrisikos bei. Der Anteil je Sicherheitenart beträgt für Risikoausplatzierungen 37,5 % (Vorjahr: 36,7 %), Grundpfandrechte 27,7 % (Vorjahr: 26,9 %), Sicherungsübereignungen 10,7 % (Vorjahr: 9,6 %) und sonstige Sicherheiten 24,1 % (Vorjahr: 26,8 %).

Neben den genannten Sicherheiten tragen Kreditderivate und ähnliche Instrumente zur Minderung des Kreditrisikos bei. Angaben zu Kreditderivaten und ähnlichen Instrumenten, die im Zusammenhang mit Forderungen, für die die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, stehen, waren im Geschäftsjahr und im Vorjahr nicht vorhanden.

Die Risikoentlastung durch Sicherheiten ist insbesondere von der jeweiligen Sicherheitenart abhängig. Bei der IKB werden deshalb individuelle Parameter und standardisierte Prozesse bei der Bewertung hereingenommener Sicherheiten verwendet. Neben der Eingangsbewertung der Sicherheiten spielt der nachhaltige Wert eine entscheidende Rolle. Zur Gewährleistung einer nachhaltigen Risikoentlastung durch Sicherheiten werden diese, in Abhängigkeit ihrer Art, einer kontinuierlichen Überwachung unterzogen, die eine zyklische Werthaltigkeitsprüfung und -aktualisierung beinhaltet.

Die folgende Tabelle gibt die Kreditqualität der weder überfälligen noch wertgeminderten Finanzinstrumente wieder:

in Mio. €	Kreditqualität des weder überfälligen noch wertgeminderten Kreditrisikoexposures										Gesamt			
	Bonitätsstufe 1 bis 4		Bonitätsstufe 5 bis 7		Bonitätsstufe 8 bis 10		Bonitätsstufe 11 bis 13		Bonitätsstufe 14 und schlechter		Kein Rating vorhanden		31.3.2010	31.3.2009
	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert														
Held for Trading	960,7	3.370,5	53,2	48,1	128,7	153,7	116,7	97,7	52,4	35,7	0,0	0,1	1.311,7	3.705,8
Handelsaktiva	960,7	3.370,5	53,2	48,1	128,7	153,7	116,7	97,7	52,4	35,7	0,0	0,1	1.311,7	3.705,8
Fair-Value-Option	679,8	871,0	1.099,4	1.081,1	359,8	377,0	192,1	27,4	427,6	781,3	0,0	0,0	2.758,7	3.137,8
Finanzanlagen	679,8	871,0	1.099,4	1.081,1	359,8	377,0	192,1	27,4	427,6	781,3	0,0	0,0	2.758,7	3.137,8
Derivate in Sicherungsbeziehungen														
Held for Trading	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	29,6	27,0
Handelsaktiva	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	29,6	27,0
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert														
Available for Sale	1.324,4	1.447,3	181,5	316,6	67,2	46,9	9,7	29,4	10,6	0,0	1,5	61,0	1.594,9	1.901,1
Finanzanlagen	1.324,4	1.447,3	181,5	316,6	67,2	46,9	9,7	29,4	10,6	0,0	1,5	61,0	1.594,9	1.901,1
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert														
Loans and Receivables	6.397,8	8.320,9	4.195,6	4.927,7	7.025,7	8.685,1	5.768,5	6.423,5	1.405,7	1.327,9	246,8	399,2	25.040,2	30.084,3
Forderungen an Kreditinstitute	2.465,3	2.877,7	21,9	15,8	-	-	-	-	14,7	-	16,4	86,0	2.518,3	2.979,5
Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)	936,3	955,6	3.783,5	4.751,5	6.936,6	8.593,1	5.730,0	6.386,6	1.246,3	1.310,6	230,4	303,2	18.863,1	22.300,7
Finanzanlagen	2.996,1	4.487,6	390,3	160,4	34,4	92,0	38,6	36,8	144,7	17,3	0,0	10,0	3.604,1	4.804,1
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	-	-	-	-	54,7	-	-	-	-	-	-	-	-	54,7
Forderungen aus Finanzierungsleasing														
Forderungen an Kunden	1,6	0,0	218,3	253,4	634,0	641,3	413,4	553,8	305,5	246,0	21,9	25,4	1.594,8	1.720,0

Die in der Tabelle zum maximalen Kreditrisikobetrag dargestellten nachverhandelten Kredite sind weder überfällig noch liegt eine nachhaltige Wertminderung vor, weil die Kapitaldienstfähigkeit oder eine ausreichende Besicherung gegeben sind. Eine intensivere Betrachtung ist aber dennoch geboten, da bei diesen Krediten die Vereinbarungen mit dem Kreditnehmer nachträglich geändert wurden. Ein solcher Fall tritt zumeist im Rahmen von Restrukturierungen auf. Hierbei werden hauptsächlich Modifikationen der Zins- und Tilgungsstruktur vorgenommen, um die zukünftige Erfüllung der Kreditverpflichtungen durch den Kreditnehmer nicht zu gefährden. Für die nachverhandelten sowie die im Folgenden dargestellten rückständigen Kredite ist die Bildung einer Einzelwertberichtigung nicht erforderlich. Allerdings gehen diese Kredite in die Ermittlung der Portfoliowertberichtigungen ein. Zu den Einzelheiten der Ermittlung der Portfoliowertberichtigungen wird auf den Konzernlagebericht verwiesen.

Die in der IKB implementierten Ratingverfahren und Ratingprozesse werden im Konzernlagebericht erläutert.

Alle Finanzinstrumente werden einem kontinuierlichen Prüfungs- und Reportingprozess unterzogen. Hierzu hat die IKB für die Berichterstattung das sogenannte Kreditvolumen definiert. Das Kreditvolumen ist anhand des Geschäftsmodells der IKB konzipiert und eignet sich zur adäquaten Darstellung des Kreditrisikos. Nicht im Kreditvolumen enthaltene Finanzin-

strumente bestehen zum überwiegenden Teil aus kurzfristigen Forderungen an Kreditinstitute und Hypothekendarlehen. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Kontrahenten wie OECD-Banken und Kreditversicherer mit einem externen Rating im Investment-Grade-Bereich. Die Darstellung der Kreditqualität u. a. nach der Bonitätsstruktur erfolgt für die Marktsegmente der IKB, zu den strukturierten Wertpapierportfolios und Portfolioinvestments im Konzernlagebericht.

Zum Bilanzstichtag 31. März 2010 befinden sich folgende finanzielle Vermögenswerte in Verzug:

		Überfällige aber nicht wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte						Gesamt	beizulegender Zeitwert korrespondierender Sicherheiten
		1 Tag bis 5 Tage	mehr als 5 Tage bis 30 Tage	mehr als 30 Tage bis 90 Tage	mehr als 90 Tage bis 180 Tage	mehr als 180 Tage bis 360 Tage	mehr als 360 Tage		
31.3.2010 in Mio. €									
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	Loans and Receivables	589,5	17,8	59,7	50,0	8,4	22,9	748,3	366,5
	<i>Forderungen Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)</i>	589,5	17,8	59,7	50,0	8,4	22,9	748,3	366,5
Forderungen aus Finanzierungsleasing	Forderungen an Kunden	11,8	31,4	53,2	13,8	11,1	6,6	128,1	0,0
Gesamt		601,4	49,2	113,0	63,8	19,6	29,5	876,4	366,5

		Überfällige aber nicht wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte						Gesamt	beizulegender Zeitwert korrespondierender Sicherheiten
		1 Tag bis 5 Tage	mehr als 5 Tage bis 30 Tage	mehr als 30 Tage bis 90 Tage	mehr als 90 Tage bis 180 Tage	mehr als 180 Tage bis 360 Tage	mehr als 360 Tage		
31.3.2009 in Mio. €									
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	Loans and Receivables	878,5	66,7	32,2	50,5	13,8	35,1	1.076,8	573,2
	<i>Forderungen Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)</i>	878,5	66,7	32,2	50,5	13,8	35,1	1.076,8	573,2
Forderungen aus Finanzierungsleasing	Forderungen an Kunden	50,8	51,1	42,6	9,7	4,7	0,2	159,1	122,5
Gesamt		929,3	117,8	74,8	60,2	18,5	35,3	1.235,9	695,7

Finanzinstrumente, die einen Tag oder mehrere Tage in Verzug sind, gelten als überfällig im Sinne des IFRS 7. Das erste Laufzeitband (ein bis fünf Tage Verzug) ist jedoch unter anderem wegen abwicklungsbedingten Verzögerungen seitens der Kreditnehmer als wenig aussagekräftig einzustufen. Bei den in dieser Tabelle dargestellten überfälligen Finanzinstrumenten liegt kein Wertberichtigungsbedarf vor.

Folgende finanzielle Vermögenswerte unterliegen zum Bilanzstichtag einer Einzelwertberichtigung:

in Mio.€		Buchwert der einzelwertberechtigten Vermögenswerte vor Wertberichtigung		Umfang der Wertberichtigung		Buchwert der einzelwertberechtigten Vermögenswerte nach Wertberichtigung		beizulegender Zeitwert korrespondierender Sicherheiten	
		31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009
	Loans and Receivables	3.325,5	3.726,3	2.079,8	2.023,8	1.245,7	1.702,5	814,9	1.143,8
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	<i>Forderungen Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)</i>	1.739,7	2.115,6	877,0	806,4	862,7	1.309,2	814,9	1.143,8
	<i>Finanzanlagen</i>	1.585,8	1.610,7	1.202,8	1.217,4	383,0	393,3	-	-
Forderungen aus Finanzierungsleasing	Forderungen Kunden	91,6	72,1	7,2	6,7	84,4	65,4	-	-
Gesamt		3.417,1	3.798,4	2.087,0	2.030,5	1.330,1	1.767,9	814,9	1.143,8

Der Rückgang des Buchwertes der einzelwertberechtigten Vermögenswerte der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Kundenforderungen von 1.309,2 Mio. € auf 862,7 Mio. € ist vor allem darauf zurückzuführen, dass per 31. März 2009 ein Volumen von 428 Mio. € der IKB CC enthalten war. Dieses Volumen war auf Grundlage aktueller Marktwerte einzelwertberichtigt und zum Stichtag 31. März 2010 vollständig veräußert.

Im Rahmen der Sicherheitenverwertung sind der IKB während des Geschäftsjahres Sicherheitenentlöse in Höhe von 581,1 Mio. € (Vorjahr: 434,7 Mio. €) zugeflossen.

Weitere ausführliche Angaben zu den Risiken befinden sich im Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts.

Sonstige Erläuterungen

(66) Erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen

in Mio. €	Bestand zum 1.4.2009	Erfolgsneutrale Veränderungen	Erfolgs-wirksame Veränderungen	Bestand vor Ertragsteuer-effekten zum 31.3.2010	Ertragsteuer-effekte auf erfolgsneutrale Veränderungen	Ertragsteuer-effekte auf erfolgswirksame Veränderungen	Bestand nach Ertragsteuer-effekten zum 31.3.2010
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-27,6	37,4	3,2	13,0	-11,2	-0,9	0,9
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern	-8,3	0,8		-7,5	-0,3	-	-7,8
Rücklage aus der Währungsumrechnung	-20,5	3,3		-17,2		-	-17,2
Versicherungsmathematische Gewinne / Verluste (IAS 19)	-27,1	-9,5		-36,6	2,8		-33,8
Gesamtergebnis (total comprehensive income)	-83,5	32,0	3,2	-48,3	-8,7	-0,9	-57,9

in Mio. €	Bestand zum 1.4.2008	Erfolgsneutrale Veränderungen	Erfolgs-wirksame Veränderungen	Bestand vor Ertragsteuer-effekten zum 31.3.2009	Ertragsteuer-effekte auf erfolgsneutrale Veränderungen	Ertragsteuer-effekte auf erfolgswirksame Veränderungen	Bestand nach Ertragsteuer-effekten zum 31.3.2009
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-22,8	-59,5	46,1	-36,2	-5,7	14,3	-27,6
Sicherungsbeziehungen (IFRS 1 (G60 B))	25,6		-37,4	-11,8		11,8	-
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern	-	-12,1		-12,1	3,8	-	-8,3
Rücklage aus der Währungsumrechnung	7,0	-27,5		-20,5		-	-20,5
Versicherungsmathematische Gewinne / Verluste (IAS 19)	-8,9	-27,2		-36,1	9,0	-	-27,1
Gesamtergebnis (total comprehensive income)	0,9	-126,3	8,7	-116,7	7,1	26,1	-83,5

(67) Eventualforderungen/-verbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen der IKB setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Eventualverbindlichkeiten	628,4	876,1
Bürgschaften, Garantien, Sonstige	505,5	554,7
Haftungsübernahmen	122,9	321,4
Andere Verpflichtungen	2.265,7	2.932,3
Kreditzusagen bis zu einem Jahr	1.108,1	1.372,4
Kreditzusagen von mehr als einem Jahr	1.157,6	1.559,9
Gesamt	2.894,1	3.808,4

Den Eventualverbindlichkeiten stehen grundsätzlich Eventualforderungen in gleicher Höhe gegenüber. Im Rahmen des Verkaufs der 50%igen Gesellschaftsanteile an der Movesta hat die IKB AG gesamtschuldnerisch mit der IKB Beteiligungen Garantien und Freistellungsverpflichtungen übernommen. Hierunter fallen z. B. die übertragenen GmbH-Anteile sowie die ordnungsmäßige Abwicklung und die Erfüllung von Verpflichtungen aus der Vergangenheit (u. a. Abgabe von Steuererklärungen und -anmeldungen).

Die dargestellten Zahlen reflektieren die um Rückstellungen korrigierten Beträge, die im Falle der vollständigen Ausnutzung der Fazilitäten an den Kunden ausgezahlt werden müssten.

(68) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie aus dem von der IKB Private Equity GmbH gehaltenen Anteilsbesitz und den Nachrangdarlehen belaufen sich am Bilanzstichtag im Konzern auf 22,1 Mio. € (Vorjahr: 22,9 Mio. €).

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen für Miet-, Leasing- und andere Verträge betragen am 31. März 2010 insgesamt 261,6 Mio. €.

Es besteht eine anteilige Nachschusspflicht gemäß § 26 GmbHG für die Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main. Daneben trägt die IKB eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer, dem Bundesverband deutscher Banken e. V. angehörender Gesellschafter. Ferner hat sich die IKB AG gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten frei zu halten, die durch Maßnahmen zu Gunsten von in ihrem Mehrheitsbesitz stehenden Kreditinstituten anfallen. Für weitere Informationen siehe Jahresabschluss und Lagebericht der IKB AG zum 31. März 2010.

(69) Leasing

Finanzierungsleasing

Forderungen aus dem Leasinggeschäft in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
Bruttoinvestitionswert (Restlaufzeiten)		
bis 1 Jahr	625,0	608,6
über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.331,6	1.487,8
über 5 Jahre	128,7	148,7
Bruttoinvestitionswert insgesamt	2.085,3	2.245,1
darunter:		
Nicht garantierte Restwerte	51,2	34,2
Unrealisierter Finanzertrag (Restlaufzeiten)		
bis 1 Jahr	102,9	104,4
über 1 Jahr bis 5 Jahre	152,8	177,9
über 5 Jahre	12,3	11,6
Unrealisierter Finanzertrag insgesamt	268,0	293,9
Nettoinvestitionswert (Restlaufzeiten)		
bis 1 Jahr	522,1	504,2
über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.178,8	1.309,9
über 5 Jahre	116,4	137,1
Nettoinvestitionswert insgesamt	1.817,3	1.951,2
Erfolgswirksam erfasste bedingte Mietzahlungen	8,4	0,0
Kumulierte Wertberichtigungen für uneinbringlich ausstehende Mindestleasingzahlungen	0,6	3,3

Zukünftige zu erhaltene Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Finanzierungsleasing-Verträgen teilen sich nach Laufzeiten wie folgt auf:

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
bis 1 Jahr	519,9	628,7
über 1 Jahr bis 5 Jahre	1.111,8	1.480,0
über 5 Jahre	111,9	139,7
Gesamt	1.743,6	2.248,4

Operating-Leasing

Zukünftige zu erhaltene Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating-Leasing-Verträgen teilen sich nach Laufzeiten wie folgt auf:

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
bis 1 Jahr	37,6	38,9
über 1 Jahr bis 5 Jahre	71,6	104,0
über 5 Jahre	0,9	5,8
Gesamt	110,1	148,7

Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen erfolgswirksam erfasst.

Im Rahmen eines Operating-Leasing-Vertrages wurden die zwei Verwaltungsgebäude in Düsseldorf für eine Festmietzeit von 20 Jahren angemietet. Es besteht eine zweimalige Mietverlängerungsoption über jeweils fünf Jahre zu dann gültigen Marktkonditionen. Zusätzlich wurde der IKB ein Vorkaufs- und Vormietrecht eingeräumt. Für die ersten drei Jahre des Mietvertrages wurde eine Preisanpassungsklausel mit 1 % p. a. vereinbart, ab dem vierten Jahr besteht eine Regelung zu einer bedingten Mietzahlung durch die Kopplung der Mieterhöhung an die Veränderung des Verbraucherpreisindexes.

Von der IKB aus unkündbaren Operating-Leasing-Verträgen zu leistende Mindestleasingzahlungen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.3.2010	31.3.2009
bis 1 Jahr	9,9	13,1
über 1 Jahr bis 5 Jahre	54,2	53,7
über 5 Jahre	153,5	162,2
Gesamt	217,7	229,0

Aus der Untervermietung von Teilen der Verwaltungsgebäude an konzernfremde Mieter erwartet die IKB Mietzahlungen von unverändert mindestens 2,0 Mio. € p. a. (Vorjahr: 2,0 Mio. €).

(70) Angaben zu Sicherheiten

Angaben zu gestellten Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten

Sicherheiten stellt die IKB vor allem im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der Europäischen Zentralbank. Es sind finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 2,1 Mrd. € (Vorjahr: 7,1 Mrd. €) als Sicherheiten nach den handelsrechtlichen Regeln für das Tenderverfahren und das Krediteinreichungsverfahren bei der Europäischen Zentralbank (Sicherheitenpool) hinterlegt. Am Bilanzstichtag waren Kreditfazilitäten in Höhe von 1,8 Mrd. € (Vorjahr: 2,9 Mrd. €) in Anspruch genommen.

Zum 31. März 2010 weist die IKB gesondert abgetretene und verpfändete Sicherheiten aus, dabei existiert, bis auf bei Barsicherheitenleistungen (Cash Collaterals), kein gewohnheitsmäßiges Recht des Sicherungsnehmers die Sicherheiten weiterzueräußern.

in Mio. €	Als Sicherheiten übertragene Vermögenswerte	
	31.3.2010	31.3.2009
Aktiva		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert		
Held for Trading	0,0	13,3
Handelsaktiva	0,0	13,3
Fair-Value-Option	981,3	1.300,6
Finanzanlagen	981,3	1.300,6
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert		
Available for Sale	404,0	904,2
Finanzanlagen	404,0	904,2
Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten		
Loans and Receivables	9.929,8	15.571,6
Forderungen an Kunden	8.783,4	10.780,4
Finanzanlagen	1.146,4	4.791,2
Gesamt	11.315,1	17.789,7

Die IKB hat bei Kreditinstituten Barsicherheitenleistungen im Zusammenhang mit Kreditderivatgeschäften in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr: 5,8 Mio. €) erbracht.

Im Rahmen des Sicherheitenverwaltungs-Managements (Collateral Management) wurden für Zinsderivate Barsicherheiten in Höhe von 1.590,7 Mio. € (Vorjahr: 1.627 Mio. €) gegeben.

Für die Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen bei Wertpapiertransaktionen sind Wertpapierbestände mit einem Nominalwert in Höhe von 240,0 Mio. € (Vorjahr: 19,0 Mio. €) gegenüber der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, und ein Wertpapier mit einem Nominalwert in Höhe von 7,0 Mio. € (Vorjahr: 7,0 Mio. €) bei der Clearstream Banking S.A., Luxemburg, als Sicherheit hinterlegt. Im Rahmen des Futures-Handels an der EUREX Deutschland sind für Marginverpflichtungen gegenüber der BHF-Bank AG, Frankfurt am Main, Wertpapiere mit einem Nominalwert in Höhe von 5,0 Mio. € (Vorjahr: 5,0 Mio. €) sowie Barclays, London, Wertpapiere mit einem Nominalwert in Höhe von 22,0 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) verpfändet.

Der KfW, Frankfurt am Main, sind zur begleitenden Absicherung gemeinsamer Geschäftskonzepte Wertpapiere in Höhe von 87,4 Mio. € (Vorjahr: 158,0 Mio. €) verpfändet und Barsicherheiten in Höhe von 230,0 Mio. € (Vorjahr: 170,0 Mio. €) gestellt worden. Zur Absicherung von Globaldarlehen wurden weitere Wertpapiere als Sicherheit an verschiedene Kreditinstitute in Höhe von insgesamt 124,0 Mio. € (Vorjahr: 124,0 Mio. €) gestellt.

Für die als Sicherheiten hinterlegten Vermögenswerte existiert bis auf die Barsicherheitenleistungen kein Recht auf Weiterveräußerbarkeit.

(71) Wertpapierpensionsgeschäfte

Die IKB hat im Geschäftsjahr 2009/10 den Umfang echter Wertpapierpensionsgeschäfte reduziert. Als Pensionsgeber hat die IKB zum Stichtag Finanzanlagen mit einem Buchwert von 576,9 Mio. € (Vorjahr: 631,4 Mio. €) übertragen (Repo-Geschäfte). Dabei handelt es sich um Sicherheiten, die vom Empfänger weiterveräußert und weiterverpfändet werden dürfen. Aus den Repo-Geschäften resultieren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 540,2 Mio. € (Vorjahr: 585,8 Mio. €).

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

in Mio. €		In Pension gegebene finanzielle Vermögenswerte		Korrespondierende Kaufpreisverbindlichkeiten (Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder Kunden)	
		31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009
Aktiva					
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert					
	Fair-Value-Option	339,3	0,0	317,7	0,0
	Finanzanlagen	339,3	0,0	317,7	0,0
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert					
	Available for Sale	0,5	0,0	0,5	0,0
	Finanzanlagen	0,5	0,0	0,5	0,0
Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten					
	Loans and Receivables	237,1	631,4	222,0	585,8
	Finanzanlagen	237,1	631,4	222,0	585,8
Gesamt		576,9	631,4	540,2	585,8

Zudem hat die IKB als Pensionsnehmer Staatsanleihen mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 132,0 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €) erhalten (Reverse-Repo-Geschäfte), für die die Erlaubnis zu Weiterveräußerung oder Weiterverpfändung besteht. Hieraus resultieren zum Stichtag Forderungen an Kreditinstitute mit einem Buchwert von 132,0 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €). Für die erhaltenen Staatsanleihen besteht nach den üblichen Bedingungen im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften eine Rückgabepflichtung in gleicher Höhe.

(72) Anlagespiegel

Das Anlagevermögen hat sich im vergangenen Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Sachanlagen			Immaterielle Anlagewerte	Gesamt
	Leasing-gegenstände aus Operating-Leasing-Verträgen	Grundstücke und Gebäude sowie Gebäude im Bau ohne als Finanzinvestition zur Veräußerung gehaltene Immobilien	Betriebs- und Geschäftsausstattung inkl. Geringwertige Wirtschaftsgüter		
Anschaffungs- und Herstellungskosten					
Bestand zum 31.3.2009	210,5	124,0	70,9	77,7	483,1
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-0,1	-	-	-	-0,1
Veränderungen aus Währungsumrechnungen	0,4	-	-	-	0,4
Zugänge	45,5	5,6	2,9	2,1	56,1
Umbuchungen	-3,8	-2,0	2,1	-0,1	-3,8
Abgänge	32,7	88,1	6,9	0,2	127,9
Bestand zum 31.3.2010	219,8	39,5	69,0	79,5	407,8
Ab- und Zuschreibungen					
Bestand zum 31.3.2009	60,9	37,7	50,7	58,6	207,9
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-0,1	-	-	-	-0,1
Veränderungen aus Währungsumrechnung	0,2	-	-	-	0,2
Planmäßige Abschreibungen	35,2	0,5	7,0	8,4	51,1
Außerplanmäßige Abschreibungen	0,8	0,8	-	-	1,6
Zuschreibungen	-	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	0,1	-0,1	-
Abgänge	18,9	20,1	6,0	0,3	45,3
Bestand zum 31.3.2010	78,1	18,9	51,8	66,6	215,4
Buchwerte					
Bestand zum 31.3.2009	149,6	86,3	20,2	19,1	275,2
Bestand zum 31.3.2010	141,7	20,6	17,2	12,9	192,4

(73) Restlaufzeitengliederung

Die Restlaufzeit ergibt sich aus dem Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und Fälligkeitstermin jedes Teilbetrags eines Vermögenswertes oder einer Verbindlichkeit. Existiert ein Zinsanpassungstermin vor dem eigentlichen Fälligkeitstermin, so wurde dieser als Fälligkeitstermin gewählt.

Die folgende Tabelle zeigt eine Gliederung der Buchwerte von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten:

31.3.2010 in Mio. €	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute	2.387,1	11,9	85,5	33,8	2.518,3
Forderungen an Kunden	1.917,2	3.039,5	12.108,1	6.600,3	23.665,1
Handelsaktiva	290,2	53,6	425,5	572,0	1.341,3
Finanzanlagen	1.514,5	1.216,6	2.331,1	3.278,5	8.340,7
At equity bilanzierte Unternehmen	-	-	-	9,5	9,5
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	190,7	-	-	-	190,7
Gesamt	6.299,7	4.321,6	14.950,2	10.494,1	36.065,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.929,7	1.814,7	5.282,6	2.971,0	11.998,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.950,5	1.329,4	1.420,7	2.817,3	7.517,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	937,3	1.816,3	7.972,5	62,5	10.788,6
Handelsspassiva	335,9	45,5	527,0	1.573,5	2.481,9
Nachrangkapital	0,6	28,3	510,3	675,0	1.214,2
Gesamt	5.154,0	5.034,2	15.713,1	8.099,3	34.000,6

31.3.2009 in Mio. €	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr*	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	Gesamt*
Forderungen an Kreditinstitute	2.243,6	631,4	71,0	33,5	2.979,5
Forderungen an Kunden	2.251,5	3.226,0	13.365,5	9.084,9	27.927,9
Handelsaktiva	195,8	112,6	508,4	2.916,0	3.732,8
Finanzanlagen	696,8	613,8	3.558,6	5.367,1	10.236,3
At equity bilanzierte Unternehmen	-	-	-	7,5	7,5
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	3,1	-	-	-	3,1
Gesamt	5.390,8	4.583,8	17.503,5	17.409,0	44.887,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.863,7	1.191,4	5.937,8	3.325,8	15.318,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.485,2	824,9	1.154,4	2.354,3	5.818,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.608,7	4.842,5	7.497,9	76,8	14.025,9
Handelsspassiva	284,9	106,3	508,1	4.580,7	5.480,0
Nachrangkapital	21,3	42,6	582,4	711,6	1.357,9
Gesamt	8.263,8	7.007,7	15.680,6	11.049,2	42.001,3

* Zahlen angepasst

(74) Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle stellt das Liquiditätsrisiko für nicht-derivative und derivative finanzielle Verbindlichkeiten und das außerbilanzielle Geschäft nach den Anforderungen des IFRS 7.39(a) dar. Dabei richtet sich die Restlaufzeitengliederung nach den vertraglichen Fälligkeiten. Die anfallenden Zahlungen werden in undiskontierten vertraglichen Cashflows ausgewiesen. Dabei wird grundsätzlich auf den frühest möglichen Kündigungszeitpunkt bzw. auf den Zeitpunkt der frühest möglichen Inanspruchnahme abgestellt.

Die folgende Darstellung gibt einen Überblick über die vertraglichen Restlaufzeiten nicht-derivativer Verbindlichkeiten:

31.3.2010 in Mio. €	Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten					Gesamt
	bis 1 Monat	mehr als 1 Monat bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.176,6	46,4	1.907,3	6.227,2	3.399,6	13.757,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	937,2	1.093,2	1.942,4	2.363,2	2.804,8	9.140,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	33,9	679,2	2.047,9	8.288,0	26,0	11.075,0
Nachrangkapital	12,3	6,3	253,9	1.632,6	1.151,2	3.056,3
Gesamt	3.160,0	1.825,1	6.151,5	18.511,0	7.381,6	37.029,2
Außerbilanzielles Geschäft	2.894,1	0,0	0,0	0,0	0,0	2.894,1

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

31.3.2009 in Mio. €	Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten					Gesamt
	bis 1 Monat	mehr als 1 Monat bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr *	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.950,9	989,5	1.713,6	6.594,6	3.854,9	17.103,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.191,8	422,6	1.262,4	2.483,0	3.082,9	8.442,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	570,1	1.123,8	5.157,0	7.861,3	65,7	14.777,9
Handelsspassiva	3.569,9	134,3	332,3	1.385,6	2.729,4	8.151,5
Nachrangkapital	9,9	7,9	122,9	1.595,7	1.541,4	3.277,8
Gesamt	9.292,6	2.678,1	8.588,2	19.920,1	11.274,3	51.753,4
Außerbilanzielles Geschäft	3.808,4	0,0	0,0	0,0	0,0	3.808,4

* Zahlen angepasst

Im Nachrangkapital sind unter anderem Verbindlichkeiten mit unendlicher Laufzeit enthalten, die ausschließlich mit einem Emittenten-Kündigungsrecht versehen sind. Die hieraus resultierenden Cashflows sind den jeweiligen Laufzeitbändern zugeordnet; im letzten Laufzeitband wird der Nominalwert der Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die Restlaufzeitengliederung vertraglicher Cashflows derivativer Verbindlichkeiten enthält lediglich Handelsspassiva, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet sind, da der Fälligkeitstermin von Derivaten des Handelsbuchs primär von deren Wertentwicklung am Markt abhängt und nicht von vertraglich vereinbarten Cashflows.

31.3.2010 in Mio. €	Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten					Gesamt
	bis 1 Monat	mehr als 1 Monat bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
Zinsderivate	36,9	139,8	416,7	1.807,2	3.887,4	6.288,0
Währungsderivate	1.153,0	336,9	16,3	44,9	4,3	1.555,4
Gesamt	1.189,9	476,7	433,0	1.852,1	3.891,7	7.843,4

Die aus Swap-Geschäften resultierenden Zahlungsmittelabflüsse werden in der Darstellung der vertraglichen Restlaufzeiten nach Saldierung mit den Zahlungsmittelzuflüssen je Finanzinstrument im jeweiligen Laufzeitband abgebildet. Alle übrigen derivativen Instrumente sind IDW RS HFA 24 (IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Einzelfragen zu den Angabepflichten des IFRS 7 zu Finanzinstrumenten, 27. November 2009) folgend mit ihrem beizulegenden Zeitwert enthalten. Die IKB geht davon aus, dass der beizulegende Zeitwert am besten den Cashflow, der aus der Schließung der derivativen Positionen entstehen würde, widerspiegelt. Die Einordnung des beizulegenden Zeitwerts in die verschiedenen Laufzeitbänder richtet sich dabei nach den vertraglichen Laufzeiten. Der beizulegende Zeitwert von Kreditderivaten, bei denen die IKB Sicherungsgeber ist, wird hiervon abweichend dem ersten Laufzeitband zugeordnet. Tritt die IKB als Sicherungsnehmer auf, wird der negative beizulegende Zeitwert nach der grundsätzlichen Regelung dem vertraglichen Laufzeitband zugeordnet.

(75) Liquiditätsrisiko

Die IKB versteht unter dem Begriff des Liquiditätsrisikos die Komponenten des Zahlungsunfähigkeitsrisikos, des Liquiditäts-Fristentransformationsrisikos und des volkswirtschaftliche Liquiditätsrisiko.

Das **Zahlungsunfähigkeitsrisiko** bzw. kurzfristige (dispositive) Liquiditätsrisiko ist das Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht bzw. nicht in ökonomisch sinnvoller Weise nachkommen zu können. Dieses Risiko wird schlagend, wenn die verfügbaren Zahlungsmittel und Zahlungseingänge unter Berücksichtigung der bestehenden Liquiditätsreserven nicht ausreichen, um die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Bei der IKB als geld- und kapitalmarktfremfinanziertem Institut kommt dieses Risiko insbesondere dann zum Tragen, wenn die Geld- und Kapitalmärkte und/oder die eigene Kapitalmarktfähigkeit nachhaltig gestört sind. Dieser Risikoklasse wird über die Limitierung des täglichen minimalen Liquiditätssaldos unter Berücksichtigung unterschiedlicher Szenarien in einem Betrachtungszeitraum von 90 Tagen (Stand: Geschäftsjahr 2009/10; aktuell 180 Tage) Rechnung getragen.

Unter **Liquiditäts-Fristentransformationsrisiko** wird das Risiko verstanden, dass zukünftige Liquiditätslücken nur zu erhöhten Kosten bzw. aufgrund von Liquiditätsengpässen nicht ge-

geschlossen werden können. Dieser Risikoklasse wird unter anderem über die regelmäßige Darstellung einer langfristigen Liquiditätsablaufbilanz (bis zu zehn Jahre) Rechnung getragen. Damit neben dem Grad der eingegangenen Fristentransformation auch die zeitliche Diversifikation der Zu- und Abflüsse in den einzelnen Laufzeitbändern analysiert und im Steuerungsprozess berücksichtigt werden kann, erfolgt täglich eine Detailauswertung des Liquiditätsablaufs unter Berücksichtigung der Steuerungsmaßnahmen über einen 5-Jahres-Horizont. Weiterhin werden im Rahmen des Konzernplanungsprozesses die Liquiditätsabläufe und Liquiditätskosten über einen Zeitraum von fünf Jahren im Detail analysiert und Steuerungsmaßnahmen abgeleitet.

Das **Volkswirtschaftliche Liquiditätsrisiko** umfasst das Risiko, dass aufgrund von Marktverwerfungen bzw. einer Anpassung der Rahmenbedingungen die IKB in eine Krisensituation gerät. Dieses Risiko wird anhand regelmäßiger Stressszenarien analysiert. Hierbei werden sowohl institutspezifische Stressszenarien als auch marktweite Stresstests entwickelt.

Strategische Liquiditätssteuerungsziele setzt der Vorstand, die operative Liquiditätssteuerung obliegt dem Bereich Treasury, der auch im Rahmen des täglichen Liquiditätsrisikoberichts die Maßnahmenplanung vornimmt. Mindestens wöchentlich erfolgen eine Abstimmung der Maßnahmenplanung sowie eine Diskussion der Liquiditätssituation unter Berücksichtigung der jeweiligen Marktsituation zwischen den Bereichen Treasury und Risikocontrolling.

Sowohl Maßnahmenplanung als auch Modellierungen unterliegen einem regelmäßig durchgeführten Backtesting seitens des Risikocontrollings, sodass potenzielle Anpassungsnotwendigkeiten zeitnah erkannt werden. Annahmen und Methoden werden mindestens jährlich sowie bei Bedarf überprüft.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr lag – bedingt durch das angespannte Marktumfeld – der Hauptfokus der Liquiditätssteuerung auf der Sicherstellung der kurzfristigen Liquidität (90-Tages-Horizont – aktuell 180-Tages-Horizont) mit der Einhaltung von aufsichtsrechtlichen Anforderungen als strikte Nebenbedingung. Die Liquiditätskennzahl nach Liquiditätsverordnung wird vom aufsichtsrechtlichen Controlling täglich ermittelt und im Rahmen der Treasury-Steuerung über eine Vorausschau prognostiziert. Die IKB hat das Ziel, stets eine Liquiditätskennziffer von mindestens 1,25 einzuhalten (aufsichtsrechtliche Anforderung: 1,0). Dieses wurde im Geschäftsjahr 2009/10 eingehalten.

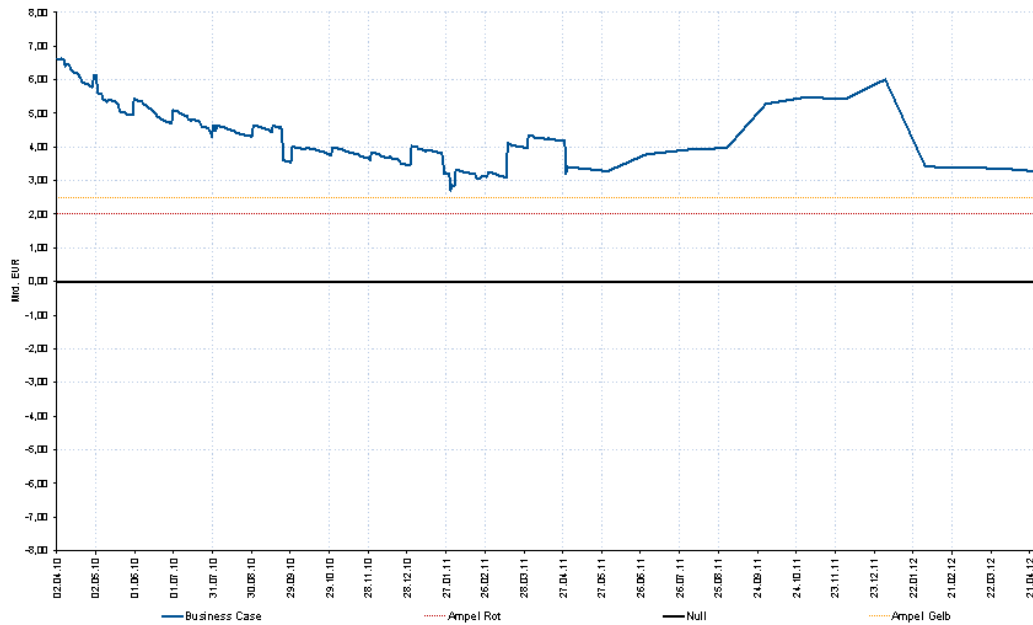
Darüber hinaus wird von Treasury regelmäßig der Zugang zu den Kapitalmärkten zur Gewinnung von Refinanzierungsmitteln überprüft (taktische Liquidität). Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009/10 hat die IKB vom Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung garantierte Emissionen in Höhe von 6 Mrd. € (4 Mrd. € wurden bereits im GJ 2008/09 in Anspruch genommen) herausgegeben und konnte ihren Bestand an Kundeneinlagen sukzessive auf 2,7 Mrd. € ausweiten. Des Weiteren konnten auch Schuldscheindarlehen mit einem Volumen von über 100 Mio. € am Markt platziert werden, sodass die IKB der Kapitalmarktfähigkeit wieder entgegen strebt. Die Stabilisierung der Liquiditätssituation wird auch daraus ersichtlich, dass die IKB ihren Garantierahmen des SoFFin in Höhe von ursprünglich 12 Mrd. € durch eigenen Antrag auf 10 Mrd. € reduziert hat (freier Garantierahmen: 0 Mrd. €, genutzter Garantierahmen: 10 Mrd. €).

Das handelsunabhängige Liquiditätsrisikocontrolling liegt in der Verantwortung des Risikocontrollings, das neben der Überwachung der Limiteinhaltung auch die wöchentliche (Stand: Geschäftsjahr 2009/10; aktuell tägliche) Liquiditätsrisikoberichterstattung, sowie die Kalkulation von Stressszenarien verantwortet. Der Liquiditätsrisikobericht beinhaltet neben dem Ablauf des bereits kontrahierten Geschäfts und der Liquiditätsreserve (insbesondere notenbankfähige Wertpapiere und Kredite) auch Modellierungen zum Bestandsgeschäft sowie weitere Maßnahmenplanungen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Szenarien. Hierbei werden alle wesentlichen Konzerngesellschaften im Liquiditätsrisikobericht und der Liquiditätssteuerung berücksichtigt.

Aus der folgenden Abbildung wird eine Liquiditätsablaufbilanz für einen Zeitraum von zwei Jahren unter Berücksichtigung von Liquiditätsmaßnahmen abgebildet. Die rote Linie veranschaulicht das Limit i. H. v. 2 Mrd. €, die gelbe Linie eine Warngrenze in Höhe von 2,5 Mrd. €.

Das Limit beschreibt die Mindestliquidität, welche die Bank ohne Berücksichtigung von Liquiditätsmaßnahmen über einen Zeitraum von 90 Tagen einhalten möchte. In dieser längerfristigen Vorausschau werden die Liquiditätsmaßnahmen berücksichtigt.

2-Jahres-Liquiditätsablaufbilanz per 31. März 2010



Die Komponenten der Liquiditätsablaufbilanz umfassen:

- Kapital- und Zins-Cashflows aus kontrahierten Geschäften Modellierungen zum Bestandsgeschäft (z. B. Ziehung von Kreditlinien)
- Liquiditätsreserve
- Neugeschäftsplanung der Bank
- Prolongationsannahme der Kundeneinlagen und Neuabschluss von passiven Schuldscheindarlehen
- Annahme bezüglich Prolongationen des Kreditbestandes
- Maßnahmenplanung von Treasury (z. B. Refinanzierung und Vermögenswert-Verkäufe)

(76) Durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	31.03.2010	31.3.2009
Männlich	987	1.058
Weiblich	626	691
Gesamt	1.613	1.749

(77) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Die nachstehende Übersicht zeigt die Geschäftsbeziehungen zu den Organen der Bank im Kundenkreditgeschäft:

Personenkreis	Kreditvolumen (Inanspruchnahme oder Höhe der Zusage) (Tsd. €)		Durchschnittliche Restlaufzeit (Jahre)		Durchschnittliche Verzinsung (%)	
	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009
Arbeitnehmervertreter im AR	137	104	2,0	2,3	4,3	4,0
von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	135.529	38.344	3,7	5,7	2,7	3,0
von ehemaligen Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	-	97.426	-	7,1	-	4,4
Gesamt	135.666	135.874	3,7	6,7	2,7	4,0

Sämtliche Engagements wurden zu marktgerechten Bedingungen auf der Grundlage der geschäftsüblichen Grundsätze der IKB gewährt und durch Grundpfandrechte und sonstige Sicherheiten besichert. Diese Engagements stellen 0,5 % (Vorjahr: 0,4 %) des Konzernkreditvolumens dar. Es besteht keine Einzelwertberichtigung für diese Engagements.

Die nachstehende Tabelle zeigt die übrigen Geschäftsbeziehungen, die ebenfalls zu marktgerechten Bedingungen abgeschlossen wurden:

Personenkreis	Geschäftsart	Volumen (Tsd. €)		Durchschnittliche Restlaufzeit (Jahre)		Durchschnittliche Verzinsung (%)	
		31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009
von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	Zinsswaps	37.423	39.374	4,9	5,8	IKB zahlt variabel: EURIBOR 3M und EURIBOR 6M erhält: 3,60 bis 4,57%	IKB zahlt variabel: EURIBOR 3M und EURIBOR 6M erhält: 3,60 bis 4,57%
von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	Bandbreiten-Zinsswaps	10.501	-	1,2	-	IKB zahlt variabel: EURIBOR 3M erhält: 3,85% oder EURIBOR 3M (je nach Bandbreite)	-
von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	Kundeneinlagen	4.000	-	< 1 Mon.	-	0,9	-
von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	IHS	9.352	-	6,5	-	4,8	-

Die IKB AG hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht erstellt. Der Abhängigkeitsbericht wird nicht öffentlich gemacht. Die Schlussfolgerung des Vorstands der Bank im Abhängigkeitsbericht lautet: „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

Geschäfte von Personen mit Führungsaufgaben gemäß § 15a WpHG

Personen mit Führungsaufgaben, insbesondere Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der IKB sowie mit diesen in einer engen Beziehung stehende Personen, sind gemäß § 15a des Wertpapierhandelsgesetzes gesetzlich verpflichtet, Geschäfte mit Aktien der IKB

oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten offenzulegen, soweit der Wert der von dem Mitglied und ihm nahestehenden Personen innerhalb eines Kalenderjahres getätigten Geschäfte die Summe von 5.000 € erreicht oder übersteigt.

Im Berichtsjahr sind keine Geschäfte mit Aktien der IKB AG oder sich darauf beziehende Finanzinstrumente durch Personen mit Führungsaufgaben sowie Personen, die mit einer solchen Person in einer engen Beziehung stehen, erfolgt.

Mitteilungspflichtiger Besitz gemäß Ziff. 6.6 des Deutschen Corporate Governance Kodex lag bis zum 31. März 2010 nicht vor.

Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Tochterunternehmen und Beteiligungsgesellschaften

Die Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen betreffen in erster Linie Refinanzierungen und Kapitalstärkung durch Mutterunternehmen des IKB-Hauptaktionärs LSF6 Europe Financial Holdings L.P. oder diesem zuzurechnende Unternehmen. Die Forderungen gegenüber Kunden entfallen hauptsächlich auf Kreditvergaben an assoziierte Unternehmen und nicht konsolidierungspflichtige Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Die nachstehende Übersicht zeigt die Geschäftsbeziehungen zu nahe stehenden Unternehmen gemäß IAS 24.9:

In Mio. €	Mutterunternehmen		Unternehmen, die dem Mutterunternehmen zuzurechnen sind		Tochterunternehmen		Assoziierte Unternehmen		Gesamt	
	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009	31.3.2010	31.3.2009
Forderungen										
Forderungen an Kreditinstitute	0,2	-	-	-	-	-	-	-	0,2	-
Forderungen an Kunden	-	-	-	-	30,3	10,9	64,9	149,5	95,2	160,4
Handelsaktiva	0,1	-	-	41,2	-	-	0,4	0,8	0,5	42,0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-	-	-	-	-	45,1	-	45,1	-
Gesamt	0,3	-	-	41,2	30,3	10,9	110,4	150,3	141,0	202,4
Verbindlichkeiten										
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	-	721,3	634,5	1,4	0,6	0,5	0,4	723,2	635,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	29,3	105,6	13,4	147,3	-	-	-	-	42,7	252,9
Gesamt	29,3	105,6	734,7	781,8	1,4	0,6	0,5	0,4	765,9	888,4

Im Zuge der Vertragsverhandlungen mit dem SoFFin wegen Erhöhung des Garantierahmens wurde die LSF6 Europe Financial Holdings, L.P., Delaware, aufgefordert auf Ansprüche aus den Nachrangigen Schuldverschreibungen vom November und Dezember 2008 zur Stärkung des Kernkapitals bei der IKB zu verzichten. Hinsichtlich der Pflichtwandelanleihe wurde vereinbart, dass die LSF6 Rio S.a.r.l. mit Wirkung zum 1. Juli 2009 vorzeitig die Wandlung ausübt.

Bei der Position „Nachrangige Verbindlichkeiten“ wurde im Vorjahresvergleichswert die Nettodarstellung dahingehend angepasst, dass nunmehr eine Aufteilung in Basisinstrument und trennungspflichtiges Derivat vorgenommen wird. Dies führt in der Spalte „Unternehmen, die dem Mutterunternehmen zugeordnet sind“ zu folgenden Veränderungen: Die Position „Handelsaktiva“ erhöht sich um 41,2 Mio. € auf 41,2 Mio. € und die Position „Nachrangige Verbindlichkeiten“ erhöht sich von 106,1 Mio. € um 41,2 Mio. € auf 147,3 Mio. €.

Des Weiteren wurde die Spalte „Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“ in „Assoziierte Unternehmen“ umbenannt und die Vorjahreswerte um Beträge aus „Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“ korrigiert. Die Anpassungen betreffen die Positionen „Forderungen an Kunden“ und „Handelsaktiva“. Die Position „Forderungen an Kunden“ reduziert sich von 160,9 Mio. € um 11,4 Mio. € auf 149,5 Mio. € und die Position „Handelsaktiva“ reduziert sich von 3,7 Mio. € um 2,9 Mio. € auf 0,8 Mio. €.

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

Durch die Anpassungen verändern sich auch die Gesamtwerte des Vorjahres. Die Position „Forderungen an Kunden“ reduziert sich von 171,8 Mio. € um 11,4 Mio. € auf 160,4 Mio. €, die Position „Handelsaktiva“ erhöht sich von 3,7 Mio. € um 38,3 Mio. € auf 42,0 Mio. € und die Position „Nachrangige Verbindlichkeiten“ erhöht sich von 211,7 Mio. € um 41,2 Mio. € auf 252,9 Mio. €.

Patronatserklärung

Die IKB trägt dafür Sorge, dass ihre Tochterunternehmen, die im Konsolidierungskreis (Note 82) als unter die Patronatserklärung fallend gekennzeichnet sind, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können.

Die IKB Leasing GmbH, Hamburg, hat zugunsten der Tochtergesellschaften IKB Leasing Hungaria Kft., Budapest, und IKB Penzüdyi Lizing Hungaria Rt, Budapest, gegenüber der Commerzbank Rt., Budapest, Patronatserklärungen abgegeben.

Die IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG hat zugunsten der ilmenau center GmbH & Co. KG eine Patronatserklärung gegenüber Zoo & Co. in Höhe von 340 Tsd. € (Vorjahr: 340 Tsd. €) abgegeben.

(78) Bezüge und Kredite der Organe

Eine ausführliche Beschreibung der Bezüge und des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats befindet sich im Vergütungsbericht des Konzernlageberichts.

Die Vergütung des Vorstands

Für das Geschäftsjahr 2009/10 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 2.505 Tsd. € (Vorjahr: 7.068 Tsd. €). Hiervon entfallen 2.153 Tsd. € (Vorjahr: 2.380 Tsd. €) auf Festbezüge, 0,0 Tsd. € (Vorjahr: 3.117 Tsd. €) auf variable Bezüge, 271 Tsd. € (Vorjahr: 280 Tsd. €) auf Pensionsersatzzahlungen und 81 Tsd. € (Vorjahr: 1.291 Tsd. €) auf Nebenleistungen (im Vorjahr inklusive Abfindungen in Höhe von 1.120 Tsd. €).

Frühere und ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder und ausgeschiedenen Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen beliefen sich auf 3.314 Tsd. € (Vorjahr: 3.097 Tsd. €). Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 50.001 Tsd. € (Vorjahr: 45.959 Tsd. €) zurückgestellt.

Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2009/10 beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 254 Tsd. € (Vorjahr: 498 Tsd. €). Hierin sind 10 Tsd. € (Vorjahr: 69 Tsd. €) Auslagenersatz enthalten.

Bezüge des Beraterkreises

An Mitglieder des Beraterkreises wurden inklusive Umsatzsteuer 329 Tsd. € (Vorjahr: 417 Tsd. €) gezahlt.

Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beraterkreises

Die IKB hat zum 31. März 2010 an Mitglieder des Aufsichtsrats und des Beraterkreises Kredite in einer Gesamthöhe von 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €) vergeben.

(79) Corporate Governance Kodex

Am 14. Juli 2009 haben Vorstand und Aufsichtsrat die jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und sie den Aktionären auf den Internetseiten der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht. Die Entsprechenserklärung wird kurzfristig turnusmäßig aktualisiert werden.

(80) Angaben über Ereignisse nach dem 31. März 2010

Hinsichtlich der Ereignisse nach dem Stichtag verweisen wir auf den Abschnitt Ereignisse nach dem 31. März 2010 (Nachtragsbericht) des Konzernlageberichts.

(81) Organe

Bei der nachstehenden Aufstellung der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sind jeweils unter

- a) *die Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und*
- b) *die Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen angegeben.*

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Bruno Scherrer, London
Senior Managing Director/Head of European Investments Lone Star Management Europe Ltd.

- a) *COREALCREDIT BANK AG (Vorsitzender)*
MHB-Bank Aktiengesellschaft (Vorsitzender)

Stellv. Vorsitzender

Dr. Karsten von Köller, Frankfurt
Chairman Lone Star Germany GmbH

- a) *COREALCREDIT BANK AG (stellv. Vorsitzender)*
MHB-Bank Aktiengesellschaft (stellv. Vorsitzender)
- b) *W.P. Carey & Co. LLC*

Mitglieder

Stefan Baustert, Krefeld
Unternehmensberater

- b) *AptarGroup*

Wolfgang Bouché, Düsseldorf
Arbeitnehmersvertreter

Olivier Brahin, London
Head of European Real Estate Investments Lone Star Management Europe Ltd.

a) *COREALCREDIT BANK AG*

Dr. Lutz-Christian Funke, Frankfurt
Direktor Unternehmenssteuerung/Bereichsleiter Vorstandsstab, Bundes- und Europaangelegenheiten, Unternehmensstrategie, Strategische Beteiligungen, Volkswirtschaft und Kommunikation der KfW Bankengruppe

a) *Dedalus GmbH & Co. KGaA (stellv. Vorsitzender)*

Dipl.-Kfm. Ulrich Grillo, Mülheim an der Ruhr
Vorsitzender des Vorstands der Grillo-Werke Aktiengesellschaft

a) *Praktiker Bau- und Heimwerkermärkte Holding AG
Praktiker Deutschland GmbH
mateco AG*

b) *HDF Hamborner Dach- und Fassadentechnik GmbH & Co. KG (Vorsitzender)
Grillo Zinkoxid GmbH
RHEINZINK GmbH & Co. KG
Zinacor S.A. (Belgien)*

Arndt G. Kirchhoff, Attendorn
Geschäftsführender Gesellschafter der KIRCHHOFF Automotive GmbH

a) *DEKRA AG
KOSTAL Verwaltungsgesellschaft mbH*

b) *DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH
LEWA Attendorn GmbH*

Jürgen Metzger, Düsseldorf
Arbeitnehmersvertreter

Dr. Claus Nolting, München
Vorsitzender des Vorstands der COREALCREDIT BANK AG

Dr. Thomas Rabe, Berlin (seit 23. Juni 2009)
Mitglied des Vorstands & CFO der Bertelsmann AG

a) *BMG RM Germany GmbH (Vorsitzender seit 30. September 2009)
Arvato AG (stellv. Vorsitzender)
Druck und Verlagshaus Gruner + Jahr Aktiengesellschaft
Symrise AG (seit 22. April 2009)*

b) *Ricordi & C. S.p.A. (Vorsitzender)
Bertelsmann Capital Investment (S.A.) SICAR
Bertelsmann Digital Media Investments S.A.
Bertelsmann Inc.
Edmond Israel Foundation
RTL Group S.A.*

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

Dr.-Ing. E. h. Eberhard Reuther, Hamburg (bis 27. April 2009)
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Körber Aktiengesellschaft

a) *Körber AG (Vorsitzender)*

Dr. Carola Steingräber, Berlin (bis 27. August 2009)
Arbeitnehmervertreterin

Carmen Teufel, Stuttgart (seit 27. August 2009)
Arbeitnehmervertreterin

Dr. Andreas Tuczka, London
Head of European Financial Institutions, Managing Director Lone Star Management Europe Ltd.

Ulrich Wernecke, Düsseldorf
Arbeitnehmervertreter

Andreas Wittmann, München
Arbeitnehmervertreter

Vorstand

Hans Jörg Schüttler
(Vorsitzender)

b) *IKB Autoleasing GmbH*
IKB International S.A. (seit 26. August 2009)
IKB Leasing Berlin GmbH
IKB Leasing GmbH
IKB Private Equity GmbH

Dr. Dieter Glüder

b) *IKB Data GmbH (Vorsitzender seit 9. Juni 2009)*
IKB Immobilien Management GmbH (Vorsitzender seit 9. Juni 2009)
IKB International S.A. (Vorsitzender)
IKB Autoleasing GmbH (bis 9. Juni 2009)
IKB Capital Corporation (bis 19. Mai 2009)
IKB Leasing Berlin GmbH (bis 9. Juni 2009)
IKB Leasing GmbH (bis 9. Juni 2009)
Movesta Lease and Finance GmbH (vom 9. Juni 2009 bis 18. Dezember 2009)

Dr. Reinhard Grzesik
(bis 3. Juli 2009)

b) *IKB Data GmbH (Vorsitzender) (bis 9. Juni 2009)*
IKB Immobilien Management GmbH (Vorsitzender) (bis 9. Juni 2009)
IKB International S.A. (bis 3. Juli 2009)
Movesta Lease and Finance GmbH (bis 9. Juni 2009)

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

Claus Momburg

- b) *MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH (Vorsitzender seit 2. Februar 2010)*
IKB Autoleasing GmbH
IKB International S.A.
IKB Leasing Berlin GmbH
IKB Leasing GmbH
IKB Private Equity GmbH
Movesta Development GmbH (vom 8. Oktober 2009 bis 19. Januar 2010)
Movesta Lease and Finance GmbH (stellv. Vorsitzender bis 18. Dezember 2009)

Dr. Michael H. Wiedmann

- b) *IKB Private Equity GmbH (Mitglied seit 4. März 2009 und Vorsitzender seit 2. April 2009)*
Argantis GmbH (seit 14. April 2009)
IKB Autoleasing GmbH (seit 9. Juni 2009)
IKB Capital Corporation (vom 20. Mai 2009 bis 28. April 2010)
IKB Leasing Berlin GmbH (seit 9. Juni 2009)
IKB Leasing GmbH (seit 9. Juni 2009)

Verzeichnis der Mandate von Mitarbeitern

Zum 31. März 2010 waren folgende Mitarbeiter in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften vertreten:

Dr. Reiner Dietrich
Tricor Packaging & Logistics AG

Roland Eschmann (bis 29. Mai 2009)
Oechsler AG

Frank Kraemer
ae Group AG

Christian Schaumkell (ab 17. Dezember 2009)
Oechsler AG

Holger Schragmann (vom 21. April 2009 bis 17. Dezember 2009)
Oechsler AG

(82) Konsolidierungskreis zum 31. März 2010

	Patronats- erklärung	Kapital- anteil in %	Geschäftsjahr	Eigenkapital in 1.000 €
A. Konsolidierte Tochterunternehmen				
1. Ausländische Kreditinstitute				
IKB International S.A., Luxemburg	x	100	1.4. - 31.3.	180.996
2. Inländische sonstige Unternehmen				
Erste Equity Suporta GmbH, Düsseldorf		100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	50.183
ICCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	147
ICCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	48
IKB Autoleasing GmbH, Hamburg	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	14.000
IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf	x	100	1.4. - 31.3.	545.710
IKB Data GmbH, Düsseldorf	x	100	1.4. - 31.3.	15.000
IKB Dritte Equity Suporta GmbH, Düsseldorf ⁶⁾		100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	14
IKB Equity Capital Fund GmbH, Düsseldorf ⁸⁾	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	51.712
IKB Equity Finance GmbH, Düsseldorf ⁵⁾		100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	134
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Degerloch KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	2.389
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Hamburg KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	3.220
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	3.557
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Uerdinger Straße KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	8.718
IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	121
IKB Immobilien Management GmbH, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	1.195
IKB Leasing Berlin GmbH, Erkner	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	8.000
IKB Leasing GmbH, Hamburg	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	45.000
IKB Private Equity GmbH, Düsseldorf ⁷⁾	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	160.000
IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	42.577
IKB Projektentwicklungsverwaltungs-ges. mbH, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	29
IKB Struktur GmbH, Düsseldorf		100 ¹⁾	1.12. - 30.11. ⁹⁾	200
IMAS Grundstücks-Vermietungsges. mbH, Düsseldorf	x	100	1.4. - 31.3.	2.460
ISOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	238
ISOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	48
ISTOS Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücksvermietungs-ges. mbH, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	64
ISTOS Dritte Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücksvermietungs-gesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾		100	1.1. - 31.12.	288
ISTOS Erste Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücksvermietungs-ges. mbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾	x	100	1.1. - 31.12.	45
ISTOS Zweite Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücksvermietungs-gesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾		100	1.1. - 31.12.	154
Tempelhofer Hafen GmbH, Düsseldorf		94,9 ¹⁾	1.1. - 31.12.	-18.197
Zweite Equity Suporta GmbH, Düsseldorf		100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	70.080
3. Ausländische sonstige Unternehmen				
IKB Capital Corporation, New York		100	1.4. - 31.3.	15.044
IKB Finance B.V., Amsterdam	x	100	1.4. - 31.3.	1.776
IKB Funding LLC I, Wilmington, Delaware	x ²⁾	100	1.4. - 31.3.	75.604 ⁴⁾
IKB Funding LLC II, Wilmington, Delaware	x ²⁾	100	1.4. - 31.3.	402.445 ⁴⁾
IKB Leasing Austria GmbH, Wien	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	335
IKB Leasing ČR s.r.o., Prag	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	1.833
IKB Leasing Finance IFN SA, Bukarest	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	1.288
IKB Leasing France S.A.R.L., Marné	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	617
IKB Leasing Hungária Kft., Budapest	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	98
IKB Leasing Polska Sp. z o.o., Posen	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	5.842
IKB Leasing SR, s.r.o., Bratislava	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	1.155
IKB Leasing srl, Bukarest	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	107
IKB Lux Beteiligungen S.á.r.l., Luxemburg	x	100	1.4. - 31.3.	54.930
IKB Pénzüdyi Lizing Hungária Rt., Budapest	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	1.609
Still Location S.A.R.L., Marné	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	9.714
ZAO IKB Leasing, Moskau	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	1.679

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

B. Joint Ventures/Assoziierte Unternehmen				
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden		30 ¹⁾	1.1. - 31.12.	
MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		50 ¹⁾	1.1. - 31.12.	
C. Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicle) nach SIC-12				
Bacchus 2008-1 Plc, Dublin				
Bacchus 2008-2 Plc, Dublin				
IKB Partner Fonds, Luxemburg				
Rio Debt Holdings Ltd., Dublin				

- 1) Mittelbare Beteiligung
- 2) Nachrangige Patronatserklärung
- 3) Gesellschaft hat gemäß § 264b HGB keinen eigenen Anhang erstellt.
- 4) Inkl. Stille Einlagen/Vorzugsaktien
- 5) Die Gesellschaft wurde rückwirkend mit Wirkung zum 1. Januar 2010 auf die IKB Private Equity GmbH verschmolzen (Handelsregistereintrag: 20. April 2010).
- 6) Die Gesellschaft wurde rückwirkend mit Wirkung zum 1. Januar 2010 auf die IKB Equity Capital Fund GmbH verschmolzen (Handelsregistereintrag: 9. April 2010).
- 7) Auf die Gesellschaft wurde rückwirkend mit Wirkung zum 1. Januar 2010 die IKB Equity Finance GmbH verschmolzen (Handelsregistereintrag: 20. April 2010).
- 8) Auf die Gesellschaft wurde rückwirkend mit Wirkung zum 1. Januar 2010 die IKB Dritte Equity Suporta GmbH verschmolzen (Handelsregistereintrag: 9. April 2010).
- 9) Gesellschaft wird mit Werten vom 31. März in den Konzernabschluss einbezogen.

Die nachfolgende Aufstellung stellt zusätzlich die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten, das Ergebnis und die Erträge nach IFRS der at equity bilanzierten Unternehmen dar:

Name des At equity bilanzierten Unternehmens in Mio. €	Vermögens- werte	Verbindlich- keiten	Ergebnis	Erträge
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	478,4	450,1	4,5	34,8
MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	4,1	-	0,0	1,1

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes wird beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und über die Internetseite des Unternehmensregisters zugänglich gemacht. Sie kann bei der IKB AG kostenlos angefordert werden.

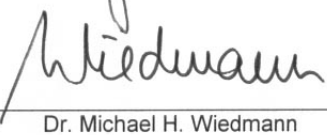
Düsseldorf, 24. Juni 2010

IKB Deutsche Industriebank AG
Der Vorstand


Hans Jörg Schüttler


Dr. Dieter Glüder


Claus Momburg


Dr. Michael H. Wiedmann

Anlage:

Angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Gemäß § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der EU-Verordnung 1606/2002 muss vor der Anwendung eines neuen Standards durch die Bank, dieser zuvor in EU-Recht übernommen worden sein. Dabei entspricht das angegebene Datum (anzuwenden seit) dem Zeitpunkt der Erstanwendung. Vielfach dürfen neue Standards bereits früher, als von Standardgeber gefordert, umgesetzt werden. Die IKB hat allerdings im Abschluss keinen Gebrauch von diesem Recht gemacht.

Die Abkürzung IFRS bezeichnet die International Financial Reporting Standards, die seit November 2003 neu verabschiedet wurden. Mit der Abkürzung IAS International Accounting Standards werden alle Vorschriften bezeichnet, die bis 2002 veröffentlicht wurden. Bei einer vollständigen Überarbeitung eines IAS-Standards wird dieser in IFRS umbenannt.

Die Regelungen des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee „DRSC“ sind insofern von Relevanz, als diese gemäß § 315a HGB anzuwenden sind und Sachverhalte behandeln, die durch die IFRS nicht selbst geregelt werden.

In der folgenden Tabelle werden nicht alle Vorschriften des Standards aufgeführt, sondern nur jene, die zum Stichtag für die IKB von Relevanz sind:

International Financial Reporting Standards (IFRS)				
International Accounting Standards (IAS)	Stand	Deutscher Titel	Anzuwenden seit	Durch EU-Verordnung übernommen
IAS 1	rev. 2007	Darstellung des Abschlusses	1. Januar 2007	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 2	rev. 1993	Vorräte	1. Januar 2005	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 7	rev. 1992	Kapitalflussrechnung	1. Januar 1994	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 8	rev. 2003	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	1. Januar 2005	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 10	rev. 2003	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	1. Januar 2005	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 11	rev. 1993	Fertigungsaufträge	1. Januar 1995	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 12	rev. 2000	Ertragsteuern	1. Januar 1998	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 16	rev. 2003	Sachanlagen	1. Januar 2005	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 17	rev. 2003	Leasingverhältnisse	1. Januar 2005	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 18	rev. 1993	Erträge	1. Januar 1995	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 19	2004	Leistungen an Arbeitnehmer	1. November 2005	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 20	rev. 2008	Zuwendungen der öffentlichen Hand	1. Januar 2009	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 21	2005	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	1. Januar 2008	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 23	rev. 2007	Fremdkapitalkosten	1. Januar 2009	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 24	rev. 2003	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	1. Januar 2006	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 27	rev. 2003	Konzern - und separate Einzelabschlüsse nach IFRS	1. Januar 2006	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 28	rev. 2003	Anteile an assoziierten Unternehmen	1. Januar 2006	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 31	rev. 2003	Anteile an Joint Ventures	1. Januar 2005	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 32	rev. 2003 (2008)	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung	1. Januar 2005	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 33	rev. 2003	Ergebnis je Aktie	1. Januar 2005	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 34	1998	Zwischenberichterstattung	1. Januar 1999	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 36	rev. 2004	Wertminderung von Vermögenswerten	31. März 2004	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 37	1998	Rückstellungen, Eventualschulden Eventualforderungen	1. Juli 1999	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 38	rev. 2004	Immaterielle Vermögenswerten	31. März 2004	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 39	2005 (2009)	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	1. Januar 2006	1126/2008 vom 03. November 2008
IAS 40	rev. 2003	Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	1. Januar 2005	1126/2008 vom 03. November 2008

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

International Financial Reporting Standards (IFRS)				
IFRS 3	rev. 2004	Unternehmenszusammenschlüsse	31. März 2004	1126/2008 vom 03. November 2008
IFRS 5	2004	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche	1. Januar 2005	1126/2008 vom 03. November 2008
IFRS 7	2004 (2009)	Finanzinstrumente: Angaben	1. Januar 2007	1126/2008 vom 03. November 2008
IFRS 8	2007	Segmentberichterstattung	1. Januar 2009	1126/2008 vom 03. November 2008
Standard Interpretation Committee (SIC)				
SIC-10	1998	Beihilfen der öffentlichen Hand-kein spezifischer Zusammenhang mit betrieblichen Tätigkeiten	1. August 1998	1126/2008 vom 03. November 2008
SIC-12	2004	Konsolidierung -Zweckgesellschaften	1. Januar 2005	1126/2008 vom 03. November 2008
International Financial Interpretation Committee (IFRIC)				
IFRIC 4	2004	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	1. Januar 2006	1126/2008 vom 03. November 2008
IFRIC 9	2006 (2009)	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	1. Januar 2007	1126/2008 vom 03. November 2008
IFRIC 10	2006	Zwischenberichterstattung und Wertminderungen	1. Januar 2007	1126/2008 vom 03. November 2008
Deutscher Rechnungslegungs Standards (DRS)				
DRS 5-10	2005	Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitutionen	1. Januar 2005	nicht relevant
DRS 15	rev. 2005	Lageberichterstattung	1. Januar 2003/ 1. Januar 2004/ 1. Januar 2005	nicht relevant
DRS 15a	2007	Übernahmerechtliche Angaben und Erläuterungen im Konzernlagebericht	31. Dezember 2008	nicht relevant
DRS 16	2008	Zwischenberichterstattung	1. Januar 2008	nicht relevant
DRS 17	2007	Berichterstattung über die Vergütung von Organmitglieder	31. Dezember 2008	nicht relevant
Kapitalmarktorientierte Vorschriften				
WpHG	2007	Wertpapierhandelsgesetz insbesondere § 37v bis § 37z	1. Januar 2007	nicht relevant
DCGK i.V.m. § 161 AktG	2008	Deutscher Corporate Governance Kodex	31. Dezember 2008	nicht relevant
FWBO	2008	Frankfurter Wertpapierbörsenordnung	15. August 2008	nicht relevant

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. April 2009 bis 31. März 2010 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Pflichtgemäß weisen wir darauf hin, dass der Bestand der Gesellschaft durch Risiken bedroht ist, die im Abschnitt "Gesamtaussage zur Risikosituation" des Konzernlageberichts dargestellt sind. Dort wird ausgeführt, dass entscheidend für den Fortbestand der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft insbesondere sein wird, inwieweit es gelingt, das veränderte Geschäftsmodell – vor allem den Ausbau des Geschäfts mit Derivaten, kundenbezogenen Kapitalmarktprodukten und Beratungsdienstleistungen mit dem Ziel einer Steigerung der Provisionserträge – zum Erfolg zu führen und die geplanten Erträge im Kundengeschäft der Bank zu generieren. Der Fortbestand der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft hängt auch davon ab, dass die seitens des SoFFin für die Vergabe der Garantien, von der EU-Kommission für die Genehmigung der Beihilfe und vom Einlagensicherungsfonds des privaten Bankgewerbes gemachten Auflagen eingehalten werden. Hierzu ist es insbesondere erforderlich, dass

- die Kernkapitalquote von mindestens 8 % auf Ebene des Einzelinstituts und der Institutsgruppe eingehalten wird,
- die Konzernbilanzsumme bis zum 30. September 2011 auf € 33,5 Mrd. reduziert wird,

Geschäftsbericht der IKB (Konzern) 2009/2010

- das Segment Immobilienfinanzierung sowie die Aktivitäten am Standort Luxemburg termingerecht aufgegeben werden und
- die Risikotragfähigkeit auch zukünftig unter Berücksichtigung der vorstehenden Punkte sowie des neuen Geschäftsmodells gegeben ist.

Sofern es zur Einhaltung der Kernkapitalquote von mindestens 8 % und zur Gewährleistung der Risikotragfähigkeit in den nächsten Geschäftsjahren nicht gelingt, Risikopositionen in ausreichendem Maße abzubauen, ist die Zuführung von weiterem Eigenkapital erforderlich."

Düsseldorf, 24. Juni 2010

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Michael Maifarth)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Marc Lilienthal)
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter nach § 297 Abs. 2 Satz 4 HGB, § 315 Abs. 1 Satz 6 HGB

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

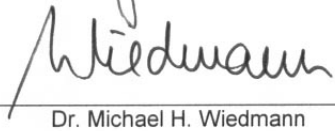
Düsseldorf, 24. Juni 2010

IKB Deutsche Industriebank AG
Der Vorstand


Hans Jörg Schüttler


Dr. Dieter Glüder


Claus Momburg


Dr. Michael H. Wiedmann

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen sowie die zugrunde liegenden Annahmen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der IKB derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen beziehen sich deshalb nur auf den Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung und Entwicklung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer Managementagenda, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie die Liquiditätslage (nicht abschließende Aufzählung).

IKB Deutsche Industriebank AG
Kommunikation – COM
Wilhelm-Bötzkens-Straße 1
40474 Düsseldorf
Telefon +49 211 8221-4511
Telefax +49 211 8221-2511
E-Mail: investor.relations@ikb.de